

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

HERAUSGEGEBEN VON HANS ROTHFELS
UND THEODOR ESCHENBURG

AUS DEM INHALT

ERNST NOLTE

Zeitgeschichtsforschung und Zeitgeschichte

GER VAN ROON

Graf Moltke als Völkerrechtler im OKW

RUDOLF MORSEY

Konrad Adenauer im Parlamentarischen Rat

DOKUMENTATION

Himmlers Rechtfertigung der Polenpolitik und die Generalität

NOTIZEN / BIBLIOGRAPHIE

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

Im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München herausgegeben

von HANS ROTHFELS und THEODOR ESCHENBURG

in Verbindung mit Theodor Schieder, Werner Conze, Karl Dietrich Erdmann,
Paul Kluge, Walter Bußmann, Rudolf v. Albertini, Karl Dietrich Bracher,
Dietrich Geyer und Hans Mommsen

Schriftleitung: Prof. Dr. Helmut Krausnick, Dr. Martin Broszat, Dr. Thilo Vogelsang

Redaktion: Hellmuth Auerbach

Anschrift: Institut für Zeitgeschichte, 8 München 80, Möhlstraße 26

INHALTSVERZEICHNIS

AUFSÄTZE

| | | |
|--------------------------------|--|----|
| <i>Ernst Nolte</i> | Zeitgeschichtsforschung und Zeitgeschichte | 1 |
| <i>Ger van Roon</i> | Graf Moltke als Völkerrechtler im OKW. . | 12 |
| <i>Rudolf Morsey</i> | Die Rolle Konrad Adenauers im Parlamen- tarischen Rat | 62 |

DOKUMENTATION

| | |
|---|----|
| Zu Vorgeschichte und Inhalt der Rede Himmlers vor der höheren Generalität am 13. März 1940 in Koblenz (<i>Klaus-Jürgen Müller</i>) . | 95 |
|---|----|

| | |
|-------------------|-----|
| NOTIZEN | 121 |
|-------------------|-----|

| | |
|-------------------------|----|
| BIBLIOGRAPHIE | 81 |
|-------------------------|----|

| | |
|--|---------|
| Inhaltsverzeichnis 17. Jahrgang 1969 | Beilage |
|--|---------|

*Diesem Heft liegen Prospekte des Musterschmidt Verlag Göttingen,
Carl Heymanns Verlag KG Köln und der Deutschen Verlags-Anstalt bei.*

Verlag: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1, Neckarstr. 121, Tel. 29 98 61.
Preis des Einzelheftes DM 9.- = sfr. 10.80; die Bezugsgebühren für das Jahresabonne-
ment (4 Hefte) DM 50.- = sfr. 34.65 zuzüglich Zustellgebühr. Für Studenten im
Abonnement jährlich DM 24.-. Erscheinungsweise: Vierteljährlich. Für Abonnenten,
die auch die „Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ im Abonnement
beziehen (2 Bände im Jahr), beträgt der Abonnementspreis im Jahr DM 44.-; für Stude-
nten DM 38.- (zuzüglich Versandpesen). Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen
und der Verlag entgegen. Geschäftliche Mitteilungen sind nur an den Verlag zu richten.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages gestattet.

Das Fotokopieren aus VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE ist nur mit Genehmi-
gung des Verlages gestattet. Sie gilt als erteilt, wenn jedes Fotokopierblatt mit einer 10-Pf-Wert-
marke versehen wird, die von der Inkassostelle für Fotokopiergebühren, Frankfurt/M., Großer Hirsch-
graben 17/19, zu beziehen ist. Sonstige Möglichkeiten ergeben sich aus dem Rahmenabkommen zwi-
schen dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels und dem Bundesverband der Deutschen In-
dustrie vom 14. 6. 1958. – Mit der Einsendung von Beiträgen überträgt der Verfasser dem Verlag
auch das Recht, die Genehmigung zum Fotokopieren gemäß diesem Rahmenabkommen zu erteilen.

Druck: Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

VIERTELJAHRSHEFTE FÜR ZEITGESCHICHTE

18. Jahrgang 1970

1. Heft/Januar

ERNST NOLTE

ZEITGESCHICHTSFORSCHUNG UND ZEITGESCHICHTE*

Ich habe zu danken: Ihnen, den Herren der Stifterfamilie und den Mitgliedern der Jury, daß Sie die Zeitgeschichtsforschung ernst genug nehmen, um ihr – erstmals in diesem Lande – einen Preis zu widmen; Ihnen, lieber Herr Kollege Krausnick, daß Sie so freundliche und wohlwollende Worte für meine Arbeit gefunden haben. Vor sieben oder acht Jahren waren Sie der erste, der mich aufforderte, den griechischen Vokabeln Valet zu sagen und mich hauptberuflich der Zeitgeschichte zuzuwenden. Zwar konnte ich damals Ihrer Anregung nicht Folge leisten, aber ich darf mich seither wohl als eine Art Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte betrachten. Und wenn ich mich nicht täusche, hat mir die Jury als einem Repräsentanten diesen Preis verliehen, in dessen Werk und in dessen Biographie einiges vom Kennzeichnendsten dieses Fachs zum Vorschein kommt. Als Repräsentant will ich daher vom Eigentümlichen der Zeitgeschichtsforschung sprechen, vom Verhältnis zu ihrem Gegenstand, nicht in langen wissenschaftstheoretischen Überlegungen, sondern im Hinblick auf das *Hic et nunc*: die Situation der Zeitgeschichtsforschung im zeitgeschichtlichen Rahmen dieser Gegenwart und insbesondere der Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Zeitgeschichtsforschung steht ihrem Gegenstand nicht einfach gegenüber wie die Mineralogie den Mineralen oder die Mediävistik der Geschichte des Mittelalters – sie geht unmittelbar aus ihm hervor und muß dasjenige erst mühevoll erringen, was für fast alle anderen Wissenschaften selbstverständlich ist: die Distanz. Sie ist daher niemals *bloße* Forschung, sondern immer zugleich Interpretation, Selbstverständigung, ja ein Kämpfen um Befreiung. Ganz gegenwärtig, als wäre es gestern, ist mir das Geschehen der letzten Jahre der Weimarer Republik: Hungermärsche der Erwerbslosen, der riesige Trauerzug für einen erschossenen Kommunisten, die Kundgebungen der Nationalsozialisten in jener Hochburg der Partei am Rande des Ruhrgebiets, wo ich aufwuchs. Ganz lebendig bleibt mir die Gestalt jenes Führers der katholischen Jungschar, der lange Jahre hindurch ein vielgehaßter und vielgeliebter Gegenpol zur Hitlerjugend war und der schließlich als Offizier der Wehrmacht in Rußland fiel. Unverlierbar quält mich die Erinnerung an jenen Herbsttag im Jahre 1942, als ein SS-Posten mich und einige Kommilitonen barschen Tones

* Geringfügig erweiterter Text des Vortrags, der anlässlich der Verleihung des Preises für Zeitgeschichtsforschung des Bechtle-Verlages am 11. Mai 1969 in Berlin gehalten wurde.

aus einem Abteil des Zuges wies, in das dann einige Frauen und Männer einstiegen, die den gelben Stern trugen, unter ihnen eine hinfällige Greisin, mit einem Schuh und einem Pantoffel an den Füßen, unter Tränen von einer jüngeren Frau verabschiedet, offenbar ihrer Tochter oder ihrer Nichte.

Jeder Zeitgeschichtsforscher in Deutschland kann von ähnlichen und wahrscheinlich von weit eindrucksvolleren Erfahrungen berichten: hier, in der Zeitgeschichte selbst, lag für alle der Ausgangspunkt ihrer Forschung. Und wohl für alle Jüngeren unter ihnen galt dasselbe: sie fühlten alle Maßstäbe erschüttert und hielten gerade deshalb Ausschau nach Interpretationen, die ihnen unbekannt geblieben waren. Aber sie suchten sich zugleich gegen die Gefahren des Subjektivismus und des bloßen Moralismus dadurch zu sichern, daß sie vor allem Einzelforschung betrieben und so ein Bild der nationalsozialistischen Zeit erarbeiteten, das an die Stelle des Weiß der Selbstglorifizierung keineswegs bloß das Schwarz überheblicher Verdammung setzte. Die Grundzüge der Stellungnahme wurden dadurch jedoch nicht aus der Welt geschafft: die Vermutung, daß in der deutschen Geschichte ein fundamentales Verfehlen liege; das Vorwalten des Interesses am Nationalsozialismus; die Überzeugung, daß mit dem Jahre 1945 ein grundlegender Wandel der Weltsituation eingetreten sei. Ich teilte und teile alle diese Voraussetzungen, und nur weil ich ein bloßer Dilettant war, dem die Legitimation durch ausgedehnte Einzelforschung fehlte, mußte ich in der Interpretation einige ungewöhnliche Schritte tun: es wäre sonst, um es scherzhaft zu sagen, bei all meinen Bemühungen nicht viel anderes herausgekommen als eine gutgemeinte Abschiedsrede für Abiturienten. So ist dieser Preis für Zeitgeschichtsforschung gerade demjenigen Zeitgeschichtler verliehen worden, der auf den Rang des Forschers den geringsten Anspruch hat: alles, was ich vorzuweisen habe, besteht in ein paar glücklichen Griffen und, wie ich hoffe, in derjenigen Sorgfalt, die keine relevante Korrektur durch Einzelforschung zu befürchten braucht. Aber wenn das Moment des konkreten Interesses und Engagements bei dieser Entscheidung offenbar vornehmlich ins Gewicht gefallen ist, so wird damit doch ein Grundcharakter auch der detailliertesten zeitgeschichtlichen Forschung angesprochen. Gerade die Hauptüberzeugungen indessen, welche diesem Engagement entspringen, werden, wie es scheint, heute durch die Zeitgeschichte selbst in Frage gestellt, d. h. durch die geschehende Geschichte, die Zeitgeschichte seit 1945, und sie können *nur* durch sie in Frage gestellt werden, nicht durch Analogien in ferner Vergangenheit wie Tamerlans Schädelpyramiden und nicht durch unmittelbare Folgeerscheinungen des Krieges wie die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten.

Wir haben mit scharfen Worten kritisiert, daß Deutschland sich nach 1918 mit der Niederlage nicht abfinden wollte; aber wir sehen heute, daß die arabischen Staaten eine Niederlage nicht zu akzeptieren bereit sind, welche sie weit weniger kostet, als der Zusammenbruch das Deutsche Reich gekostet hat und welcher keineswegs so hervorragende militärische Leistungen vorhergingen wie der deutschen Niederlage.

Wir haben die deutsche Entwicklung vor der Folie einer Geschichte des „Westens“

gesehen, welche die Demokratie verwirklichte und nicht wie Deutschland verfehlte. Heute indessen können wir in zahlreichen amerikanischen Schriften lesen, daß es in den Vereinigten Staaten niemals auch nur Chancengleichheit, geschweige denn wirkliche Gleichheit gegeben habe, daß das Regierungssystem anachronistisch sei und daß im Verhältnis zu den Negern auch im Norden unter dem Rauchschleier der liberalen Phrasen ein Rassismus Wirklichkeit gewesen sei, den Hitler als Vorbild empfinden konnte.

Wir waren überzeugt, daß mit dem Jahre 1945 das Zeitalter der Nationalstaaten sein Ende gefunden habe und daß zumal im Bereich der Staaten, die sich sozialistisch nennen, nach dem Tode Stalins ein Verhältnis wenn nicht der Freundschaft, so doch der Zusammenarbeit an die Stelle staatlicher Selbstbezogenheit treten würde. Aber wir haben es erleben müssen, daß Frankreichs Staatschef der westlichen Allianz ein größeres und folgenreicheres Mißtrauen entgegenbrachte als einige Staatsmänner der Weimarer Republik dem Völkerbund und daß unser belgisches Nachbarland von Volkstumskämpfen zerrissen wird wie einst die Tschechoslowakei. Sozialistische Staaten aber führen gegeneinander Blitzfeldzüge, bedrohen einander mit Atombomben, beschimpfen einander als imperialistische oder gar sozialfaschistische Mächte, und die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß nach uralter staatlicher Sitte innenpolitische Spannungen nach außen abgelenkt werden sollen.

Wir haben die These aufgestellt, daß der Faschismus als geschichtlich relevante Erscheinung tot sei, und wir müssen in sowjetischen so gut wie in rechtsradikalen Publikationen lesen, daß in Israel ein militaristischer und faschistischer Staat entstanden sei, der von der Idee des Lebensraumes geleitet sei, der seine arabischen Bürger ebenso entrechte, wie Hitler einst die Juden entrechtete, und dessen Ehegesetze viel Ähnlichkeit mit den Nürnberger Gesetzen hätten.

Wir haben geglaubt, daß nach Hitler kein Antisemitismus mehr möglich sei. Aber er ist sogar in Polen wieder virulent geworden; er hat die Föderation der New Yorker Lehrer veranlaßt, ihre schwarzen Gegner als „Nazis“ zu bezeichnen, und wer in der zweiten Hälfte des Jahres 1968 durch die Ruinen der 7. Straße im Nordwesten Washingtons gefahren ist, der weiß, auf wievielen der niedergebrannten Geschäfte ein jüdischer Name stand.

Wir haben sehen müssen, daß nicht einmal der Völkermord aus der Welt verschwand, daß in Afrika unter den Augen der internationalen Öffentlichkeit ganze Schichten ausgetrieben, ganze Stämme ausgerottet wurden. Und kann man noch guten Gewissens ein Wort gegen den Terror in den Anfangsjahren des nationalsozialistischen Regimes sagen, nachdem man zum Zeitgenossen der Massenmorde in Indonesien geworden ist?

Mit all den Einwänden hat es auf diese oder jene Weise seine Richtigkeit. Und doch genügt eine erneute Lektüre von „Mein Kampf“ oder die Betrachtung eines Filmberichts über einen Reichsparteitag, um die Überzeugung zu festigen, daß es sich bei den angeführten Erscheinungen um Analogien und Parallelen handeln mag, daß aber keine von ihnen auch nur entfernt den grundsätzlichen und ideo-

logischen Charakter des Nationalsozialismus erreicht und daß 1945 tatsächlich etwas untergegangen ist, was nie wiederkommen wird. Aber dieses „Wesen“ darf man nicht voreilig mit einem seiner Elemente gleichsetzen. Es bestand weder im Widerstand gegen einen als ungerecht empfundenen Friedensvertrag noch im Streben nach der Vereinigung aller Deutschen noch in der Kriegführung ohne Kriegserklärung. All das wurde überformt und in Dienst gestellt von einem Willen: dem Willen zur Souveränität um der Souveränität willen, zum Kriege um des Krieges willen, zur Herrschaft um der Herrschaft willen. Dieser Wille war nicht eine individuelle und zufällige Eigenschaft des Mannes Hitler, sondern er hatte weitreichende historische Ursprünge und mannigfaltige Manifestationen. Seine Verwirklichung hing von bestimmten geschichtlichen und sozialen Umständen ab. Aber er war deshalb nicht einfach die *Summe* dieser Ursprünge oder dieser Umstände. Faschismus als Phänomen der ersten Nachkriegszeit hätte es auch ohne Hitler und sogar ohne Mussolini gegeben, aber der nationalsozialistische Radikalfaschismus ist ohne Hitler kaum vorstellbar, mit so viel Konsequenz er sich auch aus der Verlängerung bestimmter Linien ergab. Dieser Radikalfaschismus und indirekt der europäische Nationalfaschismus sind heute unmöglich, weil die Situation der Welt im ganzen eine andere ist, und sie ist in erster Linie durch Hitlers Taten und deren Gegenwirkung eine andere geworden. Daher bleibt der Ansatz der deutschen Zeitgeschichtsforschung grundsätzlich richtig: er ist durch die Zeitgeschichte nicht widerlegt worden. Aber wenn er isoliert wird und keine Fortbildung erfährt, kann seine Wahrheit zur Lüge werden. Die notwendigste und fruchtbarste Tendenz der Zeitgeschichtsforschung heute ist daher die Zuwendung zur Darstellung und Deutung des Zeitalters der Weltrevolution, das in dem Augenblick eigentlich beginnt, wo erstmals sein Begriff formuliert und gewollt wird. Doch diese Geschichtsschreibung darf nicht eine bloße Formel und nicht eine Legenden-erzählung vom Sieg des progressiven Lichts über die reaktionäre Finsternis sein, sondern sie muß sich der ganzen Kompliziertheit und der verwirrenden Natur eines Prozesses stellen, in dem die edelsten Motive zu den schrecklichsten Taten führten, in dem stets das Ungewollte Wirklichkeit wurde, in dem Revolution und Reaktion, Fortschritt und Rückschritt sich auf das sonderbarste und bis zur Unerkennbarkeit mischten. Zu diesem Zeitalter gehört als integraler Teil, und nicht etwa nur als Unterbrechung oder bloßer Zwischenfall, die Epoche des Faschismus; in dieses Zeitalter gehört der Stalinismus, der sicherlich nicht nur eine „bürokratische Entartung des Sozialismus“ war; in dieses Zeitalter gehören auch die „Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker“, die manchmal so auffallende Ähnlichkeiten und direkte Zusammenhänge mit faschistischen Bewegungen haben. Und typologisch wird man dieses Zeitalter von zwei radikalen Ideologien, d. h. zusammenfassenden Denktendenzen, gleichsam eingerahmt sehen müssen: von der faschistischen Ideologie, die in ihrer radikalen Gestalt ein modernisierter und eben dadurch prinzipieller Rückgriff auf die Strukturen der Vergangenheit ist, und von der anarchistischen Ideologie, die aus den entgegengesetzten Motiven die geschichtlich faßbare Vergangenheit verwirft. Aber die Vorstellung von der herrschafts-

freien, unstrukturierten Weltgesellschaft der Friedlichen und Gleichen ist ihrer Herkunft nach ebenso radikal-reaktionär wie das Bild der hierarchisch geordneten und unablässig kämpfenden Rassestaaten: Jean Meslier¹ orientierte seinen Aufschrei gegen die Privilegierten an der ländlichen Demokratie der Gemeinde, die in weiten Teilen Frankreichs bis zu der Revolution (der angeblich demokratisierenden) eine Realität war; Dom Deschamps² polemisiert gegen die Last der Kultur als solche, wenn er dem künftigen sittlichen Zustand die Freiheit von Büchern und Wissenschaft zuschreibt; und bei Restif de la Bretonne³ springt die Sehnsucht nach der Simplizität animalischer Existenz ins Auge. Wo immer diese Ideologie in der modernen Mischform des Marxismus zur Macht gelangt ist, hat sie sich nur behaupten können, indem sie sich in der Praxis aufgab und effizientere Struktur und Herrschaft an die Stelle älterer Formen setzte. Dennoch erlebt die anarchistische Ideologie, anders als die radikalfaschistische, immer wieder Renaissance, weil sie in ihrer Negativität einer Wirklichkeit entspricht, welche immer weitere Bereiche aus dem Umkreis strenger gesellschaftlicher Regelung herausbricht und keine Art von Herrschaft in traditioneller Selbstverständlichkeit beläßt.

Gerade von hier aus ergibt sich nun die zweite und ihrem Sinn nach ganz entgegengesetzte Infragestellung der Zeitgeschichtsforschung durch die Zeitgeschichte. Denn was ist die sogenannte Studentenbewegung heute anderes als die auffallendste Erscheinungsform des Wiedererwachens der anarchistischen Tendenz in der europäischen und amerikanischen Linken? In Deutschland aber steht sie in einem sehr eigentümlichen Verhältnis zur Zeitgeschichtsforschung. Um diesen Tatbestand evident zu machen, genügt ein flüchtiger Blick auf die universalen und die nationalen Kennzeichen der amerikanischen Studentenbewegung.

Die Revolte in Berkeley verstand sich im Herbst 1964 nicht so sehr als Widerstand gegen einzelne einschränkende Maßnahmen der Universitätsleitung denn als Aufstand gegen den Begriff der „Multiversität“, mit dessen Hilfe die zerstückelte und zerstückelnde Natur der modernen Universität als unvermeidbare Folge der technischen Entwicklung beschrieben worden war. Kritik an den zerstörerischen Folgen der Arbeitsteilung ist eine der ältesten Überlieferungen der europäischen Linken – eine radikal-reaktionäre, gerade in den sozialistischen Staaten bekämpfte Tradition, die hier auf einer anderen Ebene, in einem anderen Kontext wieder lebendig wurde und trotz aller Aussichtslosigkeit potentiell fruchtbar war, indem

¹ Jean Meslier, geboren 1664, von 1692 bis zu seinem Tode 1729 Landpfarrer in dem Dörfchen Etrepigny, Verfasser eines radikal sozialkritischen Manuskripts, das unter dem Titel „Mon Testament“ zuerst von Voltaire 1762 veröffentlicht wurde.

² Dom Léger-Marie Deschamps, geboren 1716, gestorben 1774, Benediktiner und „Freigeist“, Verfasser verschiedener, durchweg erst posthum veröffentlichter Schriften, die eine eigenartige, auf metaphysischen Axiomen beruhende Version des Frühsozialismus von besonders radikaler Kulturfeindlichkeit darstellen („Le Vrai Système ou le mot de l'énigme métaphysique et morale“, publié par Jean Thomas et Franco Venturi, Genf 1939).

³ Nicolas Restif de la Bretonne (1734–1806), Verfasser von teilweise pornographischen Romanen und Sozialreformer in den Spuren Rousseaus.

sie die bloße Routine des täglichen Betriebs erschütterte. Diese Tendenz blieb nicht auf Berkeley beschränkt, sie ist längst über große Teile der Welt verbreitet.

Das gleiche gilt für die erstrebte Freiheit von „Repressionen“, besonders in sexueller Hinsicht. Hier aber war die Bewegung gerade umgekehrt nichts anderes als die Fortsetzung einer Tendenz der modernen Welt: für den durch die Fortschritte der Chemie zum sterilen Artefakt gewordenen weiblichen Körper haben die traditionellen Regeln an Gültigkeit oder zumindest an Einsichtigkeit verloren. Doch diese Befreiung ist nicht Rückkehr zu einem glückseligen Urzustand, und die Verlängerung der Kritik in die Vergangenheit bringt die Feinde des „jüdisch-christlichen Asketismus“ bezeichnenderweise oft genug in engste Nachbarschaft zu nationalsozialistischen Vorstellungen.

Fast ebenso verbreitet ist der Protest gegen alle „Ungerechtigkeit“ in der Welt – und er ist ganz gewiß ein genuines Erbe der alten Linken. Freilich ist er oft von einer sehr abstrakten Generosität und durchweg auffallend selektiv, und wo ein Unrecht lebendig empfunden wird, sind die Übergänge wiederum sehr gleitend: die russischen Studenten protestierten gegen Mao-Tse-Tung und die israelischen Studenten gegen de Gaulle.

Die amerikanischen Studenten demonstrieren vor allem gegen den Krieg in Vietnam, und die Anklage gegen diesen „unmoralischen“ Krieg ist das erste Spezifikum der amerikanischen Studentenbewegung. Auch hier handelt es sich nicht um reine Moral, denn der Protest gewann erst an Kraft, als die Privilegien der Studenten aufgehoben wurden und das Gespenst der Einberufung in den Hörsälen Platz nahm, aber die Dienstpflicht vereinigt sich in der Tat schlecht mit der amerikanischen Tradition, und der größte Teil der Hochschullehrerschaft ergriff die Partei der Studenten. Bis zu einem gewissen Grade gilt das auch für die Negerfrage, das zweite der großen Probleme, welche die amerikanische Universität bedrängen. Aber wo immer diese Probleme zum Ausgangspunkt oder Anlaß eines studentischen Machtkampfes um die Herrschaft in der Universität wurden, zeigten sich die amerikanischen Professoren in ihrer großen Majorität ebenso kampfentschlossen wie klug. Sie zogen die Studenten zu einer ganzen Anzahl von Kommissionen und Ausschüssen hinzu, aber sie dachten nicht daran, die Identität und Selbstbestimmung des Lehrkörpers aufzugeben. Überdies machen es die Stärke der Verwaltungen und nicht zuletzt die finanzielle Autonomie der Privatuniversitäten sehr unwahrscheinlich, daß die Studentenbewegung einen übermäßigen Einfluß gewinnt. Sie wird vermutlich in die Geschichte eingehen als Phase oder Moment der mühevollen Wandlung der Vereinigten Staaten zum Wohlfahrtsstaat.

So treten weder in den allgemeinen Kennzeichen der Studentenbewegung noch in den amerikanischen Eigentümlichkeiten Bezüge zur Zeitgeschichtsschreibung besonders hervor. Anders ist die Lage in der Bundesrepublik Deutschland.

Mit einer zugespitzten Wendung ließe sich sagen, die deutschen radikalen Studenten seien die Kinder der Zeitgeschichtsforschung. Sie gehören ja durchweg derjenigen Generation an, die – ganz anders als ihre älteren Geschwister in den frühen fünfziger Jahren – schon auf der Schule mit der jüngsten Vergangenheit vertraut

gemacht wurde; ihre innere Abwendung von vielen traditionellen Lehrstoffen, ihr exklusives Interesse für die Zeitgeschichte und insbesondere den Nationalsozialismus, ihre Neigung zum engagierten Urteil wiederholen und spiegeln die Erfahrungen der jüngeren Generation der Zeitgeschichtsforscher. Diese Erfahrungen mochten den Beteiligten noch vor 10 oder 15 Jahren isoliert, ja gegenläufig zu verbreiteten Tendenzen der Öffentlichkeit scheinen; aber Zeitgeschichtsforschung ist nicht nur dadurch ausgezeichnet und gefährdet, daß sie ihrem Gegenstand so unmittelbar entspringt wie keine andere Wissenschaft: sie wirkt zugleich auf diesen Gegenstand so unmittelbar zurück wie keine andere Wissenschaft. Man kann sehr wohl die Frage stellen, ob ohne die Forschungen von Hans Rothfels und von so manchen anderen Männern seiner Generation auch nur die recht begrenzte innere Wiedernäherung der Vereinigten Staaten an den besiegten Gegner hätte stattfinden können, die sich gegen Ende der vierziger Jahre vollzog. Auch die Tätigkeit der jüngeren Generation ist nicht ohne Wirkung geblieben, freilich nur – und insofern muß jene zugespitzte Formulierung korrigiert werden – im oftmals ungewollten Zusammenwirken mit der Publizistik und mit den benachbarten Wissenschaften der Politologie und der Soziologie. So kam es, daß von einer Wiedergeburt der Weimarer literarischen Rechten, die um 1952 bevorzuzustehen schien, zehn Jahre später nichts mehr zu merken war und daß das geistige Leben der Bundesrepublik sich von demjenigen der Weimarer Zeit so spürbar unterschied. Dieses geistige Leben aber war und ist keine selbstgenügsame Entität. Es repräsentiert ja zu seinem Teil das Selbstverständnis der Bundesrepublik im ganzen und wird seinerseits nur im Rahmen der Geschichte der Bundesrepublik verständlich.

Die Bundesrepublik ist, mehr noch als selbst Israel oder Südvietnam, ein Staat der Zeitgeschichte, aus der Katastrophe hervorgegangen und zur Überwindung der Katastrophe errichtet. Unmittelbar aus den Erfahrungen der Zeitgeschichte kam die älteste und stärkste Tendenz zur Selbstverständigung: der Wunsch nach einem radikalen Neubeginn, nach Abschüttelung der Fehler der Vergangenheit. Ein gereinigtes, ein besseres, ein gegen die vergangenen Irrwege gesichertes Deutschland sollte entstehen: in diesem Wunsch waren sich alle Parteien einig, und die konservativsten Programme waren voll von kühnen Veränderungsvorschlägen. Aber dieser Wunsch mußte sich in einer Welt harter Realitäten bewegen. In der Sowjetischen Besatzungszone wurde er, wie es schien, zum bloßen Instrument einer rücksichtslosen Siegerpolitik, und die westlichen Zonen wurden im Gegenzug so etwas wie die Freistätte derer, die noch einmal davongekommen waren, ein Ort der Toleranz und des Wiederaufbaus, aber auch der Nachsichtigkeit und des Vergessens. So fand die „Bereinigung“ nicht statt, aber die Sehnsucht nach einem besseren Deutschland schwand nicht dahin, sondern fand eine Unterkunft in der Oppositionspartei und in weiten Bereichen der Publizistik, wobei der Akzent meist noch auf dem „besser“, manchmal aber auch auf „Deutschland“ lag. Daher legitimierte sich die Bundesrepublik nicht aus dem zeitgeschichtlichen Erneuerungswillen der ersten Stunden, aber auch nicht aus dem Freistättencharakter ihrer zeitgeschichtlichen Realität, sondern durch das Postulat der Wiedervereinigung in Frieden und

Freiheit, welches den historischen Bismarckschen Nationalstaat als das Normale und die Folgen der nationalsozialistischen Katastrophe als bloßes Hindernis faßte. Daraus wiederum resultierte die fundamentale Parallele zur Weimarer Republik, daß die Wiederherstellung eines früheren Zustandes zum Hauptziel der staatlichen Politik zu werden schien. Hier liegt der rationale Kern für die ständigen Angriffe der Sowjetunion gegen die „revanchistische“ Bundesrepublik; von hier aus wird verständlich, daß nicht nur der antifaschistische Erneuerungswille, nicht nur das nationalistiche Mißtrauen gegen den „Staat von Bonn“, sondern auch die pazifistischen Bedenken gegen die friedensgefährdende Politik der Wiederbewaffnung die Entwicklung der Bundesrepublik begleiteten. Und dennoch konnte es nur einen kurzen Augenblick ernsthaft so aussehen, daß die Geschichte sich wiederhole, daß die „alten Kräfte“ in Deutschland ein neues autoritäres Regime schaffen und einen neuen Krieg hervorrufen würden. Spätestens nach dem Beginn der sechziger Jahre mußte sich auch derjenige, der vom größten Mißtrauen gegen die Ober- oder Mittelschichten der Bundesrepublik oder sogar gegen ihre Bevölkerung im ganzen erfüllt war, eingestehen, daß vielleicht nicht die Ideen und die Ressentiments, aber sicherlich die weltpolitische und die strategische Situation tiefgreifend verändert waren und daß ein westlicher Angriffskrieg gegen die Sowjetunion, für den die Initiative und das Interesse der Bundesrepublik maßgebend wären, unvorstellbar geworden war. Zur gleichen Zeit hatte sich erwiesen, daß jener „Freistättencharakter“ doch nichts Zufälliges gewesen war und daß sich in der Bundesrepublik nicht so sehr eine deutsche wie eine „westliche“ Gesellschaft rekonstituiert hatte, die überall durch ein Nebeneinander von Gruppen und Auffassungen verschiedener historischer Herkunft gekennzeichnet ist und nirgendwo durch jene fleckenlose Reinheit, nach der ein engagiertes Denken so gern Ausschau hält. So ist die Bundesrepublik heute ein politisches Gebilde wie kein anderes in der Welt: als Gesellschaft so ausgeglichen, liberal und wohlwollend wie nur irgendeine, als Staat schwächer und von geringerem Selbstbewußtsein erfüllt als jeder andere. Diese Situation ist die Voraussetzung für das Wiederhervortreten jener alten Widerstandsregungen, die ihren alten Sinn aber in der neuen Lage verloren haben. Nur deshalb kulminieren sie so rasch in einem „Neo-Marxismus“, der ja gar nicht ernsthaft an die kriegerischen oder faschistischen Tendenzen der westlich-liberalen Gesellschaft glaubt, sondern ihr gerade bequemen Konformismus und korrumpierende Toleranz vorwirft.

Damit sieht sich die Zeitgeschichtsforschung durch die allerjüngste Zeitgeschichte in eine aporetische Situation gestellt. Wie sollte sie nicht Sympathie für ihre „Kinder“ empfinden, von denen sie nicht wenige ihrer Thesen wiederholt, nicht wenige ihrer Wertungen übernommen sieht? Wie könnte sie aber auf der anderen Seite übersehen, daß jede Ideologie gerade die Fragestellungen und Ergebnisse der Zeitgeschichtsforschung festzulegen versucht und daß die neomarxistisch-anarchistische Ideologie aufs genaueste in die Gegenrichtung der zu Beginn umrissenen nächsten Aufgaben der Zeitgeschichtsforschung geht, nämlich der Integration unbequemer Wahrheiten und der kritischen Untersuchung auch der antifaschistischen Legende,

z.B. der Legende von der Finanzierung Hitlers durch die Großindustrie? Wie dürfte sie sich schließlich darüber hinwegtäuschen, daß mindestens bei einem Teil der studentischen Jugend die zentrale und lebendige Erfahrung der Zeitgeschichtsforscher zum bloßen Instrument eines gegenwärtigen Macht- und Wirkungswillens von frappierender Ungebrochenheit pervertiert worden ist?

In dieser Aporie findet die Zeitgeschichtsforschung den festen Punkt im Grundsätzlichen, indem sie mit Entschiedenheit das scheinbar allzu Selbstverständliche bejaht: daß sie nur als ein Teil des westlichen Gesellschaftssystems existieren kann, weil es nur in diesem System genuine Teile gibt, die voneinander und damit potentiell von dem Ganzen Abstand haben. Natürlich gibt es keine „voraussetzungslose“ Wissenschaft, und schon gar keine Geistes- oder Sozialwissenschaft, die unabhängig wäre von ideologischen Standpunkten, d. h. von den großen Entwürfen, welche die Geschichte und die Gesellschaft im ganzen durchsichtig zu machen versuchen. Aber nur wenn es mehrere ideologische Standpunkte nebeneinander gibt, von denen keiner dem Zweifel entzogen ist, kann sich das Seltenste vollziehen: die Auffindung von Wahrheiten, die keinen Nutzen haben, und der Überschnitt zu neuen Konzeptionen. Die „gesellschaftliche Bezogenheit“ der Wissenschaft, die heute so lautstark gefordert wird, ist ja doch das Normale, im angespannten Dasein unentwickelter oder bedrohter Staaten Unentbehrliche: erst als der Überschuß, das Überraschende, das Unbequeme ist Wissenschaft bei sich selbst und *deshalb* auch bei der Gesellschaft. Dieses westliche System muß nicht nach Gesetzen der Denknötwendigkeit „kapitalistisch“ sein – die essentiellen Kennzeichen sind vielmehr: Fraktionierung auch der ökonomischen Macht, Nicht-Identität der wirtschaftlichen, der politischen und der geistigen Macht. Es ist zuzugeben, daß die Kritik der radikalen Linken mindestens teilweise nicht die Beseitigung dieser Merkmale anstrebt, sondern gerade auf ihre unzureichende Verwirklichung zielt. Aber die anarchistische Polemik übersieht, daß Fraktionierung und Nicht-Identität nur dann existieren können, wenn sie den unifizierenden Grundvorgang nicht hindern, sondern fördern, und sie gibt sich noch weniger darüber Rechenschaft, daß Reaktion zum Fortschritt gehört, weil Differenz die Grundbedingung genuinen Fortschritts ist: John Locke wäre vermutlich nie zum Begründer des Liberalismus geworden, wenn der Puritanersproß nicht in die Obhut eines sehr konservativen Lehrers gekommen und damit in den Prozeß des vergleichenden Nachdenkens gestoßen worden wäre. Die historische Erfahrung läßt vermuten, daß dieses System ohne ein gewisses Ausmaß von Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht möglich ist und daß seine „Beseitigung“ nur durch eine Partei totalitären Charakters vorgenommen werden kann. Daher muß die radikale Linke gegen sich selbst geschützt werden, denn als Aktionspartei ist sie eine unaufgeklärte und unaufklärbare Größe, die sich selbst unerbittlich der eigenen Zerstörung in der totalen Niederlage oder – im totalen Siege entgegenstrebt. Die Kritik der radikalen Linken ist unentbehrlich und selbst ein fundamentales Kennzeichen der westlichen Gesellschaftsform, aber der Sieg dieser Linken wäre kein geringeres Verhängnis als ihr Untergang.

Der feste Punkt im praktischen Bereich ergibt sich hieraus mit Notwendigkeit.

Die Zeitgeschichte ist kein Sproß der Universität und schon gar kein Erzeugnis eines routinierten Wissenschaftsbetriebes. Sie ist vielmehr von der Universität oftmals mit Mißtrauen angesehen worden. Aber Zeitgeschichte und Universität haben sich aufeinander hin entwickelt, und ich denke, zum Vorteil beider Seiten. Dennoch würde die Zeitgeschichtsforschung das Aufkommen studentischer Kritik vermutlich wärmer begrüßen und fördern als irgendeine andere Wissenschaft, denn sie muß darin ein Stück jener praktischen Universitätsreform sehen, von der sie selbst ein Teil ist. Aber so gewiß in der Rede von der „Demokratisierung der Universität“ ein sinnvoller Kern enthalten ist, so unzweifelhaft ist es für denjenigen, der ausländische Hochschulen kennt und nicht bloß auf Mentalitäten blickt, daß die deutsche Universitätsverfassung weitaus demokratischer war als die amerikanische, von der französischen zu schweigen, und daß der nächste Schritt die Einschränkung der bewegungslos gewordenen Ordinariendemokratie sein mußte, nicht aber ihre Ausweitung. Immerhin hätte man vielleicht von einer „Zuführung frischen Blutes“ reden können, wenn die neuen studentischen Fakultäts- und Senatsmitglieder wirklich das gewesen wären, wofür wohlmeinende Reformer sie hielten: kluge und maßvolle Individualisten von ganz verschiedenartiger politischer Einstellung oder auch völlig ohne Verhältnis zu Politik und Macht, mit einem Wort: kleine Ordinarien. Aber in einer Periode der Reideologisierung mußte das Ergebnis etwas ganz anderes sein, und so vollzog sich, wenngleich an vielen Stellen erst ansatzhaft, das merkwürdigste Ereignis in der Geschichte der Bundesrepublik: zwei Jahrzehnte hatte sie nach dem Schatten Hitlers Ausschau gehalten und sich vor der Rückkehr der Toten gefürchtet, da führte die Aktivität gerade der Progressivsten die erste echte Parallele zum Dritten Reich herbei – den Einzug einer politisch-ideologischen, der „bürgerlichen Wissenschaft“ und dem „etablierten System“ feindlichen Partei in das Zentrum der Universität. Gewiß sind es im wesentlichen Söhne und Töchter des Kleinbürgertums, die sich da als ausgebeutete Schicht betrachten und die den Faschismus als kleinbürgerliches Phänomen dekuvierieren, gewiß gibt es unter der Decke der gemeinsamen Phraseologie sehr verschiedenartige, ja entgegengesetzte Tendenzen; aber ein spöttisches Lächeln ist dennoch nicht die angemessene Reaktion. Westliche Gesellschaften sind ihrem Begriff nach kleinbürgerliche Gesellschaften, d. h., Gesellschaften mit einer vergleichsweise außerordentlich breiten Mittelschicht, und das Kleinbürgertum hat hier seit bald 200 Jahren so gut wie alles hervorgebracht oder an sich gezogen, was politisch oder gesellschaftlich relevant wurde: Jakobiner und Faschisten, die radikalsozialistische Partei und die Labour-Bewegung, kommunistische Intellektuelle und sozialdemokratische Funktionäre. Man sollte die Macht so allgemeiner Vorstellungen nicht unterschätzen, wie sie ganz offiziell zum Ausdruck kommen: die Universität müsse in direkter Demokratie durch Vollversammlungen geleitet werden und die Studenten seien so lange zur Zusammenarbeit mit den Professoren nicht bereit, als diese nicht gewillt seien, mit ihnen gemeinsam gegen den Staat zu kämpfen. Diese Entwicklung war seit einiger Zeit abzusehen. Aber große Organe der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik ließen die richtige Fragestellung nicht zu, nämlich: ob nicht jedes Ein-

gehen auf die studentischen Wünsche vom vorherigen Verzicht auf den Partei-charakter der Studentenschaft abhängig gemacht werden müsse bzw. ob nicht umgekehrt die Aufrechterhaltung dieses Anspruchs die Beteiligung an der Leitung der Universität ausschließe. Denn es liegt auf der flachen Hand, daß die „Beteiligung“ einer Gruppe, die als einzige so etwas wie politische Ziele und ideologische Vorstellungen hat, notwendig Vormacht bedeutet oder aber jene Staatsherrschaft herbeizwingen muß, vor der die finanziell so völlig abhängigen deutschen Universitäten seit langem nur durch das außerordentliche Ansehen geschützt waren, das ihre Professoren sich – zu Recht oder zu Unrecht – zu schaffen verstanden hatten.

So ist in der deutschen Universität die Wissenschaft heute zur Partei geworden, und das ist vermutlich der Tiefpunkt der Geschichte eines Staates, in der es keine Höhepunkte gab. Denn wodurch kann dieser Staat sich noch legitimieren, wenn sein Freistättencharakter nicht mehr empfunden wird, wenn die Produktions- und Konsumtionsfreiheit ihre Kehrseite offenbart, wenn der Glaube an die Wiedervereinigung unter westlichen Vorzeichen mehr und mehr schwindet, wenn der Unterschied im Lebensstandard gegenüber der DDR von Jahr zu Jahr geringer wird? Er kann sich nur dadurch legitimieren, daß er Wissenschaft möglich macht – nicht die lebensnotwendige Wissenschaft, ohne die kein Staat auskommen kann, sondern gerade jene fernliegende Wissenschaft, die keinen Nutzen bringt, und jene fragilste Wissenschaft, die jede richtige Aussage und erst recht jede Wahrheit aus dem Ozean des politischen und ideologischen Interesses mühsam ans Land holen muß und deren Prototyp die Zeitgeschichtsforschung ist. Daher muß sich die Zeitgeschichtsforschung, durch die Zeitgeschichte in tödliche Gefahr gebracht, eng an die Partei der Wissenschaft in der Universität anschließen – wie übrigens auch die vom Marxismus herkommende wissenschaftliche Politologie und Soziologie –, und sie muß an den Staat appellieren, durch eine umfassendere und schmerzlichere Anstrengung als durch bloße Polizeigewalt den widerwissenschaftlichen Zustand permanenter Nötigung an den Hochschulen zu beenden – einen Zustand, an dem er selbst nicht ohne Schuld ist, weil er mehr und doch weniger sein wollte, als er sein kann: ein Staat, der aus der Zeitgeschichte entstanden ist und sich durch die Ermöglichung von Zeitgeschichtsforschung legitimiert, aber nicht, um egoistisch bloß seine eigenen Wege zu gehen, sondern um seinen Platz in einer künftigen Welt zu suchen, welche kein ungeschichtliches Idyll sein wird, aber ebensowenig eine bloße Fortsetzung der Vergangenheit.

GER VAN ROON

GRAF MOLTKE ALS VÖLKERRECHTLER IM OKW

In diesem Aufsatz wird eine Seite des Wirkens des Grafen Helmuth James von Moltke beleuchtet, die an anderer Stelle nur am Rande angedeutet werden konnte¹. Gemeint ist die Tätigkeit Moltkes in der Abteilung (später Amtsgruppe) Ausland des Amtes Ausland-Abwehr im Oberkommando der Wehrmacht.

Zur Quellenlage ist folgendes zu bemerken: Es fehlen leider bis heute die Kriegstagebücher der Amtsgruppe Ausland-Abwehr. In Deutschland sind sie nicht aufzufinden. Sie sollten beim Herannahen der Roten Armee im letzten Quartier, der Heeres-Reitschule in Krampnitz, verbrannt werden²; es ist jedoch möglich, daß ein Exemplar unter den deutschen Akten war, die nach dem Krieg in die USA verlagert wurden³. Als weitere Schwierigkeit kommt hinzu, daß die Akten dieser Gruppe, obwohl sorgfältig gesichert⁴, im November 1943 nach einem Luftangriff verbrannt sind⁵. Das gleiche gilt für die Schriftstücke, die für die Zeit nach dem Krieg aufbewahrt wurden⁶.

Trotzdem ist es gelungen, wichtiges Quellenmaterial aufzufinden. Dazu gehören an erster Stelle Aktenreste von Personen und Dienststellen, mit denen Moltke dienstlich zu tun hatte. Sie befinden sich heute im Bundesarchiv⁷, im Bundesarchiv/Militärarchiv⁸ und im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes⁹. Dazu kommen noch die vielen, an sich sehr interessanten Briefe Moltkes an seine Gattin aus den Kriegsjahren¹⁰. Sie erwähnen indessen selten ausführlicher, womit Moltke sich da-

¹ Ger van Roon, *Neuordnung im Widerstand, Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*, München 1967.

² Briefl. Mitt. Vizeadmiral a. D. L. Bürkner, 2. 9. 1966.

³ Vermutung Dr. C. C. von Pfuels, 2. 11. 1968.

⁴ „Wir sind plötzlich im Mittelpunkt des Interesses, denn alles bemüht sich, unsere Akten zu retten, weil man mit diesen allein sich rechtfertigen kann. Es ist wahnsinnig komisch. Alles hackt auf mir rum, ich sollte meine Akten und mich selbst schleunigst evakuieren.“ (Brief an die Gattin), 5. 8. 1943.

⁵ Vgl. den Brief Moltkes an G. Jaenicke vom 15. 1. 1944 (Anhang).

⁶ Dabei handelt es sich um eine Sammlung völkerrechtswidriger Befehle; es war die Absicht Moltkes, die Autoren dieser Befehle aufgrund dieses Materials nach dem Krieg zur Rechenschaft zu ziehen.

⁷ Restbestände des ehemaligen Reichsjustizministeriums und insbesondere des völkerrechtlichen Referats in diesem Ministerium.

⁸ Restbestände der Abteilung Kriegsgefangene im AWA des OKW, des Sonderstabes HWK, die Handakten Gladisch und die Handakten Widmann, früher in der Dokumentenzentrale des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes.

⁹ Restbestände aus der Rechtsabteilung und Handakten Ritter.

¹⁰ Eine Veröffentlichung dieser Briefe wird z. Zt. vorbereitet. Der Verf. ist Frau Dr. Gräfin von Moltke sehr zu Dank verpflichtet für die Erlaubnis, Zitate aus den Briefen in seine Arbeit aufnehmen zu dürfen.

mals befaßt hat. Erfreulicherweise konnten auch drei Briefe Moltkes an einen ehemaligen Mitarbeiter der Amtsgruppe Ausland-Abwehr gefunden werden¹¹.

Mit besonderem Dank sei die Hilfe erwähnt, die der Verfasser von Personen erhalten hat, die mit Moltke in dienstlichem Verkehr standen, darunter von mehreren ehemaligen Mitarbeitern aus der Gruppe für Kriegs- und Völkerrecht. Dank ihrer Hilfe konnten manche Bemerkungen in den Briefen verständlich gemacht und ausgenutzt werden. Schließlich bedankt sich der Verfasser für die von vielen Seiten freundlich gewährte sachverständige Hilfe¹², die dazu beigetragen hat, daß dieser Aufsatz zum 25. Jahrestag der Hinrichtung Moltkes erscheinen kann.

I. Die völkerrechtliche Gruppe der Abteilung Ausland

Es hat schon im Ministerium ein Völkerrechtsreferat gegeben, das um 1935 der Dr. jur. h. c. Oberst Fonck innehatte. Ihm wurde Ende 1936 der Major und spätere Oberst Dr. Tafel zugeteilt, der nach der Versetzung Foncks Anfang 1937 dessen Nachfolger wurde. Ehe kurz nach Beginn des Zweiten Weltkriegs das Völkerrechtsreferat in der damaligen Abteilung Ausland zu einer völkerrechtlichen Gruppe erweitert wurde, war die Abteilung Ausland neben den drei Abwehr-Abteilungen der Amtsgruppe Abwehr des Admirals Canaris¹³ angegliedert worden¹⁴. Chef dieser Abteilung war bisher ein Oberst des Generalstabs gewesen. Am 1. Juli 1938 wurde jedoch ein Seeoffizier, der damalige Kommandant des Kreuzers Emden, Kapitän zur See Leopold Bürkner, zum Chef ernannt. Zu den vielfältigen Aufgaben der Abteilung Ausland gehörten die Verbindung zwischen Wehrmacht und Auswärtigem Amt, die außen- bzw. militärpolitische Unterrichtung der obersten militärischen Stellen, die Bearbeitung militärischer Fragen, soweit sie das Völkerrecht betrafen, die Auswertung der ausländischen Presse und die Verbindung zu den in Berlin tätigen ausländischen Militär-, Luft- und Marine-Attachés sowie zu den deutschen Militärattachés im Ausland. Obwohl diese Gruppe also seit 1938 organisatorisch dem späteren Amt Ausland-Abwehr unterstand, betrachtete der Wehrmachtführungsstab sie eigentlich immer als sein Organ¹⁵, da der wesentliche Teil ihrer Arbeit in

¹¹ Herrn Prof. Dr. G. Jaenicke verdankt der Verf. die Möglichkeit der Benutzung und Veröffentlichung dieser Briefe (s. dazu den Anhang).

¹² Besonders erwähnt sei hier mit Dank die vom Institut für Zeitgeschichte (Dr. A. Hoch) geleistete Hilfe.

¹³ Vgl. K. H. Abshagen, Canaris, Patriot und Weltbürger, Stuttgart 1949; H. Krausnick, Aus den Personalakten von Canaris, in dieser Zeitschrift, 10 (1962), S. 280 ff.; G. Buchheit, Der deutsche Geheimdienst, Geschichte der militärischen Abwehr, München 1966; K.-J. Müller, Das Heer und Hitler, Stuttgart 1969, S. 641 ff.

¹⁴ Der Grund soll gewesen sein, daß Canaris auf die Verbindung mit den Militärattachés einen hohen Wert legte (Mitt. Bürkner, 13. 7. 1969).

¹⁵ Bei Abgabe der Abwehr an das Reichssicherheitshauptamt (nach dem Sturz von Canaris) erfolgte eine unmittelbare Unterstellung der damaligen Amtsgruppe Ausland unter den Wehrmachtführungsstab.

Verbindung mit dem Wehrmachtführungsstab erledigt wurde. Selbstverständlich entstanden für die Abteilung Ausland auch gewisse Vorteile aus der Unterstellung unter die Amtsgruppe Abwehr.

Im Krieg wurde nun die Gruppe für Kriegs- und Völkerrecht durch Völkerrechtler verstärkt. Am 11. August 1939 fand eine Exkursion von etwa 16 bis 18 Herren der Abteilung Ausland in das Berliner „Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht“ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft statt¹⁶. Das 1924 gegründete Institut¹⁷ teilte mit dem Schwesterinstitut für ausländisches und internationales Privatrecht die nach der Stechbahn und dem Schloßplatz zu gerichteten oberen Räume des Berliner Schlosses. Ansehen und Arbeit dieses Instituts waren seit seiner Gründung aufs engste mit der Persönlichkeit seines Direktors, des Berliner Ordinarius Viktor Bruns, verknüpft, der persönlichen Charme und fachliche Autorität in sich vereinigte¹⁸.

Dem Nationalsozialismus stand Bruns ablehnend gegenüber, hielt sich aber zurück in dem Bewußtsein, zu einer Generation zu gehören, die nicht mehr an allem aktiv teilnehmen könne¹⁹. Stellvertreter war der Honorarprofessor an der Universität Berlin, Ernst Martin Schmitz, der führend an der Leitung und Ausbildung der Mitarbeiter beteiligt war und dem NS-Regime ebenfalls skeptisch gegenüberstand²⁰.

Am Tag nach der Exkursion rief Major Tafel bei diesen an, um zu fragen, was im Kriegsfall mit dem Institut und seinen Mitgliedern geschehen würde. Zur Klärung dieser Frage wandte Schmitz sich an den zum Kuratorium gehörenden Admiral Walter Gladisch²¹. Zwischen diesem und Bürkner fand dann eine Besprechung statt, bei der von ersterem angeregt wurde, das Institut der Abteilung Ausland zu unterstellen. In der Tat erging am 15. September vom Chef OKW eine Verfügung, die aufgrund der Erfahrung der ersten Kriegswochen die Notwendigkeit betonte, zur Klärung schwieriger völkerrechtlicher Fragen – außer den beim OKW bereits bestehenden völkerrechtlichen Referaten²² – eine „Beratungsstelle für Völkerrecht“ einzurichten. Dafür kämen sowohl das Kaiser-Wilhelm-Institut wie der Kriegsausschuß der 1933 gegründeten „Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehr-

¹⁶ Nach einem Brief von Schmitz im Nachlaß Gladisch; BA-MA, Marinearchiv 7742/3, Teil I (III M 501/t).

¹⁷ Vgl. Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., 1961, Teil II, S. 687 ff.

¹⁸ Vgl. die Reden von Prof. Makarov und Dr. Blass auf der Gedenkfeier für Viktor Bruns im Institut am 28. 9. 1943 (Privatdruck).

¹⁹ Mitt. Dr. H. Strebel, 11. 7. 1969.

²⁰ Vgl. die Reden von Prof. Bruns und Adm. Gladisch bei der Gedächtnisfeier im Institut und am Grab (Privatdruck); Mitt. Strebel, 11. 7. 1969.

²¹ 1933 als Flottenchef verabschiedet; nach Kriegsbeginn Reichskommissar am Oberpreisenhof bis zu seiner Entlassung 1943; stand mit führenden Männern des Widerstands (Canaris, Tresckow) in Verbindung; vgl. Walter Baum, *Marine, Nationalsozialismus und Widerstand*, in dieser Zeitschrift, 11 (1963), S. 16 u. 29; Mitt. Frau F. Hesse, 12. 7. 1969; Mitt. Dr. E. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969.

²² Beim Wehrmachtführungsstab und bei der Wehrmachtrechtsabteilung.

wissenschaften²³ in Betracht. „Das Institut wie der Ausschuß“, heißt es in der Verfügung²⁴, „stehen mit sofortiger Wirkung neben ihren laufenden Arbeiten und Aufgaben dem Oberkommando der Wehrmacht zur Verfügung, ebenso den Wehrmachtsteilen, die entsprechende Anforderungen an das OKW. Abteilung Ausland richten.“

Zum Leiter der völkerrechtlichen Gruppe wurde der Major Dr. Tafel bestellt. Dieser war ein entschiedener Gegner des Nationalsozialismus. In der Reichskristallnacht bewies er persönlichen Mut, als er seinen Degen ziehen wollte, um Verfolgte zu schützen²⁵. Als er Ende 1939 durch Briefe aus Polen erfuhr, wie die SS dort vorging, protestierte er heftig dagegen, was Bürkner jedoch mißbilligte²⁶. Auf sein Betreiben wurde Tafel dann auch im September 1941 an die Front versetzt. Offiziell blieb er indessen Gruppenleiter, bis sein Nachfolger eintraf²⁷. Er kannte verschiedene Personen des Widerstandes und war mit den Brüdern Bonhoeffer verwandt, deren Großmutter eine geborene Tafel war²⁸. Sein Nachfolger wurde ein ehemaliger Polizeioffizier namens Werner Oxé. Dieser ließ der Gruppe praktisch vollkommen freie Hand und unterschrieb in aller Regel die von ihr vorbereiteten Schriftstücke²⁹. Die Besetzung der Referate wechselte im Laufe der Zeit. Ende 1941 gehörten der Gruppe Oberst Oxé (Gruppenleiter VI/VIa), Major Dr. Tafel (Gruppenleiter VI/VI z. b.V.), Hauptmann d.R. Prof. Dr. Schmitz (VIc), der Kriegsverwaltungsrat Graf Moltke (VI d), der Kriegsverwaltungsrat von Pful (VIe), der Leutnant d.R. Dr. Jaenicke (VI f) und Dr. jur. h.c. Oberst Fonck (VI s) an³⁰. Jeder von ihnen hatte sein spezielles Arbeitsgebiet, wenn auch häufig andere Referate zu vertreten waren. So waren Schmitz für den Land- und Seekrieg, Graf Moltke für den Wirtschaftskrieg und Jaenicke für Kriegsgefangenenfragen zuständig³¹. Vom Kaiser-Wilhelm-Institut wurden der Gruppe wissenschaftliche Mitarbeiter zur Verfügung gestellt, so von 1939 bis zu seinem Tod im Januar 1942 Prof. Schmitz, von 1942 bis zu seiner Verhaftung im Januar 1944 Prof. Wengler und ab 1944 Prof. Mosler. Die Gruppe befand sich 1939 im Gebäude des OKW am Tirpitzufer 78/80, seit 1942 in einer Villa in der Bendlerstraße/Nähe Tiergarten, dann in einem großen Gebäude an der Ecke Potsdamer Straße/Potsdamer Brücke³². Als Moltke im Januar 1944 verhaftet

²³ Dazu W. Sauer, in: K. D. Bracher, W. Sauer, G. Schulz, *Die nationalsozialistische Macht-ergreifung*, Köln und Opladen 1962, S. 815 ff.

²⁴ Abschrift im Nachlaß Gladisch (vgl. Anm. 16).

²⁵ Mitt. Bürkner, 13. 7. 1969.

²⁶ Mitt. Dr. W. Tafel, 19. 7. 1969.

²⁷ Im Telefonbuch des OKW, Stand vom 15. 1. 1942, noch als Gruppenleiter VI (VI z. b.V.) bezeichnet (S. 57).

²⁸ Vgl. E. Bethge, *Dietrich Bonhoeffer*, München 1967, S. 31–34.

²⁹ Briefl. Mitt. Prof. Dr. W. Wengler, 27. 2. 1969.

³⁰ Nach dem Telefonbuch des OKW (vgl. Anm. 27); als Ende 1942 die Abteilung Ausland zur Amtsguppe und die vier unterstellten Gruppen zur Abteilung erhoben wurden, änderten sich die Referatsbezeichnungen, die von Moltke in I B 3, die von Jaenicke in I B 5.

³¹ Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

³² Briefl. Mitt. H. Antonius, 11. 5. 1969; Mitt. Wengler, 24. 7. 1962.

wurde, saß die Amtsgruppe in bombensicheren Unterkünften bei Zossen³³, er selbst in der Lanz-Schule in Berlin-Dahlem³⁴.

Im Zuge der Einrichtung der „Beratungsstelle für Völkerrecht“ und der Unterstellung des Kaiser-Wilhelm-Instituts unter die Abteilung Ausland kam Moltke, der bei der Mobilmachung büroverwendungsfähig, aber nicht kriegsdiensttauglich geschrieben worden war³⁵, als Kriegsverwaltungsrat zur völkerrechtlichen Gruppe der Abteilung Ausland. Er war kein Mitglied des Instituts³⁶ gewesen, arbeitete jedoch als Spezialist für englisches Recht an dessen Zeitschrift mit³⁷ und kannte sowohl Prof. Bruns wie auch Prof. Schmitz persönlich. Daher konnte er seiner Frau schreiben: „Bruns und Schmitz verhandeln jetzt mit den verschiedenen Dienststellen der Wehrmacht, um zu erreichen, daß das Institut geschlossen der Wehrmacht unterstellt wird. Sobald das erreicht sein wird, und damit rechne ich eigentlich, wird Bruns mich als Hilfsarbeiter anfordern – vielmehr das ist dem Heer gegenüber bereits geschehen, und ich werde dann unter dem Institut, also in einer ganz harmlosen Stelle, arbeiten.“³⁸ Da Moltke jedoch büroverwendungsfähig geschrieben war, wurde er zum Kriegsverwaltungsrat ernannt und in die völkerrechtliche Gruppe des Amtes Ausland aufgenommen. Uniform trug er niemals, obwohl er dazu aufgefordert wurde³⁹. Besonders eng hat er mit Schmitz zusammengearbeitet. Nach dessen Tod fiel die Hauptlast der Arbeit Moltke zu⁴⁰. Er wurde der Kopf der Gruppe, die sich weithin einig war⁴¹.

Zu Anfang mußten sich die militärischen Stellen erst an die Existenz dieser Gruppe gewöhnen. „Die Initiative ist gering, und wenn nicht von höchster Stelle Interesse für eine völkerrechtliche Frage gezeigt wird, dann ruht hier alles. Dafür läuft sich die Maschine ein und man gewöhnt sich daran, uns im laufenden Geschäftsverkehr zu fragen, wenn auch regelmäßig zu spät . . . Die Arbeit ist noch längst nicht befriedigend, und unsere Hauptaufgabe ist nach wie vor, daß Schmitz und ich versuchen, uns Ellenbogenfreiheit zu verschaffen, um wirklich etwas leisten zu können.“⁴² Die Gruppe hatte keine Weisungsbefugnis, sondern konnte ihre Ansichten nur gutachtlich vortragen. Daher schrieb Moltke: „Da ich aber nicht selbst handeln kann, sondern mich darauf beschränken muß, anderen Argumente zu liefern, die diese zum Handeln treiben, so ist jeder Schritt mit einer unsäglichen

³³ Briefl. Mitt. von Pfuel, 22. 5. 1969.

³⁴ Brief Moltkes, 29. 12. 1945.

³⁵ Brief Moltkes, 21. 9. 1939.

³⁶ Mitt. Strebels, 11. 7. 1969; briefl. Mitt. Frau L. Boedeker, 27. 1. 1969.

³⁷ Beiträge Moltkes, z. B. im Band V (1935), VII (1937), IX (1939).

³⁸ Brief Moltkes, 5. 9. 1939.

³⁹ Wilhelm Wengler, H. J. Graf von Moltke, in: Die Friedens-Warte 48 (1948), S. 298.

⁴⁰ Briefl. Mitt. Bürkner, 9. 6. 1963.

⁴¹ „Die große Linie war in der praktischen Arbeit so selbstverständlich, daß man mit Moltke von vornherein über die Antwort auf jede konkrete Frage einig war.“ (Wengler, a. a. O., S. 299); dazu auch Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

⁴² Briefe Moltkes, 26., 28. 9. 1939.

Anstrengung verbunden.⁴³ Wenn auch der Wirkungskreis der Gruppe sehr beschränkt und sie nur für das Gebiet der Wehrmacht zuständig war, so können doch mehrere Beispiele erwähnt werden, wo es gelungen ist, „im Detail Unglück zu verhüten“⁴⁴.

Das Interesse der Armee für völkerrechtliche Fragen war an sich gering. Die Kriegsmarine war schon im Frieden laufend mit militärischen Aspekten des Völkerrechts befaßt; sie arbeitete daher auf diesem Gebiet in hohem Maß selbständig. Die Luftwaffe aber ging auch hier aufgrund der besonderen Stellung ihres Oberbefehlshabers gern eigene Wege. Nur das Heer war sehr auf die völkerrechtliche Gruppe angewiesen. Da es im Frieden wenig mit dem Völkerrecht zu tun gehabt hatte, bestand unter den Generalen große Unkenntnis auf diesem Gebiet. Als der niederländische Oberbefehlshaber, General Winkelman, nach der Kapitulation zum Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden, General Christiansen, sagte, er nähme an, dieser würde sich an das Völkerrecht und die Haager Konvention halten, antwortete Christiansen: „Herr General, haben Sie in der Schule je etwas vom Völkerrecht gehört? Ich nicht. Völkerrecht ist etwas, das gibt es nur in der Zeitung.“⁴⁵

Bei seiner Arbeit wurde Moltke besonders von dem Amtschef, Admiral Canaris, unterstützt. Er konnte sich immer darauf berufen, daß dieser ihm ausdrücklich aufgetragen habe, darauf zu achten, daß geltendes Kriegsrecht auch beachtet werde⁴⁶. Moltke kam oft zu Canaris⁴⁷, und dieser erteilte Moltke auch unmittelbar eigene Aufträge⁴⁸. So bestand zwischen ihnen ein besonderes Vertrauensverhältnis⁴⁹. Anderen gegenüber hat Canaris den Namen Moltke mehrfach lobend erwähnt und dabei auch dessen Gegensatz zu Hitler betont⁵⁰. Moltke wiederum ließ die wichtigsten Sachen nicht durch seine Abteilungschefs unterzeichnen, sondern legte sie Canaris selbst vor⁵¹. So stellte sich ein weitgehendes Einverständnis zwischen Canaris, dessen Denken Moltke zu Anfang allzu primitiv-militärisch erschienen war⁵², und Moltke ein, nachdem seine Arbeit dem Amtschef besser bekannt geworden war. Schon im April 1941 schrieb Moltke darüber: „Mir jedenfalls war es angenehm zu wissen, wo Canaris steht.“⁵³ Als die Schwierigkeiten zwischen Abwehr und SD größer wurden, hielt Canaris sich jedoch mehr im Hintergrund, auch waren ihm die Ausarbeitungen der Gruppe manchmal zu scharf⁵⁴. Dazu Moltke: „Mit Bürkner

⁴³ Brief Moltkes, 17. 11. 1939.

⁴⁴ Brief Moltkes, 10. 11. 1939.

⁴⁵ Brief Moltkes, 5. 6. 1943.

⁴⁶ Wengler, a. a. O., S. 298/9; Mitt. Tafel, 19. 7. 1969.

⁴⁷ Briefl. Mitt. Frau Wera Schwante, 21. 2. 1969; Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

⁴⁸ Briefl. Mitt. Bürkner, 2. 8. 1963.

⁴⁹ W. Schwante; W. Tafel.

⁵⁰ Briefl. Mitt. Generaloberst a. D. F. Halder, 9. 8. 1963.

⁵¹ Mitt. Wengler, 24. 7. 1962; Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

⁵² Brief Moltkes, 14. 4. 1940; ein Beweis für die Distanz Canaris' zu Moltke in der damaligen Zeit.

⁵³ Brief Moltkes, 30. 4. 1941.

⁵⁴ Briefl. Mitt. Dr. O. Reichel, 10. 10. 1968.

hatte ich heute morgen eine Aussprache über die Schwächeanfalle des kleinen Matrosen⁵⁵ und sagte ihm, so ginge das nicht. Bürkner war verständig und hat mir erlaubt, diese Sache dem kleinen Matrosen unter vier Augen vorzutragen.⁵⁶

Zäh und geduldig führte Moltke viele Verhandlungen mit den verschiedenen Dienststellen und konnte dabei manchmal Teilerfolge erzielen, wenn er auch gelegentlich resigniert feststellte: „Wer den Ehrgeiz hat, seine Vorschläge verwirklicht zu sehen, braucht nicht zu uns zu kommen.“⁵⁷ Nicht einmal durch den Wortlaut von Führerbefehlen ließ er sich in seinen Bemühungen und Kämpfen hindern, und als er einmal auf den Gegensatz zwischen seinem Wunsch und einem Führerbefehl hingewiesen wurde, erwiderte er: „Aber, meine Herren, Sie können sich doch nicht hinter einem Führerbefehl verkriechen. Wir würden doch unsere Pflicht dem Führer gegenüber auf das Größte verletzen, wenn wir hinter unseren ruhigen Schreibtischen zu feige wären, dem Führer zu sagen, daß er bei Erlaß jenes Befehls falsch beraten worden ist und wenn wegen dieser unserer Feigheit draußen unsere Leute umgelegt werden.“⁵⁸ Der wesentliche Teil der Arbeit wurde in Verbindung mit dem Wehrmachtsführungsstab abgewickelt oder in Moltkes Worten mit der „Mördergrube von führerhörigen Generälen und Offizieren des OKW“⁵⁹. Der Chef des OKW hat bei einer gewissen Anzahl von größeren Aktionen, besonders in späterer Zeit⁶⁰, die Abteilung Ausland über die völkerrechtliche Lage befragt und jedesmal schriftlich die Antwort erhalten, daß solche Maßnahmen nicht dem Völkerrecht entsprächen. Diese Antworten haben vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg noch eine Rolle gespielt⁶¹. Manchmal war die Abteilung Ausland aber erst nachträglich oder gar nicht⁶² unterrichtet worden. Es ist dann mehrmals Einspruch beim OKW eingelegt worden. Auf Vorhaltungen von dort, die Abteilung solle nur eine völkerrechtliche Begründung für die betreffenden Maßnahmen finden, wurde geantwortet, sie könne verantwortlich nur zum Ausdruck bringen, was rechtens sei. Die Mehrzahl dieser völkerrechtlichen Gutachten war maßgeblich von Moltke bestimmt⁶³.

Eine weitere Verbindung bestand zur Wehrmachtsrechts-Abteilung unter Ministerialdirektor Lehmann. Sie koordinierte die Rechtsprechung aller Wehrmachts-teile und bearbeitete die Gesetzesangelegenheiten. Der Chef dieser Abteilung hatte zusätzlich die Funktion eines Rechtsberaters beim Chef OKW. Zu ihr und ihren

⁵⁵ Damit ist Canaris gemeint.

⁵⁶ Brief Moltkes, 5. 5. 1943.

⁵⁷ Wengler, a. a. O., S. 302.

⁵⁸ Brief Moltkes, 17. 6. 1943.

⁵⁹ Ebenda.

⁶⁰ Vgl. den Brief Moltkes an Jaenicke, 15. 1. 1944, im Anhang.

⁶¹ U. a. EC 538, PS 1263, NOKW 985, PS 1279 u. 1265; dazu auch NOKW 2318 (eidesstattliche Erklärung Vizeadmiral Bürkners).

⁶² Z. B. bei dem Kommissar-Befehl und bei dem „Nacht und Nebel“-Befehl (Mitt. Tafel, Jaenicke, Wengler).

⁶³ Briefl. Mitt. General der Artillerie a. D. W. Warlimont, 4. 9. 1963.

völkerrechtlichen Referenten Wagner⁶⁴ und Waltzog⁶⁵ hatte die Abteilung Ausland keine besonders freundlichen Beziehungen. Man war dort mehr geneigt, den Wünschen der politischen Führung nachzugeben und das Völkerrecht entsprechend zu interpretieren, während die Abteilung Ausland eher die völkerrechtlichen Schranken zu betonen suchte⁶⁶.

Eng hingegen arbeitete Moltke mit Völkerrechtlern wie Berthold Schenk Graf von Stauffenberg und Curt Eckhardt zusammen. Berthold Stauffenberg, ein Bruder von Claus Stauffenberg, war schon im Jahr 1929 in das Kaiser-Wilhelm-Institut eingetreten. Mit Prof. Schmitz hatte er die Fähigkeit, rasch das Wesentliche zu erfassen, die Sparsamkeit in Worten und die selbstlose Hingabe an die Sache gemeinsam⁶⁷. Von 1931 bis Ende 1933 war er *secrétaire-rédacteur au greffe de la Cour Permanente de Justice Internationale* bei Hjalmar Hammarskjöld. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland wurde er wissenschaftliches Mitglied des Kaiser-Wilhelm-Instituts und seit 1935 war er Mitherausgeber seiner Zeitschrift. In den 30er Jahren wandte Stauffenberg sich zunehmend dem Kriegsrecht und besonders dem Priserecht zu. Zusammen mit Moltke gehörte er dem Ausschuß zur Fortbildung des Kriegsrechts an⁶⁸. Während des Krieges war er im Völkerrechtsreferat der Seekriegsleitung tätig. Leiter dieses Referats war Curt Eckhardt, den Moltke durch Stauffenberg kennenlernte⁶⁹. Eckhardt war ein stiller, etwas kränklicher alter Herr,

⁶⁴ Bezeichnend für das Verhältnis Moltkes zu Wagner ist das folgende Zitat: „Der heutige Tag litt etwas darunter, daß ich um 1/2 1 Uhr aufbrechen mußte, um mit Oxé einen meiner intimsten Gegner aus dem OKW, Geheimrat Wagner, zu beerdigen. Er ist mit über 70 Jahren jetzt gestorben und ich kann nur sagen, 5 Jahre zu spät. Vieles hätte verhütet werden können, wenn der zähe, eigensinnige, alte Mann nicht dagewesen wäre. Er hieß bei uns nur der Giftzweig. Er war ein hervorragender Straffjurist und betrachtete alles unter rein innerstaatlichen Gesichtspunkten.“ (Brief Moltkes, 22. 10. 1943).

⁶⁵ Nach dem Tode Wagners hatte sich das Verhältnis jedenfalls zeitweise etwas gebessert: „Mit WR [Wehrmachtrechtsabteilung] stehen wir natürlich eng, Waltzog kommt 2 bis 3 Mal die Woche zu uns, und es geht von ihm kein wesentliches Schreiben heraus, ohne daß wir es vorher gesehen hätten.“ (Brief Moltkes an Jaenicke, 15. 1. 1944, im Anhang.)

⁶⁶ Briefl. Mitt. Wengler, 27. 2. 1969; vgl. auch die Ausgabe der Nürnberger Prozeßakten (dt. Ausgabe), Bd. XXVII, S. 78/85.

⁶⁷ Nach dem Nachruf von H. Strebel, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Bd. XIII (1950/51), S. 14. Über ihn auch der Nachruf von Makarov, in: Die Friedens-Warte, 47 (1947), S. 360ff. und Walter Baum, a. a. O. Stauffenberg hatte mit Mitgliedern des Instituts verabredet, daß dieses sich nach einem gelungenen Umsturz der neuen Reichsregierung zur Verfügung stellen würde. Noch wenige Tage vor dem 20. Juli 1944 war er im Institut und bat um ein Gutachten, welche völkerrechtlichen Verträge es gebe und wie sich eine neue Regierung diesen gegenüber zu verhalten habe. Anfang 1943 hatte Bruns bereits angedeutet, daß das Institut nach einer Änderung des Systems dem Auswärtigen Amt zur Verfügung stehen würde (Mitt. H. Mosler, 11. 7. 1969; vgl. auch Jahrbuch der Max-Planck-Gesellschaft, 1961, Teil II, S. 696).

⁶⁸ Vgl. S. 40.

⁶⁹ „Eckhardt habe ich inzwischen in einigen Besprechungen und Sitzungen erlebt.“ (Brief Moltkes an Berthold Stauffenberg, 7. 9. 1940, im Nachlaß Gladisch.)

sehr vorsichtig und zurückhaltend⁷⁰; ab und zu versuchte er allerdings unverständlicherweise bestimmte Maßnahmen der Seekriegsleitung zu verteidigen⁷¹.

Zu Beginn seiner Tätigkeit bei der Abteilung Ausland arbeitete Moltke auch noch im Kaiser-Wilhelm-Institut. Später erschien er wegen Arbeitsüberlastung dort nur noch zur Besprechung von Fragen des Völkerrechts im Krieg⁷². Er und Berthold Stauffenberg trugen ihre Fragen vor⁷³, um mit Hilfe des Instituts⁷⁴ eine Handhabe zur Durchsetzung völkerrechtlich vertretbarer Lösungen zu erhalten⁷⁵. Der Tenor dieser Besprechungen war politisch eindeutig im Sinne einer Ablehnung des NS-Regimes und seines Vorgehens. Nach dem Tode von Professor Bruns im September 1943 versuchten Moltke und Wengler über die Wehrmacht bei der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu erreichen, daß Berthold Stauffenberg zumindest provisorisch zum Direktor ernannt werde⁷⁶. Das erwies sich jedoch als undurchführbar. Um aber auch weiterhin die notwendige Zusammenarbeit zwischen Theorie und Praxis sicherzustellen, fanden Stauffenberg und Moltke schließlich eine andere Lösung. Stauffenberg rief als Leiter der Kriegsrechtsabteilung einzelne Mitglieder des Instituts zusammen⁷⁷, mit denen Moltke dann die wichtigeren Fragen besprechen konnte. So fanden am 6. Dezember 1943 und am 13. Januar 1944 im Institut aus Anlaß eines vom OKW zu entscheidenden praktischen Falles Unterredungen über die völkerrechtliche Bedeutung der Rückführung von Kriegsgefangenen in die Kriegsgefangenschaft statt⁷⁸. Auf den Inhalt dieser Besprechungen wird später eingegangen⁷⁹. Von Moltke wurden hinterher Gutachten über diese Fragen angefor-

⁷⁰ Briefl. Mitt. K. Bauch, 15. 5. 1969.

⁷¹ Mitt. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969; vgl. auch die Beiträge Eckhardts, in: Walter Gladisch, Berthold Widmann, Grundfragen des Seekriegsrechts im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1944.

⁷² Briefl. Mitt. Mosler, 17. 12. 1968 u. 16. 1. 1969.

⁷³ „Gestern Nachmittag und Abend haben wir einige Sachen im Institut besprochen. Dadurch hoffe ich, jetzt wenigstens 2 sehr wichtige Sachen so fundiert zu bekommen, daß ich ruhig darüber schlafen kann.“ (Brief Moltkes, 27. 10. 1943.)

⁷⁴ Ein Gutachten über die gewohnheitsrechtliche Behandlung der Besatzungen aufgebrachtter feindlicher oder neutraler Handelsschiffe, 2. 4. 1941 (Abschrift, in: Auswärtiges Amt, Rechtsabteilung, Akten Völkerrecht-Kriegrecht, Bd. 11, Nr. 4); ein anderes, von Dr. Bloch, über Neubauten norwegischer Schiffe in Schweden; vgl. dazu die Briefe Moltkes an Jaenicke, 4. 3. u. 20. 4. 1943 im Anhang (Abschrift, in: Akten Völkerrechtsreferat Reichsjustizministerium, BA: R 22/20213).

⁷⁵ Zu der Aktivität des Instituts auf diesem Gebiet in den ersten Jahren des Krieges, als Bruns noch Direktor war, vgl. Conrad Roediger, Versuche zur Erhaltung des humanitären Völkerrechts nach 1933, in: Andreas Flitner (Hrsg.), Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus, Tübingen 1965, S. 184ff.

⁷⁶ Briefl. Mitt. Wengler, 27. 2. 1969.

⁷⁷ Dazu gehörten Dr. Friede, Dr. Bloch, Dr. Wengler, Dr. Mosler und Frau Dr. Auburtin (Brief Moltkes an Jaenicke, 15. 1. 1944 im Anhang).

⁷⁸ An der Sitzung vom 6. 12. nahmen teil: Graf Moltke, Graf Stauffenberg, Dr. Friede, Frau Dr. Auburtin, Dr. Bloch und Dr. Mosler; an der Sitzung vom 13. 1.: Graf Moltke, Kriegsgerichtsrat Branntweiner, Graf Stauffenberg, Dr. Friede und Dr. Mosler (Nach einer Niederschrift im Besitz von Prof. Dr. H. Mosler, dem ich die Erlaubnis zur Einsichtnahme verdanke).

⁷⁹ Dazu vgl. S. 54.

dert, die jedoch keine offiziellen Gutachten des Instituts sein konnten, sondern nur den Wert von Stellungnahmen einzelner Mitarbeiter hatten⁸⁰.

Der Vollständigkeit halber sei hier die tägliche Routinearbeit Moltkes kurz geschildert. Er mußte aus den anfallenden Unterlagen – z. B. entzifferten Feindbefehlen, Aufsätzen militärischer Zeitschriften, Nachrichten von Abwehr-Leitstellen und V-Männern, Berichten der deutschen Militärattachés und dem Durchdruck sämtlicher Berichte deutscher Auslandsmissionen an das Auswärtige Amt – kurze Stellungnahmen oder Gutachten zu völkerrechtswidrigen Vorgängen anfertigen. Wichtige Informationen wurden dann an die interessierten Personen weitergeleitet⁸¹. Außerdem gehörten dazu Stellungnahmen der Abteilung Ausland zu Grundsatzbefehlen der obersten militärischen Dienststellen, einschließlich des OKW, sofern sie völkerrechtlich relevant waren. Aus mehreren von ihnen geht hervor, wie sehr die Gruppe versuchte, Schlimmeres zu verhüten.

Moltkes Spezialgebiet innerhalb der völkerrechtlichen Gruppe war die Wirtschaftskriegführung. Nach der Versetzung Jaenickes an die Front⁸² kamen Kriegsgefangenenprobleme hinzu. Als Vertreter der Abteilung Ausland nahm Moltke an Sitzungen des Sonderstabes für Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmaßnahmen (HWK)⁸³ und an Besprechungen beim Wirtschafts- und Rüstungsamt über Warenverkehr mit dem unbesetzten Frankreich teil⁸⁴. Weil der Seekrieg weitgehend den Charakter eines Wirtschaftskrieges besaß, mußte Moltke sich auch häufig mit Schiffsangelegenheiten befassen, u. a. bei einer Sitzung des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete über die Verwendung ehemaliger baltischer Schiffe⁸⁵. Seit Herbst 1940 beschäftigte er sich mit dem Problem des Baus norwegischer Schiffe in Schweden. Das kostete ihn viel Zeit⁸⁶ und brachte ihn überdies in Konflikt mit dem Auswärtigen Amt⁸⁷. Nach der Konferenz von Adana⁸⁸ kam infolge der veränderten Haltung der Türkei die Frage der Donauschiffe in Istanbul dazu⁸⁹. Die Schiffsangelegenheiten brachten für Moltke jedoch auch die Möglichkeit, ins Ausland zu reisen, was er gleichzeitig für seine Widerstandsarbeit ausnützen konnte⁹⁰. So fanden vom 15. bis 27. März 1943 in Oslo und Stockholm Besprechun-

⁸⁰ Vgl. Moltkes Brief an Jaenicke, 15. 1. 1944, im Anhang.

⁸¹ So wurde auf Veranlassung von Moltke und Schmitz dem Admiral Gladisch ein Leitartikel aus der *Washington Post* vom 11. 5. 1941 über die voraussichtliche Entwicklung der amerikanischen Außenpolitik und die Rolle Roosevelts dabei übersandt (Kopie mit Begleitbrief im Nachlaß Gladisch).

⁸² Ende 1942.

⁸³ Dazu S. 26 ff.

⁸⁴ Z. B. am 15. und 22. 7. 1940 (BA-MA, Wol-7/227).

⁸⁵ Niederschrift, Ergebnis der Sitzung, Abschrift, in: BA: R 22 Gr. 5-20218.

⁸⁶ Z. B. am 30. 6. 1943 im Auswärtigen Amt (BA: R 22/vorl. 20215).

⁸⁷ Beispiele in BA: R 22/vorl. 20215.

⁸⁸ Am 30. 1. 1943 fand in Adana an der türkisch-syrischen Grenze eine geheime Unterredung zwischen der türkischen Regierung und Churchill statt.

⁸⁹ So nahm er am 25. 8. 1943 und noch am Tag seiner Verhaftung, dem 17. 1. 1944, an Sitzungen über diese Angelegenheit im Auswärtigen Amt teil (BA: R 22/vorl. 20210).

⁹⁰ Ger van Roon, a. a. O., S. 314 u. 318.

gen über den Neubau norwegischer Schiffe auf schwedischen Werften statt⁹¹ und im Juni bzw. Dezember 1943 Verhandlungen über beschlagnahmte Donauschiffe in Istanbul⁹².

Im folgenden werden einige Beispiele angeführt für die Bemühungen der völkerrechtlichen Gruppe, Schlimmeres zu verhüten. Kurz nach Ausbruch des Krieges nahm Moltke im Auftrag des Chefs der Abteilung Ausland an einer vom Justizministerium anberaumten Sitzung teil, in der über den Erlass einer Verordnung zur Abwesenheitspflugschaft entschieden werden sollte. Innen-, Wirtschafts- und Finanzministerium hatten ihre Ansprüche auf die für später beabsichtigte Beschlagnahme angemeldet. Moltke schrieb darüber in seinem Bericht: „Ich bin der Meinung, daß die Wehrmacht ein erhebliches Interesse an der endgültigen Regelung des feindlichen Vermögens hat, und zwar sowohl wegen der wirtschaftlichen Bedeutung wie wegen des Einflusses, den die Art dieser Regelung auf die Haltung der Neutralen haben kann.“⁹³ Der Hinweis auf den Eindruck einer bestimmten deutschen Maßnahme im feindlichen oder neutralen Lager wurde öfters von der Gruppe als wirksame Waffe benutzt. So von Schmitz, als er im Februar 1940 nach der Versenkung der niederländischen „Burgerdijk“ durch ein deutsches U-Boot anregte, die Völkerrechtswidrigkeit spontan zuzugeben und Schadenersatz in Aussicht zu stellen. Er schrieb dazu: „Damit würde der feindlichen Propaganda, ehe sie voll sich auswirken kann, der Boden entzogen; unsere Position würde überdies in allen zweifelhaften Fällen gestärkt, wenn wir darauf hinweisen könnten, daß wir da, wo wirklich unrechtmäßig vorgegangen worden ist, uns nicht scheuten, das zuzugeben und freiwillig den entstandenen Schaden wiedergutzumachen bereit wären.“⁹⁴

Als in einer Ressortbesprechung beim Reichsjustizminister eine Verordnung über die Einziehung jüdischen Vermögens im besetzten Gebiet verhandelt wurde, erhob der Vertreter der Abteilung Ausland, Jaenicke, der dort das gesamte OKW vertrat, Einspruch und betonte, daß der Vorschlag völkerrechtswidrig sei. Dieser Standpunkt ist auch in einer Aktennotiz festgehalten⁹⁵.

Ein anderes Beispiel ist die Frage des Vorgehens gegenüber Portugal. Als die Seekriegsleitung der Meinung war, daß durch den Kriegseintritt Brasiliens (Sommer 1942) eine neue Lage geschaffen sei, die einem auf den Nordamerikaverkehr beschränkten Abkommen mit Portugal seinen Wert nehmen würde, und daß deshalb von Portugal beschleunigt ein umfassenderes Abkommen verlangt werden

⁹¹ Bericht über das Ergebnis der Besprechungen, in: BA: R 22/20213.

⁹² Ger van Roon, a. a. O., S. 318.

⁹³ Ausl. VI d, 28. 9. 1939 (BA: MA, Wol-7/220; vgl. dazu auch den Brief Moltkes, 18. 10. 1939: „Ich soll ein Referat über die Beschlagnahme feindlichen Eigentums vor den Referenten der zuständigen Ministerien halten. Es wird wohl aber erst in einer Woche soweit sein. Im Grunde paßt mir das. Man kann dabei doch manchen Unfug verhüten.“

⁹⁴ Ausl. VI c, 24. 2. 1940 (Auswärtiges Amt, Rechtsabteilung, Akten Kriegsrecht-Seekrieg, Völkerrecht, Bd. 9, Nr. 4).

⁹⁵ Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969. Obwohl der Verf. sich daran erinnert, beim Aktenstudium diese Notiz gesehen zu haben, konnte sie bisher in den Beständen des ehemaligen Reichsjustizministeriums im Bundesarchiv nicht ermittelt werden.

müsse, und zwar mit Hilfe der Drohung, die bisher stillschweigend geübte Schonung portugiesischer Schiffe im Operationsgebiet der deutschen Flotte noch im Laufe des September zu beenden, schrieb Moltke in einer Stellungnahme: „Mit Rücksicht darauf, daß die Stellungnahme der Portugiesischen Regierung schon bisher, soweit wir unterrichtet sind, unmittelbar von Salazar festgelegt worden ist, und mit Rücksicht darauf, daß sie auf völkerrechtlichen Grundsätzen beruht, von denen Portugal sehr schlecht lassen kann, nachdem es sie einmal eingenommen hat, schließlich mit Rücksicht darauf, daß während dieses ganzen Krieges Salazar auf Drohungen, sei es von englischer Seite, sei es von deutscher Seite, meist negativ reagiert hat, ist zu fürchten, daß uns die von der Seekriegsleitung vorgeschlagene Art des Vorgehens in einen Konflikt mit Portugal hineinführen muß, in dem wir mit Versenkung portugiesischer Schiffe antworten müssen. Eine derartige Konsequenz rückt Wirkungen sowohl in Europa wie in Südamerika in den Bereich der Möglichkeiten, die nach allen Seiten hin überprüft werden müssen.“⁹⁶

Als letztes Beispiel sei der Fall des spanischen Fracht- und Passagierschiffs „Monte Corbea“ genannt, das auf dem Weg von Argentinien nach Portugal am 19. September 1942 – sechzig Seemeilen östlich von Martinique – ohne vorausgegangene Warnung torpediert wurde. Das Auswärtige Amt wollte der spanischen Regierung lediglich Ersatz des Schiffes in Geld anbieten. Moltke hingegen hat sich dafür eingesetzt, daß dem Wunsch der spanischen Regierung auf Ersatz des versenkten Schiffes in natura zugestimmt werde. Als dann Bürkner auf Bitten Moltkes in telefonischer Rücksprache mit dem Auswärtigen Amt entschieden für eine solche Regelung eintrat, hatte dies zur Folge, daß das Auswärtige Amt sich der abweichenden Meinung der Abteilung Ausland anschloß und der spanischen Regierung ein deutsches Schiff anbot⁹⁷.

Auf die Dauer aber wurde es für Moltke und seine Mitarbeiter immer schwieriger, etwas zu verhindern. Vieles wurde ihnen gar nicht mehr vorgelegt und oft erreichten Vorgänge sie erst nachträglich, weil man ihre abweichende Meinung voraussetzte. Zu Beginn seiner Arbeit in der Abteilung Ausland hatte Moltke erwartungsvoll geschrieben: „Wer aber jeden Tag weiß, was gut ist und was böse und daran nicht irre wird, wie groß auch der Triumph des Bösen zu sein scheint, der hat den ersten Stein zur Überwindung des Bösen gelegt.“⁹⁸ Ende 1941 jedoch, an einem Tag voll grauenhafter Nachrichten, klagte er: „Das, was mir augenblicklich am nächsten geht, sind die mangelhaften Reaktionen des Militärs . . . Neue, schreckliche Befehle werden gegeben und niemand scheint etwas dabei zu finden. Wie soll man die Mitschuld tragen? . . . Mach ich mich nicht mitschuldig? Was sage ich, wenn man mich fragt: und was hast Du während dieser Zeit getan? . . . Wie kann jemand so etwas wissen und dennoch frei herumlaufen? Mit welchem Recht? Ist es nicht unvermeidlich, daß er dann eines Tages auch dran kommt und daß man ihn

⁹⁶ Ausl. VI d, 4. 9. 1942 (BA: MA, Wol-7/220).

⁹⁷ Notizen und Aktenvermerke Ausl. I B 3, 29. 10., 30. 10., 3. 11. 1942, ebenda.

⁹⁸ Brief Moltkes, 1. 6. 1940.

auch in die Gosse rollt? Das alles sind ja nur Wetterleuchten, denn der Sturm steht vor uns. Wenn ich nur das entsetzliche Gefühl los werden könnte, daß ich mich selbst habe korrumpieren lassen, daß ich nicht mehr scharf genug auf solche Sachen reagiere, daß sie mich quälen, ohne daß spontane Reaktionen entstehen.“⁹⁹ Mehrere Stellen in Moltkes Briefen beweisen, wie sehr er gerade die Hitlerhörigkeit der meisten Generale mißbilligte und verachtete. Für ihn waren sie Menschen, die nur Freude an Operationen und Siegen¹⁰⁰ hatten und dafür alles mitmachten¹⁰¹. So schrieb er Anfang 1942: „Und die Soldaten sehen das immer noch nicht. Sie sind eben keine Feldherren, sondern Techniker, Militärtechniker und das ganze (der Rußlandfeldzug) ist ein gigantisches Verbrechen.“¹⁰² Offen äußerte er seine persönliche Meinung auch bei einer Diskussion über die Berechtigung eines Mordbefehls Hitlers: „Solange es für mich Befehle gibt, die durch keinen Führerbefehl aufgehoben und denen auch gegen einen Führerbefehl Folge geleistet werden muß, kann ich solche Sachen nicht durchgehen lassen, denn für mich steht eben der Unterschied zwischen Gut und Böse, Recht und Unrecht a priori fest. Das ist kein Gegenstand von Zweckmäßigkeitserwägungen der Argumente.“¹⁰³ Hier standen Weltanschauungen gegeneinander. Durch solches Verhalten in einer Zeit, in der die radikaleren Elemente des nationalsozialistischen Regimes stark an Einfluß gewannen, exponierte sich Moltke immer mehr. Er wurde lästig, und schließlich konnte ein Vorwand gefunden werden, ihn auszuschalten. Seine Verhaftung kann zugleich als Teil des Schlags des Reichssicherheitshauptamtes gegen das Amt Ausland-Abwehr des Admirals Canaris betrachtet werden¹⁰⁴. Zwei Tage vorher¹⁰⁵ war bereits einer seiner Mitarbeiter (Wengler) verhaftet worden¹⁰⁶. Der starke Einfluß der völkerrechtlichen Gruppe und insbesondere ihres Kopfes, Moltke, wurde für gefährlich gehalten, weil er im Sinne des NS-Regimes „zersetzend“ wirkte.

Nach seiner Verhaftung hat Moltke in Ravensbrück, wo Oxé ihn besuchen durfte, noch eine Zeitlang für seine Abteilung Akten bearbeitet. Auf eine Anfrage der Amtsgruppe Ausland, ob Moltke nicht wieder auf freien Fuß gesetzt werden könne, da er für Belange des militärischen Völkerrechts dringend gebraucht werde, soll Himmler nicht ablehnend geantwortet, gleichzeitig aber bemerkt haben, es sei schon ein anderer Arbeitsplatz für ihn vorgesehen. Auf einen weiteren schriftlichen

⁹⁹ Brief Moltkes, 21. 10. 1941.

¹⁰⁰ Brief Moltkes, 14. 4. 1940.

¹⁰¹ Brief Moltkes, 22. 4. 1940.

¹⁰² Brief Moltkes, 6. 1. 1942.

¹⁰³ Brief Moltkes, 5. 11. 1942.

¹⁰⁴ Dazu z. B. G. Buchheit, a. a. O., S. 416; K. D. Bracher, *Die deutsche Diktatur*, Köln, 1969, S. 485; P. Hoffmann, *Widerstand – Staatsstreich – Attentat*, München 1969, S. 345 ff.

¹⁰⁵ In seinem Urteil vom 25. 1. 1962 hat das Kammergericht Berlin noch die irrige Auffassung vertreten, die Verhaftung Moltkes beziehe sich auf seine Leitung des Kreisauer Kreises, und daher dem Kampf der völkerrechtlichen Gruppe die Bezeichnung „Widerstand“ abgesprochen. Damit werden diesem Begriff jedoch zu enge Grenzen gezogen.

¹⁰⁶ Vgl. den Brief Moltkes an Jaenicke, 15. 1. 1944, im Anhang.

Vorschlag, in dem es hieß, man solle doch wenigstens den Arbeitseinsatz auf seinem Familiengut Kreisau gestatten, erging keine Antwort mehr, da inzwischen aufgrund der Verhaftungen im Zusammenhang mit dem 20. Juli einiges über Moltkes Tätigkeit im Widerstand bekanntgeworden war¹⁰⁷.

II. Sonderstab für Handelskrieg und Wirtschaftliche Kampfmaßnahmen (HWK)

Rein chronologisch gesehen war Moltkes Tätigkeit beim Sonderstab HWK seine erste besondere Verwendung neben der Arbeit in der Abteilung Ausland. Der Sonderstab HWK war Ende Oktober 1939 gebildet worden und hatte die Aufgabe, alle Angelegenheiten zusammenzufassen, die Handelskrieg und wirtschaftliche Kampfmaßnahmen betrafen. Vorher waren diese bei der Wehrmacht und den verschiedenen Ministerien – vielfach ohne daß einer von der Arbeit des anderen wußte – bearbeitet worden. Das hatte in der Praxis zu Überschneidungen geführt¹⁰⁸, weshalb am 23. Oktober ein Führererlaß erging¹⁰⁹, demzufolge „für eine einheitliche Lenkung dieser Fragen“ ein „Führungsstab“ mit direkter Unterstellung unter das OKW eingesetzt werden sollte. Um aber zu gewährleisten, daß keine Stelle in noch so beschränktem Umfang eigene Politik betreiben konnte, wurden dem Beauftragten für den Vierjahresplan, dem Reichsminister des Auswärtigen, dem Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft und den Oberbefehlshabern der Wehrmachtsteile aufgegeben, sich in diesem Stab vertreten zu lassen.

Leiter des Sonderstabes HWK waren der Reihe nach Admiral Karlgeorg Schuster (bis Ende Mai 1940¹¹⁰), Admiral Dr. Groos¹¹¹ (bis 30. 6. 1944 und ab September 1944 bis Mai 1945) und Admiral Canaris (1. bis 21. Juli 1944). Der eigentliche Arbeitsstab war klein; er umfaßte neben einem älteren Seeoffizier als Chef des Stabes noch zwei bis drei ständige Referenten. Chef des Stabes war Kapitän zur See Weichold¹¹². Nach seiner Abkommandierung im Sommer 1940¹¹³ wurde diese Stelle nicht wieder besetzt. Sachbearbeiter für das Ressort Heer war bis 1942 etwa Major Kayser; danach wurde dieses Gebiet vom Sachbearbeiter für Fragen der Luftwaffe mitübernommen. Diese Stelle hatte zunächst Oberstleutnant Veltgens und ab 1941 etwa

¹⁰⁷ Briefl. Mitt. Bürkner, 9. 6. 1963.

¹⁰⁸ Z. B. zwischen dem Oberkommando der Kriegsmarine und dem Auswärtigen Amt. Daher wurde das OKM auf einer Besprechung bei Staatssekretär von Weizsäcker am 25.9.1939 von seiten des AA gebeten, „vor weiteren Verschärfungen die beabsichtigten Befehle dem AA zwecks Herbeiführung einer Stellungnahme des Reichsaußenministers mitzuteilen“. (Notiz über diese Besprechung in Abschrift, in: AA, Unterstaatssekretär, Akten Seekrieg I).

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ Ende Mai 1940 wurde Schuster Kommandierender Admiral in Frankreich.

¹¹¹ Seine unveröffentlichten Aufzeichnungen, die sich z. T. auch mit der Arbeit des Sonderstabes befassen, befinden sich heute im Militärarchiv/Freiburg (Admiral Dr. h. c. Otto Groos, Als Seeoffizier in Krieg und Frieden).

¹¹² Vgl. die Bemerkungen über Weichold bei Baum, a. a. O., S. 28 f.

¹¹³ Er wurde Deutscher Admiral beim italienischen Admiralstab.

Major Dr. Tepe inne. Sachbearbeiter für Angelegenheiten der Marine war die ganze Zeit Kapitän zur See Vesper¹¹⁴.

Dem Sonderstab wurden in Betracht kommende Angelegenheiten und Anregungen zugeleitet, er unterrichtete die zuständigen Dienststellen und Ministerien und bereitete die jeweilige Sitzung vor, bei der dann die Ressortvertreter (oft im Rang eines Generals oder Botschafters) ihre Auffassung vortrugen. Die Ergebnisse wurden danach der Stelle zugeleitet, die für die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen verantwortlich war. Wurde keine Einstimmigkeit erzielt, so sollten die höheren Instanzen, soweit nötig der Reichsaußenminister und der Chef des OKW persönlich, damit befaßt werden. Kam auch dann keine Einigung zustande, sollte ein gemeinsamer Vortrag bei Hitler anberaumt werden¹¹⁵.

Schon bald nachdem Moltke seine Arbeit als Kriegsverwaltungsrat aufgenommen hatte, wurde er angewiesen, als Vertreter der Abteilung Ausland an Sitzungen des Sonderstabes HWK teilzunehmen¹¹⁶. Ende November 1939 hielt er sein erstes Referat in diesem Kreis¹¹⁷. Als der Chef des Stabes, Admiral Schuster, sich kurz danach bei gemeinsamen Bekannten mit Moltke ausführlich auseinandergesetzt hatte, fragte er diesen, ob er nicht in seinem Stab mitarbeiten wolle¹¹⁸. Dabei dürfte die Erwägung, daß in der Arbeit des Sonderstabes völkerrechtliche Fragen eine Rolle spielten, ebenso von Gewicht gewesen sein wie die Rücksicht auf Moltkes Spezialkenntnisse auf dem Gebiet des englischen Rechts¹¹⁹. Auch hatte Moltke Schuster bei dem erwähnten Gespräch mehrere Vorschläge für die Arbeitsweise des Sonderstabes gemacht¹²⁰. Kurz darauf wurde er zur Dienstleistung beim Sonderstab angefordert¹²¹.

Sein Interesse an dieser Tätigkeit war von dem Wunsch bestimmt, das Los der von den Kriegsmaßnahmen immer härter betroffenen neutralen Staaten zu mildern¹²². In diesem Zusammenhang versuchte er, seinen damals im Reichswirtschafts-

¹¹⁴ Kapitän zur See a. D. K. Vesper verdankt der Verf. die Rekonstruktion der Zusammensetzung des Stabes.

¹¹⁵ Nach der Abschrift eines Schreibens des Reichsaußenministers vom 1. 11. 1939 (AA, ebenda).

¹¹⁶ Die erste Eintragung über diese Arbeit befindet sich bei Moltke in einem Brief vom 10. 11. 1939 („Ich bin durch die neue Aufgabe tatsächlich mit einer der allergrößten Fragen der Gesamtführung befaßt . . .“) Als Vertreter der Abt. Ausland nahm er z. B. am 15. 2. 1940 an einer Besprechung beim Sonderstab über brasilianische Fragen teil (BA: MA, Wol-7/227).

¹¹⁷ „Das Auditorium besteht im wesentlichen aus den oberen Referenten der Ministerien, einigen Admirälen und Botschaftern. Also ein erlauchter Kreis. Es wird sehr komisch werden.“ (Brief Moltkes, 20. 11. 1939.)

¹¹⁸ „Schuster hat mich heute gefragt, ob ich zu ihm kommen wollte. Ich bin neugierig, ob das was wird. Es wird viel von einer Sitzung morgen abhängen, bei der ein Operationsplan von mir besprochen werden wird. Wird beschlossen, diesen Plan ernstlich zu studieren, dann werde ich wohl hinüberschoben.“ (Brief Moltkes, 29. 1. 1940.)

¹¹⁹ „Ich werde gegenwärtig in etwa als Auskunftsstelle über alle möglichen Punkte des englischen Rechtes verwandt.“ (Brief Moltkes, 19. 12. 1939.)

¹²⁰ Brief Moltkes, 28. 1. 1940.

¹²¹ Briefl. Mitt. Bürkner, 2. 9. 1966.

¹²² Vgl. S. 29 f.

ministerium tätigen Gesinnungsfreund O. H. von der Gablentz für die Bearbeitung der Belgien betreffenden Fragen einsetzen zu lassen¹²². Offensichtlich hoffte er, eine Nachkriegszusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet vom Sonderstab aus fördern zu können¹²⁴. Fest überzeugt, daß der Anfang des Zweiten Weltkrieges für das „Dritte Reich“ den Beginn des Untergangs bedeutete, sah er freilich dieses Ende näher, als es war. Er fürchtete daher auch, daß nach dem erfolgreichen Abschluß des Westfeldzuges der Hauptzweck seiner Arbeit wegfallen würde¹²⁶. Die meisten neutralen europäischen Länder waren besetzt. Für Moltke war wesentlich, daß er durch seine Arbeit beim Sonderstab HWK einen sehr viel besseren Einblick in die wirkliche Kriegslage erhielt¹²⁶. Außerdem kam es seiner Auffassung nach in der damaligen Zeit darauf an, innerhalb des organisatorischen Mechanismus bereit zu stehen, um sich von dort im entscheidenden Moment einsetzen zu können¹²⁷.

Mitte Februar 1940 trat Moltke seinen Dienst beim Sonderstab HWK an und teilte von da ab seinen Tag zwischen den zwei Dienststellen¹²⁸. Er bemühte sich, für den Sonderstab möglichst immer zur Verfügung zu sein in der Hoffnung, daß man ihm dann von selbst alle wichtigen Vorgänge zuleiten werde¹²⁹. Mit Admiral Schuster arbeitete er gut zusammen¹³⁰, ebenso mit dessen Chef Weichold¹³¹. Auch Schusters Nachfolger Groos hat sich Moltke gegenüber nicht unfreundlich gezeigt¹³². Die zusätzliche Arbeitsbelastung war für Moltke allerdings erheblich. So schrieb er am 20. 2. 1940: „Für morgen habe ich ein phantastisches Programm: erstens Vorbereitung einer großen Sitzung für Donnerstag Nachmittag, d. h. Anfertigung der Tagesordnung, Abfassung des Vortrags von Schuster und Besprechung dieser beiden Opera mit Weichold und Schuster; zweitens ein Referat über den gegenwärtigen Stand der Handelskriegsführung und über die operativen Ziele im Handelskrieg vor den außenpolitischen und wirtschaftlichen Gruppen meiner Abteilung¹³³; drittens Vortrag im Stabe von Schuster über die völkerrechtliche Lage und die völkerrechtlichen Konsequenzen des Falles „Altmark“¹³⁴. Jedes dieser Programme ist tag-

¹²² Mitt. Prof. Dr. O. H. von der Gablentz, 18. 11. 1965.

¹²⁴ Vgl. S. 30.

¹²⁵ Brief Moltkes, 19. 5. 1940.

¹²⁶ „Es ist ganz merkwürdig, wenn man nun plötzlich an einer Stelle sitzt, an der man die Operationspläne automatisch und selbstverständlich bekommt, während man sie früher immer nur mit Mühe und stückweise sah.“ (Brief Moltkes, 15. 2. 1940.)

¹²⁷ Mitt. Gräfin von Moltke; Mitt. Wengler.

¹²⁸ Brief Moltkes, 14. 2. 1940.

¹²⁹ Ebenda.

¹³⁰ Dazu z. B. ein Brief Moltkes, 7. 5. 1940.

¹³¹ Briefl. Mitt. Frau Weichold, 7. 7. 1963 u. 7. 6. 1964; briefl. Mitt. W. Baum, 23. 8. 1965.

¹³² Dazu z. B. der Brief Moltkes, 21. 8. 1940.

¹³³ Gemeint ist die Abteilung Ausland.

¹³⁴ Die „Altmark“ war eines der Versorgungsschiffe der „Graf Spee“, die mit den Besatzungen torpedierter englischer Handelsschiffe über Norwegen die deutsche Küste erreichen sollte. Noch innerhalb der norwegischen Hoheitsgewässer, im Jössingfjord bei Westagder, wurde sie von dem englischen Zerstörer „Cossack“ gestellt, was eine große diplomatische Aktivität zur Folge hatte. Vgl. Altmark-Saken 1940, Utgitt av Reidar Omang, Oslo 1955;

füllend, und der Teufel weiß, wie ich die zusammen mit der laufenden Arbeit in einen Tag zwängen kann.“¹³⁵

Die Frage, inwieweit es Moltke gelungen ist, mit seiner Arbeit beim Sonderstab HWK Erfolge zu erzielen, läßt sich nicht leicht beantworten. Einmal sind die Bemerkungen Moltkes in den Briefen an seine Gattin nicht immer befriedigend zu erklären, und weiter ist das Maß des Erfolges jeweils schwer festzustellen. War es ein bleibender oder nur ein vorübergehender Erfolg? Auch die Quellenlage ist für eine Beurteilung dieser Fragen problematisch.

Doch kann man den Einfluß Moltkes auf einigen Gebieten der Arbeit des Sonderstabes nachweisen, etwa in der Frage der Wirtschaftskriegführung gegenüber England. Moltke hatte sich Ende 1939 gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen¹³⁶ gewehrt und so zumindest einen Aufschub erreicht. In sehr lebendigem Stil hat er die Entwicklung dieser Angelegenheit beschrieben: „Von früh an habe ich bis spät in der Nacht in einer Minorität von 1:25 eine Kriegsmaßnahme bekämpft. Es war eine viehische Anstrengung, zumal die Anderen mir immer mit einem bereits vorliegenden Führerbefehl opponierten. Es wurde also gestern gegen mich entschieden. Heute morgen habe ich die Sache meinem Chef¹³⁷ vorgetragen, der mich voll gedeckt hat, und mit dieser Deckung habe ich heute Morgen den Kampf wieder aufgenommen und so gegen zwei Uhr erreicht, daß einige Ressorts schwankend wurden und die Angelegenheit nochmals bei ihren Ministern vortragen wollen. Sobald das geschehen ist, soll eine neue Besprechung stattfinden, und zwar entweder heute Abend oder morgen früh. Inzwischen habe ich die Juristen der anderen Ressorts mobilisiert. Die würden zwar von alleine nie den Mut gefunden haben zu revoltieren, aber die Tatsache, daß mein Chef mich deckte, und daß damit ein hoher Militär dahinter stand, hat ihnen den nötigen Mut gegeben. Jetzt steht die Sache so, daß es mir gelungen ist, die Leute wankend zu machen, und so hoffe ich, daß ich mich doch noch gegen die fünfundzwanzigfache Übermacht durchsetzen kann.“¹³⁸

Das zweite Beispiel bezieht sich auf eine Meinungsverschiedenheit mit dem Botschafter Ritter¹³⁹. Anfang Dezember 1939 stand auf einer Sitzung des Sonderstabes die Frage der Charterung neutraler Handelsschiffe durch England zur Debatte. Das Auswärtige Amt hatte vorgeschlagen, für einzelne vercharterte neutrale Schiffe die gesamte Tonnage des betreffenden Landes verantwortlich zu machen. Moltke dagegen lehnte ein solches Vorgehen als völkerrechtswidrig ab¹⁴⁰. Der Chef

Heinz Knackstedt, Der Altmark-Zwischenfall, in: Wehrwiss. Rdschau 9 (1959), S. 391–411, 466–486.

¹³⁵ Brief Moltkes, 20. 2. 1940.

¹³⁶ Es handelt sich hier um die Weisung Nr. 9; vgl. Hitlers Weisungen für die Kriegführung 1939–1945, Dokumente des OKW, hrsg. von Walter Hubatsch, Frankfurt/a.M. 1962, S. 40 ff.

¹³⁷ Gemeint ist Bürkner.

¹³⁸ Brief Moltkes, 25. 11. 1939.

¹³⁹ Der Botschafter z. B. V. Karl Ritter war für alle Fragen, die mit dem Wirtschaftskrieg gegen die „Feindmächte“ und mit der Abwehr des Wirtschaftskrieges der Alliierten zusammenhängen, zuständig.

¹⁴⁰ Nach einer Aufzeichnung von Legationsrat Dr. Lohmann, 11. 12. 1939.

des Sonderstabes, Schuster, schloß sich dem Standpunkt Moltkes an. Er setzte die Frage erneut auf die Tagesordnung und bat Moltke, seine Ansicht nochmals zu formulieren¹⁴¹. In der daraufhin von ihm verfaßten Aufzeichnung legte Moltke dar, daß die englische Flagge nur Schiffe führen dürften, die vollständig Eigentum englischer Staatsangehöriger oder englischer Gesellschaften seien. Daher sei es ausgeschlossen, daß ein Schiff anderer Herkunft die englische Flagge führe¹⁴².

Während der Sitzung gab Ritter mit der Bemerkung nach, in der Kriegskunst müsse man geschmeidig sein, in der Wirtschaftskriegskunst ebenso. So wurde beschlossen, die Sache neu zu bearbeiten¹⁴³.

Das dritte Beispiel betraf die Seekriegsleitung. Wiederholt hat Moltke sich über deren Uneinsichtigkeit und gefährliche Illusionen beklagt¹⁴⁴. So hatte die Seekriegsleitung in einer Denkschrift (Mitte Oktober 1939) befürwortet, weitere Maßnahmen zur Verschärfung des Handelskrieges zu treffen. Die Entscheidung darüber wurde hinausgeschoben¹⁴⁵, bis sie „durch das OKW in ihrer politischen und wirtschaftlichen Auswirkung geprüft worden sei“. Da Moltke befürchtete, man wolle seinen Urlaub dazu benutzen, die Angelegenheit schnell zu erledigen, machte er sich daran, durch ein Gutachten seine Abteilung auf einen ablehnenden Standpunkt festzulegen¹⁴⁶. Als dann der Sonderstab um eine Stellungnahme bat, wurde ausdrücklich bemerkt, daß dabei insbesondere die zu erwartenden Rückwirkungen der geplanten Maßnahmen vom Standpunkt der einzelnen Ressorts berücksichtigt werden sollten¹⁴⁷. In der Tat hat dann auch das Auswärtige Amt vor Maßnahmen gewarnt, die weniger England als gewisse Neutrale schädigen würden¹⁴⁸. Manchmal gelang solches Bremsen allerdings nur im letzten Augenblick. So schrieb Moltke am 25. 1. 1940: „Ich habe gestern den ganzen Tag an einer einzigen Sache im OKW gearbeitet . . . Um 5 brachte ich es noch zum Chef in der Erwartung, daß er es schnell durchsehen und unterbauen würde. Für alle Fälle sagte ich jedoch noch, er solle den Chef der operativen Abteilung der Kriegsmarine anrufen, um sicher zu gehen, daß die Sache nicht verhaufen würde, ehe wir etwas machen könnten. Und siehe da, wir erwischten die Angelegenheit gerade noch am letzten Zipfel. Sie war im Begriff, grob daneben gehauen zu werden. So sind wir denn gleich losgezogen und haben erfolgreich gebremst. Das freut einen immer.“¹⁴⁹

Im vierten Beispiel geht es um Versuche zur Hilfeleistung für die vom Krieg schwer betroffenen neutralen Länder. Moltke hatte in der Sitzung des Sonderstabes vom 9. 1. 1940 angeregt, die geographische Lage Deutschlands nicht nur zur Verhinde-

¹⁴¹ Brief Moltkes, 10. 12. 1939.

¹⁴² Abschrift in AA, Rechtsabteilung, a. a. O.

¹⁴³ Brief Moltkes, 11. 12. 1939.

¹⁴⁴ Briefe Moltkes, 14. 10. 1939; 17. 1. 1940; 21. 8. 1940.

¹⁴⁵ Hitlers Weisungen, S. 39.

¹⁴⁶ Brief Moltkes, 20. 12. 1939.

¹⁴⁷ AA, Rechtsabteilung, a. a. O.

¹⁴⁸ AA, Rechtsabteilung, a. a. O., Abschrift eines Schreibens des Gesandten Eisenlohr, 27. 12. 1939.

¹⁴⁹ Brief Moltkes, 25. 1. 1940.

zung der Importe in Feindländer zu benutzen, sondern auch positiv zur Förderung des interkontinentalen Handels. In einer Aufzeichnung führte er aus, daß es eines der Ziele in der deutschen Wirtschaftskriegführung sei, England vom Handel mit dem östlich von Frankreich liegenden Teil des europäischen Kontinents abzuschneiden. Dieses Ziel könne nur erreicht werden, wenn der Austausch innerhalb des Kontinents weitgehend gefördert werde. In diesem Zusammenhang schlug er dann mehrere Maßnahmen vor und regte an, die Bearbeitung dieser Fragen „einem besonderen unter HWK arbeitenden Ausschuß der maßgebenden Ministerien zu übertragen, mit dem Ziel, einen Plan aufzustellen, der für lange Zeit als Richtlinie dienen“¹⁵⁰ könne. In einer weiteren Aufzeichnung meldete er das Interesse der Wehrmacht an der Überwachung des Durchfuhrhandels durch Deutschland an. Dabei sollte erreicht werden, daß den Neutralen möglichst wenig Schwierigkeiten entstehen. Er schlug deshalb eine Außenorganisation der deutschen Konsulate vor, die die Durchfuhrbewilligungen ausstellen sollte, und eine Zentralstelle, die die Transitpolitik lenken, allgemeine Anweisungen an die Außenstellen geben, Einzelfälle jedoch nicht entscheiden sollte¹⁵¹. Daß Moltke mit diesen Vorschlägen damals auf Widerstände stieß, war zu erwarten. Mit Kummer stellte er fest, daß seine Anregungen in einer ganz anderen Situation benutzt und mißbraucht wurden. So schrieb er am 24. 5. 1940:

„Die Sitzung, die um 5 Uhr angefangen hat, war um halb 8 zu Ende. Schuster, der mit war, fuhr mich nach Hause. Es war eine Sache, die ich seinerzeit unter dem Motto ‚Si vis bellum, para pacem‘ angestoßen hatte, am 10. Januar, und die ich gegen große Widerstände gefördert hatte und die nun plötzlich, nachdem sie ihren eigentlichen Sinn verloren hatte, jetzt alle Leute interessiert, weil wir jetzt dort diktieren können, wo ich planen wollte. Ich habe kein Wort gesagt, aber es war mir doch sehr schmerzlich zu sehen, wie das, mit dem ich eine Nachkriegszusammenarbeit fördern wollte, nun mißbraucht werden soll zur Aussaugung der Besiegten. Meine Argumente von vor 4 Monaten, die damals keiner recht hören wollte, schallten mir von allen Seiten als letzte Weisheit entgegen; selbst in dem Brief des Führers an den König von Schweden¹⁵² befaßt sich ein ganzer Absatz mit dieser Frage und ein Satz daraus stammt aus einer Denkschrift von mir. So wird dieses Projekt . . . korrumpiert. Ist der Krieg vorbei, wird man es nicht mehr brauchen können, weil es kompromittiert sein wird.“¹⁵³

Schließlich ist ein für die damalige Zeit ganz ungewöhnlicher dienstlicher Brief Moltkes zu erwähnen. Moltke hatte erfahren, daß der Chef des Sonderstabes besonderen Wert darauf legte, den britischen Gesandten in der Schweiz zu beseitigen. Als sich andere Vorschläge als undurchführbar erwiesen, hatte der Chef des Sonderstabes die Ermordung dieses Gesandten in Aussicht genommen und seine Sach-

¹⁵⁰ Ausarbeitung vom 19. 1. 1940, abschriftlich in: BA: MA, Wol-7/227.

¹⁵¹ Ausarbeitung vom 29. 1. 1940, abschriftlich ebenda.

¹⁵² Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1938–1945, Serie D, Bd. IX, S. 185 ff. (Brief vom 24. 4. 1940.)

¹⁵³ Brief Moltkes, 24. 5. 1940.

bearbeiter beauftragt, sich deswegen mit der Gestapo in Verbindung zu setzen. Moltke bat daraufhin den Chef der Abteilung Ausland um die Ermächtigung, im Namen des Amtes Ausland-Abwehr oder der Abteilung Ausland ein absolutes Veto einlegen zu dürfen. Es erscheine ihm insbesondere nicht vertretbar, daß eine Wehrmachtsdienststelle mit einem derartigen Ansinnen an die Gestapo herantrete¹⁵⁴.

III. Die Kriegsgefangenenfrage

Die nationalsozialistische Führung erkannte die von der Humanität und dem internationalen Kriegsrecht gesetzten Schranken nicht an. Sie stellte den Kampf der Weltanschauungen den Formen des bisherigen „ritterlichen Krieges“ gegenüber¹⁵⁵. Das Ziel dieses Kampfes bestimmte weitgehend die im Kriegsfall verwendeten Methoden. Diejenigen Völkerrechtler, die sich aufgrund ihres Gewissens und mit Hilfe des stark veralteten Kriegsrechts dagegen zu wehren suchten, hatten es nicht leicht. Selten und nur, wenn man ihr nachweisen konnte, daß die erlassenen Befehle die eigene Kriegführung schädigen würden, ließ sich die nationalsozialistische Führung überzeugen.

Die Frage der Kombattantenqualität hatte im Zweiten Weltkrieg von Anfang an eine erhebliche Rolle gespielt. Immer wieder versuchte das NS-Regime bestimmten Gruppen bewaffneter Gegner diese Qualifikation abzusprechen. Aktuell wurde dieses Thema zum ersten Mal nach der Kapitulation Polens. Schon vorher hatte die völkerrechtliche Gruppe Mißfallen erregt, indem sie dauernd für die strikte Einhaltung der Haager Landkriegsordnung und des Abkommens über die Behandlung von Kriegsgefangenen (1929) eintrat¹⁵⁶. Nach der Kapitulation gelangte eine Anzahl Polen in Gebiete, die sich in englischer Hand befanden und wurden von den Engländern in ihre Armee eingereiht¹⁵⁷. Die NS-Führung wollte diesen, weil Polen kapituliert hatte, nicht die Rechte von Kombattanten gewähren. Jaenicke, der bis zu seiner Versetzung an die Front in erster Linie für solche Fragen zuständig war, wies darauf hin, daß Polen völkerrechtlich nicht als untergegangener Staat angesehen werden könne, solange seine Alliierten weiterkämpften¹⁵⁸. Auch Moltke hat sich mit einem Brief, der auf die Bedeutung dieser Frage für die Nachkriegsentwicklung in Europa ausdrücklich hinwies¹⁵⁹, eingeschaltet, und die Stellungnahme beider soll auch Erfolg gehabt haben¹⁶⁰.

Später waren die de Gaulle-Truppen, die Giraud-Truppen, die unter Mihailowitsch und unter Tito kämpfenden Soldaten, die bei ihnen tätigen englischen Offi-

¹⁵⁴ Brief vom 29. 3. 1941 in Abschrift ebenda; der Chef der Abt. Ausland hatte dazu geschrieben: „Bitte zunächst sicherzustellen, daß an Gestapo nicht herantreten wird, bevor Chef Ausland Gelegenheit hat, mit Chef HWK auch zu sprechen.“

¹⁵⁵ Keitels Reaktion auf eine Vortragsnotiz Moltkes vom 15. 9. 1941 (IMT, Bd. IV, S. 508).

¹⁵⁶ Briefl. Mitt. Tafel, 21. 8. 1969.

¹⁵⁷ Briefl. Mitt. Wengler, 6. 2. 1969.

¹⁵⁸ Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

¹⁵⁹ Brief Moltkes, 7. 3. 1940.

¹⁶⁰ Wengler.

ziere und die nach der Kapitulation Italiens freigekommenen englischen Kriegsgefangenen Gegenstand der Diskussion. In jedem dieser Fälle suchte die völkerrechtliche Gruppe eine juristische Basis zugunsten der Kombattanten, die sonst, sobald sie in deutsche Hand fielen, standrechtlich erschossen wurden¹⁶¹. Im Fall der de Gaulle-Truppen war die Tatsache, daß sie Bestandteile der englischen Armee geworden waren, die rechtliche Grundlage. Außerdem wies man auf die alliierte Drohung hin, daß gegebenenfalls deutsche Kriegsgefangene dasselbe Schicksal erleiden würden¹⁶². So erreichte man schließlich, daß diese Soldaten als Kriegsgefangene behandelt wurden. Bei den Giraud-Truppen half die Konstruktion einer revolutionären französischen de-facto-Regierung in Nordafrika, bei den Jugoslawen, daß die Engländer sie in ihre strategischen Operationen einbezogen. Einen englischen Offizier, Captain Christie Lawrence, der in Jugoslawien gefangengenommen und mit der Absicht, ihn zu erschießen, nach Berlin gebracht worden war, hat Moltke aus dieser Lage befreit, ihn sogar zu einem englischen „breakfast“ in sein Haus eingeladen und erwirkt, daß er als Kriegsgefangener behandelt wurde¹⁶³. Im übrigen ging es der Gruppe darum, soweit als möglich das Geschick der Kriegsgefangenen zu bessern. Es wurde ihr dabei manchmal vorgehalten, daß die deutschen Maßnahmen nur Reaktionen auf Handlungen der Gegenseite seien. Man bemühte sich deshalb darum, diese Einwände zu entkräften. So schickte Moltke z. B. einen übersetzten Bericht aus der „Times“ vom 5. 2. 1942 an alle Betroffenen, in dem es hieß, daß ein südafrikanischer Brigadier wegen „two charges of assaults“ gegen deutsche Kriegsgefangene entlassen worden sei¹⁶⁴. In einer Notiz für den Chef der Abteilung Ausland zitierte Moltke den englischen Außenminister, der im Parlament erklärt hatte, Hess werde als Kriegsgefangener behandelt und nicht entsprechend dem Wunsch der Sowjetregierung schon jetzt vor ein Gericht gestellt. Moltke fügte hinzu: „Aus Bemerkungen des diplomatischen Korrespondenten der ‚Times‘ ist zu entnehmen, daß die Britische Regierung auf dem Standpunkt steht, daß Kriegsgefangene wegen ‚Kriegsverbrechen‘, also vor ihrer Gefangennahme begangener Taten, nicht verurteilt werden dürfen, und daß ein geordnetes Gerichtsverfahren während des Krieges nicht durchgeführt werden kann, da der Beschuldigte nicht imstande wäre, seine Entlastungszeugen herbeizuschaffen. Es wird vorgeschlagen, WR¹⁶⁵ und Kriegsgefangene¹⁶⁶ über diese britische Praxis zu unterrichten.“¹⁶⁷

Die größte Aktion auf dem Gebiet der Behandlung von Kriegsgefangenen wurde wohl in der Fesselungsaffäre unternommen¹⁶⁸. Die Fesselung war seinerzeit für die

¹⁶¹ Wengler, a. a. O., S. 299 u. 300.

¹⁶² Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

¹⁶³ Briefl. Mitt. H. Bertelsen, 9. 9. 1962; Bertelsen begegnete Lawrence in Torgau an der Elbe 1945.

¹⁶⁴ BA: MA, Wol-7/220 (OKW 1016).

¹⁶⁵ Wehrmachtsrechtsabteilung.

¹⁶⁶ Abteilung Kriegsgefangene im Allgemeinen Wehrmachtsamt des OKW.

¹⁶⁷ BA: MA, II W 435.

¹⁶⁸ Dazu Wengler, a. a. O., S. 300.

in Dieppe gefangenen englischen und kanadischen Soldaten verfügt worden. Als England mit deutschen Kriegsgefangenen ebenso verfuhr, verdreifachte man die Zahl, wenn auch die Fesselung selbst sehr wenig streng gehandhabt wurde¹⁶⁹. Gegen diese Maßnahme hat die Gruppe um Moltke immer wieder Einspruch erhoben. In einem von Jaenicke formulierten und von Canaris unterzeichneten Fernschreiben an den Wehrmachtsführungsstab heißt es: „Sabotageeinheiten in Uniform sind Soldaten und haben Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangene. . . . Repressalien an Kriegsgefangenen sind nach dem 1934 ratifizierten Kriegsgefangenenabkommen absolut unzulässig.“¹⁷⁰ Schließlich erreichte die Gruppe, obwohl ihr bedeutet wurde, daß der Chef des OKW sich weitere Vorstellungen in dieser Angelegenheit verbitte, daß dieser Befehl aufgehoben wurde, nachdem der von der Gruppe betreute Gefangenaustausch zu Hitlers Zufriedenheit verlaufen war¹⁷¹.

Als mit Beginn des Rußlandfeldzuges ein Riesenbedarf an Arbeitskräften entstand, beschloß die nationalsozialistische Führung, dazu erneut die besetzten Gebiete heranzuziehen. Um die Zahl zu erhöhen, wollte man die schon entlassenen niederländischen Kriegsgefangenen zur Meldung zwingen und sie dann als Zivilarbeiter nach Deutschland bringen. Damit wurde Moltkes Gruppe vor das Problem „Kriegsgefangene und Arbeitseinsatz“ gestellt. Es arbeiteten damals aber schon Hunderttausende polnischer und französischer Kriegsgefangener als Zwangsarbeiter in Deutschland. Gegen die Verwendung niederländischer Kriegsgefangener wandte man nun von seiten der Gruppe ein, daß sie offiziell auf Anordnung deutscher Instanzen entlassen seien. Außerdem handele es sich in diesem Fall um Kriegsgefangene, die nach dem Genfer Kriegsgefangenenabkommen nicht in der Rüstungsindustrie beschäftigt werden dürften. Die Gruppe wollte erreichen, daß diese Soldaten, wenn sie schon nach Deutschland geholt würden, der deutschen Wehrmacht unterstünden und nicht als Zivilarbeiter der SS ausgeliefert würden¹⁷². Moltkes Kampf können wir in seinen Briefen genau verfolgen: „Inzwischen hatte ich mir Wengler aufs Amt bestellt, und eine Sekretärin und wir haben da bis Mitternacht gebrütet. Außerdem mußte ich mit allen Militärbefehlshabern in allen Westgebieten telefonieren. Immerhin hat mich die Nacht soweit gefördert, daß, als ich am 8. früh um 8 wieder im Amt, ich bis 9 eine Stellungnahme diktieren hatte, um 3/4 10 hatte ich die Unterschrift von Bürkner, und dann ging es durch den Fernschreiber raus. Ob es noch etwas nutzen wird, weiß ich nicht, aber erstens habe ich mein Gewissen befriedigt, und zweitens wirkt es vielleicht doch als Bremse. Jedenfalls hat es im FHQ eingeschlagen, denn die haben mich heute schon um mehr Erläuterungen zu unserem Fernschreiben angegangen.“¹⁷³ Eine Woche später

¹⁶⁹ IMT – NG 3888 (Aufzeichnungen von Botsch. Ritter, 12. 10. 1943).

¹⁷⁰ IMT – PS 1265.

¹⁷¹ Wengler, a. a. O.; dazu auch IMT-NOKW 985 (Vortragsnotiz der Abteilung Ausland betr. Fesselung brit. Kriegsgefangener).

¹⁷² Wengler, a. a. O., S. 301; briefl. Mitt. Wengler, 27. 2. 1969. Vgl. dazu Kriegstagebuch OKW, Bd. 3, 2. Halbbd., S. 1555; B. Sijes, *De arbeidsinzet*, Den Haag 1966, S. 268 ff.

¹⁷³ Brief Moltkes, 9. 4. 1943.

schreibt Moltke: „Gestern Abend . . . wurde ich ins Auswärtige Amt gerufen, in der Sache, die ich durch eine Nacharbeit aufgehalten hatte. Das AA war gerade im Umfallen und ich kam gerade im richtigen Augenblick. So habe ich sie mit einer Spritze gestützt und die ganze Sache Schlitter¹⁷⁴ zugespielt, und so hoffe ich, sie wieder gerettet zu haben. Und was auch immer geschieht, ich habe vielen hunderttausenden Menschen 10 Tage ihres Lebens gerettet, d. h. ihres normalen Lebens. Es freut einen doch immer wieder.“¹⁷⁵ Einige Tage später schreibt Moltke seinem ehemaligen Mitarbeiter Jaenicke: „ . . . zu einem großen Vorstoß in der Interniertenfrage gegen das Auswärtige Amt¹⁷⁶ habe ich glücklich eine Zustimmung aller militärischen Stellen erhalten“¹⁷⁷. Es gelang Moltke jedoch nicht, den Plan endgültig zu verhindern, er hat nur Aufschub erreichen können. Am 29. April gab der Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden, General Christiansen, die Rückführung der Kriegsgefangenen zum Arbeitseinsatz in Deutschland bekannt – was der Anlaß zu einem Generalstreik wurde¹⁷⁸.

Weil die Stellung der rückgeführten entlassenen Kriegsgefangenen völkerrechtlich schwierig war, bat Moltke Ende 1943 um eine Stellungnahme des Kaiser-Wilhelm-Instituts in dieser Sache¹⁷⁹. Es fanden daraufhin zwei Besprechungen statt, die keine Einigung brachten. Auf der einen Seite wurde geltend gemacht, daß die Kriegsgefangenschaft auch bei Aufhebung des tatsächlichen Gewahrsamsverhältnisses fortbestehe, solange sich die Entlassenen bei Fortdauer des Kriegszustandes im Bereich des Nehmerstaates befänden und der feindlichen Wehrmacht angehörten. Daher sei der Nehmerstaat jederzeit berechtigt, den Gewahrsam durch Festnahme der Entlassenen wiederherzustellen. Diese dürften allerdings nicht schlechter gestellt sein, als es das Abkommen von Genf vorsehe. Nach ihrer Wiederfestnahme seien sämtliche auf die Kriegsgefangenschaft bezüglichen Bestimmungen anzuwenden. Die andere Seite wies darauf hin, daß die Kriegsgefangenschaft ein tatsächliches Gewahrsamsverhältnis voraussetze, das bei einer Entlassung in die Heimat aufgehoben werde. Die Wiederherstellung des Gewahrsams sei daher nicht als „Rückführung in die Kriegsgefangenschaft“, sondern nur als Internierung aus militärischen Gründen zulässig. Dies dürfe jedoch nicht dazu führen, daß die Wiederfestgenommenen nun außerhalb der Bestimmungen über Kriegsgefangene stünden. Sie dürften also während ihrer durch den militärischen Zweck begrenzten Internierung nicht schlechter gestellt sein, als sie es als Kriegsgefangene gewesen wären. Einigkeit bestand also nur in diesem Punkt. Bei gerichtlichen Verfahren gegen entlassene Kriegsgefangene sei die Verfolgung durch die landeseigenen Gerichte, die ohne Rücksicht auf die Bestimmungen des Genfer Abkommens vorgehen

¹⁷⁴ Unbekannt.

¹⁷⁵ Brief Moltkes, 16. 4. 1943.

¹⁷⁶ Das war inzwischen doch umgefallen.

¹⁷⁷ Brief Moltkes an Jaenicke, 20. 4. 1943, im Anhang.

¹⁷⁸ P. J. Bouman, *De April-Mei-Staking van 1943*, Den Haag 1950; Konrad Kwiet, *Reichskommissariat Niederlande*, Stuttgart 1968, S. 150.

¹⁷⁹ Vgl. S. 20 f.

könnten, zulässig. Bei Verfahren vor den Gerichten des Nehmerstaates jedoch seien dessen Bestimmungen zu beachten¹⁸⁰. In der Zwischenzeit war die Sache, wie erwähnt, der Gruppe aus der Hand genommen und die ursprüngliche Absicht, die Kriegsgefangenen als zivile Zwangsarbeiter ohne Garantien einzusetzen, ausgeführt worden. Daher hatten diese Besprechungen zwar eine grundsätzliche, jedoch keine praktische Bedeutung mehr. Da die Wehrmacht keinen Einfluß auf die Behandlung der Zwangsarbeiter hatte, fehlte Moltke die Möglichkeit, sich einzuschalten.

Entsprechend dem Wunsch Hitlers, den Krieg gegen die Sowjetunion nicht als „normalen“ Krieg, sondern als Entscheidungskampf gegen den „jüdischen Bolschewismus“ zu betrachten¹⁸¹, wurde dieser Feldzug mit dem Ziel der dauernden Beherrschung des europäischen Teils von Rußland geführt. Hier konnten die klassischen Auffassungen über Mittel und Grenzen der Kriegführung nicht gelten. Trotzdem haben Moltke und seine Mitarbeiter sich auch auf diesem Gebiet intensiv gegen die unmenschliche Behandlung der russischen Kriegsgefangenen gewehrt.

Moltke hatte zunächst diesen Feldzug gebilligt: „Ich habe, durch Vorurteile verführt, geglaubt, Rußland würde von Innen zusammenbrechen, und wir könnten dann in dem Gebiet eine Ordnung schaffen, die uns ungefährlich sein würde. Aber davon ist nichts zu spüren; weit hinter der Front kämpfen russische Soldaten weiter, aber auch Bauern und Arbeiter; es ist genau wie in China. Wir haben etwas Schreckliches angerührt und es wird viele Opfer kosten.“¹⁸² Moltkes Briefe zeigen, daß er gut informiert war: „Nach den neuesten Eindrücken gehen die Russen in der Ukraine systematisch zurück, ernten ab und schaffen das geerntete Getreide nach Osten. Wenn ihnen das gelingt, dann stoßen wir in eine völlige Leere . . .“¹⁸³. So kehrte er sich gegen die falsche deutsche Propaganda, die den Feldzug „ein[en] militärischen Spaziergang, durch Unruhen in Rußland unterstützt“, nannte¹⁸⁴. „Die Kampfmoral und die taktische Führung der Russen sind über alles Erwarten gut, und ich komme zu der Erkenntnis, daß wir über Rußland doch offenbar ganz falsch unterrichtet waren.“¹⁸⁵ Moltke sah schon damals die Folgen dieser falschen Propaganda für Deutschland klar voraus. Als er im Rahmen der Widerstandstätigkeit des Kreisauer Kreises sein erstes Gespräch mit Pater Rösch führte (Mitte Oktober 1941), legte er dar, wie sich seiner Meinung nach die Dinge entwickeln und daß in einigen Jahren die Russen in Berlin sein würden¹⁸⁶. Aber auch nach außen verhehlte er seine Meinung nicht. Als ihm eine Notiz zugeleitet wurde, in der sehr einseitig die Vorteile einer Besetzung Rußlands dargestellt wurden, schrieb er dazu

¹⁸⁰ Nach einer Niederschrift von H. Mosler.

¹⁸¹ Dazu z.B. die Arbeit von Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*, Frankfurt 1969; für den Einfluß der Theorie, Rußland sei ein Festlandsdegen Englands, F. P. ten Kate, *De Duitse aanval op de Sowjet-Unie in 1941*, Groningen 1969, Bd. 1, S. 274.

¹⁸² Brief Moltkes, 16. 7. 1941.

¹⁸³ Brief Moltkes, 22. 7. 1941.

¹⁸⁴ Brief Moltkes, 1. 7. 1941.

¹⁸⁵ Brief Moltkes, 3. 7. 1941.

¹⁸⁶ Mitt. Pater A. Rösch SJ, 27. 7. 1961.

eine Aufzeichnung, die mit folgendem vernichtenden Urteil schloß: „Zusammenfassend bin ich daher der Meinung, daß kriegswirtschaftlich gesehen die Besetzung der russischen Gebiete ein ausgesprochener Fehlschlag ist, zu einer Verzettelung der wirtschaftlichen Kräfte geführt hat und unabsehbare Ansprüche an den Nachschub von Investitionsgütern stellt, um die Wirtschaft in den besetzten Ostgebieten auch nur einigermaßen in Gang zu halten.“¹⁸⁷

Eine besondere Schwierigkeit war, daß die Sowjetunion nur einen Teil des Genfer Abkommens, die Bestimmungen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken, ratifiziert hatte¹⁸⁸. Daher wandte sich die Abteilung Kriegsgefangene im AWA¹⁸⁹ schon in der ersten Woche nach Beginn des Feldzugs an die Abteilung Ausland mit der Bitte, doch nachzuprüfen, ob das Internationale Rote Kreuz zur Hilfeleistung für die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland herangezogen werden könne¹⁹⁰. Weiter wurde angeregt, über das Auswärtige Amt die Schutzmacht¹⁹¹ bitten zu lassen, bei der russischen Regierung dahingehend zu intervenieren, daß wenn Deutschland auf die russischen Kriegsgefangenen die Bestimmungen des Genfer Abkommens vom 27. 7. 1929 anwende, man hoffe, daß sich auch Rußland an diese Vorschriften halten werde und nachträglich noch seinen Beitritt zum Genfer Abkommen erkläre¹⁹². In der von Schmitz verfaßten Antwort wurde bemerkt, es sei fraglich, ob nicht bestimmte Befehle, die während des Krieges deutscherseits gegeben worden seien, mit einer solchen Erklärung in Widerspruch stünden. Gegebenenfalls müßten diese im Interesse der deutschen Kriegsgefangenen modifiziert werden. Außerdem müsse es genügen, wenn die Sowjetunion zusage, daß sie sich an die Vorschriften des Genfer Abkommens halten werde. Die Forderung nach einer ausdrücklichen Beitrittserklärung gehe zu weit¹⁹³. Tatsächlich hat die Sowjetunion über Schweden mitteilen lassen, daß sie dem deutschen Wunsch entsprechen werde¹⁹⁴. Ein Vorschlag der Abteilung Ausland, positiv auf diese Zusage zu reagieren, wurde von der militärischen Führung abgelehnt¹⁹⁵.

Eine weitere Schwierigkeit war die „Sprachregelung“, daß die Russen angeblich keine Kriegsgefangenen machten¹⁹⁶. Daher bemühte sich die völkerrechtliche

¹⁸⁷ Notiz für Admiral Gladisch, 27. 10. 1942 (BA: MA, Nachlaß Gladisch).

¹⁸⁸ Außerdem hatte die Sowjetunion die Haager Landkriegsordnung nicht als für sich verbindlich anerkannt. Sie hatte sich von allen Verträgen, die die zaristische Regierung abgeschlossen hatte, losgesagt. Von kriegsrechtlichen Verträgen hatte sie lediglich die Abkommen ausdrücklich als für sich verbindlich erklärt, die sich auf das Rote Kreuz bezogen.

¹⁸⁹ Allgemeines Wehrmachtamt.

¹⁹⁰ Schnellbrief vom 24. 6. 1941 (BA: MA, II W 435).

¹⁹¹ Schweden.

¹⁹² Schnellbrief vom 24. 6. 1941, ebenda.

¹⁹³ Notiz betr. Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion vom 27. 6. 1941, in: BA: MA, III W 435.

¹⁹⁴ In einer Note vom 17. 7. 1941 unter der Bedingung der Gegenseitigkeit (Heinrich Uhlig, Der verbrecherische Befehl, in: Vollmacht des Gewissens, Bd. II, Frankfurt 1965, S. 323).

¹⁹⁵ Mitt. Jaenicke, 11. 7. 1969.

¹⁹⁶ Als Moltke und Schmitz in einem Memorandum wegen der Behandlung russischer Kriegs-

Gruppe, erst einmal das Vorhandensein deutscher Kriegsgefangener in Rußland nachzuweisen¹⁹⁷. So ließ Moltke russische Befehle verbreiten, in denen von einem Verbot, deutsche Kriegsgefangene standrechtlich zu erschießen, die Rede war, so z. B. in einem Befehl des Volkskommissariats für Verteidigungswesen, Leitung der politischen Propaganda der 5. Armee, vom 30. Juni 1941¹⁹⁸. Berichte über Lager für deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion schickte Moltke mit kurzen Bemerkungen der Abteilung Kriegsgefangene zu¹⁹⁹. Ähnlich verfuhr er mit einem übersetzten Zitat aus der „Daily Mail“ vom 19. September 1941, in dem ein Sprecher der Roten Armee erklärte, daß für jeden ermordeten russischen Kriegsgefangenen zehn deutsche erschossen würden²⁰⁰. In einem weiteren Bericht wandte dieser sich gegen die Behauptung, daß ein Befehl Stalins existiere, wonach die Russen keine Kriegsgefangenen machen sollten²⁰¹.

Nachdem somit das Vorhandensein deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion feststand, ging Moltke daran, dies offiziell anerkennen zu lassen. Er hatte insofern Erfolg, als der Chef des AWA²⁰², General Reinecke²⁰³, sich gezwungen sah, eine Betreuung deutscher Kriegsgefangener durch das Rote Kreuz vorzuschlagen²⁰⁴. Moltke fügte diesem Vorschlag hinzu: „Die Folge muß sein, daß wir das Rote Kreuz auch zu uns hereinlassen und damit unsere Methoden ändern.“²⁰⁵ Als die Abteilung Kriegsgefangene²⁰⁶ anregte, für jeden in sowjetrussischer Gefangenschaft getöteten Soldaten 500 Juden aus Deutschland nach dem Osten abzutransportieren²⁰⁷, um so über die Juden auf die Regierungen der Feindländer Druck auszuüben und eine gute Behandlung deutscher Kriegsgefangener zu erreichen, erwiderte die Abteilung Ausland, daß erstens der Zusammenhang zwischen der

gefangener protestiert und auf die Konsequenzen hingewiesen hatten, die deutsche Gefangene in russischen Kriegsgefangenenlagern erleiden müßten, kam ein scharfer Verweis: die Russen machen keine deutschen Kriegsgefangenen (briefl. Mitt. Frau L. Boedeker, 22. 1. 1969).

¹⁹⁷ Briefl. Mitt. Bürkner, 2. 8. 1963.

¹⁹⁸ Am 1. 7. 1941 (BA: MA, III W 435).

¹⁹⁹ Ebenda, Dok. 123, 163.

²⁰⁰ Ebenda, Dok. 22.

²⁰¹ Ebenda, Dok. 25.

²⁰² Allgemeines Wehrmachtamt.

²⁰³ „mein Hauptgegner“ (Bezeichnung Moltkes); vgl. G. L. Weinberg, Adolf Hitler und der NS-Führungsoffizier (NSFO), in dieser Zeitschrift 12 (1964), S. 443 ff.; R. Hilberg, The Destruction of the European Jews, Chicago 1961, S. 220, 222.

²⁰⁴ Daß von deutscher Seite der Kontakt über das Rote Kreuz akzeptiert worden war, geht auch daraus hervor, daß es Briefe deutscher Kriegsgefangener in der Sowjetunion an die Abteilung Ausland schickte zur Weiterleitung an die Angehörigen. Obwohl diese Briefe an das Reichssicherheitshauptamt weitergegeben werden sollten und niemals den Angehörigen zugesandt werden durften, hat einmal ein Mitarbeiter der Gruppe ca. 200 solcher Briefe zu je drei bis vier Briefen in die Berliner Briefkästen verteilt, damit sie ihren Bestimmungsort erreichten (briefl. Mitt. Pful, 17. 7. 1963).

²⁰⁵ Brief Moltkes, 14. 11. 1941.

²⁰⁶ Oberstleutnant Breyer.

²⁰⁷ Breyer teilte mit, daß er über diese Angelegenheit schon mit Himmler gesprochen hatte.

Mißhandlung von Kriegsgefangenen und der geplanten Maßnahme nicht recht einzusehen sei und daß ferner aller Voraussicht nach das Gegenteil von dem erreicht werde, was beabsichtigt sei. Deshalb wurde nahegelegt, von diesem Plan, der den Eindruck erwecke, daß die Deportationen auf Veranlassung des OKW geschähen, Abstand zu nehmen²⁰⁸.

Moltke und seine Mitarbeiter beschränkten sich jedoch nicht auf indirekte Beeinflussung der Entscheidungen auf diesem Gebiet. Sie wagten auch, direkt gegen die Mißhandlung sowjetrussischer Kriegsgefangener und die Verhältnisse in den Kriegsgefangenenlagern Einspruch zu erheben²⁰⁹. Wiederholt haben Mitarbeiter der Gruppe die Befehle für die Behandlung der sowjetrussischen Kriegsgefangenen als völkerrechtswidrig und Verstoß gegen das Haager Abkommen angeprangert. Dadurch machten sie sich bei der NS-Führung unbeliebt, und Canaris ließ wissen, daß man die Ausarbeitungen als „Juristenquatsch“ und „theoretisches Geschreibsel“ abgelehnt habe²¹⁰. Von dem Ausmaß der Mißhandlungen bei Kriegsgefangenen hatten Moltke und seine Mitarbeiter aber nur beschränkt Kenntnis, da keine Möglichkeit bestand, die Akten über Kriegsgefangenenlager einzusehen oder gar solche Lager zu besuchen. Meldungen hierüber, die in englischen Zeitungen erschienen, wurden als Feindpropaganda bewertet. Trotzdem war Moltke – wie aus seinen Briefen hervorgeht – relativ gut über die Zustände in den Lagern informiert: „Die Nachrichten aus dem Osten sind wieder schrecklich“, schrieb er an seine Frau, „wir haben offenbar doch sehr, sehr große Verluste. Das wäre aber noch erträglich, wenn nicht Hekatomben von Leichen auf unseren Schultern lägen. Immer wieder hört man Nachrichten, daß von Transporten von Gefangenen oder Juden nur 20% ankommen, daß in Gefangenenlagern Hunger herrscht²¹¹, daß unsere eigenen Leute vor Erschöpfung zusammenbrächen. Was wird passieren, wenn das ganze Volk sich klar ist, daß dieser Krieg verloren ist, und zwar ganz anders verloren als der vorige? Das mit einer Blutschuld, die zu unseren Lebzeiten nicht gesühnt und nie vergessen werden kann, mit einer Wirtschaft, die völlig zerrüttet ist? Werden die Männer aufstehen, die imstande sind, aus dieser Strafe die Buße und Reue und damit allmählich die neuen Lebenskräfte zu destillieren? Oder wird alles im Chaos untergehen?“²¹²

Zwei Versuche Moltkes, auf diesem Gebiet gegen Völkerrechtsverletzungen Einspruch zu erheben, seien noch erwähnt. Der erste Fall wurde auch in Nürnberg

²⁰⁸ Notiz Ausl. VIc, 7. 1. 1942 (BA: MA, II W 455).

²⁰⁹ So soll Moltke sich z.B. mit Erfolg eingeschaltet haben, als man die russischen Kriegsgefangenen durch Brandmale kennzeichnen wollte (Wengler, a. a. O., S. 301).

²¹⁰ Briefl. Mitt. Reichel, 25. 6. 1969.

²¹¹ Dazu ein anderes Zitat: „Es kommen Weisungen aus dem Hauptquartier, die einen an dem Verstand der dort sitzenden Leute zweifeln lassen. Es ist, im Ganzen genommen, direkt komisch. Plötzlich sollen jetzt die russischen Gefangenen im Großen in der gesamten Wirtschaft eingesetzt werden und in einem Nebensatz steht dabei ‚Ausreichende Ernährung ist eine selbstverständliche Voraussetzung‘. Sie tun so, als wüßten sie von ihren früheren Befehlen gar nichts.“ (6. 11. 1941.)

²¹² Brief Moltkes, 26. 8. 1941.

verhandelt²¹³. Nachdem Anfang September 1941 der Befehl, die Kriegsgefangenen härter zu behandeln, die Abteilung Ausland erreicht, Canaris aber andere diesbezügliche Weisungen erhalten hatte, wurde die Frage der Behandlung russischer Kriegsgefangener von Moltke in einem Bericht an den Chef des OKW grundsätzlich erörtert. Ein Absatz dieses Schriftstücks bezieht sich auf den berüchtigten Kommissarbefehl²¹⁴. Canaris, der nichts Wesentliches an diesem Bericht änderte, fügte nur noch eine Bemerkung hinzu²¹⁵ und leitete ihn dann weiter. Hierin wurden grundsätzliche Bedenken gegen die erlassenen Anordnungen vorgetragen und auf die sicherlich eintretenden, nachteiligen Folgen in politischer und militärischer Hinsicht hingewiesen²¹⁶. Keitel hatte dafür nur ironische Randbemerkungen übrig und betonte darin u. a. die Zweckmäßigkeit der Aktionen von Einsatzkommandos.

Ein anderes Mal wandte sich Moltke gegen eine Judenverordnung, die für die Wehrmacht Konsequenzen hatte: Im Einvernehmen mit der Abteilung Kriegsgefangene wurden in den Lagern, in denen sich russische Kriegsgefangene befanden, Juden und andere durch Einsatzkommandos zur Exekution „ausgesondert“²¹⁷. Mit dieser Maßnahme hängt wahrscheinlich zusammen, was Moltke in einigen Briefen am Rande erwähnt. Er berichtete zunächst, daß er sich auf einen großen Kampf in der Judensache vorbereite, und daß er damit wohl die ganze Woche zu tun haben werde²¹⁸. Am nächsten Tag schrieb er: „In dem Kampf gegen die neueste Judenverordnung habe ich immerhin erreicht, daß die 3 wichtigsten Generäle des OKW²¹⁹ dem vierten²²⁰ geschrieben haben, um ihm zu sagen, daß er sofort die von ihm für den Chef OKW erteilte Zustimmung zurückziehen muß. Der nächste Gang ist also der, ob er es nun tut. Danach wird dann erst der eigentliche Kampf losgehen. Wäre es nicht großartig, wegen einer solchen Sache aus diesem Verein herausgeworfen²²¹ zu werden?“²²² Zwei Tage später schrieb er: „Dabei ist es mir tatsächlich gelungen, dem Rad der Judenverfolgung zumindest hemmend ein wenig in die Speichen zu fahren. Meine selbtherrliche Vertretung der Interessen der Wehrmacht ist von Canaris und von Thomas gedeckt worden. Ich habe beide Briefe diktiert, und beide waren sichtlich erfreut, wie denn überhaupt, sobald einer steht, erstaunlich viele andere auch stehen. Aber einer muß eben immer erst vorangehen;

²¹³ IMT – EC 338; vgl. auch Uhlig, a. a. O., S. 400–404.

²¹⁴ Par. I. 3. aa (S. 402). Erklärung Bürkner, IMT – NOKW 3218; vgl. auch Hans-Adolf Jacobsen, Kommissarbefehl und Massenexekution sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates, Freiburg 1965, Bd. II, S. 170 ff.

²¹⁵ Par. I. 8. (S. 403/4), ebenda.

²¹⁶ Par. II (S. 404).

²¹⁷ Anordnungen OKW/AWA vom 8. 9. 1941 betr. Behandlung von sowj. Kriegsgefangenen (IMT – NO 3417); vgl. dazu auch Hilberg, a. a. O., S. 219 f.

²¹⁸ Brief Moltkes, 10. 11. 1941. Zuvor hatte Lahousen im Auftrag von Canaris schon Einspruch erhoben (Hilberg, a. a. O., S. 223). Krausnick, Judenverfolgung, in: Anatomie des SS-Staates, Bd. II, S. 577, weist auf „entschiedene Gegenvorstellungen“ von Canaris hin.

²¹⁹ Gemeint sind Canaris, Thomas und Jodl (?).

²²⁰ Reinecke; vgl. Hilberg, a. a. O., S. 220 u. 222.

²²¹ D. h. entlassen.

²²² Brief Moltkes, 11. 11. 1941.

von alleine wird so etwas nicht. Und ganz abgesehen von der großen Unannehmlichkeit und Anstrengung des Vorangehens: wie selten habe ich Gelegenheit es zu tun. Der Erfolg freut einen dann auch. So war es nett zu sehen, wie ein alter Oberst plötzlich einen ganz roten Kopf kriegte, sichtlich vor Freude darüber, daß einmal etwas getan wurde.“²²³ Am nächsten Tag berichtete Moltke, daß er in der Judensache ein Veto des OKW für den Augenblick erreicht habe²²⁴. Wenn auch nur ein Aufschub herauskam, so wird an diesem Beispiel doch deutlich, was eine einzelne Person damals noch tun konnte²²⁵.

IV. Ausschuß zur Fortbildung des Kriegsrechts

Die Haager Landkriegsordnung und die anderen Regeln des Kriegsrechts entsprachen dem Charakter des modernen Krieges nicht mehr. Das hat die Arbeit der Völkerrechtler in der Abteilung Ausland wesentlich erschwert und wird Moltke und Schmitz²²⁶ bei dem Versuch, das Kriegsrecht neu zu fassen, beeinflusst haben. Dieser Gedanke entstand nach Ablauf des Westfeldzuges, in einer Zeit also, in der – wie Moltke es ausdrückte – das Hauptziel seiner bisherigen Arbeit weggefallen war²²⁷. Damals wurde unter Leitung des Admirals Gladisch²²⁸ ein kriegsrechtlicher Ausschuß gebildet. Moltke begann zu dieser Zeit übrigens auch mit seiner Widerstandstätigkeit im Kreisauer Kreis²²⁹.

Dieser Ausschuß war in gewissem Sinn Nachfolger eines ebenfalls unter Gladischs Leitung stehenden „Ausschusses Kriegsrecht“ aus den Jahren 1935 bis 1938²³⁰. Auf Anregung der „Deutschen Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaften“²³¹ hatte sich in diesen Jahren eine Reihe von Männern aus Wissenschaft und Praxis zusammengefunden, um Probleme des Kriegsrechts – zunächst vor allem des Seekriegsrechts – zu klären. An den Besprechungen waren außer den Initiatoren das Kaiser-Wilhelm-Institut, das Auswärtige Amt, das Oberkommando der Wehrmacht, das Oberkommando der Marine, das Reichsluftfahrtministerium und das Reichsjustizministerium beteiligt²³². In einer größeren Zahl von Sitzungen

²²³ Brief Moltkes, 13. 11. 1941.

²²⁴ Brief Moltkes, 14. 11. 1941.

²²⁵ Die Exekutionen waren damals schon seit mehreren Monaten in vollem Gange (Hilberg, a. a. O., S. 220–224).

²²⁶ „Außerdem wollte ich Schmitzens und meine Sonderpläne etwas fördern.“ (Brief Moltkes, 30. 6. 1940).

²²⁷ Brief Moltkes, 19. 5. 1940; vgl. dazu auch Moltkes Bemerkung: „Ich hoffe, wir können das so drehen, daß es eine Art Sonderauftrag wird, der uns von dem regelmäßigen Dienst weitgehend befreit. Immerhin könnte das interessant werden, wenn es uns gelänge, die Sache auszubauen.“ (Brief Moltkes, 17. 7. 1940.)

²²⁸ Vgl. Anm. 21.

²²⁹ Dazu Ger van Roon, a. a. O., S. 215 ff.

²³⁰ Mitt. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969; Strebel, 11. 7. 1969 und briefl. Mitt. 15. 7. 1969; BA: Reichsjustizministerium, Akten Völkerrecht.

²³¹ Vgl. Anm. 23.

²³² Zu den regelmäßigen Teilnehmern gehörten Prof. Bruns, Prof. Schmitz, Dr. Kriege, Dr. Féaux de la Croix, Graf Stauffenberg, Dr. Widmann, Dr. Eckhardt, Dr. Tafel.

wurden viele Fragen dieses Gebietes durchdiskutiert. Später bearbeitete man in diesem Kreis im Auftrag des Oberbefehlshabers der Kriegsmarine wichtige Gesetzesentwürfe für die Führung des Handelskrieges. Das Ergebnis dieser Arbeit waren die 1939 erlassene „Prisenordnung“ und die „Prisengerichtsordnung“, bei denen Berthold von Stauffenberg federführend gewesen ist²³³. Daneben befaßte sich ein Unterausschuß mit den Anfängen eines deutschen Luftkriegsrechts. Von den späteren Mitarbeitern der völkerrechtlichen Gruppe nahmen der Leiter, Major Tafel, und Professor Schmitz als stellvertretender Direktor des Instituts an den Beratungen teil. So hielt Schmitz im April 1938 ein Referat über Kriegs- und Sperrgebiete²³⁴. Auch wurde wohl mit einzelnen Sachverständigen Verbindung aufgenommen. Dadurch hatte der Ausschuß hin und wieder mit Moltke Kontakt²³⁵, der nicht zu den eigentlichen Mitarbeitern des Instituts gehörte, aber sicher zu dessen weiterem Kreis. Auf die Arbeit dieses „Ausschusses Kriegsrecht“ konnten Moltke und Schmitz bei ihrem Versuch, das Kriegsrecht neu zu formulieren, zurückgreifen und sie teilweise unter neuen Gesichtspunkten weiterverfolgen.

Offiziell war das Ziel der Arbeit, Unterlagen für den Fall, daß bei einer zukünftigen Friedenskonferenz auch Fragen des internationalen Rechts geregelt werden sollten, zur Vertretung der deutschen Interessen bereitzustellen. Natürlich wurden die Diskussionen von der aktuellen Situation beeinflusst²³⁶, im ganzen aber hatte die Arbeit bestenfalls theoretischen Wert und mutet deshalb etwas weltfremd²³⁷ an. Für Moltke war sie zugleich Tarnung seiner Aktivität im Widerstand²³⁸.

„Der Zeitpunkt der Wiederherstellung des Friedens gibt eine Gelegenheit, für die Grundsätze des Kriegsrechts, welche sich in diesem Kriege in unserem Sinn bewährt haben, unter Berücksichtigung der durch den Frieden veränderten Lage die Anerkennung aller Staaten und damit deren allgemeine Verbindlichkeit zu erreichen. Dieses könnte durch eine gemeinsame Erklärung aller Kriegführenden und wichtigen Neutralen über die Rechtsgrundsätze auf folgenden Gebieten herbei-

²³³ H. Strehel, Berthold Schenk Graf von Stauffenberg, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Bd. XIII, S. 15; Mitt. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969.

²³⁴ Veröffentlicht in der Zeitschrift des Instituts, Bd. VIII (1938), S. 641–671 (Sperrgebiete im Seekrieg).

²³⁵ Mitt. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969.

²³⁶ Das geht z.B. aus der folgenden Bemerkung Moltkes hervor: „Außerdem soll ich noch zwei Admirälen vor meiner Abreise einen Vortrag über die Aussichten der Fortentwicklung des Völkerrechts in seinem Einfluß auf den Handelskrieg halten, und jedem einzeln.“ (Brief Moltkes, 18. 6. 1940); mit den zwei Admirälen sind wohl Admiral Gladisch, Reichskommissar beim Oberpreisenhof, und sein Stellvertreter, Admiral von Gagern, gemeint.

²³⁷ Briefl. Mitt. W. von Tappelskirch, 25. 8. 1966.

²³⁸ Vgl. Ger van Roon, a. a. O., S. 224/5. Einem Bekannten machte Moltke eines Tages die Mitteilung, daß „ein Kreis von Beamten und Offizieren verschiedener Dienststellen in Bildung sei mit dem offiziellen, vom OKW zu genehmigenden Ziele, die Wünsche der Wehrmacht im Falle des endgültigen Sieges auszuarbeiten; in Wahrheit aber wolle man unter dem Mantel der Legalität beraten, was in dem Augenblick zu tun sei, in dem das nationalsozialistische Regime am Ende sei.“ (Hans Peters, Erinnerungen an den Kreisauer Kreis, unveröffentlichte Niederschrift, 26. 11. 1952.)

geführt werden: Seekrieg, Luftkrieg, Landkrieg, Wirtschaftskrieg und Neutralität.²³⁹ Mit diesen Worten fing die gemeinsame Vorlage von Schmitz und Moltke für den Chef des OKW vom 20. Juni 1940 an. Die Initiative zu Verhandlungen über eine solche Erklärung – so hieß es dort – würde Deutschland die Sympathie der nichtbefreundeten Neutralen verschaffen²⁴⁰ und die im Krieg gewonnenen Rechtspositionen allgemein verbindlich machen. So würde auch die seit Kriegsbeginn verfolgte Linie, die britische Rechtsauffassung über die Ausübung der Seeherrschaft²⁴¹ zu brechen, folgerichtig fortgesetzt werden. Die Verfasser schlugen deshalb vor, daß das OKW einen Ausschuß von Sachverständigen mit der Aufstellung eines Arbeitsprogramms beauftrage. Aufgrund dieser Arbeiten sollte dann der dem OKW angegliederte Ausschuß für Kriegsrecht, der unter dem Vorsitz von Gladisch Vertreter aller Wehrmachtsteile, des Oberkommandos der Wehrmacht, des Auswärtigen Amtes und des Reichsjustizministeriums umfaßte, endgültige Vorschläge formulieren. Nach einigen Wochen erhielten die Verfasser eine positive Antwort vom Chef des OKW, allerdings unter der Bedingung, daß die Arbeit, ohne in anderen Obersten Reichsbehörden Aufsehen zu erregen, vor sich gehe und der Ausschuß seinen Teilnehmerkreis möglichst eng halte²⁴². Daraufhin wurde von seiten der Abteilung Ausland an Admiral Gladisch entsprechend den vorausgegangenen Besprechungen die Frage gerichtet, ob er bereit sei, Zusammensetzung und Leitung des vorbereitenden Ausschusses zu übernehmen²⁴³. Nach der Zusage Gladischs²⁴⁴ fand am 30. August in den Räumen des Reichskommissars für den Oberpräsenhof eine Besprechung statt, an der Bürkner, Gladisch, Moltke, Schmitz und ein Mitarbeiter Gladischs, Dr. Widmann, teilnahmen²⁴⁵. Vertreten werden mußten neben der Kriegsmarine, für die Gladisch verantwortlich zeichnen zu können glaubte, die Luftwaffe und das Heer²⁴⁶. Der Admiral betonte, daß er außerdem be-

²³⁹ Abschrift im Nachlaß Gladisch.

²⁴⁰ Randbemerkung von General Jodl: „haben wir schon.“ (ebenda).

²⁴¹ Wie Moltke darüber in Wirklichkeit dachte, geht aus einem Memorandum vom Anfang 1941 hervor: „Großbritannien und das britische Weltreich, insbesondere aber die Flotte, haben ein Prestige errungen, das sie mit keiner Festlandsmacht zu teilen brauchen.“ (Ausgangslage, Ziele und Aufgaben, 24. 4. 1941, in: Ger van Roon, a. a. O., S. 512.)

²⁴² Datiert 2. 7., auf der letzten Seite der Vorlage; erreichte die Abteilung Ausland am 17. 7.

²⁴³ Dazu auch Moltkes Bemerkung: „Heute ist, wie ich telephonisch gehört habe, der Bescheid von Keitel gekommen, daß Schmitz und ich in der Bearbeitung der kriegsvölkerrechtlichen Fragen für den Fall des Friedensschlusses freie Hand haben sollen. Das ist zwar noch nicht viel, aber doch etwas.“ (Brief Moltkes, 17. 7. 1940).

²⁴⁴ Am 19. 8. 1940 (laut Aktennotiz von Gladisch).

²⁴⁵ Brief OKW – Abt. Ausland, 14. 8. 1940, in: Nachlaß Gladisch.

²⁴⁶ Genannt wurden Major von Tippelskirch und Hauptmann von Berchem. Der erstere hatte damals das Referat „Vorbereitung des Friedensvertrages von seiten der Wehrmacht“ im Wehrmachtführungsstab inne. Als er sich bei General Jodl meldete, sagte dieser u. a.: „Der Krieg ist gewonnen, er muß noch beendet werden.“ (Briefl. Mitt. Tippelskirch, 25. 8. 1966). Als es dann doch nicht so schnell ging, wie Jodl sich das im Sommer 1940 gedacht hatte, entstand aus dem Referat Friedensvertrag die bis dahin nicht vorhandene Quartiermeister-Abteilung im Wehrmachtführungsstab. Weil Hauptmann von Berchem bald darauf

sonderen Wert auf die Mitarbeit Stauffenbergs lege²⁴⁷. Folgende Situation wurde zum Ausgangspunkt der Überlegungen gemacht: „Deutschland steht an der Spitze eines europäischen Staatenblocks, dem England nicht angeschlossen ist. Der Schwerpunkt Englands liegt in einer transatlantischen Kombination mit USA. Deutschland verfügt über Kolonien in Afrika und ist im Besitz maritimer Stützpunkte im Atlantik sowie einer ausreichenden Kriegs- und Handelsflotte (Kriegsflotte in Größe second to one). Als Gegner sind, abgesehen von der transatlantischen Kombination, in zweiter und dritter Linie Rußland und Japan²⁴⁸ ins Auge zu fassen.“²⁴⁹ Entsprechend dieser Lage würde es von wesentlicher Bedeutung sein, wenn man bei der Bearbeitung der Probleme mit dem Seekriegsrecht anfinfe.

Der Ausschuß²⁵⁰ konstituierte sich am 7. September 1940. In seiner Begrüßungssprache führte Gladisch aus, daß das Kriegsrecht an zwei Hauptmängeln leide: Es sei erstens nicht einheitlich, da Land-, See- und Luftkriegsrecht von verschiedenen Grundsätzen ausgingen und zweitens vorwiegend von englischen Interessen bestimmt. Das Kriegsrecht kenne bislang nur ein Land- und Seekriegsrecht, dagegen noch kein hinreichendes Luftkriegsrecht. Dieses sei schon nach dem letzten Krieg notwendig gewesen, jetzt aber – nach der Fortentwicklung der Luftkampftechniken – unerlässlich. Bisher sei der Krieg in erster Linie von der bewaffneten Macht an der Front geführt worden, durch den Luftkrieg habe sich das Kampfgebiet auf den Lebensraum der Nationen ausgedehnt und somit auch die Zivilbevölkerung in nicht dagewesenem Umfang miteinbezogen. Es gelte nun, diese durch ein Luftkriegsrecht zu schützen. Außerdem sei das Kriegsrecht bisher immer von Nationen geformt worden, die zur Zeit seiner Abfassung die Macht in Händen hatten. So trage das Seekriegsrecht in erster Linie den Interessen Englands Rechnung. Folgerichtig würde auch ein später zu schaffendes Luftkriegsrecht von der Nation bestimmt, die den Luftraum beherrsche. Um also nach dem Krieg bei internationalen Beratungen federführend sein zu können, müsse Deutschland sich eine starke Position schaffen, u. a. durch die theoretische Vorbereitung eines Luftkriegsrechts. Dies sollten die Grundlagen für die Arbeit des Ausschusses sein²⁵¹. Nach diesen Ausführungen Gladischs wurde den Teilnehmern eine kurze Aufzeichnung überreicht, in der Aufgabe, Ausgangslage und Ansatzpunkt formuliert waren.

Eine Aussprache über das Programm fand bei der nächsten Besprechung des Ausschusses am 30. September in den Räumen des RPO statt. Moltke übersandte

ein anderes Kommando bekommen hatte, schied er als Vertreter der Luftwaffe aus (Brief Moltkes an Graf Stauffenberg, 7. 9. 1940, in: Nachlaß Gladisch).

²⁴⁷ Vgl. S. 40f.

²⁴⁸ Ironischerweise stand gerade in diesen Wochen die Unterzeichnung des Dreimächtepaktes bevor, den Japan mitunterzeichnete, während man sich bemühte, die SU zum Beitritt zu bewegen.

²⁴⁹ Aktennotiz Admiral Gladisch.

²⁵⁰ Offiziell: Vorausschuß Kriegsrecht (K.R.).

²⁵¹ Rekonstruiert nach briefl. Mitt. Tippelskirch, 25. 8. 1966; übereinstimmend damit eine Aufzeichnung vom 6. 9. 1940, in: Nachlaß Widmann (BA: MA).

von Kreisau aus seinen Beitrag²⁵², da er nicht an der Sitzung teilnehmen konnte. Aufgrund seiner Erfahrungen beim Sonderstab HWK betonte er darin besonders die Bedeutung des Wirtschaftskrieges und schlug ein einheitliches Wirtschaftskriegsrecht vor. Trotz der relativ homogenen Zusammensetzung des Kreises dürfte das von ihm angeführte Beispiel²⁵³, mit dem er an frühere Gedanken anknüpfte²⁵⁴, bei einigen Teilnehmern Staunen erregt haben²⁵⁵. Er warnte davor, ganz auf Deutschland abgestellte Grundsätze zu formulieren, da sie doch nicht eingehalten werden könnten²⁵⁶.

Übereinstimmung herrschte bezüglich der ersten Aufzeichnungen und außerdem – im Gegensatz zu der Ansicht Moltkes – darüber, daß es zunächst nicht zweckmäßig sei, in dem geplanten Programm von einem eigenen Gebiet „Wirtschaftskrieg“ zu sprechen. Zum weiteren Fortgang der Arbeiten wurde beschlossen, für die Gebiete Seekrieg, Landkrieg, Luftkrieg und Neutralität je einen Katalog der wichtigsten Probleme aufzustellen. Stauffenberg übernahm dabei das Ressort „Seekrieg“, Schmitz in Zusammenarbeit mit Major von Tippelskirch das Gebiet „Landkrieg“, Dr. Widmann und Major Queissner sollten sich mit dem Problem des Luftkriegs, Schmitz sowie Moltke sich mit dem der Neutralität befassen²⁵⁷. Die Fragenkataloge wurden bei den nächsten Sitzungen im Laufe des Monats Oktober durchdiskutiert²⁵⁸. Zum Thema „Seekrieg“ plädierte Moltke für eine Abschaffung oder Einschränkung des Seebeute- und Banngutrechts, bei der Debatte über die Probleme des Landkriegs bezeichnete er die Frage der Verwendung und Ausbildung von Farbigen als eine der wesentlichsten, die gleich nach Beendigung des Krieges gelöst werden müsse. Er befürwortete dabei, sich der englischen Meinung anzu-

²⁵² Abgeschickt aus Kreisau am 16. 9. 1940; Nachlaß Gladisch.

²⁵³ „Um diesen Ausgangspunkt klarer zu machen, möchte ich ein Beispiel geben. Wenn wir vorschlagen sollten, Getreide von der Banngutliste zu streichen, so müssen wir folgerichtig: a. Angriffe der Luftwaffe auf die Getreidebevorratung und Getreidefelder verbieten, b. die Wegnahme von Getreide aus besetzten Gebieten verbieten, c. die Lieferung von Getreide durch Neutrale, auch über das Maß des ‚normalen Warenverkehrs‘ hinaus zulassen und daraus keine Vorwürfe herleiten. Gleichgültig, ob dieses Beispiel für richtig gewählt gehalten wird, soll es nur zeigen, daß eine uneinheitliche Lösung nicht haltbar ist, denn zu a. es ist unsinnig, Getreide erst bis in den Hafen zu lassen und dann seine Luftwaffe damit zu belasten, das zu zerstören, was die Marine hat frei passieren lassen; zu b. man kann nicht die Ausplünderung besetzter Gebiete von solchen Waren zulassen, die der Kriegführende frei einführen kann; zu c. da der Kriegführende unbehindert Getreide über See einführen kann, kann die Lieferung des Neutralen, auch wenn sie nicht normal ist, die Kriegsentscheidung nicht wesentlich beeinflussen – abgesehen von dem hier beiseite gelassenen Tonnageproblem.“ (Beitrag zu der Erörterung über die Aufstellung eines Programms, S. 2, in: Nachlaß Gladisch.)

²⁵⁴ Vgl. S. 26.

²⁵⁵ Daß Moltke mindestens auch mit einer leichten Befremdung der Teilnehmer rechnete, geht aus dem Satz „Gleichgültig . . . wird“ hervor.

²⁵⁶ „Wir würden sonst nur Regeln aufstellen, deren Bruch durch unsere Gegner uns im Ernstfalle keine politischen Vorteile bringen würde.“ (Ebenda, S. 4.)

²⁵⁷ Niederschrift der Sitzung, in: Nachlaß Gladisch.

²⁵⁸ Am 8., 10., 14., 21., und 22. 10. 1940.

schließen, die gegen eine Einbeziehung der Afrikaner sei²⁵⁹. In der Frage, welche Rechte die besetzende Macht im besetzten Gebiet haben solle, betonte Moltke, daß die Erhaltung des Wirtschaftskörpers als Prinzip gelten müsse²⁶⁰.

Als die Diskussionen zeigten, daß die Ressorts nicht immer scharf getrennt werden konnten und daß auch die Erörterung des Wirtschaftskrieges wichtig war, stellte Moltke für dieses Gebiet ebenfalls einen Katalog von Fragen auf²⁶¹. Bei der Diskussion betonte er, daß noch weitgehend ungeklärt sei, was zum Wirtschaftskrieg gehöre. Seiner Zusammenstellung lag ein Arbeitsplan des Sonderstabes HWK zugrunde (der einzigen Stelle, die sich mit diesen Fragen bisher beschäftigt hatte). Moltke war sich klar darüber, daß manche Punkte wieder abgesetzt werden müßten, da sie entweder einer rechtlichen Erfassung überhaupt unzugänglich oder als innenpolitische Maßnahmen völkerrechtlich bedeutungslos seien. Für andere Punkte käme eine Einbeziehung in das Neutralitätsrecht in Betracht, wobei sich jedoch die Frage stelle, inwieweit man einen Druck auf die neutralen Staaten ausüben dürfe, um sie der eigenen Wirtschaftskriegsführung gefügig zu machen, ohne dadurch die Neutralität zu beeinträchtigen.

In ihrer sehr ausführlichen und detaillierten Arbeit über die Problematik des Neutralitätsrechts²⁶² betonten Schmitz und Moltke, daß der Krieg weniger die Grundlagen des Kriegsrechts als vielmehr die des Neutralitätsrechts erschüttert habe. Da die Kriegführenden selbst ein Anwachsen der Zahl ihrer Gegner nicht wünschen konnten, mußten sie daran interessiert sein, möglichst vielen Staaten ihr Recht auf Neutralität zu gewähren, indem sie es achteten.

Moltkes Entwurf²⁶³ zu diesem Thema und das Ergebnis der anschließenden Besprechungen wurde am 5. Dezember in Form einer Denkschrift dem Chef des OKW vorgelegt. In ihr unterschied man sieben grundsätzliche Fragenkomplexe²⁶⁴, deren

²⁵⁹ „Graf Moltke sagt, die englische Unterscheidung läge klar zu Tage. Die Staaten außerhalb Afrikas sollten selbständig werden. Daher müßten sie eine militärische Ausbildung erhalten, da sie sich später selbst verteidigen müßten. Die Selbständigkeit Afrikas sei nicht ins Auge gefaßt, daher bilde da die Ausbildung eine reine Gefahr. Hieraus sei die Unterscheidung zwischen Afrika und anderen Gebieten zu erklären. Man müsse sich darüber klar werden, ob man sich dem anschließen wolle oder nicht.“ (Niederschrift der Sitzung, in: Nachlaß Gladisch, S. 17.)

²⁶⁰ „Man dürfe nicht große Fabriken abmontieren. Man dürfe nicht aus organisatorischen Gründen Unternehmen im besetzten Gebiet stilllegen. Man dürfe Betriebsgeheimnisse nicht wegnehmen. Man bekäme sonst an dieser Stelle Arbeitslosigkeit und Unzufriedenheit.“ (Ebenda, S. 28.)

²⁶¹ Katalog der Maßnahmen eines reinen Wirtschaftskrieges, 2 S., 10. 10. 1940.

²⁶² Hauptfragen des Neutralitätsrechts, 20 S., 21. 10. 1940.

²⁶³ Datiert am 1. 11. 1940.

²⁶⁴ a. Soll das Banngutrecht beibehalten, eingeschränkt oder abgeschafft werden? b. Soll ein neues Recht des Sperrgebiets geschaffen werden? c. Wie ist das Recht der besetzenden Macht zur Ausnutzung der Wirtschaft besetzter Gebiete umzugestalten? d. Wie ist der Begriff des militärischen Objekts im Luftkrieg zu fassen? e. Welche Regeln lassen sich für eine „wirtschaftliche Neutralität“ aufstellen? f. Soll der Grundsatz der Unverletzlichkeit des neutralen Staatsgebiets eingeschränkt werden? g. Welche Einschränkungen sind für die Ausbildung und Verwendung farbiger Truppen erforderlich?

Lösung von wesentlicher militärischer, politischer und rechtlicher Bedeutung sein konnten. Zuletzt wurden noch eine Reihe von Einzelfragen genannt. In einer von Canaris unterzeichneten Verfügung des Chefs des OKW vom 19. Februar 1941 wurde Gladisch beauftragt, die Leitung der weiteren Arbeiten zu übernehmen. Als Arbeitsmethode wurde bestimmt, daß zunächst jeder Wehrmachtsteil sein Gebiet behandle, die Einheitlichkeit aber dadurch sichergestellt werde, daß Gladisch auch Leiter der Arbeitsausschüsse bei den Wehrmachtsteilen sei. Erst wenn diese Vorarbeiten beendet seien, werde es notwendig, sie in einem größeren Ausschuß aufeinander abzustimmen²⁶⁵.

Admiral Gladisch wurde zuerst beauftragt, für das Oberkommando der Marine die Fragen des Seekrieges zu bearbeiten. In einer Besprechung²⁶⁶, an der Gladisch, Moltke, Schmitz und Widmann als Mitglieder des zentralen Arbeitsstabes teilnahmen, wurde vereinbart, zunächst Stellungnahmen von wirtschaftlichen Sachverständigen für Maßnahmen in einem zukünftigen Seekrieg einzuholen, um die Autarkie bzw. Nicht-Autarkie des zu verteidigenden europäischen Raumes festzustellen. Zu diesem Zweck sollte auch mit den Verantwortlichen für den Vierjahresplan und mit dem Wirtschafts-Rüstungsamt Verbindung aufgenommen werden. Die voraussichtliche Änderung der Lage in Osteuropa²⁶⁷ sollte Anlaß sein, die bislang gültige Ausgangsposition²⁶⁸ auf ihren Wert als Arbeitsgrundlage noch einmal zu überprüfen und dabei auch die Frage des Verzichts auf deutschen Kolonialbesitz in Afrika miteinzubeziehen²⁶⁹. Nachdem die Stellungnahmen der Sachverständigen vorlagen, wurde ein Bericht an das OKM fertiggestellt²⁷⁰. In der Frage „Autarkie oder Welthandel“ fiel die Entscheidung zugunsten des Welthandels²⁷¹; die Frage, ob Deutschland im Verein mit dem übrigen Europa bei einem zukünftigen Krieg sich auf seine autarke Kriegswirtschaft verlassen könne, wurde verneint. Diese Entscheidung wurde im Juni 1943 noch einmal in einer Aussprache mit dem Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Hoffmann, bestätigt²⁷².

²⁶⁵ Brief, Nachlaß Gladisch.

²⁶⁶ Am 3. 4. 1941 (Aktennotiz, Nachlaß Gladisch).

²⁶⁷ Aufgrund der Ereignisse in Jugoslawien und Griechenland überschritten deutsche Truppen am 6. 4. die jugoslawische und griechische Grenze.

²⁶⁸ Wie Moltke die Ausgangslage wirklich beurteilte, hat er in diesem Monat in einer ausführlichen Denkschrift für die Kreisauer Arbeit auseinandergesetzt (Ger van Roon, a.a.O., S. 507 ff.). Ohne Zweifel hat dabei die Tätigkeit des Ausschusses als Tarnung gedient, aber schon die Bemerkung „Deutschland ist besiegt“ (S. 511) läßt den Widerspruch zur Arbeit des Ausschusses klarwerden.

²⁶⁹ Vielleicht aufgrund der erfolgreichen englischen Offensive in Nordafrika im Dezember 1940; auch weil die Entwicklungen auf dem Balkan die Aufmerksamkeit wieder stärker auf die Sowjetunion und damit auf kontinentale Belange lenkten.

²⁷⁰ Zwei Entwürfe Moltkes, Nachlaß Gladisch.

²⁷¹ Fast ironisch lautete dabei die Folgerung: „... denn es ist wiederholt von der Staatsführung betont worden, daß nach dem Kriege die materiellen Lebensbedingungen des Volkes wesentlich gebessert werden würden. Das läßt sich nur auf dem Wege der Welthandelslösung erreichen, ...“ (S. 2).

²⁷² Die von Moltke verfaßte Grundlage für die Diskussion und das Protokoll der Besprechung,

Die für Deutschland immer schwieriger werdende Kriegslage führte schließlich dazu, daß die Bemühungen um die Weiterentwicklung des Kriegsrechts im Sande verliefen. Immerhin ist bemerkenswert, daß man in den Diskussionen und Entscheidungen des Ausschusses zu Ergebnissen kam, die zu der offiziellen nationalsozialistischen Politik in erheblichem Widerspruch standen. Das wird zur Beendigung dieser Besprechungen beigetragen haben. Als einer der Mitarbeiter in diesem Ausschuß Moltke nahelegte, einen Antrag auf Auflösung zu stellen, da die Arbeit doch zu keinem praktischen Ergebnis führe, hat dieser geantwortet, es sei trotzdem wichtig, daß ein kleiner Stab von Mitarbeitern sich im Hinblick auf die Zukunft an diesen Fragen schule²⁷³.

V. Die besetzten Gebiete

Für die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete konnte Moltke weniger tun als für die Kriegsgefangenen. Nur wenn es sich um Befehle militärischer Stellen handelte – also nicht um Maßnahmen der Reichskommissare oder der Einsatzgruppen des Reichsführers SS –, waren das OKW und damit Moltkes Abteilung zuständig. Immerhin hat Moltke sogar außerhalb seines Zuständigkeitsbereichs versucht, seine Ansichten geltend zu machen²⁷⁴.

Die ersten Ansätze dieser Tätigkeit Moltkes fielen in die Zeit, als er sich beim Sonderstab HWK für die neutralen Länder einsetzte²⁷⁵. Mit Genugtuung bemerkte er, daß es Schmitz gelang, für die Wahrung der belgischen und niederländischen Neutralität einzutreten²⁷⁶.

Obwohl die ersten direkten Bemerkungen Moltkes über das deutsche Vorgehen in Polen aus späterer Zeit stammen, kann man an ihnen doch das Ausmaß seiner Erschütterung ablesen²⁷⁷. Zusammen mit Schmitz hat er seine Meinung darüber offen zum Ausdruck gebracht²⁷⁸, und als er später im Kreisauer Kreis über das

an der außer Gladisch und Hoffmann, Ministerialrat Kadgien vom Vierjahresplan, Ministerialrat Dr. Eckhardt als Vertreter der Seekriegsleitung und Oberlandesgerichtsrat Féaux de la Croix, Major Reichel, Graf Moltke und Dr. Widmann vom Arbeitsstab Admiral Gladisch teilnahmen, im Nachlaß Gladisch. Hoffmann befürwortete eine Autarkie-Lösung, mußte aber bei der Besprechung die Schwierigkeiten und Risiken dieser Lösung eingestehen.

²⁷³ Mitt. Féaux de la Croix, 9. 7. 1969.

²⁷⁴ Z. B. mit seinen Kontakten zu SD-Dienststellen in den besetzten Gebieten in der Frage der Geiselerchießungen; dazu S. 53.

²⁷⁵ Vgl. S. 27.

²⁷⁶ „Es ist immer gut, in diesem Punkte vorzubauen.“ (Brief Moltkes, 19. 1. 1940.)

²⁷⁷ „Heute beginnt der Prozeß, durch den Dänemark allmählich Polen angeglichen werden soll.“ (Brief Moltkes, 13. 4. 1940); „Heute war wieder ein entsetzlicher Tag, weil wir jetzt anfangen, uns in Norwegen zu benehmen wie in Polen.“ (Brief Moltkes, 22. 4. 1940.)

²⁷⁸ „Heute Morgen haben Schmitz und ich einen heftigen Kampf in einer Sitzung der Akademie für Deutsches Recht um die Stellung der Polen in dem von uns besetzten Gebiet geführt. Es wurden dabei wirklich unglaubliche Thesen vertreten und Schmitz und ich haben immer abwechselnd gesprochen. Es war einfach toll. Leider nutzt es nichts, aber immerhin haben wir unsere eigene Ehre gerettet.“ (Brief Moltkes, 27. 6. 1940.)

Problem der Wiedergutmachung diskutierte, lag ihm Polen besonders am Herzen²⁷⁹. Als dieses Land der SS für die von Hitler persönlich befohlenen „Ausrottungsaktionen“ überlassen worden war, trat die Wehrmacht gegen die weitere Betätigung von Einsatzgruppen auf²⁸⁰. Trotzdem wurden in fast allen eroberten Gebieten²⁸¹ Höhere SS- und Polizeiführer eingesetzt. Im Fall Dänemarks hat Moltke versucht, den entsprechenden Befehl zu verhindern, kam damit jedoch zu spät²⁸². Als dann bei der Besetzung Norwegens die dem Militär gegebenen Versprechungen wieder nicht eingehalten wurden und ebenfalls SS den Truppen folgte²⁸³, empörte Moltke sich vor allem über den mangelnden Widerstand der Wehrmacht²⁸⁴. Zynisch äußerte er sich schließlich über das „Gezänk“ der einzelnen Besatzungs-Organe untereinander²⁸⁵.

Auf die politisch-polizeiliche und organisatorische Erfassung der besetzten Länder folgte ihre wirtschaftliche Ausplünderung²⁸⁶. Diesen Völkerrechtsbruch besprach Moltke mit dem neuen Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich, von Falkenhausen, während einer Dienstreise im August 1940, die der Vorbereitung einer für September geplanten „Besichtigungsreise“ Admiral Gladischs²⁸⁷ galt. In einem Brief vom 9. August kritisierte Moltke viele Vorfälle aus den Kriegstagen und prangerte mit besonderer Schärfe das Auskaufen der Läden durch Deutsche²⁸⁸,

²⁷⁹ Brief Moltkes, 1. 7. 1942.

²⁸⁰ Dazu u. a. Helmut Krausnick, *Hitler und die Morde in Polen, Ein Beitrag zum Konflikt zwischen Heer und SS um die Verwaltung der besetzten Gebiete*, in dieser Zeitschrift 11 (1963), S. 196 ff.

²⁸¹ Nur nicht in Belgien und Frankreich.

²⁸² „Ich habe mein Möglichstes getan, das zu verhindern; aber die Leute, die etwas hätten tun müssen, hatten sich bereits damit einverstanden erklärt, als ich erst davon erfuhr.“ (Brief Moltkes, 13. 4. 1940.)

²⁸³ Zunächst handelte es sich um sechs Einsatzkommandos (H. Krausnick, *Morde*, S. 200).

²⁸⁴ „Es ist entsetzlich. SS ist hingeschickt und die organisatorischen Veränderungen, die beschlossen worden sind, wirst Du ja in einigen Tagen in der Zeitung lesen. Und das alles macht das Militär mit.“ (Brief Moltkes, 22. 4. 1940.)

²⁸⁵ „Es ist großartig zu sehen, wie das Gezänk der verschiedenen Dienststellen um den Besitz in den besetzten Gebieten – d. h. hauptsächlich um die Arbeit der Organisation, damit der Stellen, damit des Einflusses – vor sich geht und nur, wenn man persönlich daran unbeteiligt ist wie ich, kann man diesen Kampf der Geier untereinander so recht genießen.“ (Brief Moltkes, 2. 7. 1940.)

²⁸⁶ Dies entgegen Art. 43 der Haager Landkriegsordnung; vgl. dazu T. J. Jansma, *Het bezettingsrecht in de practijk van de tweede wereldoorlog*, jur. Diss. Utrecht, Wageningen 1953, S. 25; B. M. Telders, *Verzamelde Geschriften*, Bd. IV, S. 333; G. O. Grassmann, *Die deutsche Besatzungsgesetzgebung während des 2. Weltkrieges*, Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg, Nr. 14, Tübingen 1958, S. 98.

²⁸⁷ Im Nachlaß Gladischs befindet sich ein Brief Moltkes an Berthold Stauffenberg vom 7. 9. 1940 in dem es heißt: „Gladisch und ich fahren morgen für 12–14 Tage via Brüssel, Ostende, Dünkirchen, Paris, Cherbourg, Brest, Orléans auf eine Besichtigungsreise, die Gladisch mit Schiewind ausgemacht hat.“

²⁸⁸ „Das Auskaufen geht schamlos vor sich. Alle Offiziere und gewiß auch die Mannschaften kaufen auf Teufel komm heraus, und das in einem Land, welches vor einer Hungersnot und

die sich wie Fürsten benahmen²⁸⁹, an. Bei seinem Gespräch mit Falkenhausen²⁹⁰ stand deshalb die wirtschaftliche Lage der Bevölkerung im Mittelpunkt, und die Folgen der „Ausplünderung“ wurden eingehend besprochen²⁹¹. Dabei berichtete Falkenhausen von seinen Bemühungen zu helfen, wo es nötig war. Nicht ohne Ironie charakterisierte er den Unterschied zwischen seiner Arbeit und der seiner kämpfenden Kollegen²⁹². Zuletzt erklärte er Moltke, wo seiner Ansicht nach die Grenzen seiner Mitwirkung seien und er eine weitere Mitarbeit ablehnen müsse. Es ist für Moltke²⁹³ und Falkenhausen²⁹⁴ belegt, daß sie sich in gleicher Gesinnung fanden und daß diese Begegnung der Anfang einer Jahre dauernden Verbindung wurde, die über den Rahmen des dienstlichen Kontakts weit hinausging²⁹⁵. Ein positives Ergebnis war für Moltke außerdem, daß er nun die Möglichkeit hatte, sich bei den Diskussionen über die wirtschaftliche Seite des Kriegsrechts²⁹⁶ auf seine eigenen Erfahrungen während der Belgien- und Frankreichreise berufen zu können.

Ein weiteres Problem kam im Verlauf des Jahres 1941 hinzu. Der überwiegende Teil der Bevölkerung in den besetzten Gebieten hatte sich zunächst abwartend verhalten. Das änderte sich aber angesichts Hitlers Fehlschlag im England-Feldzug sowie der Maßnahmen deutscher Zivilverwaltungen und der Übergriffe mehrerer Reichsinstanzen. Die Haltung gegenüber der Besatzungsmacht versteifte sich und wurde mit einer Verschärfung der Gewalttätigkeiten beantwortet²⁹⁷. Die in Polen und der Sowjetunion erprobten Methoden sollten nun auch in den übrigen besetzten Gebieten angewandt werden. Man habe deshalb kein Recht, vom Gegner verübte Greuel anzuprangern, meinte Moltke²⁹⁸ und schrieb Mitte September 1941

Warenknappheit steht, wie sie in Westeuropa noch nicht dagewesen ist.“ (Brief Moltkes, 9. 8. 1940.)

²⁸⁹ „Außerdem ärgerte ich mich bei Tisch über das tüppige Essen in dem vor dem Hunger stehenden Land und das störte mich natürlich, denn ich wollte nicht unhöflich sein und doch auch nicht den Schein erwecken, als billigte ich diese Sache.“ (Ebenda.)

²⁹⁰ Nachts von halb 12 bis halb 2 Uhr nach dem Essen in Falkenhausens Hotel.

²⁹¹ „Er ist sichtlich tief bekümmert, daß wir uns im ganzen wieder so benehmen, daß wir uns nicht werden halten können.“ (Ebenda); vgl. zu der Einstellung Moltkes in der damaligen Zeit, Ger van Roon, a. a. O., S. 215 ff.

²⁹² „Folgender Ausspruch von ihm blieb mir haften: ‚meinen durchziehenden Kollegen sage ich immer: Eure Aufgabe ist es so schnell wie möglich und so gründlich wie möglich zu zerstören und dafür bekommt Ihr alle Ehre und Auszeichnungen; meine Aufgabe ist es, so schnell wie möglich und so gründlich wie möglich wieder herzustellen, aber das ist im Gegensatz zu Eurer Tätigkeit ein ganz langsamer Prozeß, der keine äußeren Ehren einbringt.‘“ (Ebenda.)

²⁹³ „Der ganze Blickpunkt des Mannes ist auf den Menschen ausgerichtet, nicht auf irgendeine ‚gloire‘ oder ‚grandeur‘.“ (Brief Moltkes, 9. 8. 1940.)

²⁹⁴ Mitt. 8. 4. 1963.

²⁹⁵ Vgl. Ger van Roon, a. a. O., S. 356.

²⁹⁶ Vgl. S. 45.

²⁹⁷ Dazu Konrad Kwiet, Reichskommissariat Niederlande, Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung, Stuttgart 1968, S. 155 f.; Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa, Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg, Stuttgart 1966, S. 184 ff.

²⁹⁸ „Ein Mann, der im Baltikum eingesetzt ist, erzählte teils interessant, teils Greuelge-

dazu: „Die allgemein schlechte Lage mit ihren Reaktionen in den besetzten Gebieten führt zu einer Welle von Schrecklichkeitsmaßnahmen, mit denen versucht werden soll, diese Gebiete in Gehorsam zu halten. Endlich hat man erkannt, daß die Todesstrafe nicht mehr wirkt, aber statt daraus den Schluß zu ziehen, daß man eben mit den Menschen regieren muß, statt gegen sie, zieht man den Schluß, daß Schrecklicheres als der Tod gefunden werden muß. Dafür hat sich der Führer persönlich ein paar Varianten erdacht, die immerhin bemerkenswert sind. – Alles wird auf uns herniederkommen, und mit Recht. – Das sind alles Zeichen einer Schwäche und Zersetzung, die uns nur unangenehm sein kann.“²⁹⁹

Diese Eskalation der Gewalt in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 kann in den Briefen Moltkes genau verfolgt werden³⁰⁰. Sie zeigen, daß er genau wußte, was seine Landsleute anrichteten und bezweckten³⁰¹. So schrieb er Ende Oktober: „Der Tag ist so voller grauenhafter Nachrichten, daß ich nicht in Ruhe schreiben kann. Das, was mir augenblicklich am nächsten geht, sind die mangelhaften Reaktionen des Militärs. Falkenhausen und Stülpnagel³⁰² sind an ihre Plätze zurückgekehrt, statt nach den letzten Vorfällen abzugehen³⁰³; neue, schreckliche Befehle werden gegeben und niemand scheint etwas dabei zu finden. Wie soll man die Mitschuld tragen? In Serbien sind an einem Ort zwei Dörfer eingäschert worden, 1700 Männer und 240 Frauen von den Einwohnern sind hingerichtet. Das ist die ‚Strafe‘ für den Überfall auf drei deutsche Soldaten. In Griechenland sind 220 Männer eines

schichten, die sicher wahr sind. Nachdem er da im vollen Zuge war, konnte ich es nicht mehr anhören und sagte, wir müßten leider zu allen solchen Sachen den Mund halten, seit wir uns genauso benähmen.“ (Brief Moltkes, 5. 10. 1941.)

²⁹⁹ Brief Moltkes, 16. 9. 1941.

³⁰⁰ Vgl. z. B. folgendes Zitat: „Hunger, Krankheit und Angst verbreiten sich derweil unter unserer Herrschaft. Welche Folgen das haben wird, wie schnell die Folgen einsetzen werden, weiß noch kein Mensch. Eines steht nur ganz fest: die apokalyptischen Reiter sind Anfänger gegenüber dem, was uns bevorsteht: certus an, incertus quando. Jeder Tag bringt neue grauenhafte Einblicke in die Tiefen, zu denen Menschen sinken können.“ (Brief Moltkes, 17. 11. 1941.)

³⁰¹ Dazu folgendes: „Ich kann mich an diese zwei Tage nur noch schlecht erinnern. Russische Gefangene, evakuierte Juden, russische Gefangene, erschossene Geiseln, allmähliches Übergreifen der in den besetzten Gebieten ‚erprobten‘ Maßnahmen auf das Reichsgebiet, wieder evakuierte Juden, russische Gefangene, ein Nervensanatorium, wo diejenigen SS-Leute gepflegt werden, die beim Exekutionieren von Frauen und Kindern zusammengebrochen sind. Das ist die Welt dieser 2 Tage gewesen.“ (Brief Moltkes, 13. 11. 1941.) Moltke hatte sich eine Sammlung völkerrechtswidriger Befehle angelegt, um ihre Autoren nach dem Krieg vor Gericht bringen zu können.

³⁰² General der Luftwaffe Otto von Stülpnagel, Militärbefehlshaber in Frankreich von Oktober 1940 bis Februar 1942, als er wegen der Geiselfrage um seine Abberufung bat; vgl. Jäckel, a. a. O., S. 194. Über seine Einstellung vgl. weiter Helmut Krausnick, Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler, in: Vollmacht des Gewissens, Bd. I, München 1960, S. 358, und Ger van Roon, Wilhelm Staehle, Ein Leben auf der Grenze, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 3 (1969), S. 82.

³⁰³ Nachdem immer mehr Attentate auf deutsche Militärs stattfanden, schaltete sich Hitler selbst ein und ordnete bei künftigen Ermordungen Massenerschießungen und Massendeportationen an.

Dorfes erschossen worden. Das Dorf wurde niedergebrannt, Frauen und Kinder an der Stätte zurückgelassen, um ihre Männer und Väter und ihre Heimstatt zu beweinen. In Frankreich finden umfangreiche Erschießungen statt, während ich hier schreibe³⁰⁴. So werden täglich sicher mehr als tausend Menschen ermordet und wieder Tausende deutscher Männer werden an den Mord gewöhnt. Und das alles ist noch ein Kinderspiel gegen das, was in Polen und Rußland geschieht.“³⁰⁵

Es lag Moltke sehr daran, die Bevölkerung der besetzten Gebiete rechtzeitig vor den von Berlin aus befohlenen Racheakten des SD, den sogenannten Strafexpeditionen, zu warnen. Er bemühte sich deshalb um Personen, die in einem bestimmten Gebiet diesen Warndienst übernehmen könnten³⁰⁶. Hier fiel seine Tätigkeit zum Teil mit der des Kreisauer Kreises zusammen, der sich über die Lage in den besetzten Ländern und die Rechtsverletzungen der lokalen deutschen Machthaber auf dem laufenden halten wollte. So unterrichtete Theodor Steltzer, der zum Stab des Militärbefehlshabers in Norwegen gehörte und Mitglied des Kreisauer Kreises war, Moltke von den wachsenden Spannungen zwischen dem Reichskommissar Terboven und der norwegischen Kirche. Nachdem Moltke seinen Chef, Admiral Canaris, davon unterrichtet hatte, wurde ihm und Dietrich Bonhoeffer der Auftrag gegeben, nach Norwegen zu reisen, um aus eigener Anschauung berichten zu können. Diesen Lagebericht nahm Canaris zum Anlaß, auf die Gefährdung der Interessen der Wehrmacht hinzuweisen, um so Schlimmeres zu verhüten³⁰⁷. Umgekehrt erfuhr Steltzer durch Moltke frühzeitig von den bevorstehenden Judenverfolgungen in Norwegen und konnte daher warnend eingreifen³⁰⁸. Eine ähnliche Rolle spielte in den Niederlanden der Haager Bankier von Görschen³⁰⁹. Ein anderes Mal unterbrach Moltke selbst eine Reise in Kopenhagen, um dort am 1. Oktober 1943 vor einer Judenrazzia zu warnen. Als Moltke bei dieser Gelegenheit auch den Militärbefehlshaber besuchte, erfuhr er, daß die Wehrmacht bei der geplanten Maßnahme Unterstützung leisten werde, weil nicht genügend SS-Truppen aus Berlin gekommen seien. Moltke soll darauf geantwortet haben: „Sie sind wohl verrückt geworden. Das werden Sie eines Tages teuer bezahlen müssen. Verstehen Sie das nicht?“³¹⁰

Ein weiteres, schwieriges Problem im Verhältnis von Besatzungsmacht und Bevölkerung war die Geiselnahme. Sie wird in der Völkerrechtsliteratur weitgehend als zulässig bezeichnet. Die Haager Landkriegsordnung sichert der Bevölkerung eines besetzten Landes zwar einen relativen Schutz durch die besetzende Macht zu, gewährt andererseits aber den Besatzern bei Widerstand das Recht zur Geiselnahme.

³⁰⁴ Tatsächlich war es in Frankreich schon im Oktober 1941 zu Massenerschießungen gekommen, vgl. auch S. 52f.

³⁰⁵ Brief Moltkes, 21. 10. 1941.

³⁰⁶ Briefl. Mitt. Fr. Christiansen-Weniger, 19. 8. 1963, der von Moltke gefragt worden war, ob er den Warndienst in Polen übernehmen wolle.

³⁰⁷ Vgl. dazu Bethge, a. a. O., S. 844; Ger van Roon, Neuordnung, S. 326ff.

³⁰⁸ Roon, Neuordnung, ebenda.

³⁰⁹ Ebenda, S. 551ff.

³¹⁰ Briefl. Mitt. Frau Merete Bonnesen, 9. 10. 1962.

Es wird jedoch ausdrücklich betont, daß Geiseln keine Strafgefangene seien³¹¹. In der Dienstanweisung für Einheiten des Kriegsheeres von 1939 wird die Geiselnahme als zulässig vorausgesetzt³¹², sie wurde auch seit Beginn der deutschen Besetzung praktiziert³¹³. Was dann in der Folgezeit zu besonderen Schwierigkeiten führte, war daher nicht die Frage der Zulässigkeit, sondern die der Zweckmäßigkeit und vor allem der Relation zwischen Geiselnahme und Geisel„bestrafung“, wobei es dem NS-Regime offenbar darauf ankam, den Gegner in scheinbar legaler Weise zu terrorisieren. Wurden deshalb schon früh Geiseln genommen, so scheinen Geiseler-schießungen doch erst im Jahr 1941 stattgefunden zu haben³¹⁴. Danach waren nur noch Steigerungen möglich, zu denen die Militärbefehlshaber von Hitler und dem OKW förmlich genötigt wurden³¹⁵. So erließ der Militärbefehlshaber in Frankreich Ende September 1941 aufgrund eines Gutachtens der Wehrmachtrechtsabteilung³¹⁶ einen sogenannten Geiselkodex, um den Kreis der Geiseln erweitern zu können³¹⁷.

Auf die Dauer erzielten derartige Maßnahmen aber nicht die angestrebte Abschreckung, sondern stumpften die Bevölkerung ab. Dagegen erhöhten die Geiseler-schießungen die Zahl der gegnerischen Attentate.

Dies war für Moltke der Ansatzpunkt, um auch auf diesem Gebiet tätig zu werden. Zunächst hielt er sich noch im Hintergrund und unterstützte nur auf Ersuchen die juristischen Berater derjenigen Befehlshaber, die Geiseler-schießungen ablehnten. So wurde er damals über seinen Bruder, der Adjutant bei Falkenhausen war, gebeten, bei völkerrechtlichen Fragen behilflich zu sein. Moltke hat daraufhin Falkenhausens Bedenken gegen die Geiseler-schießungen durch ein Gutachten unterstützt³¹⁸. Zu dieser Zeit lernte Moltke bei einer Tagung des Völkerrechtsausschusses der Akademie für Deutsches Recht in Berlin auch den Kriegsoberverwaltungsrat Carlo Schmid kennen, der im Befehlsbereich Falkenhausens die Wirtschaftsverwaltung unter sich hatte³¹⁹. Nach einem Brief Moltkes hatte dieser „unsere These schon immer unterstützt“³²⁰. Die beiden verabredeten, in engem Kontakt zu bleiben³²¹. Eine weitere Verbindung besaß Moltke zum Rechtsberater des damaligen „Befehlshabers der Deutschen Truppen in Dänemark“, Ernst Kan-

³¹¹ Auch verbietet Art. 50 Kollektivstrafen für von anderen Personen begangene Taten.

³¹² H. D. v. g. 2, Abschnitt 9 „Verhalten im Kriege“ unter Ziff. 12. Diese Dienstanweisung vom 29. 6. 1939 ist für den bereits geplanten Krieg abgefaßt worden.

³¹³ In Frankreich waren bis zum 30. 11. 1940 1415 französische Bürger als Geiseln festgenommen (Jäckel, a. a. O., S. 185).

³¹⁴ Jäckel, a. a. O.

³¹⁵ Mitt. A. Frhr. v. Falkenhausen, 8. 4. 1963.

³¹⁶ Über die Einstellung der Wehrmachtrechtsabteilung, vgl. S. 18 f.

³¹⁷ Jäckel, a. a. O., S. 191; H. Luther, Der französische Widerstand gegen die deutsche Besatzungsmacht und seine Bekämpfung, Tübingen 1957, S. 175.

³¹⁸ Mitt. Falkenhausen, 8. 4. 1963; vgl. auch Moltkes Brief an Jaenicke, 4. 3. 1943, im Anhang.

³¹⁹ Brief Moltkes, 11. 10. 1941.

³²⁰ Brief Moltkes, 10. 10. 1941.

³²¹ Briefl. Mitt. C. Schmid an H. v. z. Mühlen, 31. 12. 1948.

ter. Auch er lehnte – obwohl von seinem Chef dazu gedrängt – Geislerschießungen ab. Um sich Rückendeckung zu verschaffen, wandte er sich an den Leiter der Heeresrechtsabteilung, Dr. Sack³²². Dieser empfahl ihm, Moltke zu Rate zu ziehen, nahm auch sofort selbst Verbindung zu ihm auf und veranlaßte ihn, Kanter in Kopenhagen aufzusuchen. Ihre erste Begegnung fand im Oktober 1942 statt. Moltke hat Kanter nicht nur aus Gründen der Rechtlichkeit und Menschlichkeit, sondern auch um die befürchteten Auswüchse zu unterbinden, voll und ganz unterstützt. Seither blieben auch diese beiden in Kontakt³²³.

Als sich die Zahl der Geislerschießungen erhöhte, ohne daß die Attentate abrisen, bereitete Moltke mit seinem Mitarbeiterstab eine größere Aktion vor³²⁴. Er wollte die militärischen Behörden in den besetzten Gebieten, besonders in Holland und Frankreich davon überzeugen, daß durch Geiselnahme keine Reduzierung der gegnerischen Sabotageakte zu erreichen sei, sondern eher das Gegenteil und daß deshalb von solchen Maßnahmen abzusehen sei. Moltkes Absicht war, – mit Rückendeckung der militärischen Behörden – auch an die Dienststellen des SD heranzutreten, weil er hoffte, durch persönliche Gespräche eine Änderung herbeiführen zu können. Er machte deshalb mehrere große Reisen in die besetzten Westgebiete und entsandte auch Mitarbeiter seiner Gruppe in diese Länder, um Fälle von Geiselnahmen und Geislerschießungen sowie deren Auswirkungen untersuchen zu lassen³²⁵.

Moltkes erste eigene Reise führte ihn im Juni 1943 zunächst nach Holland³²⁶. In Hilversum sprach er im Stab des Militärbefehlshabers mit verschiedenen Offizieren und auch mit dem Chef des Stabes, Generalleutnant von Wühlisch³²⁷. Als er hoffen konnte, von dort Rückendeckung zu erhalten, fuhr er zum SD nach Den Haag. Sein erster Eindruck schien positiv zu sein³²⁸. Dr. Harster, der von 1940 bis 1943 Chef der Sicherheitspolizei und des SD in den Niederlanden war, empfing ihn persönlich. In einem Brief über diese Reise gibt Moltke einige interessante Zitate

³²² Vgl. Hermann Bösch, Heeresrichter Dr. Karl Sack im Widerstand, München 1967, S. 75.

³²³ Briefl. Mitt. E. Kanter, Sommer 1964.

³²⁴ Briefl. Mitt. Wengler, 9. 12. 1968.

³²⁵ So wurden Oblt. von Haeften nach Frankreich und Dr. Diwald nach Holland geschickt und verfaßten über die Geiselfälle dort einen Bericht. (Briefl. Mitt. O. Diwald, 29. 3. 1963).

³²⁶ Das mochte damit zusammenhängen, daß es in Holland im April-Mai zu einer großen Streikbewegung im ganzen Land gekommen war und daß die Deutschen daraufhin 80 Holländer erschossen hatten. Die Streikbewegung war eine Reaktion auf die deutsche Maßnahme, die im Mai 1940 aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen niederländischen Soldaten wieder zu internieren und zum ‚Arbeitseinsatz‘ nach Deutschland zu überführen, was Moltke zu verhindern gesucht hatte; vgl. dazu S. 20 und auch S. 33.

³²⁷ „Der ist neu hingekommen, liegt jedoch zweifelsfrei richtig und ist bemüht, Erschießungen zu verhindern, soweit er kann.“ (Brief Moltkes, 5. 6. 1943.) Vgl. die Aussage des HSSPF Rauter im Christiansen-Prozess, daß von Wühlisch immer gegen Geislerschießungen war. (Het Proces Christiansen, Den Haag 1950, S. 101.)

³²⁸ „Bei aller Fremdheit im Fundament, in der Grundhaltung, herrschte daher im Oberbau eine Gemeinschaft der Auffassung und der Interessenlage, die sehr erfreulich war.“ (Brief Moltkes, 5. 6. 1943.)

aus den Gesprächen mit Harster wieder³²⁹. Dieser stimmte Moltke offenbar zunächst durchaus zu und erklärte sich mit seinem Vorhaben einverstanden. Er versprach außerdem, die noch in Haft befindlichen Geiseln nach und nach zu entlassen. Trotzdem spricht aus Moltkes Brief bei aller Erleichterung darüber, daß man sich seinem Plan aus praktischen Gründen zugänglich zeigte, Skepsis gegenüber Harsters Versprechen. Er bemerkt dazu: „Das ganze wird auch nicht als Strohfeder verpuffen, denn nach Pfingsten schicke ich ihm den Oberleutnant Diwald³³⁰ auf den Hals, dem er seine gesamten Akten zur Verfügung stellen will, und von der Art und Weise, wie er das tut, wird ja abhängen, ob man wirklich mit ihm rechnen kann oder nicht.“³³¹ Moltke berichtete dann in Hilversum über die Unterredung beim SD und besprach, wie man das bisher Erreichte auswerten könne³³². Vor seiner Abreise lud ihn der Wehrmachtbefehlshaber, General Christiansen, noch zum Essen ein. Moltke charakterisiert ihn als einen „netten Handelsschiffskapitän“ und fragte sich, wie man einen solchen Mann zum Wehrmachtbefehlshaber machen

³²⁹ „Gegen Schuldige bin ich wirklich scharf, sehr scharf sogar, aber Unschuldige zu erschließen, ist doch einfach blödsinnig.“; „Jede Geiselerchießung ist das Eingeständnis eines persönlichen Bankrotts; es heißt doch einfach: den Täter haben wir nicht, oder nicht schnell genug gefaßt.“; „Ich kann nicht erwarten, daß die Bevölkerung ruhig bleibt und die Banditen nicht unterstützt, wenn ich anfangs, Unschuldige zu greifen.“; „Wenn Sie erreichen wollen, daß das Geiselnehmen und Geiselerchießen ganz und kategorisch verboten wird, so können Sie meiner Unterstützung gewiß sein.“ (Ebenda.)

³³⁰ Schüler des Wiener Völkerrechtlers Verdross; vgl. auch Moltkes Brief an Jaenicke, 4. 3. 1943.

³³¹ Brief Moltkes, 5. 6. 1943.

³³² Auf diesen Besuch Moltkes wird sich auch wohl folgende Aussage Rauters im Christiansen-Prozeß beziehen, wenn auch der Name verwechselt ist und ein irrtümliches Datum angegeben wird: „Ich weiß eines: im März oder April 1942 hat der Wehrmachtbefehlshaber einen Brief ans OKW geschrieben. Das ist der Brief, den General Christiansen am Vormittag schon angeführt hat. Und zwar ging der aus vom Ic, Abwehroffizier, ich habe das noch genau vor mir. Dort wird geschrieben über die Auswirkung der Geiselerchießungen in Holland, die politische Auswirkung. Und der Brief war unterschrieben vom General Christiansen. Und da wurde über die Auswirkung berichtet. Und da wurde Sturm gelaufen gegen den Führerbefehl, gegen Erschießung von Geiseln, in diesem Schreiben. Und es wurde zum Ausdruck gebracht, daß in Holland alle Dienststellen gegen das Erschießen von Geiseln sind. Wurde unterschrieben vom General Christiansen. Ich weiß das deshalb, weil – es kam vom Oberkommando der Wehrmacht ein Offizier, ein Oberleutnant Graf . . . ein Graf. Der kam nach dem holländischen Raum hier und untersuchte beim Wehrmachtbefehlshaber, beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei, beim Reichskommissar, dann überall und erkundigte sich über die Stellungnahme der niederländischen Dienststellen zu den Geiselerchießungen. Und Graf von Spee hat einen Bericht gemacht an GFM Keitel. Und eine Abschrift des Berichts hat Graf Spee dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei, Dr. Harster, geschickt, weil er bei ihm war und Akteneinsicht genommen hat, bei ihm auch. Und da schreibt er drinnen, er habe das eindeutig feststellen müssen, daß im ganzen holländischen Raum alle Dienststellen gegen das Erschießen von Geiseln sind. Und da stellt er dem GFM Keitel vor, eine neue Führervorlage zu machen . . . Und ich bekam mit der Akte vom Graf Spee eine Abschrift dieses Briefes; die bekamen wir zu unserer Kenntnis.“ (S. 99/100.) Vielleicht meint Rauter, der Moltke selbst nicht gesprochen hatte, mit dem Oberleutnant und dessen Bericht den Oblt. Diwald; vgl. dazu Anm. 325.

konnte³³³. Als Wühlisch Moltkes kritische Einstellung gegenüber Christiansen spürte, sagte er zu ihm: „Sie werden verstehen, daß es schwer ist, mit einem solchen Befehlshaber sei es politisch oder militärisch zu Rande zu kommen.“³³⁴

Moltkes nächstes Ziel war Brüssel. Hier lagen die Verhältnisse anders. Es gab keine Trennung zwischen ziviler und militärischer Gewalt und auch keinen HSSPF³³⁵. Der Militärbefehlshaber in Belgien und Nordfrankreich³³⁶ war gleichzeitig militärische, politische und wirtschaftliche Instanz. Er versah also sowohl die Funktionen des Reichskommissars wie die des Wehrmachtbefehlshabers. In der Geiselfrage hatte Falkenhausen seit seinem Amtsantritt im Mai 1940 ziemlich selbständig entschieden³³⁷. Schon 1940 ordnete er an, daß Geiseln in Zukunft nur mit seiner ausdrücklichen Genehmigung festgesetzt werden dürften, und in seiner Anordnung vom August 1941 stellte er sich ebenfalls ganz auf die völkerrechtliche Grundlage³³⁸. Deshalb wurde er am 13. November 1941 von Goebbels heftig kritisiert, wobei dieser ihm eine feige Haltung in der Geiselfrage vorwarf. Falkenhausen wußte sich jedoch gut zu verteidigen³³⁹. Als er dann in der Folgezeit wegen dieses Problems öfters Meinungsverschiedenheiten mit der obersten militärischen Führung hatte, bat er das OKH, die tatsächlichen Umstände entscheiden zu lassen und die Auswahl der Geiseln in sein Ermessen zu legen. Er fügte hinzu, daß die Fristen in denjenigen Fällen zu verlängern seien, in denen noch mit der Ergreifung der Täter gerechnet werden könne³⁴⁰. Obwohl es in Einzelfällen auch weiterhin zu Geislerschießungen³⁴¹ kam, blieb Falkenhausen bei seiner An-

³³³ „Von den hohen Fragen der Politik und Kriegsführung weiß er deshalb gar nichts, weil er die Fragestellung gar nicht kennt. Er ist davon ganz unberührt. . . Er hat mir die Geschichte seiner Ernennung und seiner ersten Wochen in Holland erzählt und hat überhaupt nicht bemerkt, daß er dabei einen vollkommenen Bericht über die Gründe gegeben hat, warum die Sache in Holland schief gehen mußte.“ (Brief Moltkes, 5. 6. 1943.)

³³⁴ Ebenda.

³³⁵ Nachdem zunächst die Verwaltung in Belgien und Frankreich dem Militär überlassen worden war (Krausnick, *Morde*, S. 200), wurde im März 1942 ein HSSPF für Frankreich ernannt; Versuche, auch in Falkenhausens Befehlshereich einen HSSPF einzusetzen, scheiterten an dem entschiedenen Widerstand Falkenhausens (vgl. BA: MA, 85 III, Schr. v. 23. 1. 1943 an OKH/Gen. Qu., Abt. K. Verw.).

³³⁶ Für diese Einteilung war die militärische Situation ausschlaggebend gewesen.

³³⁷ S. dazu BA: MA, 85 III (Militärbefehlshaber Belgien und Nordfrankreich); daß der Kontakt zu Moltke damit zu tun hatte, ist wahrscheinlich.

³³⁸ Geiselnhaft Sicherungs-, keine Vergeltungsmaßnahme; Geisel keine Strafgefangenen; ihre Behandlung grundsätzlich der der Kriegsgefangenen zu entsprechen. „Im allgemeinen kann die Geiselnahme nicht als . . . Mittel für die Erreichung des erstrebten Erfolges angesehen werden; die Festnahme von Geiseln sollte nur mit äußerster Zurückhaltung als ein letztes Mittel angewandt werden.“ (Ebenda, Schr. v. 21. 8. 1941.)

³³⁹ Nach Bericht über die Unterredung, ebenda.

³⁴⁰ Schr. v. 9. 5. 1942, ebenda.

³⁴¹ Nachdem Falkenhausen zunächst durch eine entsprechende Sachdarstellung dem OKH gegenüber Geislerschießungen weitgehend hatte vermeiden können, wurde, wenn das OKH bzw. OKW auf einer Erschießung bestand, eine andere Methode gewählt, so daß bereits

sicht, sie als Sühnemaßnahme abzulehnen³⁴². Es ist daher nicht verwunderlich, daß er, als Moltke nach seiner Ankunft in Brüssel ein sehr offenes Gespräch mit ihm führte³⁴³, volles Verständnis für dessen Bemühungen zeigte³⁴⁴. Danach sprach Moltke mit dem Vizechef der Militärverwaltung, Dr. von Craushaar³⁴⁵, und mit den ihn interessierenden Sachbearbeitern, und hat auch hier offenbar nur Beifall geerntet³⁴⁶. Am nächsten Tag besuchte er noch den Kriegsoberverwaltungsrat Schmid in Lille³⁴⁷.

In Frankreich waren die Verhältnisse etwas schwieriger. Nach der Abberufung des ersten Militärbefehlshabers hatte man große organisatorische Veränderungen vorgenommen. Der Nachfolger, General Karl Heinrich von Stülpnagel³⁴⁸, hatte „eine klare Trennung seiner militärischen Befugnisse von allen politischen Fragen“³⁴⁹ gefordert, um nicht sofort mit neuen Schwierigkeiten konfrontiert zu werden. Hitler hatte diesen Wunsch zum Anlaß genommen, dort am 9. März 1942 den SS-Oberführer Carl-Albrecht Oberg als HSSPF einzusetzen. Dieser arbeitete aber gut mit Stülpnagel zusammen und wußte für ihn durchzusetzen, was dem Militärbefehlshaber des Heeres nicht gelang. So wurden in dieser Zeit viel weniger Geiseln erschossen als vorher³⁵⁰. Auch hier brauchte Moltke also keinen Widerstand zu befürchten. Es folgten Besprechungen mit Stülpnagel, der Moltke persönlich sehr gut gefiel³⁵¹. Von ihm erhielt er einen vertraulichen Bericht über die Geiselfrage³⁵². Außerdem versprach auch er, keine Geiseln mehr erschießen zu lassen, was immer man ihm befehlen werde³⁵³. Mittags hatte Moltke eine Unterredung mit dem Abwehroffizier des Oberbefehlshabers West und fand auch dort Verständnis für sein Anliegen³⁵⁴. Am nächsten Tag folgten Besprechungen mit Sachbearbeitern des

gerichtlich zum Tode verurteilte Personen als „Geiseln“ erschossen wurden. (Mitt. Falkenhäusen, 8. 4. 1963; briefl. Mitt. Craushaar, 26. 5. 1963.)

³⁴² Vermerk Besprechung 28. 4. 1945, ebenda.

³⁴³ (Falkenhäusen), „der in sehr vertrauter Weise die Weltlage mit mir erörterte“ (Brief Moltkes, 7. 6. 1943).

³⁴⁴ „Ich brachte ihn auf die Fragen, die uns gegenwärtig bewegen und fand eine erfreuliche Übereinstimmung, eigentlich mehr als ich erwartet hatte.“ (Ebenda.)

³⁴⁵ „Um 11 kam Craushaar dran, der über den Erfolg meiner Reise nach Holland sichtlich erfreut und überrascht war. Ich hoffte sehr, daß sich das auch als ausgesprochene Erleichterung für die Leute in Brüssel auswirken wird.“ (Ebenda.)

³⁴⁶ Ihm wurde von Craushaar vertraulich mitgeteilt, daß eine Entlassung der 500 Geiseln, die sich in Geiselhaft befanden, vorgesehen war. (Ebenda, briefl. Mitt. Craushaar, 16. 7. 1963.)

³⁴⁷ Vgl. Anm. 320.

³⁴⁸ Später besonders durch seinen Anteil am 20. Juli 1944 bekannt.

³⁴⁹ Jäckel, a. a. O., S. 195.

³⁵⁰ Ebenda, S. 198.

³⁵¹ „Er liegt jedenfalls in der mich interessierenden Frage ganz richtig, so daß ich an ihm eine Unterstützung haben werde.“ (Brief Moltkes, 8. 6. 1943.)

³⁵² „... den er selbst Falkenhäusen nicht gegeben hat ...“ (Ebenda.)

³⁵³ Ebenda.

³⁵⁴ „Der Mann selbst hat mir ganz gut gefallen. Nur ist er wohl etwas leichtgewichtig und wird seine Erkenntnisse kaum mit der notwendigen Zähigkeit verfolgen. Immerhin liegt er auch richtig und wird jedenfalls eher eine Hilfe als eine Belastung sein.“ (Ebenda.)

Militärbefehlshabers des Heeres und mit dem Chef des Stabes des OB West, General Blumentritt. Wenn dieser auch nach Moltkes Meinung keine Persönlichkeit wie Stülpnagel oder Falkenhausen war, zeigte er sich doch ebenfalls bereit, „auf meine Vorschläge zur Umgehung von Führerbefehlen einzugehen, und das war mir zunächst das Wichtigste“³⁵⁵. Am Nachmittag erschien Falkenhausen in Paris, und Moltke unterrichtete ihn über die Ergebnisse seiner Gespräche. Offenbar wollte er die beiden Militärbefehlshaber zu einem gemeinsamen Schritt bewegen³⁵⁶. Um was es im Detail dabei ging, muß ebenso offenbleiben wie die Frage, ob eine gemeinsame Aktion erfolgte. Trotzdem läßt sich eine Bilanz dieser Reise Moltkes ziehen: Er hatte bei den örtlichen Stellen der Wehrmacht und sogar beim SD Zustimmung gefunden. Eine zweite Reise sollte ihn jedoch darüber belehren, wie kurz eine solche Einwirkung vorhielt.

Diese zweite Reise fand im September statt. Zuvor hatte Diwald in Holland Statistiken über die Zahl der Sabotagefälle sowie über Anzahl und Herkunft der erschossenen Geiseln aufgestellt. Diese legte er Moltke in einem Bericht vor. Inzwischen hatte sich aber die Kriegslage für Deutschland verschlechtert, was zu größeren Aktionen sowohl auf seiten der Besatzungsmacht wie der Widerstandsgruppen führte. Damit war für Moltke zugleich die Chance, eine allgemeine Einschränkung der Geiselnahme durchzusetzen, sehr viel geringer geworden.

Auch die zweite Reise führte Moltke zunächst nach Holland. Beim SD hatte man inzwischen Dr. Harster nach Italien versetzt. Sein Nachfolger, Brigadeführer Naumann, kam aus dem Osten. Obwohl auch dieser Moltke versicherte, daß er dessen Argumente für überzeugend halte, konnte Moltke nicht beruhigt sein³⁵⁷. In Hilversum hatte von Wühlisch offenbar die verabredete Linie nicht eingehalten, weshalb Moltke bei ihm vorstellig wurde³⁵⁸. Wieder einmal hatte Moltke Grund, die mangelnde Führung in diesem Stab zu beklagen. In Brüssel mußte er sich lange gedulden, ehe Falkenhausen für ihn Zeit hatte, fand aber schließlich die alte Übereinstimmung vor. In Paris besuchte Moltke zuerst Stülpnagel, sprach jedoch auch beim SD vor. Als er auf der Rückreise einen Fliegerangriff erlebte und die verwüstete Kölner Innenstadt sah, war dieser trostlose Anblick für ihn ein Symbol der künftigen Lage Deutschlands.

Seit Moltke Anfang 1942 zusammen mit Bonhoeffer nach Oslo gefahren war³⁵⁹, hatte er mehrere Male auch den dortigen Stab des Militärbefehlshabers besucht.

³⁵⁵ Ebenda; vielleicht könnte damit Falkenhausens neue Methode gemeint sein (s. Anm. 341); es kann sich auch auf die generelle Haltung gegenüber der Zivilbevölkerung beziehen.

³⁵⁶ „... ich wollte, daß die beiden gemeinschaftlich etwas täten.“ (Ebenda.)

³⁵⁷ „Leider ist der Mann so weich, daß er umfallen wird, wenn ihn morgen ein anderer attackiert. Aber vielleicht hat meine Spritze doch etwas genutzt. – Im übrigen habe ich auch einiges mittelbar erreicht, was sehr befriedigend und nützlich war.“ (Brief Moltkes, 12. 9.1943.) Die Bedeutung der letzten Bemerkung ist nicht klar.

³⁵⁸ „Aber das, was ich dem General von Wühlisch versetzen mußte, das hat er massiv bekommen.“ (Ebenda.)

³⁵⁹ Vgl. S. 51.

Unterwegs war er immer in Kopenhagen ausgestiegen, um mit den Sachbearbeitern der militärischen Dienststellen in Dänemark anliegende Probleme zu besprechen. Während dort die Frage der Geiselerchießungen fast nur theoretisch Bedeutung hatte, führte die Judenrazzia³⁶⁰ zu großen Spannungen zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung³⁶¹. Daher mußte Moltke sich im Oktober 1943 auch mit den dänischen Problemen befassen. Besprochen wurden sie mit dem Chefrichter Kanter³⁶².

So tauchten für Moltke immer neue Schwierigkeiten auf, die den Fortgang seiner geplanten Arbeit über die Geisel-Frage hemmten. Zu ihrer Fertigstellung ist Moltke nicht mehr gekommen, da mit seiner Verhaftung im Januar 1944 seinem Wirken ein Ende gesetzt wurde.

ANHANG

I

Lieber Herr Jänicke,

4. 3. 43.

Vielen Dank für Ihren Brief vom 23. Februar. Den Brief, den Sie an Oxé geschrieben haben, habe ich noch nicht bekommen, weil Oxé noch darüber dokort. Ich will Ihnen aber rasch antworten, ehe der Eindruck Ihres Briefes verwischt.

In Belgien ist die Arbeit im ganzen gut vorangegangen. Wir haben dort Material bekommen und zusammengestellt, das eine sehr wertvolle Quelle bedeuten wird. Wir haben weiter die netteste Zusammenarbeit und Hilfe in Belgien gefunden, Verständnis für das, was wir wollen und eine vernünftige Handhabung. Wir haben auch im einzelnen wohl manches für die dortige Verwaltung Nützlich erreicht oder vielmehr sie auf gewisse Zusammenhänge aufmerksam gemacht, die ihnen entgangen waren. Haeften sitzt jetzt an dem Bericht, der hoffentlich im Laufe der nächsten Woche fertig wird. – In Frankreich und Holland sind wir nicht vorangekommen, dort ist alles in den Ansätzen stecken geblieben. Das lag an den besonderen Verhältnissen, die Ihnen zu schildern, augenblicklich zu weit führen würde.

Von Verdross ist uns ein Oberleutnant angedient worden, der sein Schüler ist und der einen guten Eindruck macht. Sollte also Haeften weggehen, so würden wir einen geeigneten Nachfolger haben, sollte er bleiben, so würden wir hoffen, diesen Mann, dessen Kommandierung wir ab 1. 4. beantragt haben, an die Stelle von Reichel setzen zu können. Ich bin erleichtert, daß es nicht mehr so hoffnungslos aussieht wie am Anfang.

Ich habe, seit Sie weg sind, in der Tat außerordentlich viel zu tun, denn praktisch mache ich Ihr ganzes Referat noch mit. Die beiden großen Sonderarbeiten über die norwegischen Schiffe und über die Geisel-Angelegenheiten machen ja Dr. Bloch und

³⁶⁰ Vgl. S. 51.

³⁶¹ „Die Stimmung in der Stadt hatte sich sichtlich verschärft. Ich habe noch in keinem besetzten Gebiet so haßerfüllte, auf deutsche Uniformierte gerichtete Blicke gesehen. Die Leute sind ganz einfach außer sich.“ (Brief Moltkes, 9. 10. 1943.)

³⁶² „Wir [Oxé und Moltke] fuhren gleich zurück und gingen von der Bahn zu Ministerialdirektor Sack, dem Chef des Heeresrechtswesens, wo mein Reichskriegsgerichtsrat Kanter aus Kopenhagen auf mich wartete. Mit ihm und Sack besprachen wir dann die dänischen Angelegenheiten, die sich immer mehr zuspitzen. Wir kamen auch zu einem Programm, an dem sich weiterarbeiten läßt.“ (Brief Moltkes, 24. 10. 1943.)

Haefsten. Ich kümmere mich nur ganz wenig darum, immerhin macht auch das etwas Arbeit und Ende nächster Woche will ich auf 14 Tage nach Oslo und Stockholm fahren, um diese Sache zu fördern oder vielmehr zum Abschluß zu bringen. Aber die laufende Arbeit ist so stark, daß sie mich vollkommen eindeckt. In der laufenden Arbeit ist meine Haupthilfe im Augenblick Wengler, mit dem ich alles bespreche, was der Nachprüfung bedarf. Ich kann nur fertig werden, wenn ich alles, was der Tag bringt, am Tage auch erledige, und die ganze Arbeit der wissenschaftlichen Grundierung Wengler überlasse. Er macht das auch gut und schnell, was für mich eine große Erleichterung ist. In der Zeit, in der ich weg war, hat er täglich mit Oxé alle Sachen besprochen und dadurch sind ernsthafte Fehler nicht vorgekommen. Reichel sammelt merkwürdige Papiere und fährt Ende nächster Woche zu einer Donaukonferenz nach Wien. – Pfuehl ist auf Urlaub in den Tiroler Bergen.

Ich hoffe, daß das Sie über den Stand unserer gemeinschaftlichen Arbeit unterrichten wird. Wie stehen eigentlich die Aussichten, Sie noch einmal zu einer Küstenbatterie zu versetzen? Ich nehme an, daß Sie mich über alle diese Ihr persönliche Schicksal betreffenden Fragen unterrichten, soweit ich mit Nutzen etwas darin tun kann. Ich werde jedenfalls mein Möglichstes versuchen.

Auf Wiedersehen, alle guten Wünsche begleiten Sie.

Stets Ihr
wg. Helmuth Moltke

II

BERLIN W 35

Viktoriastr. 53

20. 4. 45

Telephon 222771

Lieber Herr Jaenicke,

ich habe mein Möglichstes getan, für Sie eine Verwendung zu finden, die unseren Wünschen entspricht. Leider vergeblich. Kressner hat mir heute mitgeteilt, daß bei Ihrer Beurteilung eine Kommandierung zur Küsten-Artillerie völlig aussichtslos sei, vielmehr würden Sie in den nächsten Tagen zur Frontdivision versetzt. Es tut mir sehr leid, denn wir hätten wirklich ein großes Interesse daran gehabt, Sie in greifbarer Nähe zu behalten, aber das ist nach dieser Aussicht schlechthin aussichtslos.

Von uns ist nicht viel Neues zu berichten. Das Bloch'sche Gutachten in der Angelegenheit der Norwegischen Schiffe ist fertig und ist heute rausgegangen. Es war eine Mordsarbeit, ist auch recht nett geworden und wird hoffentlich etwas nutzen. Ich habe jedenfalls den Eindruck, daß es Bloch gefreut hat und bin nun sehr gespannt, wie die Reaktion bei den anderen Dienststellen sein wird.

Die Geisel-Untersuchungen gehen jetzt weiter. Ich hoffe, daß wir im Laufe des nächsten Monats mit Holland anfangen können. Auch das ist eine große und recht komplizierte Arbeit geworden. Der zivile Rechtsverkehr mit Frankreich hat mich heute wieder furchtbar geärgert, weil es so mühsam ist, sich da hineinzufinden. Die Kombattantensache wird morgen mit Waltzog abschließend gehandelt und zu einem großen Vorstoß in der Interniertenfrage gegen das Auswärtige Amt habe ich glücklich eine Zustimmung aller militärischen Stellen erhalten. Es ist aber rasend viel zu tun und ich habe 14 Tage wirklich sehr tüchtig arbeiten müssen, um wieder mit allem ins reine zu kommen.

Die Hauptneugierigkeit in unserer Gruppe ist, daß ein Teil der Gruppe in das Ausweichquartier verlegt worden ist, und von uns ist Pfuell mitgegangen. Bei denen, die draußen sind, ist allgemeines Heulen und Zähneklappern, sie finden es gräßlich. Für

den Dienstbetrieb ist es insofern sehr störend, weil es einfach bedeutet, daß wir alles machen müssen und dann den Leuten draußen Abschriften geben. Die beschäftigen sich dann damit, diese Abschriften zu lesen. Nach 20 Minuten sind sie fertig und dann öden sie sich gegenseitig an. Ich bin gespannt, wie lange das gut geht.

Mir geht es sonst gut, etwas besonderes Neues gibt es nicht zu berichten.

Mit allen guten Wünschen für Sie, kommen Sie heil und recht bald wieder, bin ich stets Ihr
w.g. Helmuth Moltke

III

BERLIN W 35

Viktoriastr. 33

15. 1. 44

Telephon 222771

Lieber Herr Jaenicke,

Vielen Dank für Ihren Brief vom ersten Advent, der uns alle hier interessiert und erfreut hat. Wir waren natürlich froh zu hören, daß es Ihnen so gut geht und wir hoffen, daß das auch weiter der Fall sein möge. Jedenfalls alle guten Wünsche für Sie für das Jahr 44.

Von uns ist vor allem zu berichten, daß unser Dienstgebäude bei dem Luftangriff vom 22. zum 23. November vollkommen abgebrannt ist, mit dem Dienstgebäude unsere sämtlichen Akten, die wir noch in Berlin hatten und vor allem die alten Duplikate unserer Entwürfe und KTB-Notizen. Das ist für uns ein großer und nicht ersetzbarer Verlust. Es ist mir völlig unverständlich, wie es möglich war, daß das OKW durch Brand zerstört wurde. Gegen eine Sprengbombe kann man natürlich nichts machen, aber Brandbomben müßten sich eigentlich in einem solchen Dienstgebäude erfolgreich bekämpfen lassen, da ja Wasser vor dem Hause ist und deswegen der Ausfall der Wasserleitung auch nichts macht. – Meine Wohnung ist in derselben Nacht wegen des Ausfalls der Wasserleitung verbrannt. Nach Löschung der Brandbombe ist das Haus durch Funkenflug, der nicht gelöscht werden konnte, in Brand geraten. Von unserer Gruppe ist sonst niemand total geschädigt, und bei mir ist es natürlich auch nicht so schlimm, da ich ja schließlich meine Hauptwohnung in Schlesien habe. In Fräulein Thiels Gegend ist es sehr übel gewesen, das Haus hat erhebliche Dach- und Fensterschäden aber immerhin ist sie und der wesentliche Teil ihrer Wohnung ganz geblieben. Frau Mrakawa's Wohnung ist stark mitgenommen, sie hat jedoch den größeren Teil ihrer Sachen retten können.

Die Arbeit hat im Laufe des ganzen letzten Jahres und auch in letzter Zeit weiter zugenommen. Je schlechter die Kriegslage ist, um so mehr erinnern sich alle möglichen Leute daran, daß man von uns vielleicht einen Rat gebrauchen könnte. Sie würden staunen, wer uns jetzt plötzlich vorher fragt. Mit WR stehen wir natürlich eng, Waltzog kommt 2 bis 3 Mal die Woche zu uns, und es geht von ihm kein wesentliches Schreiben heraus, ohne daß wir es vorher gesehen hätten. Der WFSt hat es sich inzwischen geradezu zur Gewohnheit gemacht, uns die merkwürdigsten Sachen vor Erlaß der Befehle zur Stellungnahme zu geben. Dieser Zustand ändert im Großen leider nichts mehr, dazu ist es zu spät, aber im Kleinen können wir doch immer noch manches machen und manches verhüten. Jedenfalls ist es so, daß wir heute Schmitz und Sie viel nötiger gebrauchen würden als je zuvor.

Die Beziehungen zum Institut haben wir auf unsere eigene Art bereinigt. Stauffenberg hat als Leiter der Kriegsrechtsabteilung eine Art Kollegium, bestehend aus Friede, Bloch, Wengler, Mosler und Frau Dr. Auburtin, zusammenberufen, mit denen

ich jetzt immer die wesentlichen größeren und etwas mehr Zeit raubenden Sachen regelmäßig bespreche. Wir verzichten dabei auf formelle Gutachten des Instituts und begnügen uns mit Gutachten der Referenten. Das funktioniert ganz gut, und wir sind dabei bisher alle auf unsere Kosten gekommen. Die Bücher des Instituts sind jetzt evakuiert worden, d. h. die letzten Transporte rollen. – Gegen Wengler, mit dem es sich ganz hervorragend arbeiten läßt, ist von seinen Feinden im Privatrechtsinstitut in Zusammenarbeit mit Herrn Kier und dem Sekretär der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine üble und völlig blödsinnige Denunziation erfolgt, die zu seiner vorläufigen Suspendierung geführt hat. Die Aufklärung dieses Unfugs ist deswegen so schwierig, weil der Hauptbeteiligte an der Ostfront steht und wir ihn vorläufig noch nicht wieder hier haben. Es wird aber mit aller Energie an der Sache gearbeitet, und ich hoffe sehr, daß wir in 1 bis 2 Monaten Wengler wieder haben. Vorläufig wird er hier von Friede vertreten.

Das Leben hier ist seit den Angriffen vom Ende November in mancher Beziehung einfacher, in mancher viel komplizierter geworden. Der Großteil der militärischen Dienststellen ist jetzt evakuiert. Von uns befinden sich noch hier: Haus und ich, und Oxé ist meist hier. Der Vorteil der Evakuierung liegt für uns oder sagen wir für mich persönlich, darin, daß ich den Zivilministerien, insbesondere dem Auswärtigen Amt gegenüber eine viel selbständigere Stellung habe, da ja die anderen einfach nicht erreichbar sind. So gibt es eben viele Dinge gerade aus dem Kriegsgefangenenrecht, die wir ganz allein mit dem Auswärtigen Amt klarieren, weil andere Beteiligte nicht da sind. Der zweite Vorteil liegt darin, daß wir über so gute Nachrichtenverbindungen verfügen wie noch nie seit Kriegsbeginn. Wir haben durchgesetzt, daß wir hier in Dahlem, wo wir jetzt sitzen, eine Stabsleitung bekommen haben, so daß wir alle Einheiten bis zu den Armeeoberkommandos herunter, alle Militär-Befehlshaber und auch alle Haus- und Postanschlüsse in unglaublich kurzer Zeit bekommen. Wir sind also mit der Welt besser verbunden als je zuvor. Wir kämpfen nun noch um eine direkte Leitung zum Auswärtigen Amt, die es uns auch ermöglichen würde, alle Auslandsgespräche unmittelbar zu bekommen. Außerdem haben wir einen eigenen Fernschreiber hier, den wir nur mit einer ganz kleinen Marinedienststelle zu teilen haben. Die Schwierigkeiten der Evakuierung liegen für uns vor allem darin, daß wir Unterschriften, wenn wir sie notwendig brauchen, sehr schlecht bekommen. Unsere Chefs drängen sich in keiner Weise nach Berlin, und so müssen wir ein oder zweimal die Woche raus fahren, und das nimmt immer sehr viel Zeit.

Mit allen guten Wünschen für Sie und vielen herzlichen Grüßen stets

Ihr

Helmuth Moltke

In Handschrift:

Ich schreibe in nächster Zeit wieder ein Mal. Ich mußte hier aufhören, weil eine Bespr. [? unleserlich] dazwischen kam.

RUDOLF MORSEY

DIE ROLLE KONRAD ADENAUERS IM PARLAMENTARISCHEN RAT

Zwanzig Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland ist deren un-mittelbare „Vorgeschichte“ noch kaum erforscht¹. 1967 hat Alfred Grosser, offensichtlich etwas verwundert, registriert, daß die Periode von 1945–1949 deutsche Historiker und Politologen als Forschungsprojekt „wenig zu reizen“ scheine². Bisher haben sich in der Hauptsache amerikanische bzw. deutsch-amerikanische Autoren (H. Zink, 1957; J. F. Golay, 1958; F. R. Willis, 1962; P. M. Merkl, 1963; J. Gimbel, 1969) mit der Entwicklung vom Auseinanderfallen der Viermächte-Verwaltung über die allmähliche Übergabe politischer und wirtschaftlicher Kompetenzen an (zentrale) deutsche Verwaltungsinstanzen bis hin zur Entscheidung über den Aufbau einer eigenen westdeutschen Staatlichkeit und der daraufhin erfolgten Einberufung des Parlamentarischen Rats beschäftigt³.

Ähnlich unzureichend wie die Geschichte der ersten Nachkriegsepoche ist die des Parlamentarischen Rats untersucht⁴. Die gleiche „Minusbilanz“ ist schließlich auch

¹ Es handelt sich um die stark überarbeitete Fassung eines Referats, das am 16. Juni 1969 im Rahmen der ersten, von Prof. Dr. Hans Buchheim (Mainz) geleiteten Arbeitstagung der „Stiftung Konrad Adenauer-Haus“ in Rhöndorf gehalten worden ist (vgl. Friedrich Karl Fromme, Wie das Grundgesetz wirklich zustande kam, in: FAZ vom 24. Juni 1969, S. 2). – Für ergänzende Hinweise und Korrekturen ist der Verf. den anwesenden ehem. Mitgliedern des Parlamentarischen Rats – Staatssekretär a. D. Dr. Paul Binder, Staatssekretär Hubert Hermans, Vizepräsident des Berliner Abgeordnetenhauses Dr. Hans Reif, Bundesminister Dr. Carlo Schmid MdB und Staatssekretär a. D. Dr. Walter Strauß – dankbar, ebenso und in besonderem Maße Herrn Ministerialdirektor a. D. Hans Trossmann (Bonn), dem ehem. Sekretär des Parlamentarischen Rats und langjährigen Direktor beim Deutschen Bundestag (1949 bis 1969).

² Die Bundesrepublik Deutschland (Veröffentlichung des Theodor Heuss Archivs), Tübingen 1967, S. 90.

³ Vgl. neuerdings Siegmund Rothstein, Gab es eine Alternative? Zur Vorgeschichte der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Nr. 20 vom 17. Mai 1969, S. 1–62. Der Verf. erwähnt nicht, daß dieser Studie seine Freiburger jur. Diss. von 1968 „Die Londoner Sechsmächtekonferenz 1948 und ihre Bedeutung für die Gründung der Bundesrepublik Deutschland“ zugrunde liegt.

⁴ Die früheste Darstellung „Die Arbeit des Parlamentarischen Rats“ stammt von dem CDU-Abg. Walter Strauß, der an der Entstehung des Grundgesetzes maßgeblich beteiligt war. Er hat seinen bereits 1950 publizierten Aufsatz (in: Polit. Jahrb. der CDU/CSU, 1. Jg., Frankfurt a. M., S. 157–173) 1966 erneut veröffentlicht, ohne Hinweis auf den früheren Druck (in: Neue Perspektiven aus Wirtschaft und Recht, Festschrift für Hans Schäffer zum 80. Geburtstag, Berlin 1966, S. 343–365). Es folgte die materialreiche, ungedruckt gebliebene Kölner jur. Diss. von Herbert Demmler, Die Entstehungsgeschichte des Bonner Grundgesetzes (1951). Erwähnung verdient der illustrierte Katalog einer Ausstellung, die das Bundesarchiv im Oktober 1969 im Bonner Bundeshaus veranstaltet hat: Das Werden der Bundesrepublik, Boppard 1969 (87 Seiten). Vgl. ferner (als Sonderdruck aus dem Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 67/68, 1969): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1969. – Eine Darstellung über den Parlamentarischen Rat ist von Dr. Eberhard Pikart (Stuttgart) zu erwarten, dem ich für manche Hinweise dankbar bin.

für die Adenauer-Forschung kennzeichnend⁵. Ebenso fehlt trotz der Vorarbeiten von H. G. Wieck (1953, 1958), G. Schulz (1955), E. Deuerlein (1957), A. J. Heidenheimer (1960), L. Schwering (1963) und W. Berberich (1965) eine Darstellung über die Geschichte der CDU und CSU nach Abschluß ihrer „Gründerzeit“⁶, also etwa seit Anfang 1946.

Für unser Thema sind aus den gedruckt vorliegenden Quellen – den Stenographischen Berichten über die Plenarsitzungen des Parlamentarischen Rats⁷ und den Verhandlungen seines Hauptausschusses⁸ – und den ungedruckten Protokollen über die Beratungen der übrigen Fachausschüsse⁹ zahlreiche Einzelhinweise zu gewinnen. Das gleiche gilt für die Auswertung der zeitgenössischen Presse. Als wesentlich ergiebiger jedoch erwiesen sich private Niederschriften über einzelne Sitzungen des Ältestenrats, der CDU/CSU-Fraktion und der interfraktionellen Ausschüsse (Fünfer- und Siebenerausschuß), die erstmals benutzt werden konnten¹⁰. Das gilt ferner für Materialien des Büros der Ministerpräsidenten und Akten des Parlamentarischen Rats, aber auch für die Nachlässe Hermann Brill (Leiter des Büros der Ministerpräsidenten in Wiesbaden) und Hermann Pünder (Oberdirektor der Frankfurter Zweizonenverwaltung), sämtlich im Bundesarchiv. Hinzu kommt der Nachlaß des CSU-Abgeordneten Josef Ferdinand Kleindinst im Stadtarchiv Augsburg¹¹. Wenig ergiebig ist die ohnehin sehr spärlich vorhandene Literatur¹². Adenauer hat im

⁵ Eine von Edgar Alexander, *Adenauer und das neue Deutschland*, Recklinghausen 1956, angekündigte zweibändige Biographie ist nicht erschienen, obwohl ein Teil des Manuskripts bereits gesetzt war.

⁶ So Leo Schwering, *Frühgeschichte der Christlich-Demokratischen Union*, Recklinghausen 1963, S. 184.

⁷ Bonn 1948/49, 273 Seiten, Neudruck Bonn 1969 (künftig zitiert: *Sten. Berichte*).

⁸ Bonn 1948/49, 791 Seiten (künftig zitiert: *Verhandlungen des HA*).

⁹ Den besten Überblick über die amtlichen Quellen zur Entstehung des Grundgesetzes vermittelt das Sammelwerk *Kommentar zum Bonner Grundgesetz*, Hamburg 1950 ff. (in Lieferungen erschienen), S. 75–82. Es wäre der Mühe wert zu untersuchen, inwieweit (Kurz-) Protokolle mancher Ausschüsse – und vielleicht auch die des Hauptausschusses – redigiert worden sind, u. a. deswegen, weil sie auch den Besatzungsmächten zuzugingen. Am 22. September 1948 hatte der Parlamentarische Rat den Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses gebilligt, daß die Beratungen der Ausschüsse „schon aus technischen Gründen“ nicht im Wortlaut protokolliert werden sollten, um die „Unbefangenheit der Meinungsäußerung“ nicht zu behindern. Vgl. die Mitteilungen des Berichterstatters für die Geschäftsordnung, des CDU-Abg. de Chapeaurouge; 5. Sitzung, *Sten. Bericht*, S. 68.

¹⁰ Sie werden im folgenden ohne nähere Besitz- und Fundortangaben als „Privatbesitz“ zitiert. Kopien befinden sich im Besitz des Verfassers. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß über alle Sitzungen der genannten Gremien protokollartige Aufzeichnungen angefertigt wurden.

¹¹ An dieser Stelle möchte ich für die Hilfe bei der Benutzung der Materialien dem Bundesarchiv in Koblenz und dem Stadtarchiv Augsburg danken, ebenfalls Herrn Oberdirektor a. D. Dr. Hermann Pünder (Köln) für die Erlaubnis zur Benutzung seines „Nachlasses“ und Frau Martha Brill (Wiesbaden) für die Genehmigung zur Einsicht in den Nachlaß Hermann Brill. Mein Dank gilt ferner den Mitarbeitern der Bibliothek des Deutschen Bundestags in Bonn, wo sich die ungedruckten Protokolle der Sitzungen der Fachausschüsse des Parlamentarischen Rats befinden.

¹² Die ausführlichste Übersicht bietet immer noch Peter H. Merkl, *Die Entstehung der*

ersten Band seiner Memoiren dem Parlamentarischen Rat ein eigenes Kapitel gewidmet¹³. Dessen größter Teil gilt allerdings, der ganzen Anlage dieses Werks entsprechend, den außenpolitischen Aspekten der Bonner Beratungen, also den Verhandlungen mit den drei Militärgouverneuren. Darüber waren wichtige Details bereits aus den Erinnerungen von Lucius D. Clay¹⁴ und aus der Biographie Adenauers von Paul Weymar¹⁵ bekannt.

Die Erschließung von Materialien der Mitglieder des Parlamentarischen Rats und des Kollegiums der Ministerpräsidenten sowie der ständigen Bonner Beobachter einzelner Länderregierungen hat noch kaum begonnen. Bezeichnenderweise gehörten, mit Ausnahme Adenauers, diejenigen Politiker der Nachkriegszeit, von denen Memoiren vorliegen – etwa F. v. Eckardt, F. Friedensburg, W. Hoegner, W. Kaisen, L. Kather, E. Lemmer, M. L. Lüders, R. Maier, H. Pünder, Th. Steltzer –, nicht dem Parlamentarischen Rat an. Hingegen enthalten autobiographische Aufzeichnungen der „Verfassungsväter“ Ludwig Bergsträsser, Theodor Heuss und Paul Löbe so gut wie gar keine Hinweise auf ihre Bonner Tätigkeit in den Jahren 1948 bis 1949. Umso willkommener waren Auskünfte von einigen ehemaligen Abgeordneten des Parlamentarischen Rats¹⁶. Es würde sich lohnen, mit entsprechenden Befragungsaktionen gezielt fortzufahren. Eine spätere systematische Auswertung der noch zu erschließenden einschlägigen Quellen wird neue Einsichten und Detailkenntnisse vermitteln. Diese Tatsache entbindet indes die zeitgeschichtliche Forschung nicht von der Aufgabe, eine erste, wenn auch noch vorläufige Bilanz über eine inzwischen „historisch“ gewordene Entwicklung vorzulegen.

I. Die Wahl Adenauers zum Präsidenten des Rats

Die Antwort auf die Frage nach den Gründen für die von politischen Beobachtern allgemein erwartete Wahl¹⁷ Konrad Adenauers zum Präsidenten des Parlamentarischen Rats am 1. September 1948 scheint ebenso einfach wie einleuchtend zu sein: Adenauer (Jahrgang 1876) war – mit seinen 72 Jahren nach Adolph Schönfelder

Bundesrepublik Deutschland, dt. Ausgabe Stuttgart 21968 (amerikan. Ausg. 1963). Merkl hat allerdings nicht einmal die gedruckten Quellen (s. Anm. 7 und 8), geschweige denn die nichtgedruckten benutzt. Die ebenfalls ohne Heranziehung von Archivalien gearbeitete phil. Diss. von Werner Sörgel, *Konsensus und Interessen, Eine Studie zur Entstehung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland* (Frankfurter Studien zur Wissenschaft von der Politik, Bd. 5), Stuttgart 1969, ist bereits 1965 entstanden. Diese Untersuchung gilt der Einflußnahme von insgesamt sieben „Interessengruppen“ auf die Mitglieder des Parlamentarischen Rats.

¹³ Erinnerungen 1945–1953, Stuttgart 1965, S. 146–176.

¹⁴ Entscheidung in Deutschland, dt. Ausgabe Frankfurt a.M. 1950.

¹⁵ Konrad Adenauer, Die autorisierte Biographie, München 1955.

¹⁶ S. Anm. 1.

¹⁷ So die NZZ Nr. 1822 vom 2. September 1948. – In den Anmerkungen werden folgende Abkürzungen benutzt: NZ = Die Neue Zeitung (München); NZZ = Neue Zürcher Zeitung; SZ = Süddeutsche Zeitung (München).

(Jahrgang 1875) der zweitälteste Abgeordnete – unter den 65 Delegierten wohl das bekannteste Mitglied jener Weimarer Politikergeneration, deren Angehörige vom nationalsozialistischen Regime aus ihren Ämtern entfernt worden waren¹⁸. Das Durchschnittsalter der Mitglieder des Parlamentarischen Rats lag aus naheliegenden Gründen relativ hoch: Es betrug 55,3 Jahre (CDU/CSU-Fraktion: 55,9; SPD: 53,5; FDP: 58,5; DP: 57; Zentrum: 56 und KPD: 50,7 Jahre).

Adenauer gehörte ferner einer der beiden großen, mit je 27 stimmberechtigten Abgeordneten gleichstarken Fraktionen der CDU/CSU bzw. SPD an¹⁹, aus deren Reihen der Präsident gewählt werden mußte. Angesichts seiner früheren langjährigen Tätigkeit als Oberbürgermeister von Köln (1917–1933) und als Präsident des Preußischen Staatsrats (1921–1933) gab es keinen anderen Abgeordneten mit annähernd vergleichbarer „parlamentarischer“ Erfahrung. Hinzu kam, daß sich Adenauer bereits seit drei Jahren als Berufspolitiker betätigte. Er amtierte seit Februar 1946 als Vorsitzender des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone und seit Oktober 1946 als Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Ferner gehörte er seit Februar 1946 dem Zonenbeirat in Hamburg an²⁰.

Im Spätsommer 1948 besaß Adenauer eine unbestrittene Vorrangstellung innerhalb der CDU in der britischen Zone. Da noch keine überzonale Parteileitung existierte und Jakob Kaiser als politischer Konkurrent bereits ausgeschieden war, konzentrierte sich der parteiinterne Führungseinfluß bei den nordrhein-westfälischen CDU-Verbänden – und das hieß bei Adenauer. Er hatte seit dem Ausgang der ersten freien Wahlen in den Westzonen Anfang 1946 gegenüber der britischen Militärregierung und der deutschen Öffentlichkeit den Führungsanspruch seiner Partei präsentiert und kompromißlos das von Kurt Schumacher für die SPD beanspruchte politische Monopol abgelehnt²¹. Eine vergleichbare Parteiposition wie Adenauer

¹⁸ Zum Thema Adenauer und die Weimarer Republik vgl. neuerdings die wichtige Studie von Hugo Stehkämper, Konrad Adenauer und das Reichskanzleramt während der Weimarer Zeit, in: *Ans kölnischer und rheinischer Geschichte*, Festgabe für Arnold Güttches zum 65. Geb., hrsg. von Hans Blum, Köln 1969, S. 215–254.

¹⁹ Adenauer war übrigens der Auffassung, daß die CDU/CSU bei „größerer Einheitlichkeit“ beider Parteien in den drei Besatzungszonen ein Mandat mehr hätte erringen können. Die fehlende Geschlossenheit habe der SPD zu zwei zusätzlichen Sitzen verholfen. So auf einer Tagung der CDU/CSU-Führungsgremien am 8. Januar 1949, bei der Adenauer eine bedeutsame politische Ansprache hielt, aus der im folgenden noch verschiedentlich zitiert werden kann (nach einer Niederschrift aus Privatbesitz).

²⁰ Für seine Wahl zum Präsidenten nennt Adenauer selbst zwei Gründe: seine frühere Tätigkeit als Präsident des Preußischen Staatsrats und seine Eigenschaft als Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rats (vgl. *Erinnerungen 1945–1953*, S. 152). Die Fraktion war aber erst unmittelbar vor dem Zusammentritt des Rats gebildet worden. – Im „Handbuch des Landtages Nordrhein-Westfalen“, 1. Wahlperiode 1947 (Düsseldorf 1949, S. 255) findet sich unter Adenauers Personalangaben zu seiner kurzen Tätigkeit als Kölner Oberbürgermeister nach dem Kriege der Satz: „Am 6. Oktober 1945 von der britischen Militärregierung wegen Unfähigkeit entlassen.“ Der Zusatz „wegen Unfähigkeit“ fehlt in den späteren parlamentarischen Handbüchern.

²¹ Vgl. Gerhard Schulz, *Die CDU*, in: *Parteien in der Bundesrepublik* (Schriften des Inst.

besaß kein anderes Mitglied des Parlamentarischen Rats, da der Vorsitzende der SPD nicht dem Gremium der „Verfassungsväter“ angehörte.

Die herausragende Stellung Adenauers mußte jedoch eher gegen seine Wahl zum Vorsitzenden des Parlamentarischen Rats sprechen; denn die Mehrzahl der Abgeordneten außerhalb der CDU/CSU-Fraktion dürfte einen weniger profilierten Präsidenten vorgezogen haben. Insofern kam es entscheidend auf die Stimmabgabe der 27 SPD-Abgeordneten an, die Adenauer in den vorausgegangenen zwei Jahren als ihren bedeutendsten politischen Gegenspieler kennengelernt hatten. (Umgekehrt ist es schwer vorstellbar, daß die von Adenauer geführte CDU/CSU-Fraktion etwa für eine Wahl des in der Öffentlichkeit bekanntesten westdeutschen Politikers, Schumacher²², zum Präsidenten der verfassungsgebenden Versammlung gestimmt hätte).

Für das Votum der sozialdemokratischen Abgeordneten zugunsten des CDU-Politikers waren zwei Gründe ausschlaggebend. Zum einen schien das Alter ihres politischen Kontrahenten genügende Sicherheit dafür zu bieten, bei der künftigen Besetzung von Regierungsposten mit Adenauer nicht mehr rechnen zu müssen. Zum anderen galt angesichts des zahlenmäßigen Gleichgewichts mit der CDU/CSU-Fraktion – das allerdings durch das Hinzutreten von drei der insgesamt fünf Berliner Abgeordneten (wenn auch ohne Stimmrecht) zugunsten der SPD verschoben war – und der dem Parlamentarischen Rat übertragenen Aufgabe ein anderes Amt als entschieden erstrebenswerter: der Vorsitz im Hauptausschuß als dem eigentlichen Arbeitsgremium. Für diesen Posten stand ein geeigneter Kandidat in der SPD-Fraktion bereit: der Tübinger Justizminister Karl Schmid. Auf dem „Ehrenplatz“ des Präsidenten glaubten vermutlich nicht wenige Sozialdemokraten, wie es ein ungenanntes Fraktionsmitglied umschrieben hat, den „unbequemen alten Nörgler“ Adenauer auf elegante Weise kaltgestellt zu haben²³. Bei vielen Sozialdemokraten, die den „alten Fuchs“²⁴ zum ersten Male erlebten, bestand die Vorstellung, daß ihm „alles“ zuzutrauen sei.

Die klare Ämterteilung zwischen den beiden großen Fraktionen setzte auf der andern Seite voraus, daß die CDU/CSU-Abgeordneten, die soeben erst Adenauer zum Fraktionsvorsitzenden gewählt hatten, das Amt des Präsidenten für erstrebenswert hielten. Dabei dürfte die Überlegung eine Rolle gespielt haben, mit Adenauer nicht nur einen geeigneten Kandidaten präsentieren, sondern ihn mit dem neuen Amt zugleich von der Detailarbeit am Grundgesetz fernhalten bzw. davon entlasten zu können. Der CDU-Vorsitzende war kein Mann staatsrechtlicher und verfassungsrechtlicher Erörterungen.

für polit. Wissenschaft, Bd. 6), Stuttgart 1955, S. 78; Arnold J. Heidenheimer, *Adenauer and the CDU*, The Hague 1960, S. 148.

²² Über die durch Meinungsumfragen festgestellte unvergleichlich größere Popularität Schumachers gegenüber Adenauer im Jahre 1947 und auch noch im Oktober 1948 vgl. Lewis Edinger, Kurt Schumacher, dt. Ausgabe Köln 1967, S. 271; Arnulf Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie*, München 1969, S. 549, Anm. 3.

²³ Vgl. P. Weymar, *Adenauer*, S. 361.

²⁴ *Der Spiegel* Nr. 36 vom 4. September 1948, S. 4.

Welche dieser Überlegungen in beiden Fraktionen auch immer den Ausschlag gegeben hat: Das Ergebnis kam ungewollt den Intentionen des CDU-Vorsitzenden entgegen. Er setzte sich seinerseits dafür ein, daß einer der nur acht Vertreter der CSU, der bayerische Staatsminister Anton Pfeiffer, zum Vorsitzenden der CDU/CSU-Gesamtfraktion gewählt wurde²⁵. Das bedeutete für die CSU-Parlamentarier insofern ein Äquivalent, als sie im dreiköpfigen Präsidium des Parlamentarischen Rats nicht vertreten waren. Ob zwischen ihrer Zustimmung zur Wahl Adenauers als Präsident und der Wahl Pfeiffers ein Zusammenhang besteht, ist noch offen. Pfeiffer war es, der am 1. September im Plenum namens seiner Fraktion den rheinischen Politiker als einzigen Kandidaten für das Amt des Ratspräsidenten nominierte. Dessen Wahl erfolgte einstimmig, bei Stimmenthaltung der beiden KPD-Vertreter²⁶.

Es liegt nahe, anzunehmen, daß Adenauer seine Wahl von vornherein in Rechnung gestellt hat (und vielleicht mit vorbereitet, falls das überhaupt notwendig gewesen sein sollte). Diese Annahme stützt sich auf das Ergebnis einer Analyse des Verhaltens Adenauers in politischen Gremien während seines parteipolitischen Aufstiegs seit Anfang 1946. Es deckt sich genau mit dem Ergebnis, das die Erforschung der Rheinlandpolitik des Kölner Oberbürgermeisters zwischen 1918 und 1924 zutage gefördert hat²⁷: Adenauer hat konsequent durchgesetzt, in allen politisch relevanten Ausschüssen und Kommissionen, denen er angehörte, jeweils den Vorsitz übertragen zu bekommen und dann auch gegen Widerstände zu behalten. Die Drohung mit dem Rücktritt von einem Amt als legitimes politisches Druckmittel gehörte nicht zu seinem politischen Stil.

Angesichts des Kräfteverhältnisses im Rat und des Gleichgewichts der beiden großen Fraktionen mußte den neun Abgeordneten der FDP, der DP und des Zentrums eine ausschlaggebende Rolle zufallen. Es lag auf der Hand, welche Möglichkeiten sich in dieser Situation einem geschickten Präsidenten von seinem „erhöhten“ Standpunkt aus bieten konnten, um Bundesgenossen zu gewinnen. Nachdem die sozialdemokratischen Parlamentarier das von vornherein erstrebte Nahziel, den Vorsitz im Hauptausschuß, erreicht hatten, stimmten sie geschlossen der Wahl Adenauers zum Präsidenten des Rats zu²⁸. Auf diese Weise förderten sie ungewollt den weiteren politischen Aufstieg ihres Gegenspielers.

²⁵ Zu ihrer ersten Sitzung waren die acht CSU-Abgeordneten vom Generalsekretär der CSU, Franz Josef Strauß, am 26. August von München aus für den 31. August 1948, 10 Uhr, nach Bonn eingeladen worden; Nachl. Kleindinst 146.

²⁶ 1. Sitzung; vgl. Sten. Berichte, S. 2.

²⁷ Dazu vgl. Rudolf Morsey, *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923* (Beitr. zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien, Bd. 32), Düsseldorf 1966, bes. S. 246 ff.; Karl Dietrich Erdmann, *Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg*, Stuttgart 1966, passim.

²⁸ Das Urteil von A. Baring, *Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie*, S. 62: „Als der Parlamentarische Rat zusammengerufen wurde, war seine [Adenauers] Position schon so gefestigt, daß er auf den Präsidentenstuhl gelangte“, läßt das Stimmenverhältnis im Rat ebenso außer Betracht wie die Intentionen der SPD-Fraktion.

II. Adenauers Amtsführung als Präsident

Die feierliche Eröffnung des Parlamentarischen Rats am 1. September 1948 bildete den Auftakt der Arbeit am Grundgesetz. Vorher hatte ein inoffizieller Vorschlag des CDU-Vorsitzenden, mit Ausschlußberatungen ohne vorangegangene öffentliche Generaldebatte zu beginnen²⁹, keine Mehrheit gefunden³⁰. Unmittelbar nach seiner ohne Aussprache erfolgten Wahl zum Präsidenten forderte Adenauer in seiner einleitenden Rede die Abgeordneten auf, rasch an die „praktische Arbeit“ zu gehen³¹. Er versicherte, sein Amt „völlig unparteiisch und objektiv“ führen zu wollen. In seinem Dank an den Alterspräsidenten und neu gewählten ersten Vizepräsidenten Schönfelder lobte er dessen „jugendliche Frische und Stärke“ bei der Eröffnung der Sitzung. Zum Verständnis dieser von hintergründiger Ironie nicht freien Belobigung muß man wissen, daß Adenauer selbst nur wenige Monate jünger war als der SPD-Abgeordnete Schönfelder, der zudem unmittelbar vorher gegenüber gezielten Störaktionen des KPD-Abg. Reimann alles andere als Stärke gezeigt hatte³². Dem „Altmeister parlamentarischer Taktik“ hingegen gelang es sofort, das KPD-„Störungsfeuer“ zu stoppen³³. Mit der ihm eigenen politischen Direktheit unterstrich der neue Präsident sogleich die doppelte Freiheit des Parlaments: gegenüber den Besatzungsmächten wie gegenüber den Länderchefs. Die von dem Gremium der Ministerpräsidenten geleisteten Vorarbeiten erwähnte Adenauer nur mit einem Satz, um unverbindlich hinzuzufügen, daß diese Arbeiten „uns sicher bei der Erfüllung unserer Aufgabe sehr wertvoll sein werden“.

In dieser Formulierung wird bereits eine dezidierte politische Distanzierung von den Länderchefs deutlich. Sie wurden von diesem Tage an aus ihrer bisherigen privilegierten Stellung als „Trehänder der deutschen Politik“³⁴ hinausgedrängt. In der vierten und letzten Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 22. September 1948 – der einzigen übrigen, an der er teilgenommen hat – setzte Adenauer zusammen mit SPD-Vertretern und gegen die Stimmen der CDU/CSU-Abgeordneten durch³⁵, daß in die Geschäftsordnung keine Bestimmung über die Regelung des Verhältnisses des Parlamentarischen Rats zu den Ländern aufgenommen wurde. Da es sich bei dieser Materie nicht um eine Frage materieller Art handelte,

²⁹ Vgl. Willy Brandt und Richard Löwenthal, Ernst Reuter, München 1957, S. 480. Dieser Vorschlag Adenauers ist sonst nirgendwo erwähnt.

³⁰ Daß hinter diesem Vorschlag keineswegs, wie Reuter kommentierte, „Mangel an politischer Phantasie“ gestanden hat (vgl. ebd.), dürfte klar sein. Reuters Beurteilung ist charakteristisch für eine verbreitete Unterschätzung Adenauers.

³¹ Sten. Berichte, S. 4.

³² Vgl. ebd., S. 2 ff., sowie Presseberichte, etwa Der Spiegel Nr. 36 vom 4. September 1948, S. 3.

³³ Der Spiegel, ebd.

³⁴ So Thilo Vogelsang, Das geteilte Deutschland (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, Bd. 11), München 1966, S. 97.

³⁵ Nach einem Bericht des Leiters der Außenstelle des Büros der Ministerpräsidenten in Bad Godesberg, Leisewitz, vom 22. September 1948; Bundesarchiv Z 12/118.

sollte ihre Klärung dem Hauptausschuß überlassen werden³⁶. Dazu ist es jedoch in der Folge nicht gekommen. So blieb die Frage einer Beteiligung der Länder an den Verfassungsberatungen ungeklärt und die Zuziehung von Vertretern der Länderregierungen und Experten einzelner Ressorts in das Ermessen des Ratspräsidenten gestellt.

In seiner fünften Sitzung am 22. September billigte das Plenum die vom Ausschuß erarbeitete Geschäftsordnung. Deren Entwurf war der Geschäftsordnung des Frankfurter Wirtschaftsrats „nachgebildet“ worden³⁷. In den vorausgegangenen Plenarsitzungen hatte man sich dahingehend verständigt, die Geschäftsordnung des alten Reichstags „vorläufig sinngemäß“ anzuwenden³⁸. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die im Verlauf der Arbeiten des Geschäftsordnungsausschusses „nach verschiedenen Richtungen“ hin „weiter geklärte“ Stellung des Präsidenten – der „gewisse Entscheidungen“ möglichst im Einvernehmen mit den beiden Vizepräsidenten treffen sollte³⁹ – eine auf die Persönlichkeit Adenauers zugeschnittene Einengung präsidialer Befugnisse bedeutete.

Eine Analyse der Stenographischen Berichte der Plenarsitzungen läßt nur einen kleinen Ausschnitt aus der Tätigkeit und dem Einfluß Adenauers als Präsident sichtbar werden; denn der Parlamentarische Rat hat sich mit zwölf Plenarsitzungen begnügt. Davon wiederum hat Adenauer nur in acht den Vorsitz geführt, nämlich in der 1., 4. und 5. sowie in der 8. bis 12. Sitzung. Die vier Sitzungen, bei denen er „entschuldigt“ fehlte (am 8. und 9. September sowie am 20. und 21. Oktober 1948), wurden von Vizepräsident Schönfelder geleitet. Nach der Geschäftsordnung hatte der Präsident beratende Stimme in allen Ausschüssen (§ 6) und den Vorsitz im Ältestenrat (§ 14); von den Vorsitzenden der Fachausschüsse mußte er laufend über den Stand der jeweiligen Beratungen unterrichtet werden (§ 22).

Adenauer war in jeder Weise seinem Amt gewachsen. Er besaß von Anfang an persönliche Autorität, rasches Reaktionsvermögen und unbeirrbare Sicherheit im Auftreten wie in der Art, in der er die Geschäftsführung handhabte, zunächst auch ohne die Grundlage einer Geschäftsordnung, an deren Ausarbeitung er sich nicht sonderlich beteiligt hatte⁴⁰. Auch in langen Nachtsitzungen, stürmischen Debatten

³⁶ Vgl. Protokolle des Geschäftsordnungsausschusses (ungedruckt), 4. Sitzung, S. 3.

³⁷ So der Berichterstatter, Abg. de Chapeaurouge (CDU), am 22. September 1949. Vgl. Sten. Berichte, S. 68.

³⁸ Vgl. Josef Ferdinand Kleindinst, Der Parlamentarische Rat, o. J., S. 107. Es handelt sich um ein umfangreiches hinterlassenes Manuskript des CSU-Abgeordneten des Parlamentarischen Rats, das mir Herr Dr. Eberhard Pikart (Stuttgart) zugänglich machte.

³⁹ So der Abg. de Chapeaurouge (s. Anm. 37), S. 67.

⁴⁰ Bereits am 26. März 1946 hatte Adenauer im Hamburger Zonenbeirat erklärt, eine Geschäftsordnungsdebatte sei eine „langweilige Angelegenheit“, müsse aber „gemacht“ werden. Vgl. Verhandlungen des Zonenbeirats (ungedruckt), S. 14. Am 28. April 1948 hatte Adenauer im Landtag von Nordrhein-Westfalen ausgeführt: „Geschäftsordnungsdebatten sind bei einem jungen Parlament oft sehr lehrreich und vor allen Dingen sehr wirkungsreich für die Zukunft.“ Vgl. Landtag Nordrhein-Westfalen, 1. Wahlperiode, 28. Sitzung, Sten. Berichte, S. 342.

und komplizierten Einzelabstimmungen über Verfassungsparagraphen kam er nicht aus dem Konzept. Die Verhandlungsführung des Präsidenten war bei aller Straffheit bemerkenswert elastisch. Seine zahlreichen kurzen Zwischenbemerkungen waren häufig von einer Portion „kölschen“ Humors begleitet. Adenauer blieb mit Erfolg darauf bedacht, die planmäßigen Verzögerungs- und Störaktionen der beiden KPD-Vertreter in Grenzen zu halten.

Andrerseits aber hat gerade der Essener KPD-Abg. Heinz Renner durch seine pausenlosen Zwischenrufe und Anträge – in bezug auf die Zahl der Wortmeldungen und Anträge allerdings noch durch den niedersächsischen DP-Abg. Hans-Christoph Seebohm übertroffen – die unentbehrliche und dem Präsidenten höchst erwünschte parlamentarische Würze geliefert⁴¹. In der Replik auf die Einwürfe Renners, die der CDU-Vorsitzende aus der gemeinsamen Abgeordnetentätigkeit im Landtag von Nordrhein-Westfalen nur zu gut kannte, sind Adenauer beachtliche rhetorische Entgegnungen gelungen. Er selbst hat bei passender Gelegenheit am 15. September 1948 die Abgeordneten ermuntert, wenn schon, dann „gute“ Zwischenrufe zu machen⁴².

Wie wenig ernst im übrigen Adenauer die beiden KPD-Vertreter nahm, geht daraus hervor, daß er am Tage nach der Übernahme des Präsidentenamts „unsere Kommunisten“ im Vergleich zu denen des Jahres 1918 als „Gentlemen“ apostrophierte⁴³. Die wiederholt gebrauchte Wendung Renners „Wir kennen uns zu gut“⁴⁴ kennzeichnet das Verhältnis der beiden Kontrahenten oder – vielleicht noch besser – die Antwort des KPD-Abgeordneten auf einen Einwand Adenauers („Herr Renner, das glauben Sie alles selbst nicht, was Sie sagen“): „Das glaube ich alles, was ich sage, weil ich Sie seit Jahrzehnten so gut kenne, wie ich mich kenne. [...] Sie sind Dr. Konrad Adenauer, die deutsche und internationale Reaktion, und das genügt Ihnen.“⁴⁵ Bei der Verabschiedung des Grundgesetzes am 8. Mai 1949 nahm Adenauer ungerührt den zweifellos nicht nur aus momentaner Verärgerung erhobenen Vorwurf Renners zur Kenntnis: „Wenn man mit Ihnen unter vier Augen verhandelt, tut man gut, sich mindestens zwei Zeugen zu sichern.“⁴⁶ Zwei Tage vorher hatte der Präsident dem KPD-Abg. Reimann das Wort entzogen, weil der Parlamentarische Rat nicht gesonnen sei, sich „terrorisieren zu lassen“⁴⁷.

⁴¹ Auf einer CDU-Kundgebung am 12. Mai 1946 in Düsseldorf hatte Adenauer erklärt: „Ich habe gern so einen Zwischenruf, das regt uns alle an.“ Vgl. den Wortlaut der Rede in: Schriftenreihe der CDU des Rheinlandes, H. 10, Bergisch-Gladbach o. J., S. 3.

⁴² In der 4. Sitzung des Parlamentarischen Rats; vgl. Sten. Berichte, S. 62.

⁴³ In einem Interview mit der AP-Presseagentur.

⁴⁴ 10. Sitzung vom 8. Mai 1949; vgl. Sten. Berichte, S. 220; 9. Sitzung des Hauptausschusses vom 25. November 1948; vgl. Verhandlungen des HA, S. 111.

⁴⁵ 31. Sitzung des Hauptausschusses vom 7. Januar 1949; vgl. Verhandlungen des HA, S. 386. Am 27. Januar 1949 hieß es in einem Bericht von Jan Molitor (Die Zeit Nr. 4): „Renner, das enfant terrible des Bonner Parlaments, nennt Adenauer den ‚alten Fuchs‘, er bekämpft ihn, aber er liebt ihn auch.“

⁴⁶ 10. Sitzung; vgl. Sten. Berichte, S. 220.

⁴⁷ 9. Sitzung; vgl. ebd., S. 170.

Von dem parlamentarischen Strafmittel des Ordnungsrufs machte Adenauer sehr sparsam Gebrauch. Er beherrschte die für einen Verhandlungsleiter wichtige Fähigkeit, unliebsame Wortmeldungen geflissentlich zu übersehen oder unpassende Zwischenrufe zu überhören. Auf einen Hinweis des bärtigen CDU-Abg. Theophil Kaufmann am 8. Mai 1949, daß seine wiederholte Wortmeldung dreimal übersehen worden sei, erfolgte die trockene Replik: „Tut mir leid, Herr Kaufmann, ich habe es nicht gesehen. Herr und Frau Schriftführer haben es auch nicht gesehen. Offenbar hat Frau Weber Ihr Zuwinken anders aufgefaßt.“⁴⁸ Als zwei Tage später der DP-Abg. Seeböhm einen ihn berührenden Zwischenruf seines SPD-Kollegen Georg Diederichs vom Präsidenten nicht gerügt sah, erklärte Adenauer kategorisch: „Ich habe die Bemerkung nicht gehört, weil ich sie bei der Unruhe im Hause nicht hören konnte.“ Seeböhm war mit dieser Antwort zufriedengestellt, konnte es sich aber nicht verkneifen, dem Abg. Diederichs zuzurufen, daß er auf diese Weise um einen Ordnungsruf „herumgekommen“ sei.⁴⁹

Bekannter ist eine andere Szene: Als der FDP-Abg. Theodor Heuss am 8. Mai 1949 in seinem schwäbischen Zorn den KPD-Zwischenrufer Renner mit der wenig parlamentarischen Wendung zu stoppen suchte: „Renner, halten Sie mal eine Zeit Ihr Maul und seien Sie ruhig!“, da rettete Adenauer unter erneuter großer Heiterkeit des Hauses diese für einen Ordnungsruf reife Situation mit der spitzbübisch-trockenen Bemerkung: „Herr Heuss, ich nehme an, Herr Renner hat Ihnen das nicht übelgenommen.“ Als der Redner sofort replizierte: „Er hat sich darüber gefreut“, und Renner seinerseits diese Beurteilung unverzüglich bestätigte („Das wollte ich sogar hören“)⁵⁰, war die Angelegenheit erledigt. Es handelte sich dabei übrigens um einen der seltenen Fälle, in denen Adenauer – hier allerdings wegen der großen Heiterkeit des Hauses – zur Glocke des Präsidenten⁵¹ greifen mußte. Dieser kleine Zwischenfall ist sowohl von Adenauer als auch von Heuss der Überlieferung für wert befunden worden.⁵²

Wichtiger als die mehr geschäftsordnungsmäßig-repräsentative Seite seines Präsidentenamts waren für Adenauer von Anfang an die darin liegenden eminent politischen Möglichkeiten, die er voll ausschöpfte. Ihm oblag der „Geschäftsverkehr“ des Parlamentarischen Rats mit deutschen oder anderen Dienststellen (§ 11 der Geschäftsordnung), also vor allem der unmittelbare Kontakt zu den drei Militärgouverneuren bzw. ihren Vertretern und Verbindungsoffizieren. Auf diese Weise konnten die Ministerpräsidenten außer von der Mitarbeit am Verfassungswerk auch vom Zugang zum „Machthaber“ ferngehalten werden. Eine Anfrage des hessi-

⁴⁸ 10. Sitzung; vgl. ebd., S. 229. Kaufmann, ein geschickter Verhandlungsleiter, war im übrigen einer der nicht sehr zahlreichen Fraktionskollegen, die Adenauer besonders schätzte.

⁴⁹ 11. Sitzung; vgl. ebd., S. 262.

⁵⁰ 10. Sitzung; vgl. ebd., S. 208.

⁵¹ Der Spiegel Nr. 22 vom 26. Mai 1949 identifizierte diese Glocke als „CDU-Kreisparteitagsklingel“.

⁵² K. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 154. Der Bericht von Heuss ist wiedergegeben bei P. Weymar, *Adenauer*, S. 364f.

schen Ministerpräsidenten Stock vom 3. September 1948 wegen eines Gesprächs wurde von Adenauer ablehnend beschieden⁵³. Es kam auch nicht zu der von den Ministerpräsidenten und den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU- und SPD-Fraktion am 1. Oktober 1948 in Schloß Niederwald vereinbarten Zusammenarbeit zwischen den Länderkabinetten und dem Parlamentarischen Rat⁵⁴.

Die von Fall zu Fall zugezogenen Vertreter der Länder besaßen kein Stimmrecht in den Ausschüssen des Parlamentarischen Rats. Sie erhielten allerdings die Protokolle über deren Beratungen zugestellt⁵⁵, genauso wie die Verbindungsstellen der Besatzungsmächte. Sie waren darüber hinaus durch ständige Vertreter in Bonn – eine Art Neuauflage der früheren innerdeutschen Gesandtschaften – über den Fortgang der Verhandlungen im Bilde. Es kam zu einigen Treffen von Mitgliedern des Parlamentarischen Rats und einigen Ministerpräsidenten, so am 27. Oktober 1948, am 4. Februar 1949, als sich vier Länderchefs (Altmeier, Arnold, Kopf, Stock) mit dem Interfraktionellen Fünferausschuß trafen⁵⁶, am 24. März und am 13. Mai 1949. Am 12. April 1949 wurde in einem größeren Kreis auf Grund einer „vor längerer Zeit“ getroffenen Absprache⁵⁷ eine gemeinsame Stellungnahme zum Besatzungsstatut, einer – wie es Adenauer bei dieser Gelegenheit ausdrückte – Entscheidung von „weltgeschichtlicher Bedeutung“⁵⁸, beraten. Bekannt ist, daß sich Adenauer und der bayerische Ministerpräsident Ehard wiederholt in Bonn begegnet sind⁵⁹. Ehard hat auch an einzelnen Sitzungen der CDU/CSU-Fraktion teilgenommen.

Außer dem Präsidenten des Parlamentarischen Rats haben auch andere Abgeordnete Zugang zum „Machthaber“, den drei Militärgouverneuren, gehabt und genutzt, wenngleich bisher wenig darüber bekanntgeworden ist. Allein Adenauer aber wurde ohne offizielle Bestallung, „auf ganz natürliche Weise“, wie es Theodor

⁵³ Das ergibt sich aus einem Schreiben Stocks vom 14. Dezember 1948 an Adenauer, in dem der hessische Ministerpräsident Vorwürfe des Präsidenten vom 3. Dezember zurückwies, das Büro der Ministerpräsidenten habe den Parlamentarischen Rat „nicht von allen ihm und seine Arbeit betreffenden Erklärungen“ der Militärgouverneure in Kenntnis gesetzt. Bundesarchiv Z 12/21.

⁵⁴ Protokoll der Beratungen im Nachl. Brill 8.

⁵⁵ Laut Beschluß des Geschäftsordnungsausschusses vom 22. September 1948; vgl. Protokolle des Geschäftsordnungsausschusses (ungedruckt), S. 3, sowie die entsprechenden Mitteilungen des Hauptausschußvorsitzenden Abg. Schmid in der 28. Sitzung am 18. Dezember 1948; vgl. Verhandlungen des HA, S. 331.

⁵⁶ Vgl. Die Welt vom 5. Februar 1949, wo allerdings über den Inhalt der Gespräche nichts mitgeteilt wird.

⁵⁷ So Adenauer in dieser Sitzung des Ausschusses für Fragen des Besatzungsstatuts mit dem Präsidium des Parlamentarischen Rats, den Fraktionsführern und den Ministerpräsidenten; zitiert nach den Protokollen dieses Ausschusses (ungedruckt), S. 2f.

⁵⁸ Ebd., S. 3.

⁵⁹ Vgl. Karl Schwend, Aus der Werkstatt des Bundeshauses, in: Unser Bayern, hrsg. von der Bayer. Staatskanzlei, München (1950), S. 12: „Kein Ministerpräsident ist [. . .] so oft in Bonn gewesen wie der bayerische.“ Ebd. findet sich ein Auszug aus einem Schreiben Ehards vom 20. Januar 1949 abgedruckt, in dem er Adenauer gegenüber seine Besorgnis über eine nicht genügend föderalistische Gestaltung des Grundgesetzes zum Ausdruck brachte.

Heuss einmal umschrieben hat, „der Sprecher der werdenden Bundesrepublik gegenüber den westlichen Mächten“⁶⁰. Er war – mit einer noch zu erwähnenden Ausnahme – besser als die meisten anderen Parlamentarier mit den politischen Vorstellungen und damit auch den internen Differenzen der drei Alliierten vertraut⁶¹. Er lehnte es ab, von jedem Treffen mit den Militärgouverneuren dem Hauptausschuß Rechenschaft zu geben, da er solche Besprechungen in seiner Eigenschaft als „einer der führenden westdeutschen Politiker“ führen könne⁶².

Adenauer benutzte den regelmäßigen Kontakt mit den Alliierten, um immer wieder seine Konzeption über die Rolle Westdeutschlands in einer europäischen Föderation zu entwickeln⁶³. Er erkannte rasch, daß sich seine Ansichten am ehesten mit den Vorstellungen des amerikanischen Militärgouverneurs General Clay deckten, dessen entscheidende politische Rolle in der Vorgeschichte der „Weststaatsgründung“ jüngst von John Gimbel herausgearbeitet worden ist⁶⁴. Vorwürfe gegen die Amtsführung des Präsidenten betrafen ausschließlich die Opportunität oder Inopportunität spezifisch politischer Entscheidungen. Das ohne Belege formulierte Urteil von Peter H. Merkl, wonach der Parlamentarische Rat von gut organisierten Parteien beherrscht worden sei, „deren Führer das Spiel auf der parlamentarischen Bühne von dem übergeordneten Standort des Ältestenrates aus dirigierten“⁶⁵, trifft nicht zu.

III. Verhalten in Krisensituationen

Ungeachtet des Bestrebens der beiden großen Fraktionen, das Grundgesetz möglichst rasch und mit einer möglichst breiten Mehrheit zu verabschieden, kam es im Parlamentarischen Rat wiederholt zu schweren Krisen. Von ihnen müssen zwei erwähnt werden, weil in der Art ihrer Beilegung die Taktik Adenauers besonders deutlich erkennbar wird. In beiden Fällen handelte es sich um Konflikte, deren Ursache in dem gespannten Verhältnis des Parlamentarischen Rats zu den Besatzungsmächten lag: in der zweiten Dezemberhälfte 1948 um die „Frankfurter Affäre“ und im April 1949 um das „Nein“ der SPD zu Forderungen der Militärgouverneure nach einer Revision des Grundgesetzentwurfs. In beiden Fällen verschärfte sich die Gegensätze zwischen der CDU/CSU- und der SPD-Fraktion durch eine kontroverse Beurteilung in der Einschätzung des alliierten Verhaltens.

⁶⁰ Vgl. P. Weymar, Adenauer, S. 364.

⁶¹ Vgl. K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 154.

⁶² So in einem Interview mit der dpd-Pressagentur am 23. November 1948 in Berlin.

⁶³ Das geschah auch bei seinem ersten Zusammentreffen als Ratspräsident mit dem französischen Militärgouverneur General Koenig. Vgl. Hans Peter Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik (Politica, Bd. 38), Neuwied 1966, S. 462.

⁶⁴ The American Occupation of Germany, Politics and the Military 1945–1949, Stanford 1969.

⁶⁵ Die Entstehung der Bundesrepublik, S. 104.

In der sogenannten „Frankfurter Affäre“ ging es um Adenauers Rolle als Delegationsführer bei Verhandlungen mit den drei Militärgouverneuren am 16. Dezember 1948. Dem Präsidenten wurde von SPD- und FDP-Vertretern vorgeworfen, er habe sich nicht – wie unter den Mitgliedern der Delegation vorher vereinbart worden sei – auf Fragen nach der Interpretation strittiger Punkte in einem Memorandum der Militärgouverneure vom 22. November beschränkt, sondern versucht, eine Stellungnahme der Alliierten zugunsten der CDU/CSU-Auffassung in der Frage des föderalistischen Aufbaus des Grundgesetzes und der Finanzhoheit herbeizuführen. Auf diese Weise habe er – wie es weiter in einer schriftlichen „Rüge“⁶⁶ der SPD-Fraktion vom 18. Dezember an „Herrn Dr. Konrad Adenauer, Bonn“ hieß – die Gouverneure zu „Schiedsrichtern über Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Parlamentarischen Rats“ machen wollen und sich mehr als Parteipolitiker denn als Sprecher der Gesamtheit verhalten⁶⁷.

Wie hat Adenauer auf diese Anschuldigungen reagiert, die er für unberechtigt und unbegründet hielt? Zunächst gab er am Vormittag des 18. Dezember in einer nichtöffentlichen Sitzung des Hauptausschusses einen ausführlichen Bericht über den Ablauf der Frankfurter Besprechungen⁶⁸. Danach hat er erst während der Sitzung am 16. Dezember auf eine Anregung des Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Pfeiffer, von den Militärgouverneuren eine „exakte Auskunft“ erbeten über „mehrdeutige“ Ausführungen bezüglich der Länderkammer im Memorandum der Alliierten vom 22. November⁶⁹. Von einigen Mitgliedern der Delegation, darunter den Abgeordneten Menzel, Schmid und Höpker-Aschoff, sei ihm zu seiner „Überraschung“ erst am folgenden Morgen mitgeteilt worden, daß er den Eindruck erweckt habe, von den Militärgouverneuren eine „Entscheidung über Differenzpunkte“ zu erhalten. Er habe dieser Auffassung sofort widersprochen

⁶⁶ So der SPD-Abg. Walter Menzel, der am 23. Dezember 1948 in Düsseldorf das Schreiben erläuterte. Vgl. Die Welt vom 24. Dezember 1948; Die Gegenwart 4. Jg., 1. Januar 1949, S. 2.

⁶⁷ Der Brief ist vom Abg. Schmid unterschrieben. Vgl. den Text bei P. Weymar, Adenauer, S. 375. Dazu ferner K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 161 f.; P. Weymar, Adenauer, S. 370 ff.; L. D. Clay, Entscheidung in Deutschland, S. 461; P. H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik, S. 110 f., 152; Albert Wucher (Hrsg.), Wie kam es zur Bundesrepublik? Gespräche mit Männern der ersten Stunde (Herder-Bücherei, Bd. 324), Freiburg i. Br. 1968, S. 135; Hermann Behr, Vom Chaos zum Staat, Frankfurt a. M. 1961, S. 252 (mit Heuss' Kommentar über Adenauers „Eigenmächtigkeit“); Erich Schäfer, Von Potsdam bis Bonn, Lahr 1950, S. 67.

⁶⁸ Nach einem Bericht des Leiters des Büros der Außenstelle der Ministerpräsidenten in Bad Godesberg, Leisewitz, vom 17. Dezember 1948 war die Besprechung in Frankfurt vom Ältestenrat ungenügend vorbereitet worden; Bundesarchiv Z 12/119. Der Spiegel Nr. 52 vom 23. Dezember 1948, S. 4, sprach von mangelnden Gesprächsvorbereitungen der deutschen Teilnehmer. Adenauer sei infolge einer Autopanne erst unmittelbar vor Beginn der Sitzung „erregt und gehetzt“ in Frankfurt eingetroffen.

⁶⁹ Vgl. Verhandlungen des Hauptausschusses, 28. Sitzung, S. 332. Nach dem in Anm. 68 erwähnten Bericht des Spiegel (ebd.) hat ein Offizier aus dem Stabe der französischen Delegation – ein Sohn des aus dem Elsaß stammenden früheren Zentrumsabgeordneten Josef Joos – Adenauer geraten, Fragen an die Gouverneure zu stellen, „da ja nichts Schriftliches vorliege“.

und sein Bedauern zum Ausdruck gebracht, daß keiner der Anwesenden während der Konferenz einen eventuellen „Lapsus“ seinerseits korrigiert habe⁷⁰. Zu Beginn der zweiten Besprechung mit den Vertretern der Besatzungsmächte am 17. Dezember seien dann von ihm und dem SPD-Abg. Schmid vorbereitete Stellungnahmen verlesen worden, die den Sachverhalt klargestellt hätten.

Adenauers Wiedergabe der Gespräche wurde auch von anderen Delegationsmitgliedern bestätigt und war – wie sich erweisen sollte – korrekt. Dementsprechend verlief die anschließende Diskussion im Hauptausschuß ohne Ergebnis: ein KPD-Antrag, Adenauer von seiner Funktion als Präsident des Rats abzuberufen, wurde von Sprechern aller Parteien zurückgewiesen. Adenauer zog aus diesem Fall die „Lehre“, bei eventuellen weiteren Verhandlungen mit den Militärgouverneuren vorher „Satz für Satz“ festzulegen und bei unvermutet auftauchenden Fragen um eine Beratungspause für die deutsche Delegation zu bitten⁷¹. So ist es dann auch später geschehen (14. April 1949).

Nun führten zwei Ereignisse dazu, den im Ausschuß – der sich auf den 4. Januar 1949 vertagte – zunächst beigelegten Zwischenfall hochzuspielen. Das eine war die bereits erwähnte schriftliche „Rüge“ der SPD-Fraktion, die Adenauer erst nach Schluß der Sitzung des Hauptausschusses (12.56 Uhr) in seinem Büro vorfand – nachdem sie bereits vorher den Fraktionen bekannt geworden und von den KPD-Vertretern der Presse übergeben worden war. Das zweite war eine nach der Sitzung des Hauptausschusses einberufene Pressekonferenz der SPD-Fraktion, auf der der „polemisierte Professor“ Schmid⁷² die Haltung seiner Fraktion zu Adenauers Vorgehen erläuterte. Dabei unterstrich er nachdrücklich den Standpunkt, das Grundgesetz möglichst rasch und unabhängig von der „Stellungnahme der Militärregierungen“⁷³ fertigzustellen.

Daraufhin trat Adenauer seinerseits an die Öffentlichkeit. In einer noch am gleichen Samstagnachmittag einberufenen Pressekonferenz nahm er zu den Vorwürfen Stellung und kritisierte scharf das Verhalten der SPD, durch das die CDU „vor den Kopf gestoßen“ werde. Adenauer nannte die Spekulation auf das „nationalistische Gefühl“ der Wähler⁷⁴ eine „Sünde gegen das gesunde nationale Empfinden“. Als gefährlich bewertete er die Politik der SPD, ohne vorherige Fühlungnahme mit den Militärgouverneuren ihnen die Verantwortung zu überlassen, das fertige Grundgesetz anzunehmen oder abzulehnen, und erklärte: „Eine solche Politik ist die Politik eines Hasardeurs.“ Der Präsident hielt es für richtiger, mit den

⁷⁰ Nach dem in Anm. 68 erwähnten Bericht des Spiegel (ebd.) hat der französische Militärgouverneur General Koenig die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation auf Wunsch Adenauers zweimal – vergeblich – aufgefordert, auch ihrerseits Fragen zu stellen.

⁷¹ Vgl. Verhandlungen des HA, S. 540.

⁷² So die NZZ Nr. 2737 vom 20. Dezember 1948.

⁷³ So hieß es in einer Erklärung der SPD-Fraktion vom 5. Januar 1949, in der die Darlegungen Adenauers in seiner Pressekonferenz vom 18. Dezember 1948 (vgl. Anm. 75 und 78) zurückgewiesen wurden; Nachl. Brill 12.

⁷⁴ S. Anm. 72.

Gouverneuren in Kontakt zu bleiben, anstatt, wie es von Abgeordneten aller Parteien geschehe, mit alliierten Verbindungsoffizieren beim Cocktail „über die hier in Arbeit befindlichen Dinge“ zu sprechen⁷⁵.

Die CDU/CSU-Fraktion stellte sich durch ihren Sprecher Jakob Kaiser⁷⁶ geschlossen hinter ihr prominentestes Mitglied und verurteilte den Versuch, „in dieser Zeit der größten deutschen Not zu entzweien, statt alles daran zu setzen, die aufbauwilligen Kräfte zur gemeinsamen Arbeit zusammenzufügen“⁷⁷. Mit diesen Erklärungen beider Seiten, die in den Pressewiedergaben⁷⁸ teilweise beträchtlich vergrößert wurden⁷⁹, waren die Fronten verhärtet. Daß Adenauer auf die Angriffe der SPD so rasch reagierte, lag nicht nur daran, daß er sich wegen der Frankfurter „Affäre“ zu Unrecht angegriffen sah – wie sich nach Vorlage seiner Unterlagen in einer Sitzung des Ältestenrats am 4. Januar herausstellte⁸⁰ –, sondern auch daran, daß er der SPD nicht die „nationalen“ Parolen überlassen wollte. Noch am 18. Dezember klagte er in einem Schreiben an den Vorsitzenden der FDP in der britischen Zone, den nordrhein-westfälischen Minister Franz Blücher, pauschal über die (5-Mann-)Fraktion der FDP, die sich bei der Behandlung der Verfassungsprobleme „immer mehr“ der Sozialdemokratischen Partei näherte. Blüchers Kommentar zu dieser nicht näher begründeten Beschwerde, die er drei Tage später den FDP-Mitgliedern des Parlamentarischen Rats zur Kenntnis brachte, lautete, „daß offenbar der 16. und 17. Dezember sowie der Brief der SPD Herrn Dr. Adenauer völlig fassungslos gemacht habe“⁸¹.

Ebenfalls unter dem 18. Dezember beschwerte sich umgekehrt der Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter bei Adenauer darüber, daß in Bonn die Tendenz bestehe, Berlin gegenüber alliierten Instanzen ohne „vorherige Beratung“ mit den Mitgliedern der Berliner Delegation „zur Erörterung“ zu stellen⁸². Dieses Schreiben – aus dem Adenauer den Vorwurf herauslas, er hätte die Zuziehung der Berliner Vertreter zur Frankfurter Delegation verhindern wollen, „um keine SPD-Mehrheit

⁷⁵ Wiedergegeben nach einer stenographischen Niederschrift der Ausführungen Adenauers, die er in einer Sitzung des Ältestenrats am 5. Januar 1949 verlas. Zitiert nach einem (ungedruckten) Protokoll der Sitzung (in Privatbesitz).

⁷⁶ Kaiser hat in diesen Auseinandersetzungen, auch noch Anfang Januar 1949, nach Ausweis der Protokolle über die Sitzungen des Ältestenrats vom 4. und 5. Januar, das Verhalten der SPD weit schärfer als Adenauer kritisiert.

⁷⁷ Erklärung der CDU/CSU-Fraktion vom gleichen Tage.

⁷⁸ Vgl. etwa: Mainzer Allgemeine Zeitung vom 20. Dezember 1948; NZ vom 20. Dezember 1948; SZ vom 21. Dezember 1948; Der Spiegel Nr. 52 vom 25. Dezember 1948, S. 5; Die Gegenwart 4. Jg., 1. Januar 1949, S. 1; NZ vom 6. Januar 1949; Rheinischer Merkur Nr. 2 vom 8. Januar 1949. Vgl. ferner P. H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik, S. 111.

⁷⁹ Daraus dürfte sich Adenauers kritisches Urteil über die „schlechte“ Berichterstattung der Presse über die Arbeit des Parlamentarischen Rats erklären, das er auf einer Tagung der CDU/CSU-Führungsgremien am 8. Januar 1949 in Königswinter äußerte. S. Anm. 19.

⁸⁰ Zitiert nach dem (ungedruckten) Protokoll dieser Sitzung (in Privatbesitz). S. Anm. 87.

⁸¹ Für diesen Hinweis habe ich Herrn Dr. Eberhard Fikart (Stuttgart) zu danken.

⁸² SZ vom 21. Dezember 1948; W. Brandt und R. Löwenthal, Reuter, S. 481.

im Bunde zustande kommen zu lassen“⁸³ – stand im Zusammenhang mit der „Rüge“ der SPD-Fraktion an Adenauer vom gleichen Tage. Der Präsident konnte am 4. Januar 1949 im Ältestenrat mit dem Argument kontern, er habe bei dem Frankfurter Treffen die Berlin-Frage deswegen nicht angeschnitten, weil der SPD-Abg. Menzel ausdrücklich darum ersucht habe⁸⁴.

Die Weihnachtsferien schufen eine Kampfpause⁸⁵ in den Bonner Auseinandersetzungen. Diese sind nicht verständlich ohne ihren politischen Hintergrund: die unterschiedlichen Auffassungen der beiden großen Parteien über Aufgabe und Unabhängigkeit des Parlamentarischen Rats und die Einschätzung der zeitlichen Dauer des Grundgesetzes als Provisorium oder „Verfassung“. Zu Beginn des Jahres 1949 sah dann die sozialdemokratische Parteiführung in Hannover offensichtlich den Zeitpunkt gekommen, den gefährlichen Konkurrenten politisch auszuschalten⁸⁶. Die SPD-Presse in den ersten Tagen des Januar war voll von Vorwürfen gegen Adenauer. Schumacher, der eigens seinen Stellvertreter Ollenhauer nach Bonn delegierte, drängte die SPD-Fraktion zu einem förmlichen Mißtrauensvotum gegen den Ratspräsidenten^{86a}.

Diese Forderung lehnte jedoch die Mehrheit der SPD-Fraktion am 4. Januar 1949 mit 19 : 3 Stimmen ab. Dennoch schien es an diesem Tage, als würden die Fronten weiter erstarren. Es kam zu neuen gegenseitigen Anschuldigungen in Presseerklärungen. In einer Sitzung des Ältestenrats am Nachmittag des 4. Januar behielt sich Adenauer vor, „im Interesse seiner persönlichen Ehre“ eine Untersuchung der Frankfurter Vorgänge vom 16. Dezember 1948 vornehmen zu lassen, um zu klären, „wie einwandfrei die ganze Angelegenheit liege“. Adenauer wies in diesem Kreise die Notizen vor, auf deren Grundlage er mit den Mitgliedern der Delegation das Vorgehen in Frankfurt erörtert habe: „Ich habe sie [die einzelnen Punkte] wörtlich vorgetragen. Das ist ja die Sache, die mich so empört.“⁸⁷

Am folgenden Tage glätteten sich dann die Wogen. Beide Parteien kritisierten noch einmal das Verhalten der jeweils anderen Seite, wobei die CDU/CSU-Fraktion erneut geschlossen für Adenauer eintrat, genauso wie drei Tage später in Königswinter die Führungsgremien der CDU und CSU⁸⁸. Die Abgeordneten beider Par-

⁸³ So nach seiner Formulierung in einer Sitzung des Ältestenrats am 4. Januar 1949. S. Anm. 80.

⁸⁴ Ebenda.

⁸⁵ Im Ältestenrat am 5. Januar 1949 erklärte Adenauer, er habe vierzehn Tage lang geschwiegen, weil er gehofft habe, die Pause würde eine „Beruhigung auslösen und beim Wiederausammentritt die Dinge erleichtern“. Vgl. Anm. 75.

⁸⁶ Vgl. P. H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik, S. 111.

^{86a} In einem Bericht des Leiters des Büros der Außenstelle der Ministerpräsidenten in Bad Godesberg, Leisewitz, vom 4. Januar 1949 hieß es, dem Vernehmen nach seien die Abgeordneten Menzel und Schmid nicht damit einverstanden, den Rücktritt Adenauers herbeizuführen; Bundesarchiv Z 12/120.

⁸⁷ S. Anm. 80.

⁸⁸ Dazu vgl. Adolf Süsterhenn, Der Weg der CDU, in: Rheinischer Merkur Nr. 3 vom 15. Januar 1949.

teien trafen sich dann jedoch in dem Bestreben, die Fortsetzung der Verfassungsarbeit als „weit wichtiger als alles andere“ anzusehen⁸⁹. Am Nachmittag des 5. Januar gelang es nach einer erneuten ausführlichen Debatte im Ältestenrat, die Krise beizulegen⁹⁰. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen hatte Adenauer keinen Zweifel daran gelassen, daß ihn am meisten die Anzweiflung seiner „deutschen Haltung“ in den SPD-Verlautbarungen getroffen und „außerordentlich persönlich verletzt habe“. Eine befriedigende „Bereinigung“ in diesem Punkte bildete für ihn die Voraussetzung dazu, wieder „schnellstens an die Arbeit“ zu gehen.

Daraufhin wurde unter Verzicht auf weitere persönliche Auseinandersetzungen eine inzwischen von den Abgeordneten Süsterhenn (CDU) und Suhr (SPD) ausgearbeitete kurze Stellungnahme beschlossen. Deren Kernsatz lautete, alle Fraktionen hätten erklärt, „daß keine Fraktion einer anderen oder einem ihrer Mitglieder unlautere Motive unterstellt“. Angesichts der „gesamtpolitischen Lage“ bekräftigten die Vertreter aller Parteien ihren Willen, das Staatsgrundgesetz „beschleunigt“ fertigzustellen und sich dieser Arbeit in „gegenseitiger menschlicher Achtung“ zu widmen⁹¹. Auf diese Weise konnte an Adenauers 73. Geburtstag die Krise beigelegt werden⁹². Der „militanten Richtung“ der SPD-Führung⁹³ war es nicht gelungen, ihren Kontrahenten von der politischen Bühne zu entfernen und damit auch als künftigen Bundespräsidenten zu diskreditieren⁹⁴.

Bemerkenswert bleibt, daß der CDU-Vorsitzende zu diesem Zeitpunkt in der Presse als Kandidat für jenes Amt genannt wurde, für das Kurt Schumacher im September 1949 gegen Theodor Heuss erfolglos kandidieren sollte. Nicht wenige Kommentatoren betrachteten in diesem Zusammenhang den von Adenauer geförderten Versuch einer Fusion des Zentrums mit der CDU, der kurz darauf scheiterte, unter dem Gesichtspunkt des Stimmenzuwachses für einen künftigen Bundespräsidenten Adenauer⁹⁵.

⁸⁹ So in einer Erklärung der SPD-Fraktion vom 5. Januar 1949; Nachl. Brill 12.

⁹⁰ S. Anm. 75.

⁹¹ Vgl. Die Welt vom 6. Januar 1949; Keesings Archiv der Gegenwart 18/19, 1948 und 1949, Essen o.J., S. 1764. Der volle Wortlaut der Erklärung ist in verschiedenen Nachlässen überliefert.

⁹² Es ist also falsch, wenn es bei P. H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik, S. 201 (in dem chronologischen Überblick) unter dem 5. Januar 1949 heißt: „Die SPD im Parlamentarischen Rat spricht ihr Mißtrauensvotum gegen Adenauer aus.“

⁹³ So die NZZ Nr. 8 vom 9. Januar 1949. In einer Presseerklärung des SPD-Parteivorstands vom 5. Januar 1949 waren Differenzen zwischen dem Parteivorstand und der SPD-Fraktion des Parlamentarischen Rats bestritten worden; Nachl. Brill 12.

⁹⁴ Vgl. Rheinischer Merkur Nr. 4 vom 22. Januar 1949; P. H. Merkl, Die Entstehung der Bundesrepublik, S. 111. In einem Bericht des Leiters der Außenstelle des Büros der Ministerpräsidenten in Bad Godesberg, Leisewitz, vom 5. Januar 1949 hieß es, Adenauers Aussichten auf den Posten des Bundespräsidenten seien durch die Krise nicht größer geworden; Bundesarchiv Z 12/120; Nachl. Brill 12. In einem Bericht vom 10. Januar 1949 wurde von Gerüchten gesprochen, nach denen Heuss als aussichtsreicher Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten genannt werde.

⁹⁵ So NZZ Nr. 19 vom 20. Januar 1949; Der Spiegel Nr. 4. vom 22. Januar 1949. In der

Die letzte schwere Krise des Parlamentarischen Rats entstand Ende März 1949, nachdem die Besatzungsmächte wiederholt eine Revision des vom Hauptausschuß in dritter Lesung angenommenen Verfassungsentwurfs gefordert hatten. Praktisch handelte es sich darum, eine stärker föderalistische Lösung der Finanzfrage zu finden, die den alliierten Einsprüchen Rechnung trug, da andernfalls die Gefahr bestand, daß am Veto der Siegermächte das „ganze Werk“ scheitern würde⁹⁶. Während die SPD an dem ausgehandelten Kompromiß festhielt, wollte die CDU/CSU im Sinne der von Adenauer vertretenen Linie das Grundgesetz nicht wegen einer Einzelfrage preisgeben. Sie hielt aus „nationalen Gründen“ ein Fortdauern der „bisherigen staatsrechtlichen Zerstückelung Deutschlands“ nicht mehr länger für vertretbar⁹⁷.

Am 31. März scheiterte im Interfraktionellen Siebenerausschuß der Versuch einer Verständigung. Die SPD schätzte, nach den Worten ihres Abg. Katz, das politische Risiko einer Ablehnung der Verfassung durch die Alliierten als „sehr gering“ ein. Sein Fraktionskollege Karl Schmid hielt es für unbedingt erforderlich, daß die deutsche Seite endlich einmal einen „Sieg gegenüber den Alliierten“ erringen müsse⁹⁸. Die Sozialdemokraten gingen auf breiter Front zur „nationalen Opposition“ (Merkl)⁹⁹ über und verurteilten die „unverständliche Kapitulation vor den Besatzungsmächten“¹⁰⁰. Nachdem Adenauers Bemühungen, die SPD von ihrem

Zeit Nr. 4 vom 27. Januar 1949 schrieb Jan Molitor, daß Adenauer, die „beherrschende Persönlichkeit“ des Parlamentarischen Rats, von ihm auf die Frage des künftigen Bundespräsidenten angesprochen worden sei und daraufhin geschickt abgelenkt habe; der Präsident liebe es nicht, von Positionen zu reden, die später zu besetzen seien. – Daß bei den Fusionsverhandlungen CDU-Zentrum auch die parlamentarische Konstellation im Frankfurter Wirtschaftsrat eine Rolle spielte (Gewinnung der Zentrums-Stimmen für die von der CDU/CSU und FDP getragene Wirtschaftspolitik Ludwig Erhards), sei hier nur angedeutet.

⁹⁶ W. Strauß, Die Arbeit des Parlamentarischen Rates, S. 165 f.

⁹⁷ So in einer Erklärung vom 30. März. Vgl. ebd., S. 164. In einer Stellungnahme der SPD-Fraktion vom 30. März 1949 hieß es, die Fraktion sei bereit, den Vorschlägen des alliierten Memorandums vom 2. März soweit zu folgen, „als dies mit den reiflich erwogenen deutschen Auffassungen über die Voraussetzungen der Arbeitsfähigkeit einer Bundesregierung vereinbar sei“. Vgl. Mainzer Allgemeine Zeitung vom 31. März 1949, die ferner berichtete, daß an den Beratungen der SPD-Fraktion der stellv. Parteivorsitzende Ollenhauer teilgenommen habe.

⁹⁸ Ungezeichnete Niederschrift über die „Verhandlungen des Siebener-Ausschusses vom 31. März 1949 ab 19 Uhr“; Nachl. Kleindinst 152. Diese Äußerung hat der Abg. Schmid in einer Pressekonferenz wiederholt. Vgl. Kölnische Rundschau vom 4. April 1949. In den vorausgegangenen Tagen hatte sich der SPD-Vorsitzende Schumacher wiederholt gegen ein Nachgeben ausgesprochen. Vgl. Frankfurter Rundschau vom 27. März 1949; NZZ Nr. 87 vom 29. März 1949; SZ vom 31. März 1949.

⁹⁹ Die Entstehung der Bundesrepublik, S. 111.

¹⁰⁰ Vgl. Die Welt vom 31. März 1949; Kölnische Rundschau vom 1. April 1949. Nach einer AP-Meldung vom 1. April (vgl. ebd. 2. April) haben amerikanische Kreise in Frankfurt die Vermutung ausgesprochen, daß die Labour-Regierung die SPD in ihrer Haltung „ermutigt“ habe. Solche Vermutungen wurden am folgenden Tage von London dementiert. Vgl. ebd. 4. April 1949.

„überbetonten nationalistischen Standpunkt“¹⁰¹ abzubringen, ohne Ergebnis geblieben waren¹⁰², suchte er Zeit zu gewinnen, damit sich die starre Haltung der Sozialdemokratie „lockern“ könne¹⁰³. Die CDU/CSU-Fraktion trat am 6. April in „ernster Sorge“ angesichts der innen- und außenpolitischen Entwicklung für eine rasche Verabschiedung des Grundgesetzes ein.

Der Präsident des Parlamentarischen Rats wollte es unter keinen Umständen auf eine „Machtprobe“ mit den Alliierten ankommen lassen, um nicht den Verfassungsauftrag des Rats zu gefährden¹⁰⁴. Er hielt es nach wie vor für notwendig, das Grundgesetz mit einer „möglichst breiten Mehrheit“ rasch zu verabschieden, auch unter Konzessionen gegenüber den alliierten Forderungen¹⁰⁵. In dieser Situation begrüßte Adenauer die Beschlüsse der Washingtoner Außenminister-Konferenz vom 8. April 1949 – die größere Vollmachten für den künftigen westdeutschen Bundesstaat vorsahen – als einen „Fortschritt für Westdeutschland“, der durch rasche Fertigstellung des Grundgesetzes genutzt werden sollte¹⁰⁶. Er hielt es für „unfaßbar und nicht zu verantworten“, die „ausgestreckte Hand der Alliierten“ auszuschlagen. An die Adresse der SPD gerichtet, fügte er hinzu, das Grundgesetz sei ja nicht „die Zehn Gebote“; Änderungen in naher Zukunft seien „durchaus wahrscheinlich“¹⁰⁷.

Die SPD-Fraktion beharrte jedoch, von Schumacher unterstützt, auf ihrem inzwischen vorgelegten „vereinfachten Grundgesetzentwurf“. Sie spielte damit *va banque*¹⁰⁸. Adenauer bewertete es als eine Tragödie, daß der SPD-Vorsitzende von seinem Krankenbett in Hannover aus Entscheidungen treffe, die von der Bonner Fraktion als bindend angesehen würden¹⁰⁹. Am 20. April beschloß der erweiterte SPD-Parteivorstand in Hannover unter dem Einfluß Schumachers, die Arbeit des

¹⁰¹ So in einem Schreiben Pfeiffers vom 31. März 1949 an den erkrankten CSU-Abg. Kleindinst; Nachl. Kleindinst 157.

¹⁰² Vgl. Der Spiegel Nr. 16 vom 15. April 1949, S. 3; Die Welt vom 31. März 1949.

¹⁰³ So Pfeiffer (s. Anm. 101). Dazu W. Strauß, Die Arbeit des Parlamentarischen Rates, S. 164.

¹⁰⁴ So auf einer Wahlkundgebung der nordbadischen CDU in Karlsruhe am 3. April 1949. Vgl. SZ vom 5. April 1949; Keesings Archiv 1948/49, S. 1879.

¹⁰⁵ Vgl. Die Welt vom 9. April 1949; Keesings Archiv 1948/49, S. 1886.

¹⁰⁶ Ebenda.

¹⁰⁷ In einer Pressekonferenz am 16. April 1949. Zitiert nach einer Meldung der UP-Presseagentur. Die Wendung von den „Zehn Geboten“ ist auch erwähnt bei K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 172.

¹⁰⁸ So Kölnische Rundschau vom 1. April 1949; Der Spiegel Nr. 14 vom 2. April 1949, S. 3.

¹⁰⁹ Vgl. Mainzer Allgemeine Zeitung vom 7. April 1949. Nach dem gleichen Bericht hat Schumacher erklärt, die CDU vertrete eine Politik der Tradition des „klerikalen Partikularismus der den französischen Wünschen entgegenkomme“. Bereits am 6. April hatte die Zeitung kommentiert, daß Schumacher in diesem Augenblick „vermutlich den Schlüssel zur politischen Entwicklung Deutschlands“ in der Hand habe. Vgl. ferner Paul Wilhelm Wenger, „Der kranke Führer“, in: Rheinischer Merkur Nr. 16 vom 16. April 1949. Der Spiegel (s. Anm. 108) schrieb: „Die englischen Sozialisten, um die Sozialisierung besorgt, stärken ihren SPD-Freunden den Rücken. Sie fallen über Adenauer her.“

Parlamentarischen Rats scheitern zu lassen, falls nicht die sozialdemokratischen Forderungen, wie sie in einem neuen gekürzten Grundgesetz-Entwurf vorgelegt worden waren, angenommen würden.

Am 21. April beklagte Adenauer im Nordwestdeutschen Rundfunk dieses Ergebnis. Er warnte vor einer innenpolitischen Vergiftung durch die Behauptung, die CDU/CSU treibe „Erfüllungspolitik“. Damit würde wie nach 1918 eine Kluft zwischen „Erfüllungspolitikern“ und „Patentnationalen“ aufgerissen. Adenauer bezeichnete Schumachers Angriffe auf die Alliierten als „unberechtigt“ und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es auf Grund der „politischen Einsicht“ der SPD doch noch zu einer Einigung im Parlamentarischen Rat kommen werde^{109a}.

Das „Nein“ von Hannover bildete eine „nationale Sensation“¹¹⁰. Zwei Tage später gaben die Alliierten nach: Sie hatten sich bereits auf der Washingtoner Außenminister-Konferenz Anfang April in einem Alternativbeschluß auf entsprechende Konzessionen eingestellt und brauchten keinen Prestigeverlust in Kauf zu nehmen. Damit standen die Verfassungsschöpfer vor einer neuen Situation.

Nachdem die CDU/CSU-Fraktion am 22. April auf die Herausforderung von Hannover mit einer scharfen Presseerklärung geantwortet hatte – in der jeder Versuch, die Motive deutscher Politiker „als fremden Mächten dienend zu diffamieren“, zurückgewiesen und der Verzicht auf die „Wiedergewinnung des deutschen Selbstbestimmungsrechts“ als „Bankrotterklärung der deutschen Demokratie“ verurteilt worden war¹¹¹ –, fand man sich rasch zu neuen Beratungen zusammen. Da die SPD auf ihren verkürzten Grundgesetz-Entwurf verzichtete, der im übrigen in keinem Zusammenhang mit dem umstrittenen Finanzproblem gestanden hatte, konnte in den beiden nächsten Tagen das Bonner Verfassungswerk auf der Basis wechselseitiger Kompromisse vollendet werden¹¹². In einem Abschlußkommuniqué

^{109a} Vgl. Kölnische Rundschau vom 22. April 1949; Mainzer Allgemeine Zeitung vom 22. April 1949.

¹¹⁰ Unter der Überschrift „Ablehnende Haltung der SPD in Hannover“ brachte die SZ am 21. April eine Sonderausgabe heraus, in der über die Entscheidungen vom Vortage berichtet wurde. In diesem Zusammenhang wurde mitgeteilt, daß Adenauer den Sieg Schumachers als eine Niederlage des Abg. Schmid bezeichnet habe. Paul Wilhelm Wenger sprach vom „Führer-diktat“ Schumachers (Rheinischer Merkur Nr. 18 vom 30. April 1949), L. Edinger, (Schumacher, S. 242f.) vom „Triumph“ des „militanten, patriotischen Führers“.

¹¹¹ Zitiert nach J. F. Kleindinst, Der Parlamentarische Rat (s. oben Anm. 38), S. 119f.

¹¹² Die Einzelheiten s. bei W. Strauß, Die Arbeit des Parlamentarischen Rates, S. 165f. In einem Schreiben vom 22. Juni 1949, in dem die hessischen CDU-Abg. Heinrich v. Brentano und Walter Strauß Stellung nahmen zu einer vom SPD-Parteivorstand verbreiteten Denkschrift über vermeintliche „Wahlbeeinflussung bei der Abstimmung über den Bundessitz durch Journalisten“, hieß es u.a., ein Vergleich zwischen den Forderungen der SPD-Gremien vom 20. April und dem Ergebnis der interfraktionellen Vereinbarungen vom 22. bis 24. April 1949 werde „für jeden unbefangenen Beobachter zu der Feststellung führen, daß die größeren Zugeständnisse jedenfalls nicht von der CDU/CSU“ gemacht worden seien, aber: „Wir halten es aus Gründen des innenpolitischen Friedens nicht gerade für wünschenswert, diese Frage aufzuwerfen.“ Nachl. Kleindinst 152.

vom 24. April wurde hervorgehoben, daß die Entscheidungen des Parlamentarischen Rats „ausschließlich durch deutsche, von fremden Einflüssen unabhängige Erwägungen“ bestimmt worden seien.

Die Tatsache, daß die Konzessionsbereitschaft der drei Westalliierten bereits vor dem 20. April den Militärgouverneuren bekannt war, auf höhere Weisung aber nicht hatte nach Bonn mitgeteilt werden dürfen, schuf eine prekäre Situation für die CDU/CSU. Ausgerechnet die konsequentesten Verfechter einer deutschen Westbindung hatten an dieser entscheidenden politischen Wegbiegung die Haltung der Alliierten falsch eingeschätzt. Adenauer sah sich düpiert¹¹³. War er doch, wenn gleich mit Unbehagen, um des für ihn höheren nationalen Zieles willen zum Nachgeben bereit gewesen. Noch in seinen Erinnerungen hat er das Vorgehen der Westmächte als für ihn und alle nicht der SPD-Fraktion angehörenden Abgeordneten als „sehr bitter“ bezeichnet¹¹⁴. Die SPD hatte, wie „Die Zeit“ am 28. April kommentierte, die „Partie gewonnen“. Die Sozialdemokraten erschienen als Wahrer der nationalen Interessen.

Zunächst deutete alles darauf hin, daß Adenauer den Erfolg der Gegenseite widerspruchslos hinnehmen würde, nachdem die auf der Grundlage eines parteipolitischen Burgfriedens fertiggestellte letzte Fassung des Grundgesetzes bereits am 25. April von den Alliierten genehmigt worden war. Da sich an seiner Beurteilung der weltpolitischen Situation nichts geändert hatte, verteidigte Adenauer die „Opfer“ der CDU/CSU für den Verfassungskompromiß¹¹⁵. Aus naheliegenden Gründen hielt er es für verfehlt, dabei von Siegern und Besiegten zu sprechen¹¹⁶.

Anschließend schwieg der CDU-Vorsitzende volle drei Monate, bevor er zum spektakulären Gegenschlag ausholte. Er benutzte die Eröffnung des Bundestagswahlkampfes am 21. Juli 1949 in Heidelberg dazu, das „Nein“ der SPD vom 20. April zu entkräften¹¹⁷. Nach seiner Version sind anlässlich einer Beratung von Vertretern des Parlamentarischen Rats am 14. April mit den Militärgouverneuren Mitglieder der SPD-Delegation durch Angehörige der britischen Militärregierung vertraulich über die Konzessionsbereitschaft der Alliierten informiert worden. Ob diese damals leidenschaftlich umstrittene Behauptung zutrifft, läßt sich heute noch

¹¹³ Ob die Vermutung zutrifft, daß Adenauers Rechercheure – im Unterschied zu denen der SPD – bei den alliierten Mittelsmännern an die „falschen Leute“ geraten seien (Der Spiegel Nr. 18 vom 30. April 1949, S. 3), läßt sich nicht feststellen. SPD-Politiker hatten offensichtlich frühzeitig die „orakelhaften“ Aussprüche (so der CDU-Abg. v. Brentano) amerikanischer Verbindungsoffiziere und Diplomaten richtig verstanden. Vgl. Spiegel Nr. 14 vom 2. April 1949.

¹¹⁴ Erinnerungen 1945–1953, S. 171.

¹¹⁵ Am 26. April 1949 vor den Führungsgremien der CDU/CSU. Vgl. SZ vom 28. April 1949; Rheinischer Merkur Nr. 18 vom 30. April 1949; A. J. Heidenheimer, Adenauer, S. 172.

¹¹⁶ Am 27. April 1949. Vgl. Mainzer Allgemeine Zeitung vom 29. April 1949.

¹¹⁷ Vgl. P. Weymar, Adenauer, S. 417 ff. (Dort das falsche Datum 22. Juli). Der Wortlaut der Rede ist abgedruckt in: Union im Wahlkampf (Sonderausgabe des Deutschland-Union-Dienstes) Nr. 20 vom 30. Juli 1949, S. 3 ff.

nicht sagen: Es gibt gewichtige Belege dafür¹¹⁸ und andere dagegen¹¹⁹, nicht zuletzt die bereits erwähnten Stellungnahmen Schumachers von Ende März 1949¹²⁰. Für Adenauer ging es im Wahlkampf des Sommers 1949 darum, die CDU vom Odium einer nicht entschieden „nationalen“ Haltung zu befreien¹²¹ und der SPD das Argument zu nehmen, am 20. April Deutschland gerettet zu haben¹²².

IV. Die politischen Zielsetzungen Adenauers

Eine Antwort auf die Frage nach den politischen Zielsetzungen Adenauers bildet die Voraussetzung für das Verständnis seines politischen Verhaltens im Parlamentarischen Rat. Der CDU-Vorsitzende war – wie Hans Peter Schwarz 1966 schlüssig herausgearbeitet hat¹²³ – der prominenteste deutsche Politiker, der sich kompromißlos dafür eingesetzt hat, einen westdeutschen Bundesstaat ins Leben zu rufen und ihn unwiderruflich an den Westen zu binden. In seiner politischen Konstellationsanalyse ging er seit 1945 von der faktischen Zweiteilung Europas aus.

Das früh vollausgebildete außenpolitische Konzept Konrad Adenauers basierte auf Vorstellungen aus der Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Sie hatten sich durch die Erfahrungen der nationalsozialistischen Ära verfestigt.¹ Dieses Konzept war das Gegenteil einer „Schaukelpolitik“, die Adenauer an Stresemann häufig kritisiert hat. Es läßt sich in aller Kürze folgendermaßen umschreiben: Rasche Herausführung Westdeutschlands aus seiner Machtlosigkeit und Isolierung

¹¹⁸ Vor allem die bei K. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 218, abgedruckte Aktennotiz des persönlichen Referenten Adenauers, Blankenhorn, vom 30. April 1949 und die Erklärung des Foreign Office vom 27. Juli 1949 (ebd., S. 220). Nach einem Bericht der DENA-Pressagentur haben deutsche Teilnehmer der Frankfurter Besprechung vom 25. April 1949 mit den Militärgouverneuren erklärt, General Clay habe der Vermutung Ausdruck gegeben, daß britische Delegationsmitglieder am 14. April sozialdemokratische Politiker informiert hätten. Vgl. Keesings Archiv 1948/49, S. 1907. Über das Verhalten Clays vgl. neuerdings J. Gimbel, *The American Occupation*, S. 229f. Der Bonner Korrespondent der *New York Herald Tribune*, Edwin Hartrich, schrieb, die Briten hätten SPD-Abgeordnete den Inhalt des „Versöhnungsmemorandums in der Hinterhand wissen lassen“. Vgl. *Der Spiegel* Nr. 18 vom 30. April 1949, S. 3, der seinerseits kommentierte: Die SPD-Abgeordneten hätten genug vom Inhalt der alliierten Zugeständnisse gewußt, „um sich ihre Renitenz leisten zu können“. S. auch Anm. 113.

¹¹⁹ So Äußerungen der SPD-Politiker im Wahlkampf 1949 und die späteren Stellungnahmen von Carlo Schmid, in: A. Wucher, *Wie kam es zur Bundesrepublik?*, S. 136; sowie Carlo Schmid, *20 Jahre Grundgesetz (Rede)*, Bonn 1969, S. 17.

¹²⁰ Vgl. Anm. 98. Ferner Waldemar Ritter, *Kurt Schumacher*, Hannover 1964, S. 106f.

¹²¹ Dazu vgl. P. Weymar, *Adenauer*, S. 401ff.; K. Adenauer, *Erinnerungen 1945–1953*, S. 171; L. D. Clay, *Entscheidung in Deutschland*, S. 474f.; A. J. Heidenheimer, *Adenauer*, S. 171f.; P. H. Merkl, *Die Entstehung der Bundesrepublik*, S. 138.

¹²² So am 8. August 1949 in einem Interview mit der Zeitung *Die Welt*.

¹²³ Vom Reich zur Bundesrepublik S. 425ff.; ders., *Konrad Adenauer: Erinnerungen 1945–1953*, in: *Polit. Vierteljahresschr.* 6, 1965, S. 497ff. Ferner neuerdings A. Baring, *Außenpolitik*, S. 50ff., 57ff.

durch möglichst enge Bindung an den europäischen Westen; wirtschaftliche, „organische“ Verflechtungen vor allem mit Frankreich und den Benelux-Staaten als sicherstes Mittel für den Bestand des Friedens unter Anerkennung des berechtigten westlichen Sicherheitsverlangens und als Grundlage für eine weitergehende Union westeuropäischer Staaten (unter Einschluß Großbritanniens); Aussöhnung mit Frankreich; Anlehnung an die USA als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands und Westeuropas, der das sicherste Bollwerk gegen den Kommunismus bilden werde.

Die Alliierten hatten die innerdeutschen Voraussetzungen geschaffen, um diese außenpolitischen Zielsetzungen realisieren zu können; denn erst die Zerschlagung Preußens machte eine stärkere Westorientierung des größten Teils von Deutschland möglich. Dessen politisches Schwergewicht wollte Adenauer von Berlin nach dem Westen verlagert wissen, „gleichgültig, ob und von wem Berlin und der Osten besetzt seien“¹²⁴. In Konsequenz dieser Lagebeurteilung sollte die Freiheit und Sicherheit der 46 Millionen Deutschen in den drei Westzonen nicht um des nationalstaatlichen Souveränitätsprinzips willen aufs Spiel gesetzt werden, da eine Wiederherstellung der deutschen Einheit angesichts der gegebenen Kräfteverhältnisse eine sowjetische Einflußnahme auf Gesamtdeutschland bedeuten mußte. Der CDU-Politiker war früh davon überzeugt, daß sich das wirtschaftliche Leben in den westlichen Besatzungszonen rasch erholen und daß damit Westdeutschland auch wieder eine politische Rolle zufallen würde. Er zweifelte nicht an der Lebensfähigkeit des neu zu bildenden Staatswesens.

Im Unterschied zu Adenauers wiederholt vorgetragener außenpolitischer Konstellationsanalyse, die für den späteren ersten Bundeskanzler das Fundament seiner Politik bildete, gibt es weitaus weniger und auch weniger präzise Belege für seine Vorstellungen von der inneren Struktur des künftigen Weststaats. Dessen Probleme waren für ihn in erster Linie unter dem Gesichtspunkt seiner außenpolitischen Konzeption wichtig. Der politische Neuaufbau Westdeutschlands mußte für die Westmächte akzeptabel sein. Das betraf vor allem die föderalistische Grundlage, ohne die keine Verfassung auskommen konnte, die der alliierten Genehmigung unterlag.

Die Einzelheiten der föderalistischen Ausgestaltung hingegen waren für Adenauer Nebensache. Er zählte nicht zu den extremen Föderalisten im Sinne des CSU-Programms, der Verfassungskonzeptionen des „Ellwanger Kreises“ oder auch der CDU-Parlamentarier um Adolf Süsterhenn und den „Rheinischen Merkur“. Vier Jahrzehnte zuvor, am 1. Februar 1919, hatte er sich einmal expressis verbis als Anhänger eines Einheitsstaats bezeichnet¹²⁵, allerdings gleichzeitig davor gewarnt, die

¹²⁴ So am 8. April 1946 in einem Schreiben an die Landesvorsitzenden der CDU, zitiert bei Hans Georg Wieck, *Christliche und Freie Demokraten in Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg 1945/46* (Beitr. zur Gesch. des Parlamentarismus und der polit. Parteien, Bd. 10), Düsseldorf 1958, S. 193.

¹²⁵ Vgl. K. D. Erdmann, Adenauer, S. 119. Hingegen erklärte er am 8. November 1948 in einer Sitzung der CSU-Landtagsfraktion in München (s. Anm. 141), der Zug zum Zentra-

Lebenskraft der Länder zu unterschätzen. Adenauer erstrebte seit 1945/46 einen dezentralisierten Bundesstaat mit weitgehender finanzieller Autonomie der Länder¹²⁶. Auf diese Weise glaubte er die Macht der Zentralregierung beschränken zu können, deren Sitz er „in die Gegend des Mains“ verlagert wissen wollte.

Eine Zeitlang war Adenauer für eine Dreigliederung Westdeutschlands eingetreten. Dabei sollten Rheinland, Westfalen, eventuell Osnabrück, Rheinessen, Rheinpfalz und Teile von Hessen-Nassau die Brücke zwischen einer ähnlich großen norddeutschen und süddeutschen Ländergruppierung bilden. Der CDU-Politiker befürwortete ein Zweikammersystem, das er auch innerhalb der Länder für denkbar hielt¹²⁷. Die im Juli 1946 von der britischen Regierung verfügte Errichtung des Landes Nordrhein-Westfalen hatte Adenauer begrüßt. Im Frühjahr 1948 war er ohne Erfolg für den Anschluß der drei nördlichen Regierungsbezirke des zur französischen Zone gehörenden Landes Rheinland-Pfalz (Koblenz, Trier, Montaubaur) an Nordrhein-Westfalen eingetreten¹²⁸.

Im März 1947 hatte der CDU-Vorsitzende der britischen Zone dem französischen Diplomaten Pierre Arnal den Vorschlag entwickelt, daß die Westmächte anstelle eines Friedens„vertrags“ – den keine Partei unterschreiben könne – Deutschland, solange es geteilt bleibe, ein „Statut“ auferlegen sollten; auf diese Weise könne kein deutscher Politiker einer vergleichbaren Hetze wie der gegen die Unterzeichner des Versailler Vertrags ausgesetzt werden. Außerdem sei ein wenn auch noch so hartes „Statut“ leichter zu verbessern als ein zweiseitiger Vertrag.

Aus alledem ergibt sich, daß Adenauer, abgesehen von seinem Einsatz für einen möglichst großen Freiheitsspielraum des einzelnen und seiner Ablehnung jeglichen sozialistischen Staatsdirigismus, keinen Wert auf Details des Verfassungswerks legte. Hingegen blieb er von Anfang an darauf bedacht, den künftigen Bundesstaat mit allen Sicherungen und Vollmachten auszustatten, die er für einen Staat dieser Größe und dieser geographischen Lage für notwendig hielt.

Als Konsequenz aus seiner Situationsanalyse erinnerte er im Parlamentarischen Rat wiederholt daran, bei der von ihm befürworteten raschen Vollendung des Grundgesetzes nicht zu vergessen, was die Militärgouverneure im Sinne der „Frankfurter Dokumente“ vom 1. Juli 1948 konzedieren würden und was nicht¹²⁹. Ihm ging es darum, so rasch wie möglich für das neue Staatswesen schrittweise eine eigene,

lismus sei „verderblich“; er selbst habe seinerzeit gegen die Erzbergersche Steuerreform Stellung genommen, und zwar im Gegensatz zu seiner Partei (Zentrum). Aufzeichnung in Privatbesitz.

¹²⁶ Der französische Diplomat Pierre Arnal hat erst nach dem Tode Adenauers über zwei Unterredungen mit dem CDU-Vorsitzenden im Juni 1946 und März 1947 berichtet: Conrad Adenauer sous l'occupation britannique (1945–1947), in: *Revue d'histoire diplomatique* 81, 1967, S. 57–85.

¹²⁷ So am 20. September 1946 im Zonenbeirat. Vgl. Protokolle der Verhandlungen des Zonenbeirats (ungedruckt), S. 78.

¹²⁸ Vgl. Keesings Archiv 1948/49, S. 1388, 1456.

¹²⁹ Hinweis des CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Pfeiffer in der 28. Sitzung des Hauptausschusses am 18. Dezember 1948. Vgl. Verhandlungen des HA, S. 338.

wenn auch vorerst begrenzte Handlungsfreiheit zu gewinnen. Um dieses Zieles willen war er trotz des damit verbundenen Risikos zu gezielten Vorleistungen bereit.

Aus der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg kannte Adenauer die Mentalität der britischen und französischen Besatzungsmächte und die Rivalitäten zwischen ungleichen Alliierten. 1948/49 war allerdings noch wenig von Differenzen in der Deutschlandpolitik der Regierungen in Washington, London und Paris bekannt. Als prominentester deutscher Verfechter der Idee einer europäischen Föderation gewann Adenauer bei den Westmächten allmählich ein Kapital an Vertrauen, das der von ihm vertretenen Politik zugute kam. Dabei spielte eine Rolle, daß er der unumstrittene Vorsitzende der stärksten Partei in der britischen Zone war. Ferner wirkte sein bekannter „antipreußischer Duktus“ in dem von Aversionen gegen den preußischen Geist besessenen westlichen Ausland ebenso beruhigend wie sein „instinktiver Antikommunismus“ in den Jahren des Prager Staatsstreichs, der Berliner Blockade und der Gründung der NATO¹³⁰. Adenauer setzte seine größten Hoffnungen auf die amerikanische Politik und deren Verfechter in Deutschland, General Clay.

V. Inwieweit hat Adenauer seine Vorstellungen durchsetzen können?

Die Beantwortung dieser Frage muß sich auf innenpolitische Zielsetzungen des CDU-Politikers beschränken, da ja das Grundgesetz für außenpolitische Festlegungen keine Plattform bot, abgesehen von der in der Präambel allgemein umschriebenen gleichberechtigten Mitwirkung des deutschen Volkes in einem künftigen „vereinten Europa“ mit seiner friedensfördernden Aufgabe. Der Beitrag Adenauers an der Schaffung des Grundgesetzes liegt auf einer anderen Ebene als der einer Mitwirkung bei der verfassungsrechtlichen Ausformung. Mehr als der Inhalt lag ihm das rasche Zustandekommen einer Verfassung am Herzen.

Der CDU-Vorsitzende hat seine Vorstellungen über die Innenstruktur des künftigen Weststaats keineswegs alle durchsetzen können, oder – wie etwa im Punkte Finanzhoheit der Länder – 1949 noch durchsetzen wollen. In dem Maße, in dem er mit einer künftigen Führungsrolle seiner Partei in der kommenden westdeutschen Republik rechnete, entwickelte er sich zum Verfechter einer starken Bundesgewalt, wie sie von den Sozialdemokraten gefordert wurde.

Nach dem Verschwinden Preußens und der von den Besatzungsmächten vorgenommenen Neugliederung der deutschen Länder war das politische Schwergewicht in den Westen Deutschlands verlagert – ohne Zutun Adenauers. Umso mehr lag ihm an der „richtigen“ Auswahl der neuen Hauptstadt. Die am 10. Mai 1949 mit 33 gegen 29 Stimmen zustande gekommene Wahl von Bonn¹³¹ entsprach den Intentionen des rheinischen Politikers, den die „Neue Zeitung“ zu Beginn der Verfas-

¹³⁰ Vgl. H. P. Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, S. 441f.

¹³¹ 11. Sitzung; vgl. *Sten. Berichte*, S. 266.

sungsberatungen als „Kölner von Beruf“ charakterisiert hatte¹³². Bereits im Oktober 1948 war Adenauer im Ältestenrat zugunsten von Bonn – das seine Wahl als Tagungsort des Parlamentarischen Rats der Initiative der Düsseldorfer Koalitionsregierung Arnold-Menzel verdankte – eingetreten¹³³. Sein persönlicher Einsatz für diese – auch von dem Kölner Gewerkschaftsführer Hans Böckler nachdrücklich unterstützte – Lösung¹³⁴, die er Anfang November 1948 auf einer Pressekonferenz vorgeschlagen und am 18. November 1948 dem britischen Militärgouverneur General Robertson vorgetragen hatte¹³⁵ und für die er seit Anfang Februar 1949 als Vorsitzender einer Siebener-Kommission des Parlamentarischen Rats offiziell wirken konnte¹³⁶, ist ausschlaggebend gewesen¹³⁷.

Durchgesetzt hat sich auch die von der CDU/CSU vertretene Forderung, die Institution des Bundespräsidenten zu schaffen. Adenauer zählte zu den Befürwortern der Flaggenfarben Schwarz-Rot-Gold. Nicht durchzusetzen vermochte er zusammen mit anderen CDU-Abgeordneten eine Zweite Kammer in der Form eines indirekt gewählten Senats¹³⁸, dessen Mitglieder unabhängig sein sollten von Weisungen der Länderregierungen¹³⁹. Adenauer sah in der Schaffung des Bundesrats keineswegs die von vielen CSU-Vertretern erhoffte Sicherung des „föderalistischen

¹³² NZ vom 4. September 1948.

¹³³ Vgl. NZ vom 28. Oktober 1948. Adenauer hatte es schon 1947 als seine Auffassung bezeichnet, „daß die Geschicke Deutschlands in der britischen Zone entschieden würden“. Vgl. H. P. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 456. Die Ministerpräsidenten hatten am 16. September 1948 der Wahl Bonns als Tagungsort zugestimmt. Vgl. Walter Först, Die Ära Arnold, in: Politik und Landschaft (Beitr. zur neuesten Landesgesch. des Rheinlandes und Westfalens, Bd. 3), Köln 1969, S. 236.

¹³⁴ In einem persönlich gehaltenen Schreiben an einzelne Abgeordnete vom 28. Februar 1949 hatte sich Böckler für Bonn eingesetzt, um den Sitz der künftigen Bundesregierung in die Nähe des „Kerns der deutschen Wirtschaft und des sozialen und politischen Lebens“ zu bekommen; Nachl. Kleindinst 153.

¹³⁵ Vgl. K. Adenauer, Erinnerungen 1945–1953, S. 158.

¹³⁶ Vgl. Die Welt vom 3. Februar 1949.

¹³⁷ Es dürfte noch zu klären sein, ob für Adenauer bei der Wahl von Bonn auch ein von dem Düsseldorfer Ministerpräsidenten Karl Arnold vertretenes Argument eine Rolle gespielt hat. Danach müsse die neue Hauptstadt in „unmittelbarer Nähe“ des Internationalen Ruhrkontrollapparats errichtet werden, um dem Lande Nordrhein-Westfalen in der „ersten schweren Zeit einen ständigen Rückhalt in der Behandlung der Ruhrfrage“ geben zu können. Vgl. Die Welt vom 26. Februar 1949.

¹³⁸ In der Zeit Nr. 4 vom 27. Januar 1949 zitierte Jan Molitor folgende Äußerung Adenauers: „Ich sehe nichts Gutes darin, wenn die eine Kammer quasi als Oberregierungsratskammer auf Weisung der Länder arbeitet.“

¹³⁹ Am 20. September 1946 hatte Adenauer im Hamburger Zonenbeirat einmal erklärt: „Ob ich für den Staatspräsidenten sein werde, weiß ich noch gar nicht; daß ich für eine Zweite Kammer in den Ländern sein werde, weiß ich, denn nach meiner festen Überzeugung, die ich [...] seit 1927/28 habe, wären die Dinge in Deutschland ganz anders gelaufen, wenn der Reichstag eine Zweite Kammer zur Seite gehabt hätte. Der Reichsrat war das nicht. [...] Eine Zweite Kammer, entsprechend zusammengesetzt, mit nicht zu starken Machtvollkommenheiten, garantiert dafür, daß die Hauptkammer, die gewählt ist, gut funktioniert.“ Vgl. Verhandlungen des Zonenbeirats (ungedruckt), S. 78.

Aufbaues“, wenn eines Tages – wie er am 8. Januar 1949 erklärte¹⁴⁰ – die „Ostzone und Berlin dazukämen“; in diesem Falle werde der Bundesrat „mit gewisser Wahrscheinlichkeit lange Zeit hindurch eine sozialistische Mehrheit“ haben. Der Anfang November 1948 in die Debatte geworfene Vorschlag des Ratspräsidenten für ein Dreikammersystem (Unterhaus, Senat und Bundesrat) schien von Anfang an nicht ernst gemeint gewesen zu sein. Er diene offensichtlich dazu, ein in der Frage der Zweiten Kammer sich anbahnendes Zusammengehen von CSU- und SPD-Abgeordneten zu verhindern und die immer gefährdete Einheit der CDU/CSU-Fraktion zu wahren¹⁴¹.

Nur beiläufig sei an dieser Stelle erwähnt, daß die nur acht CSU-Abgeordneten unverhältnismäßig große Erfolge errungen haben: nicht zuletzt dank der intensiven Unterstützung durch den bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard und die ständigen bayerischen Regierungsvertreter in Bonn, aber auch dank weitgehenden Entgegenkommens von Adenauer. Ihm war der Zusammenhalt der noch jungen Fraktion wichtiger als die Majorisierung der Minderheit, selbst in der zentralen Frage der Finanzhoheit und Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern¹⁴². Hingegen stieß er mit seinem Vorschlag aus dem Januar 1949, einen gemeinsamen Wahlausschuß von CDU und CSU für die kommende Bundestagswahl zu bilden¹⁴³, auf strikte Ablehnung der bayerischen Politiker, die darin einen Versuch erblickten, auf diese Weise eine christlich-demokratische „Einheitspartei“ vorzubereiten.

Adenauer hat in der zentralen Frage der föderalistischen Ausgestaltung des Grundgesetzes zwischen extremen Vorstellungen der CSU-Abgeordneten, aber auch mancher CDU-Vertreter einerseits und den Sozialdemokraten andererseits vermittelt. Ihm lag an einer für die süddeutschen Länder akzeptablen Lösung, wobei er das entsprechende Wählerpotential dieser Gebiete von vornherein in sein Kalkül einbezog. Die im Zusammenhang mit Beratungen über die Frage der Zweiten Kammer im Januar 1949 gefallene Äußerung Adenauers, eine entsprechende Entscheidung, auch wenn sie gegen seine und seiner Fraktion Ideen ausfalle, bedeute für ihn keinen „Weltuntergang“¹⁴⁴, gilt auch in Hinsicht auf andere politische Fragen.

¹⁴⁰ Auf einer Tagung der CDU/CSU-Führungsgremien in Königswinter (s. Anm. 19). Diese Begründung ist, soweit ich sehe, die einzige konkrete Stellungnahme Adenauers zur Ausgestaltung des Grundgesetzes unter dem Aspekt einer möglichen gesamtdeutschen Verfassungsgrundlage.

¹⁴¹ So jedenfalls in einem Bericht der NZ vom 14. November 1948. Am 8. November 1948 nahm Adenauer in München an einer Sitzung der bayerischen CSU-Landtagsfraktion mit CSU-Abgeordneten des Parlamentarischen Rats teil, in der Übereinstimmung über strittige Fragen der Finanzverwaltung erzielt wurde. Vgl. Die Welt vom 9. November 1948. Auch am 10. Januar 1949 nahm Adenauer an einer Sitzung der CSU-Führungsgremien in München teil. Sein Verhältnis zu Ehard ist, auch für die Zeit nach 1949, einer Untersuchung wert.

¹⁴² Adenauer hatte bereits in einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 28. September 1948 Zugeständnisse an die CSU zugunsten einer Finanzverwaltung durch die Länder und nicht durch den Bund gemacht. Vgl. NZ vom 30. September 1948.

¹⁴³ Vorgetragen in einer Fraktionssitzung und auf der Tagung der CDU/CSU-Führungsgremien am 8. Januar 1949 in Königswinter. S. Anm. 19.

¹⁴⁴ Zitiert von Jan Molitor in der Zeit Nr. 4 vom 27. Januar 1949.

Nicht durchzusetzen vermochte er seine Vorstellungen von einer auch finanziell starken Gemeinde-Selbstverwaltung, von der Einführung des Mehrheitswahlrechts und der allgemeinen Wahlpflicht¹⁴⁵. Adenauer zählte zu denjenigen Abgeordneten, die ohne Erfolg eine Annahme des Grundgesetzes durch Volksabstimmung befürworteten. Schwerer wog, daß es der CDU/CSU-Fraktion nicht gelungen ist, ihre hartnäckig vertretenen Forderungen nach der Aufnahme weitgehender kirchen- und kulturpolitischer Garantien in das Grundgesetz zu realisieren. Der CDU-Vorsitzende hat sich in dieser Frage nicht exponiert, sondern in den teilweise leidenschaftlich geführten Auseinandersetzungen loyal zu vermitteln gesucht, auch zwischen Vertretern des Parlamentarischen Rats und der Kirchen. Dabei blieb es seine Hauptsorge, „Scharfmacher“ auf beiden Seiten zurückzuhalten.

Während der Dauer der Verfassungsberatungen vermochte der Ratspräsident – durchaus in Übereinstimmung mit den SPD-Abgeordneten –, das Gremium der Ministerpräsidenten auszuschalten. (Eine Aversion Adenauers gegen die Regierungschefs, inclusive die der CDU angehörigen Ministerpräsidenten, die ja jeweils starken Einfluß auf die CDU-Landesverbände besaßen oder deren Vorsitzende waren, läßt sich bereits aus dem Frühsommer 1946 nachweisen¹⁴⁶.) Eine personelle Verflechtung mit den Länderkabinetten bestand allerdings auf einer anderen Ebene: nicht weniger als zwölf aktive Mitglieder von Länderregierungen gehörten als Abgeordnete dem Parlamentarischen Rat an, je sechs in den beiden großen Fraktionen.

Ebenso wie die Ministerpräsidenten blieb auch der Frankfurter Verwaltungsrat der Bizone aus der Mitwirkung an der Verfassungsarbeit ausgeschaltet¹⁴⁷. Eine Ende Oktober 1948 vorgebrachte Klage Adenauers über die mangelnde Fühlungnahme der CDU/CSU-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrats mit der CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rats entsprang der Sorge, daß durch Differenzen zwischen beiden Gremien die Ausgangsposition beider Parteien für den kommenden Bundestagswahlkampf verschlechtert würde¹⁴⁸. An dieser Stelle darf nicht uner-

¹⁴⁵ Ausgesprochen in einer Sitzung der CDU/CSU-Fraktion am 18. Januar 1949 (mündl. Mitteilung eines Sitzungsteilnehmers) und in einem Interview mit dem Vertreter der NZ, Heinz Medefind. Vgl. NZ vom 20. Januar 1949. Nach einer Aktennotiz (im Privatbesitz) über die Sitzung der CDU/CSU-Fraktion vom 20. Januar 1949 zählten zu den Themen, die in den kommenden interfraktionellen Beratungen behandelt werden sollten, auch „Wahlgesetzentwurf und Wahlpflicht“.

¹⁴⁶ Im Anschluß an eine gemeinsame Sitzung von Vertretern des Zonenbeirats der britischen Zone mit dem Länderrat der amerikanischen Zone am 3. Mai 1946 in Stuttgart erklärte Adenauer im Hamburger Zonenbeirat: Der Länderrat, in dem das „gemeine Volk – das sind wir“ nicht vertreten sei, bleibe eine rein gouvernementale Einrichtung, „die einen etwas starken Beigeschmack nach Führerprinzip hat“. Vgl. Verhandlungen des Zonenbeirats (ungedruckt), S. 118.

¹⁴⁷ Dazu vgl. Hermann Pünder, Von Preußen nach Europa, Stuttgart 1968, S. 389. Bei E. Schäfer, Von Potsdam bis Bonn, S. 68f. ist von einer Art „kalter Rivalität“ zwischen den Zweizonen-Institutionen und dem Parlamentarischen Rat die Rede.

¹⁴⁸ In einem Schreiben vom 30. Oktober an Oberdirektor Hermann Pünder hieß es: „Es muß alles geschehen, daß wir bei den Wahlen zum Bundestag gut abschneiden. Dafür wird aber maßgebend sein die Politik, die Frankfurt bis dahin treibt.“ In seiner Antwort vom 6. No-

wähnt bleiben, daß der „Vorsitzende des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone“ im Winter 1948/49 die parteiorganisatorische Arbeit keineswegs vernachlässigt, sondern im Gegenteil unter Ausnutzung des Prestiges und Gewichts seiner Präsidentenstellung beträchtlich forciert hat¹⁴⁹. Adenauer vermochte in diesen Monaten seine Stellung als unbestrittener Parteivorsitzender über den Rahmen der britischen Zone auszudehnen. Seine häufige Abwesenheit von Bonn wegen seiner Teilnahme an parteipolitischen Veranstaltungen und Wahlkämpfen in den drei Westzonen führte zu heftiger Kritik aus den verschiedenen Lagern^{149a}.

Kompromisse mit der SPD-Fraktion waren in manchen Punkten relativ leicht zu erzielen angesichts des gemeinsamen Zieles, möglichst rasch ein Grundgesetz fertigzustellen und mit einer möglichst breiten Mehrheit zu verabschieden. Auf diese Weise wollte Adenauer dem deutschen Volk eine „legitimierte Stimme“ und ein Organ verschaffen, daß die deutschen Belange auf internationaler Ebene wirkungsvoll vertreten könne¹⁵⁰. Der Präsident des Parlamentarischen Rats warnte seine Parteifreunde vor der Annahme, das Grundgesetz nur als Provisorium anzusehen; denn es könne „unter Umständen sehr lange in Geltung“ bleiben und müsse folglich „gut“ gemacht werden¹⁵¹. Lange hat Adenauer an seinem Vorschlag von Anfang November 1948 festgehalten, eine räumliche Trennung zwischen der Regierungsspitze und der Bundesverwaltung vorzunehmen^{151a}.

In dem Versuch, die Stimmen der kleineren Parteien, insbesondere die der FDP-Abgeordneten, zu gewinnen, dürften sich die beiden großen Fraktionen in nichts nachgestanden haben. Ob und gegebenenfalls seit wann Adenauer die Möglichkeit

vember berichtete Pünder über seine Bemühungen, zwischen der CDU-Fraktion des Wirtschaftsrats und den Mitgliedern des Verwaltungsrats eine reibungslose Zusammenarbeit herzustellen. Abschließend schrieb der Oberdirektor, er sei der festen Überzeugung, „daß im Zeitpunkt der Wahlen zum Bundestag [...] eine wirtschaftspolitisch durchaus gute Plattform für unsere Partei geschaffen sein wird“; Nachl. Pünder 481. In einer 12 Punkte umfassenden Tagesordnung einer Sitzung des Frankfurter Verwaltungsrats mit der CDU-Fraktion bzw. dem Fraktionsvorstand des Wirtschaftsrats vom 6. Januar 1949 lautete Punkt 1: „Sicherstellung der vom Verwaltungsrat dringend gewünschten engeren Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion“; ebd.

¹⁴⁹ Belege dafür etwa im Nachl. Pünder 481, 606.

^{149a} Vgl. etwa den Kommentar von Heuss in einem Schreiben vom 9. Januar 1949 an seine Frau: „Adenauer wieder einmal verreist [...]“. Vgl. Theodor Heuss, Eine Ausstellung (Katalog, bearbeitet von Eberhard Pikart unter Mitarbeit von Dirk Mende), Tübingen und München 1967, S. 271. In verschiedenen Berichten der Außenstelle des Büros der Ministerpräsidenten in Bad Godesberg (so vom 24. und 27. November 1948) kamen Klagen aus amerikanischen und britischen Kreisen über Adenauers Abwesenheit zur Sprache. In einem Bericht vom 8. März 1949 hieß es, daß außer Ministerpräsident Ehard und Botschafter François-Poncet auch Mitglieder des Interfraktionellen Ausschusses über die Abwesenheit Adenauers überrascht seien; dem Präsidenten werde vorgeworfen, daß er immer dann seinen Posten verlasse, „wenn es in Bonn kritisch werde“. Bundesarchiv Z 12/119, 123.

¹⁵⁰ So am 8. Januar 1949; s. oben Anm. 19.

¹⁵¹ Ebenda.

^{151a} In seiner Pressekonferenz am 4. November 1948 zuerst entwickelt. Dazu vgl. auch H. Pünder, Von Preußen nach Europa, S. 394f.

einer künftigen Regierungskoalition mit der FDP ins Auge gefaßt hat, läßt sich nicht feststellen. Zu Beginn des Jahres 1949 hatte er noch den Zwang, im Parlamentarischen Rat nur zusammen mit der FDP eine Mehrheit bilden zu können, als eine „sehr betrübliche Folge“ des gegebenen Stimmenverhältnisses bewertet; mit den FDP-Abgeordneten könne man sich nur schwer verständigen, da sie „absolut unzuverlässig und in ihrer Meinung geteilt“ seien¹⁵².

VI. Die Rolle Adenauers

Adenauer hat wiederholt seine Autorität für das Zustandekommen und mehr noch für die Annahme der in den Verhandlungen der interfraktionellen Ausschüsse (Fünfer- und Siebener-Ausschuß) ausgearbeiteten parteipolitischen Kompromisse eingesetzt¹⁵³. Das war deswegen bedeutsam, weil als Folge dieser von ihm angeregten und unter seinem Vorsitz geführten Geheimberatungen die Fraktionen von Januar bis März 1949 weitgehend ausgeschaltet blieben. Als vorteilhaft erwies sich die Fähigkeit des Präsidenten, verwickelte staatsrechtliche Probleme und komplizierte Verfahrensfragen zu entflechten und auf politische Fragestellungen zurückzuführen. Er vermochte mit äußerer Gelassenheit, aber nichtsdestoweniger gleichbleibender Zähigkeit und Geschicklichkeit die auseinanderstrebenden Kräfte in Fühlung miteinander und untereinander zu halten. Das gilt nicht zuletzt für den „außenpolitischen“ Verkehr mit den Vertretern der drei Besatzungsmächte auf den verschiedenen Ebenen. Adenauer ging, im Unterschied selbst zu der Mehrheit seiner Fraktion¹⁵⁴, davon aus, daß nicht die Sozialdemokraten die erste Bundestagswahl gewinnen würden. An diese Wahl hat er angesichts ihrer „nicht genug“ einzuschätzenden Bedeutung¹⁵⁵ mit großem Nachdruck immer wieder erinnert¹⁵⁶.

¹⁵² So in einer Sitzung seiner Fraktion am 20. Januar 1949. S. Anm. 145.

¹⁵³ Am 17. Februar 1949 erklärte der SPD-Abg. Schmid auf einer Wahlkundgebung in Bonn, Adenauer habe an dem „fairen und ehrenhaften Kompromiß“, der bei den jüngsten interfraktionellen Beratungen erzielt worden sei, wesentlichen Anteil. Vgl. Die Welt vom 8. Februar 1949.

¹⁵⁴ Mitteilungen von CDU-Abgeordneten des Parlamentarischen Rats (s. Anm. 1).

¹⁵⁵ Anlässlich der Tagung der CDU/CSU-Führungsgremien in Königswinter am 8. Januar 1949 hatte Adenauer den Anwesenden die Folgen eines SPD-Wahlsiegs u. a. mit dem Argument vor Augen geführt: „Eine englische sozialistische Regierung und eine sozialistische deutsche Westregierung würden bei der Labilität der Verhältnisse in Frankreich und Italien in der Lage sein, dem neuzubildenden Europa ein stark sozialistisches Exempel aufzudrücken.“ S. Anm. 19.

¹⁵⁶ In einem Schreiben vom 22. Juli 1949 an sieben prominente CDU-Politiker (darunter Karl Arnold und Hermann Pünder) kritisierte er, daß sich zahlreiche „Parteifreunde [...] nicht genügend zur Verfügung stellen“. Dabei gäbe es zur Zeit für jedes CDU-Mitglied, „mag er im übrigen eine Stellung bekleiden, welche er will, keine wichtigere und dringendere Verpflichtung, als vor der Wahl im Interesse der Partei tätig zu sein“; Nachl. Pünder 606.

Bis zum Schluß der Arbeit des Parlamentarischen Rats bestand die Gefahr eines Scheiterns der Beratungen. Bis zuletzt blieb der „Anschein der Vorläufigkeit und eines möglicherweise widerruflichen Paktes zwischen den Länderregierungen und Länderparlamenten“ gewahrt¹⁵⁷. Daß ein Bruch vermieden werden konnte, ist nicht zuletzt Konrad Adenauers „höchst aktiver und elastischer Gegenwärtigkeit“ (Heuss)¹⁵⁸ zu verdanken. Dazu gehört auch die von Hermann Pünder getroffene Feststellung, daß Adenauer zusammen mit seinen „rührigen Mitarbeitern“ Wandersleb und Blankenhorn alles aufgeboten hat, um den Mitgliedern des Parlamentarischen Rats die Zeit ihres Aufenthalts in Bonn „so angenehm wie möglich zu gestalten“¹⁵⁹. In diesem Zusammenhang verdient auch die entsprechende Arbeit des Sekretärs des Parlamentarischen Rats, Trossmann, erwähnt zu werden.

Der Präsident nannte in seiner Rede nach der Verabschiedung des Grundgesetzes mit einem der bei ihm seltenen historischen Rückblicke den 9. Mai 1949 den „ersten frohen Tag seit dem Jahre 1933“¹⁶⁰. Adenauer stellte damit das neugeschaffene Grundgesetz in die Tradition der Reichsverfassung von Weimar. Rückblickend hat er seine Hauptaufgabe darin gesehen, dafür zu sorgen, daß die Arbeit des Parlamentarischen Rats mit einem „positiven Ergebnis“ beendet werden konnte¹⁶¹. Nach seiner Ansicht haben die Verfassungsschöpfer „sehr gute Arbeit“ geleistet¹⁶².

Zu diesem Erfolg aber, so ließ sich zeigen, hat der Präsident des Rats wesentlich beigetragen. Gleichzeitig betätigte er sich als eine Art exekutives Führungsorgan im Vorfeld des kommenden Staates. Dadurch, daß Adenauer die politischen Möglichkeiten seines Amtes ausschöpfte, gewann er bedeutsamen Prestigezuwachs in der Öffentlichkeit. Der im Vergleich etwa zu Kurt Schumacher oder Ludwig Erhard bis dahin noch weniger bekannte CDU-Vorsitzende entwickelte sich zur politischen Zentralfigur und zu einer international bekannten Persönlichkeit. Seine tatsächlichen oder vermuteten Einflußmöglichkeiten ließen ihn zum „gesuchten Gesprächspartner“ aller derer werden, die im und vom kommenden Staat Aufmerksamkeit, Förderung und Verwendung zu finden hofften¹⁶³. Der von der Öffentlichkeit wenig beachtete politische Aufstieg des CDU-Vorsitzenden vollzog sich in erster Linie auf Kosten der bisher dominierenden Länderchefs, aber auch – wie sich bald herausstellen sollte – auf Kosten seines ernsthaftesten Rivalen Schumacher. Adenauer präsentierte der westdeutschen Bevölkerung „unausgesprochen und unauffällig“ seinen Anspruch auf das künftige Regierungsamt¹⁶⁴.

Es war nur folgerichtig, daß er am 7. Mai den Vorsitz des am Vortage gewählten

¹⁵⁷ So G. Schulz, *Die CDU*, S. 97.

¹⁵⁸ Zitiert bei P. Weymar, *Adenauer*, S. 363.

¹⁵⁹ *Von Preußen nach Europa*, S. 397.

¹⁶⁰ 10. Sitzung; vgl. *Sten. Berichte*, S. 242.

¹⁶¹ *Erinnerungen 1945–1953*, S. 152.

¹⁶² *Ebd.*, S. 176.

¹⁶³ So A. Baring, *Außenpolitik*, S. 2.

¹⁶⁴ So Theodor Eschenburg, *Im Anfang war die Not*, in: *Die Zeit* Nr. 38 vom 19. September 1969, S. 9.

Überleitungsausschusses¹⁶⁶ übernahm. Dieses auf Antrag der FDP eingesetzte Gremium von 18 Abgeordneten sollte Empfehlungen vorbereiten, die – wie es Adenauer am 10. Mai im Plenum umschrieb – der „zukünftigen Bundesregierung im Hinblick auf die Vordringlichkeit gewisser gesetzgeberischer und organisatorischer Aufgaben“ zu machen seien¹⁶⁶. Auch wenn dem Ausschuß keine politischen Funktionen zustanden und er auf Weisung der Militärgouverneure nur in Zusammenarbeit mit den Ministerpräsidenten tätig werden konnte¹⁶⁷, so verschaffte er Adenauer immerhin die Möglichkeit, auch nach dem Ende der Verfassungsarbeit weiterhin im organisatorischen Vorfeld der kommenden Bundesverwaltung Einfluß nehmen zu können. Er suchte zu verhindern, daß der Frankfurter Zweizonen-Verwaltungsrat personalpolitische Vorentscheidungen für die künftige Bundesverwaltung traf¹⁶⁸. Bei der ersten gemeinsamen Beratung des Überleitungsausschusses und der Ministerpräsidenten am 3. Juni 1949 übernahm Adenauer ganz selbstverständlich den Vorsitz. Im Verlauf dieser Sitzung hob er die „ungeheure Verantwortung für die deutsche Bundesrepublik“ hervor, die die Länderchefs auf Grund des Auftrags der Besatzungsmächte, die Schaffung der Bundesorgane vorzubereiten, übernommen hätten¹⁶⁹.

Eine Analyse der politischen Wirksamkeit Adenauers und seiner „Hintergrundfunktion“ (Heuss)¹⁷⁰ im Parlamentarischen Rat, insbesondere im Hinblick auf die von den Verfassungsvätern gewollte starke Stellung der künftigen Bundesregierung und ihres Kanzlers, legt abschließend folgende Frage nahe: Hat Konrad Adenauer, der die beherrschende Persönlichkeit des Parlamentarischen Rats war¹⁷¹, ähnlich zuversichtlich wie der um neunzehn Jahre jüngere Kurt Schumacher damit gerechnet, erster Regierungschef des neuen Staatswesens zu werden? Dem Gerücht, er erstrebe das Amt des Bundespräsidenten, hat der Ratspräsident zuletzt am 21. März 1949 energisch widersprochen¹⁷².

¹⁶⁵ 10. Sitzung; vgl. Sten. Berichte, S. 195.

¹⁶⁶ 11. Sitzung; vgl. ebd., S. 269.

¹⁶⁷ Vgl. W. Strauß, Die Arbeit des Parlamentarischen Rates, S. 169.

¹⁶⁸ In einem „vertraulichen Vermerk“ Pünders vom 31. Mai 1949 für den Vorstand der CDU-Fraktion des Frankfurter Wirtschaftsrats hieß es, Adenauer habe mit ihm, Pünder, vor einigen Tagen „verschiedene wichtige Angelegenheiten besprochen, die sich auf die Überleitung der Geschäfte des Verwaltungsrates auf die künftige Bundesregierung bezogen“. In diesem Zusammenhang habe der Präsident davor gewarnt, „daß im jetzigen Schluß-Stadium in Frankfurt noch wichtige Personalangelegenheiten erledigt würden“; CDU und SPD würden solche Entscheidungen „geradezu als unfair“ ansehen; Nachl. Pünder 481.

¹⁶⁹ Protokoll der Sitzung (ungedruckt), S. 10 (aus Privatbesitz). Zum Schluß dieser Sitzung einigten sich die anwesenden Vertreter aller Parteien darauf, im künftigen Bundestag dafür einzutreten, daß jeder Abgeordnete eine Vergütung in Höhe der Bezüge eines Ministerialdirektors erhalten werde (S. 36).

¹⁷⁰ Vgl. P. Weymar, Adenauer, S. 364.

¹⁷¹ So Jan Molitor in der Zeit Nr. 4 vom 27. Januar 1949. Der Spiegel Nr. 41 vom 16. Oktober 1948, S. 8, hatte Adenauer als die „vorläufige höchste Staatsperson über 47 Millionen Deutsche“ apostrophiert.

¹⁷² In einem Interview mit der UP-Presseagentur.

Die Vermutung liegt nahe, daß sich der CDU-Vorsitzende frühzeitig die Frage nach der Besetzung des Kanzlerpostens gestellt und in der ihm eigenen nüchternen Abschätzung der vorhandenen Kräfteverhältnisse und möglichen Kandidaten keineswegs negativ für sich beantwortet hat¹⁷³. Gegen eine solche Annahme spricht jedenfalls nicht eine durchaus ernst gemeinte Bemerkung Adenauers in einer Geheimsitzung von Vertretern des Parlamentarischen Rats und der Ministerpräsidenten (über das Besatzungsstatut) am 12. April 1949: „Wenn man sich vorstellt, welche Aufgaben diese neue Bundesregierung am Tag ihrer Entstehung vor sich sieht, kann man die Herren, die diese Bundesregierung bilden, nur auf das tiefste bedauern.“¹⁷⁴

Es ist nicht leicht, die wichtigste politische Erfahrung zu formulieren, die Adenauer im Sommer 1949, nach Abschluß der ersten Etappe seines an der Jahreswende 1945/46 begonnenen politischen Aufstiegs, gewonnen hatte. Es dürfte die Einsicht gewesen sein, daß kein potentieller Kandidat vorhanden war, dem der CDU-Vorsitzende die Fähigkeit zutraute, die künftige Bundesrepublik so zu führen, wie es Adenauers sehr konkreten Vorstellungen von der Rolle und den Möglichkeiten (West-)Deutschlands entsprach. Aus dieser Erfahrung resultierte der Entschluß, selbst in die Bresche zu springen, ein Entschluß, der dann ebenso zielsicher wie geschickt in die Tat umgesetzt werden konnte. Im Parlamentarischen Rat hatte Adenauer sein persönliches Gewicht und seine politisch-taktischen Fähigkeiten nicht voll ausspielen können und – mit Ausnahme der Hauptstadtfrage – voll ausspielen müssen. Das änderte sich rasch, als der erste Bundeskanzler gezwungen war, mit einer Verfassung zu regieren, die ihre „Brauchbarkeit“ erst noch unter Beweis stellen mußte.

¹⁷³ Als der KPD-Abg. Renner am 7. Januar 1949 im Hauptausschuß verärgert behauptet hatte, daß die Besetzung der Ämter des künftigen Bundespräsidenten und Bundeskanzlers bereits von Adenauer „geregelt“ sei, hatte dieser mit dem Zwischenruf repliziert: „Fertig!“ Vgl. Verhandlungen des HA, S. 585.

¹⁷⁴ Vgl. Protokolle des Ausschusses für das Besatzungsstatut (ungedruckt), S. 13.

DokumentationZU VORGESCHICHTE UND INHALT DER REDE HIMMLERS VOR DER
HÖHEREN GENERALITÄT AM 13. MÄRZ 1940 IN KOBLENZ

Am Abend des 13. März 1940 hielt der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, Heinrich Himmler, im Hauptquartier der Heeresgruppe A des Generalobersten von Rundstedt in Koblenz einen Vortrag vor der um den ObdH versammelten höheren Generalität des Heeres¹. Die Tatsache selbst ist hinreichend belegt². Der Wortlaut der Rede ist indessen nicht überliefert. Über den Inhalt der Ausführungen Himmlers lag bisher nur die knappe Aussage³ des Generals der Artl. Ulex⁴, vor, der damals Befehlshaber im Grenzabschnitt Süd an der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie in Polen war; er berichtet, der Reichsführer SS habe über das Vorgehen der SS und der Polizei in Polen gesprochen und versucht, es seinen Zuhörern verständlich zu machen. Dabei habe er betont: „In diesem Gremium der höchsten Offiziere des Heeres kann ich es wohl offen aussprechen: Ich tue nichts, was der Führer nicht weiß.“⁵ Mit dem Hinweis auf Hitler wollte Himmler zweifellos die teilweise überaus heftige Kritik, die aus den Reihen der Generalität des

¹ Der genaue Teilnehmerkreis ist nicht überliefert. Aus Dokument 2 (Eintragung vom 20. 2. 1940) und 3 (Vortragsnotiz vom 2. 3. 1940) in Verbindung mit Generaloberst Halder, Kriegstagebuch, Tägliche Aufzeichnungen des Chefs des Generalstabes des Heeres 1939–1940, hrsg. vom Arbeitskreis für Wehrforschung, bearbeitet von Hans-Adolf Jacobsen in Verbindung mit Alfred Philippi, Bd. I, Stuttgart 1962 (fortan abgek. Halder-Tagebuch), S. 228 f., Eintragung vom 13. 3. 1940, ist zu entnehmen, daß eingeladen worden sind bzw. teilgenommen haben die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen an der Westfront, des Ersatzheeres, des Oberkommandos Ost, die Grenzabschnittsbefehlshaber Nord, Mitte und Süd von Oberost, die Befehlshaber im Wehrkreis Danzig und Westpreußen. Die Chefs der Stäbe dieser Oberbefehlshaber und Befehlshaber, die auch an diesem Tag zu militärischen Besprechungen in Koblenz waren (vgl. Halder-Tagebuch, ebenda) werden an dem Treffen mit Himmler kaum teilgenommen haben; vgl. die Aussage eines der Teilnehmer und Zuhörer, des General Ulex, (Institut für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 627, Bl. 23., fortan abgek. ZS.), der davon spricht, daß bei der Rede Himmlers nur „Generale mindestens im Range eines Armeeführers Zuhörer“ gewesen seien.

² Halder-Tagebuch, ebenda. Vgl. auch Tagebuch des Generalfeldmarschalls Ritter von Leeb (unveröffentlicht, im Familienbesitz) und des Generalfeldmarschalls von Bock (unveröffentlicht, Bundesarchiv/Militärarchiv, Sign. H 08-22/4) sowie Erinnerungen des Generalfeldmarschalls von Weichs (vgl. Dokument 1). Vgl. auch Institut für Zeitgeschichte ZS Nr. 626 (General der Artl. Ulex).

³ Institut für Zeitgeschichte (IfZ) ZS Nr. 626; vgl. auch Helmut Krausnick, Hitler und die Morde in Polen, in dieser Zeitschrift 11 (1963), S. 205 (fortan abgek. Krausnick, Morde).

⁴ Wilhelm Ulex, geb. 1880, General d. Artl., Kdr. Gen. XI. AK, 1939 verabschiedet, reaktiviert zu Kriegsbeginn, X. AK, Grenzabschnitt Süd, stellv. I. AK, 1941 ausgeschieden.

⁵ Krausnick, Morde, S. 205; Ulex bemerkte dazu (ebenda): „Daß er das so offen decouvrierte, hat mich allerdings stark gewundert.“

Heeres in den vorhergehenden Wochen und Monaten laut geworden war, auffangen und „dem damit verknüpften Verdacht ‚eigenmächtiger Brutalität‘“⁶ entgegenwirken. Neuerdings ist eine etwas ausführlichere Wiedergabe der Himmler-Rede zugänglich geworden. In seinen noch unveröffentlichten Erinnerungen⁷ berichtet der ehemalige Feldmarschall Reichsfreiherr von Weichs, damals Oberbefehlshaber der 2. Armee an der Westfront, über die Ausführungen des Reichsführers SS. Sein Bericht bestätigt die Aussage von Ulex und erweitert sie zugleich⁸. Er überliefert nämlich, daß Himmler unter anderem als Rechtfertigungsgrund für das Vorgehen von SS und Polizei in Polen die Notwendigkeit angegeben habe, eine ernsthaft bedrohliche polnische Aufstandsbewegung schon in den Anfängen zu zerschlagen. Das zeigt, daß der Reichsführer SS offensichtlich einen sicherheitspolitischen Gesichtspunkt bei diesem militärischen Auditorium in den Vordergrund gestellt hat und nicht die entscheidende rassen- und „volkstums“-politische Komponente jener Ausrottungsmaßnahmen. Weiterhin gibt Weichs ein Gespräch mit dem Oberbefehlshaber der 4. Armee, Generaloberst von Kluge⁹, wieder, aus dem hervorgeht, daß das Vorgehen von SS und Polizei in Polen unter den Oberbefehlshabern der Westfront mit Empörung diskutiert worden ist. Nicht zuletzt scheint Kluge selbst dieses Thema mehrfach in jenem Kreis zur Sprache gebracht zu haben¹⁰. Außerdem zeigen die Erinnerungen des Feldmarschalls von Weichs, daß es nach oder im Verlauf der Himmler-Rede in Koblenz offenbar zu einer Art Diskussion mit dem Vortragenden gekommen ist. Jedenfalls sind Himmler aus den Reihen der Generalität Fragen gestellt worden, in denen allerdings – soweit aus Weichs' Bericht zu entnehmen ist – der Polenkomplex nicht angesprochen wurde. Schließlich wird in den Aufzeichnungen des Feldmarschalls der tiefere Grund für das Auftreten Himmlers vor der Generalität erkennbar, nämlich die Unruhe und Empörung, die durch die Ereignisse in Polen im Heer entstanden waren. Höchst bemerkenswert ist aber auch, daß sogar Armeeoberbefehlshaber – wie Weichs für seine Person durchblicken läßt – nicht wußten, wie und auf wessen Initiative der Vortrag Himmlers zustande gekommen war.

Gerade zur Frage der Vorgeschichte dieser Rede des Reichsführers SS geben nunmehr bisher unbekanntere Quellen interessante Aufschlüsse. Diese sind vor allem den dienstlichen Tagebuchnotizen¹¹ des damaligen Oberquartiermeisters IV im

⁶ Krausnick, *Morde*, S. 205 und 207.

⁷ Vgl. Dokument 1.

⁸ So berichtet Weichs auch von Himmlers Bagatellisierungsversuch und von seinem Hinweis auf Hitlers Verantwortlichkeit.

⁹ Günther von Kluge, 1882–1944, Generaloberst (1939), Oberbefehlshaber 4. Armee, 1940 Generalfeldmarschall, 1941 Oberbefehlshaber HGr. Mitte, später Oberbefehlshaber West, Freitod im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 20. Juli 1944.

¹⁰ Vgl. auch Bock-Tagebuch, a. a. O., S. 40: „Kluge bringt die Verhältnisse im Osten zur Sprache, von denen er natürlich auch gehört hat.“ Himmler dagegen rechnete augenscheinlich Kluge zu den Männern, „zu denen er Vertrauen“ hatte (vgl. Dokument 2, 20. 2. 1940).

¹¹ Sie sind in zwei großen, in festem Karton gebundenen Heften, Format DIN A 4, mit der handschriftlichen Aufschrift „Tagesnotizen“ eingetragen. Die Eintragungen erfolgten mit

Oberkommando des Heeres/Generalstab des Heeres, des Generalmajors Kurt von Tippelskirch¹², zu entnehmen. Der Oberquartiermeister IV (OQu IV) war für die Feindlagebeurteilung, für das Militärattachéwesen und für die Bearbeitung militärpolitischer und allgemeiner politischer Angelegenheiten zuständig. Ihm unterstanden daher die 3. und 12. Abteilung (Abt. Fremde Heere West und Abt. Fremde Heere Ost), die Attaché-Abteilung und die erst nach Kriegsbeginn aufgebaute Abteilung z. b. V. des Generalstabes des Heeres¹³. In der zuletzt genannten Abteilung wurden vor allem militärpolitische und politische Vorgänge bearbeitet; sie hielt auch die Verbindung zum Amt Ausland/Abwehr (OKW) des Admirals Canaris¹⁴. Nicht zuletzt aufgrund dieser Tätigkeitsbereiche sind die Aufzeichnungen und Notizen des OQu IV trotz ihres stichwortartigen Charakters eine wichtige Informationsquelle. Generalmajor von Tippelskirch hat darin ihm zugegangene Informationen, Vortragsnotizen, Referentenmitteilungen, Gesprächsabläufe und den Inhalt von Telefonaten knapp festgehalten, soweit ihm dies wichtig erschien.

Die im nachfolgenden abgedruckten Auszüge¹⁵ aus diesem Tagebuch, die im Zusammenhang mit den Greueln von SS und Polizei in Polen die Vorgeschichte der Koblenzer Rede Himmlers erhellen, sind in zweifacher Hinsicht aufschlußreich. Einmal werfen sie ein bezeichnendes Licht auf die Gegensätze zwischen der Führungsschicht des Heeres und der SS, zum anderen geben sie Einblick in den Prozeß der Entschließung und Willensbildung der obersten Heeresführung in Fragen, die das Verhältnis zur SS und im weiteren Sinn zur politischen Führung betreffen. Noch deutlicher als bisher werden aber auch die Haltung des ObdH, Generaloberst von Brauchitsch, gegenüber der nationalsozialistischen Ausrottungs- und Unterjochungspolitik sowie seine prekäre Position an der Spitze des Heeres erkennbar¹⁶.

Die starken Spannungen¹⁷ zwischen den militärischen Befehlshabern in Polen und den dortigen SS- und Polizei-Verbänden, die sich bald in heftigen Konflikten entluden, hatten ihre Ursache vor allem in der Tätigkeit der dem Chef der Sicher-

Blei- oder Kopierstift. Teilweise sind sie schwer lesbar oder gar unleserlich, weil einzelne Worte, die mit weichem Bleistift geschrieben waren, stark verwischt sind. Die Notizbücher befinden sich im Militärgeschichtlichen Forschungsamt/Dokumentenzentrale, Sign. H III 36/1 und 36/2. Das Dokument 1 ist dem ersten Band (36/1) entnommen.

¹² Kurt von Tippelskirch, 1891–1957, 1942 General d. Inf., 1938–1942 OQu IV, 1944–1945 Führer der 4., der 14. und 21. Armee.

¹³ Vgl. das Organisationsschema im Halder-Tagebuch, S. 378.

¹⁴ Leiter dieser Abteilung war der Major, später Oberstleutnant i. G., Groscurth, ein Mitglied der Militäropposition, gest. in sowjetischer Kriegsgefangenschaft als Chef des Stabes des XI. AK. Über ihn vgl. Tagebücher eines Abwehroffiziers, hrsg. von H. Krausnick und H. Deutsch, Stuttgart 1969. Groscurths Nachfolger wurde Oberst i. G. Heim, die Abteilung erhielt dann den Namen Heerwesen-Abteilung.

¹⁵ Vgl. Dokument 2.

¹⁶ Vgl. hierzu allgemein Klaus-Jürgen Müller, *Das Heer und Hitler, Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940*, Stuttgart 1969 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte Bd. 10), Kap. X.

¹⁷ Vgl. hierzu Martin Broszat, *Nationalsozialistische Polenpolitik*, Stuttgart 1961, vor allem Kap. II C. und Krausnick, *Morde*, S. 201 ff.

heitspolizei und des SD, SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich¹⁸, unterstehenden „Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei“¹⁹. Schon während des Feldzuges war es, abgesehen von kleineren Reibungen, zu einem schweren Zusammenstoß mit einer dieser Einsatzgruppen unter dem Befehl des SS-Obergruppenführers von Woyrsch gekommen, der mit ihrer Entfernung aus dem Operationsgebiet endete²⁰. Nach Abschluß des Feldzuges und der Ersetzung dieser Einsatzgruppen durch entsprechende, fest stationierte Dienststellen im besetzten Gebiet kam es zu weiteren heftigen Zusammenstößen und Auseinandersetzungen mit den Befehlshabern der dortigen Besatzungstruppen. Zwei Momente gaben diesem Konflikt seine Schärfe und seinen besonderen Charakter. Erstens waren nach Heydrichs eigenen Worten die Weisungen dieser Einsatzgruppen „außerordentlich radikal . . . (z. B. Liquidierungsbefehl für zahlreiche polnische Führungskreise, der in die Tausende ging)“²¹. Zweitens hatte weder die Heeresführung, geschweige denn die Führung der Sicherheitspolizei die Befehlshaber in diesen Gebieten ausreichend über die Natur der den Einsatzgruppen bzw. ihren „Nachfolgern“ erteilten Befehle unterrichtet, so daß – wie Heydrich ebenfalls rückblickend feststellte – „nach außen hin das Handeln der Polizei und SS als willkürliche, brutale Eigenmächtigkeit in Erscheinung trat“²².

Aus dieser Sachlage ergab sich auch das Dilemma des ObdH angesichts der sich zuspitzenden Entwicklung in den besetzten Gebieten. Einerseits waren dem ObdH und den Spitzen des OKH spätestens seit Anfang bis Mitte September 1939 die Liquidierungspläne der obersten politischen Führung keineswegs mehr unbekannt. Hitler selbst hatte, wie Keitel am 12. September 1939 Admiral Canaris mitteilte, die Entscheidung darüber getroffen und „dem ObdH klar gemacht . . ., daß, wenn die Wehrmacht hiermit nichts zu tun haben wolle, sie es auch hinnehmen müsse, daß SS und Gestapo neben ihr in Erscheinung treten“²³. Dies hatte der ObdH offensichtlich ohne besonders nachdrücklichen Protest akzeptiert. Damit aber hatte er sich für die Zukunft bereits weitgehend die Möglichkeit grundsätzlicher Einwände, Proteste oder gar eines Eingreifens aufgrund der ihm obliegenden vollziehenden Gewalt versperrt. Andererseits aber sah sich der ObdH sehr bald mit energischen Protesten und empörten Berichten der örtlichen Befehlshaber in Polen konfron-

¹⁸ Reinhard Heydrich, 1904–1942, SS-Obergruppenführer, 1939 Chef des Reichssicherheitshauptamtes, 1941 stellv. Reichsprotektor von Böhmen und Mähren, 1942 einem Attentat erlegen.

¹⁹ Über die Einsatzgruppen vgl. Hans Buchheim, *Die SS – Das Herrschaftsinstrument*, S. 81 ff., in: *Anatomie des SS-Staates*, Gutachten des IFZ, Olten und Freiburg/Br. 1965, Bd. I.

²⁰ Vgl. hierzu Broszat, a. a. O., S. 28.

²¹ Aktenvermerk Heydrichs vom 2. 7. 1940, abgedruckt bei Krausnick, *Morde*, S. 206–209, Zitat auf S. 207.

²² Ebenda.

²³ Aktenvermerk vom 14. 9. 1939 über Admiral Canaris' Besprechung im Führerzug in Illnau am 12. 9. 1939, in: *Bundesarchiv/Militärarchiv, Nachlaß Groscurth*, H 08-104/3, auch *Nürnberger Dokument PS-3047*; vgl. zu der Unterredung Brauchitsch-Hitler Halder-Tagebuch, S. 72. Vgl. allgemein auch Broszat, a. a. O., S. 18.

tiert²⁴. Sie verlangten sein nachdrückliches Einschreiten gegen das – wie sie meinten – eigenmächtige und illegale Vorgehen von SS und Sicherheitspolizei. Diesen Forderungen, die Heydrich von seinem Standpunkt „zum größten Teil aus Unkenntnis der weltanschaulichen Gegnerlage“ erklärt²⁵, konnte der Generaloberst von Brauchitsch kaum entsprechen. Wohl wies er am 21. September 1939 die Befehlshaber darauf hin, daß die „Einsatzgruppen der Polizei . . . im Auftrage und nach Weisung des Führers gewisse volkspolitische Aufgaben im besetzten Gebiet durchzuführen“ hätten, daß diese Durchführung aber ausschließlich den Kommandeuren der Polizei überlassen bleibe und „außerhalb der Verantwortlichkeit der Oberbefehlshaber“ liege. Geheime Feldpolizei und Feldgendarmarie dürften nicht zu „polizeiliche[n] Aufgabe[n] vorstehender Art“ herangezogen werden²⁶. Aber der Hinweis auf gewisse „volkspolitische Aufgaben“ gab den Befehlshabern noch keineswegs Klarheit über den wahren Charakter dieser „Aufgaben“²⁷, insbesondere nicht darüber, ob die Art der Durchführung, wie sie in Polen praktiziert wurde, den Absichten der obersten Führung tatsächlich entsprach. So nahm General Ulex noch im Februar 1940 an, daß es sich bei den seit Monaten in seinem Befehlsbereich stattfindenden Gewalttaten von SS und Polizei um Übergriffe nachgeordneter Organe handele²⁸, weshalb er deren sofortige Ablösung verlangte.

Das Verhalten des ObdH wurde davon bestimmt, daß er sich einerseits die Möglichkeit grundsätzlicher Schritte beim „Führer“ gegen die von diesem befohlenen Maßnahmen abgeschnitten hatte²⁹, daß er sich andererseits aber mehr und mehr den Folgen seines Versäumnisses ausgeliefert sah, die ihm unterstehenden Befehlshaber und Oberbefehlshaber angemessen informiert zu haben. Er versuchte deshalb auch gar nicht, eine grundsätzliche Bereinigung zu erreichen, sondern war bemüht, akute Auseinandersetzungen durch Verhandlungen und Kompromisse zu

²⁴ Broszat, a. a. O., S. 26 ff.

²⁵ Zitiert nach Krausnick, Morde, S. 207.

²⁶ Militärgeschichtliches Forschungsamt/Dokumentenzentrale, Akte Militärbefehlshaber Gen. Gouv. Nr. 75917/7, Teil 2: ObdH/Gen. Qu.-Qu 2 – Genst. d. H. Nr. 524/39, g. Kdos. vom 21. 9. 1939. Einen Tag zuvor hatte der ObdH mit Hitler die Frage der Kompetenzabgrenzung zwischen militärischen Kommandeuren und Polizeikommandeuren besprochen. Bei dieser Gelegenheit wies er eindringlich darauf hin, es dürfe „nichts passieren, was dem Ausland die Möglichkeit gibt, aufgrund dieser Vorkommnisse eine Greuelpropaganda durchzuführen“ (Halder-Tagebuch, S. 81 f., Eintragung vom 20. 9. 1939).

²⁷ Am selben Tag (29. 9. 1939) wies Heydrich in einem Schnellbrief an die Kommandeure der Einsatzgruppen darauf hin, es seien die erforderlichen Maßnahmen in engstem Zusammenwirken mit den zuständigen Militärbehörden zu treffen. Gleichzeitig aber befahl er die „Konzentrierung der Juden“ als „erste Vorausmaßnahme“ für die „Endlösung“ (Militärgeschichtliches Forschungsamt/Dokumentenzentrale, Akte Militärbefehlshaber Gen. Gouv. Nr. 75917/9 Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei, PP (II)-288/39 g. vom 21. 9. 1939).

²⁸ Nürnberger Dokument NO 5011 (Case XII), abgedruckt bei Hans-Adolf Jacobsen, 1939 bis 1945, Der Zweite Weltkrieg in Chronik und Dokumenten, Darmstadt 5. Aufl. 1961, S. 607.

²⁹ Nachdem er nämlich am Anfang keine grundsätzlichen Proteste gegen die ihm bekanntgewordenen Pläne erhoben hatte (vgl. Anm. 23).

beheben³⁰, im übrigen aber das Heer aus diesen Dingen herauszuhalten³¹. Letzteres aber war kaum möglich. Schon zeigten sich unliebsame Auswirkungen auf die Disziplin der Truppen³², die in Polen an Ort und Stelle das Vorgehen der Polizeieinheiten erlebten. Der Chef des Generalstabes, General der Artillerie Halder, sah sich veranlaßt, am 10. Oktober 1939 einen General zur Überwachung der Disziplin der Truppen nach Polen zu entsenden³³. Als Brauchitsch dann im Laufe des Oktober obendrein noch in einen immer schärferen Konflikt mit Hitler über die Frage einer Offensive im Westen geriet³⁴, die die vom Oberbefehlshaber gefürchtete Ausweitung des Krieges einschloß, war er nur zu bereit, die Verantwortung für die Verwaltung der besetzten Gebiete aus den Händen zu geben und sich so das peinliche polnische Problem vom Hals zu schaffen³⁵. Aber auch der Verzicht auf die vollziehende Gewalt in Polen brachte für die Heeresführung keine Lösung des Problems. Es kam weiterhin zu heftigen Konflikten mit SS und Polizei. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen geriet der ObdH allmählich von zwei Seiten unter Druck. Die Befehlshaber in Polen überschütteten ihn mit immer heftigeren Protesten. Der Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Blaskowitz³⁶, schrieb in einer Anfang November dem ObdH vorgelegten Denkschrift³⁷, daß die illegalen Erschießungen, Be-

³⁰ So schreibt Major Groscurth am 19. 9. 1939 in sein Tagebuch: „Statt eines energischen Durchgreifens des ObdH wird verhandelt.“ Am 22. 9. 1939 verhandelte Brauchitsch mit Heydrich, den Himmler zum ObdH gesandt hatte (Bundesarchiv/Militärarchiv, Nachlaß Groscurth, H 08-104/3, fol. 33f.).

³¹ Dazu mochte nicht zuletzt zeitweilig auch beigetragen haben, daß zu einem gewissen Zeitpunkt Blaskowitz geglaubt hat, in direkten Verhandlungen mit dem Generalgouverneur Dr. Frank die Dinge bereinigen zu können (Mitteilung des Ic des OB Ost, Generalmajor a. D. Langhaeuser an den Verfasser) und sich deshalb darum bemühte, eine von ihm an den ObdH gesandte Denkschrift nicht über Keitel an Hitler gelangen zu lassen (vgl. Dokument 2, 21. 12. 1939). Ulrich von Hassell, Vom anderen Deutschland, Zürich 1946, S. 121 ist also zutreffend.

³² Vgl. Halder-Tagebuch, S. 98, Eintragung vom 5. 10. 1939: „... Judenmorde-Disziplin“. Vgl. auch Kriegstagebuch der Abt. z.b.V. (KTB/Abt. z.b.V.), in: Nachlaß Groscurth, a. a. O., fol. 167, Eintragung vom 9. 10. 1939.

³³ Halder-Tagebuch, a. a. O., S. 100, Eintragung vom 10. 10. 1939.

³⁴ Hierüber vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Fall Gelb, Der Kampf um den deutschen Operationsplan zur Westoffensive 1940, Wiesbaden 1957.

³⁵ Vgl. Keitels Notiz für Oberst Wagner von der Generalquartiermeister-Abteilung vom 17. 10. 1939, abgedruckt in IMT Bd. XXVI, S. 381ff. sowie Eduard Wagner, Der Generalquartiermeister, Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des Generalquartiermeisters des Heeres, General der Artillerie Eduard Wagner, hrsg. von Elisabeth Wagner, München 1963, S. 145. Am 25. 10. 1939 erlosch dann die Befugnis des Oberbefehlshabers des Heeres zur Ausübung der vollziehenden Gewalt in den Ostgebieten (vgl. Broszat, a. a. O., S. 30).

³⁶ Johannes Blaskowitz, 1885–1948 (Freitod in Nürnberg), Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 3 (1938), dann der 8. und 2. Armee, von Okt. 1939 bis Mai 1940 OB Ost, später zeitweilig Militärbefehlshaber Nordfrankreich, Armee- und Heeresgruppen-Oberbefehlshaber, Oberbefehlshaber Niederlande.

³⁷ Vgl. zu diesen Denkschriften bzw. Vortragsnotizen des Oberbefehlshabers Ost Krausnick, Morde, S. 204, Anm. 42 und Broszat, a. a. O., S. 41. Die Eintragung in Dokument 2 vom 21. 12. 1939 weist vermutlich auf einen bisher unbekanntem Bericht von Blaskowitz hin, der unten in Anm. 43^a zitiert wird.

schlagnahmen und Festnahmen zu größter Besorgnis Anlaß gäben und daß unbedingt gesetzmäßige Zustände wiederhergestellt werden müßten. Ende des Monats schrieb der Wehrkreisbefehlshaber im Warthegau, General Petzel³⁸, daß die Gefahr ernsthafter Auseinandersetzungen bestehe, deren Verhütung „hohe Anforderungen an die Disziplin der Truppe“ stelle³⁹. Hitler aber, dem Brauchitsch über die Wehrmachtsadjutantur die Denkschrift des OB Ost zugehen ließ⁴⁰, reagierte mit schweren Vorwürfen gegen die „kindliche Einstellung“ der Heeresführung und kritisierte, daß der ObdH einem Mann wie Blaskowitz den Oberbefehl über eine Armee anvertraut habe⁴¹. Zwischen der Gefahr allerhöchster Ungnade einerseits und den Protesten seiner Befehlshaber andererseits versuchte der ObdH zu lavieren. Zu diesem Zeitpunkt setzen die Tagesnotizen des Generals von Tippelskirch ein, die diesen Fragenkomplex betreffen. Sie zeigen, daß der ObdH zunächst jede direkte Konfrontation mit Himmler vermied⁴². Ebenso wenig unternahm er eine nachdrückliche Demarche bei Hitler⁴³, die sich etwa auf die Tatsache der Beeinträchtigung der Moral und der Disziplin der Truppe hätte stützen können. Ein neuer Bericht des Oberbefehlshabers Ost vom 27. November 1939 hätte ihm dafür immerhin zusätzliche Argumente liefern können. Blaskowitz schrieb nämlich, daß die „Verbindung zu den Organen der Sicherheits- und Ordnungspolizei . . . ziemlich gestört“ sei, daß „die Truppe es ablehnt, mit den Greuelhandlungen der Sicherheitspolizei identifiziert zu werden und von sich aus jedes Zusammengehen mit diesen fast ausschließlich als Exekutionskommandos arbeitenden Einsatzgruppen“ verweigere. Die Polizei habe bisher „nur Schrecken in der Bevölkerung verbreitet. Inwieweit sich die Polizei selbst damit abzufinden vermag, daß sie ihre Leute zwangsläufig dem Blutausch ausliefert, kann von hier nicht beurteilt werden, sicher ist jedoch, daß es für die Wehrmacht eine unerträgliche Belastung darstellt, da dies alles im ‚feldgrauen Rock‘ geschieht . . . Der augenblickliche Zustand treibt einer Entwicklung entgegen, die einen militärischen Unruheherd herbeiführt und die Ausnützung des Landes zugunsten der Truppe und der Wehrwirtschaft unmöglich macht.“^{43a}

³⁸ Walter Petzel, General der Artillerie, geb. 1883, bis Februar 1945 Wehrkreisbefehlshaber im Warthegau (stellv. Gen. Kdo. XII. AK).

³⁹ Bericht, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt/Dokumentenzentrale H 24/12, abgedruckt auch in: IMT Bd. XXXV, S. 88 ff.

⁴⁰ Vgl. Auszug aus dem Tagebuch des Heeresadjutanten Hitlers bei Broszat, a. a. O., S. 41. Hauptmann Engel, der Heeresadjutant, legte Hitler die Denkschrift am 18. 11. 1939 vor. Daß Brauchitsch solche Berichte nicht selbst zu Hitler brachte, sondern sie über die Adjutantur oder über Keitel laufen ließ, quittierte Keitel später in Nürnberg mit der nicht unzutreffenden Bemerkung: „So umging man die . . . Pflicht, dem Führer selbst solche Dinge zu melden! Das wollte man vermeiden, weil man den Mut dazu nicht hatte, sein Gewissen aber wollte man scheinbar entlasten.“ (Walter Görlich, Generalfeldmarschall Keitel – Verbrecher oder Offizier? Erinnerungen, Briefe, Dokumente des Chefs OKW, Göttingen 1961, S. 222, Anm. 167).

⁴¹ Vgl. Anm. 40.

⁴² Vgl. Dokument 2, 21. 12. 1939 („ObdH nicht mit Himmler . . .“).

⁴³ Vgl. Anm. 40.

^{43a} Bericht des Oberbefehlshabers Ost (Ic/A.O. Nr. 80/39 g. Kdos.) an den ObdH vom

Trotz solcher Berichte, die die Abteilung z. b. V. laufend durch weiteres Material ergänzte⁴⁴, griff Brauchitsch auch nicht den Vorschlag⁴⁵ des Obersten Wagner⁴⁶ von der Generalquartiermeister-Abteilung auf, notfalls unter Berufung auf die Gefährdung militärischer Interessen und der Disziplin der Truppe in Polen den Ausnahmezustand zu erklären und dann gegen die Polizei- und SS-Einheiten vorzugehen.

Die von Brauchitsch eingenommene Haltung wurde um die Jahreswende 1939/40 allmählich unmöglich. Die Pressionen, unter denen der ObdH stand, verstärkten sich in besonderer Weise. Bisher zwischen Hitler bzw. Himmler und den eigenen militärischen Befehlshabern im Osten hin und her lavierend, sah er sich nunmehr auch einem starken Druck von seiten der Oberbefehlshaber an der Westfront und sogar von maßgeblichen Offizieren im OKH selbst ausgesetzt. Oppositionelle Offiziere des Generalstabes des Heeres, und zwar der Abteilungsleiter z. b. V. und einer seiner Mitarbeiter⁴⁷, hatten zwischen dem 18. und 22. Dezember bei den Oberkommandos der an der Westfront eingesetzten Heeresgruppen und einiger Armeen einschlägiges Material über die Zustände in Polen, darunter auch einen Bericht Blaskowitz', verbreitet⁴⁸. Eine Welle von Empörung schlug dem ObdH nun auch von der Westfront her entgegen. Die Aufzeichnungen Tippelskirchs vom 22. und 23. Dezember geben davon Zeugnis. Obwohl man dem Abteilungsleiter z. b. V. im

27. 11. 1939 über die „Lage in den besetzten Gebieten“ (Militärhistorisches Forschungsamt/Dokumentenzentrale H 24/12). Bisher waren nur zwei sogenannte „Denkschriften“ Blaskowitz' bekannt, die (verschollene) aus der ersten Hälfte November 1939 (vgl. Krausnick, Morde, S. 204, Anm. 42 und Broszat, a. a. O., S. 41) und eine Vortragsnotiz vom 6. 2. 1940 (ebenda). Mit dieser zitierten dritten „Denkschrift“ ist vermutlich jener in Dokument 2 (21. 12. 1939) genannte Bericht des OB Oberost identisch.

⁴⁴ Groscurth, a. a. O., Eintragungen vom 16. 11. 1939: „Tippelskirch legt Material über Polengreneu ObdH vor.“, vom 8. 12. 1939: „General Jänicke berichtet über Verhältnisse im Generalgouvernement. Geradezu niederziehende Verhältnisse.“

⁴⁵ Vgl. ebenda: „Warum verkündet man nicht die vollziehende Gewalt und besetzt hier die Geheime Staatspolizei?“, ebenda am 14. 11. 1939: „Oberst Wagner . . . bereitet Ausnahmezustand in Polen vor.“ Vgl. Dokument 2 (22. 12. 1939).

⁴⁶ Eduard Wagner, 1894–1944 (Freitod wegen Teilnahme am 20. Juli 1944), General der Artillerie, 1940–1944 Generalquartiermeister; über ihn vgl. Lit.-Angabe oben in Anm. 35.

⁴⁷ Groscurth, a. a. O., Eintragungen vom 18.–21. 12. 1939, insbesondere vom 19. 12. 1939. Groscurth und sein Mitarbeiter, Hauptmann Fiedler, waren bei der HGr. C, HGr. A, HGr. B, 1. Armee, 4. Armee und beim XII. AK. Leeb nahm aufgrund der Mitteilungen Groscurths sogleich persönlich Kontakt mit Rundstedt auf.

⁴⁸ Vgl. Bock-Tagebuch, a. a. O., fol. 37 vom 21. 12. 1939: „Ich erfahre von einem Vortrag des Obersten beim Oberbefehlshaber des Heeres über die ernste Lage im Osten auf innerpolitischem Gebiet.“ Am 20. 11. 1939 hatte Bock bereits eingetragen: „Nachts Fahrt nach Koblenz im Zuge des Oberbefehlshabers des Heeres. Ich höre hier Vorgänge aus der „Kolonisierung“ des Ostens, die mich tief erschrecken. Macht dort weiter so, so werden diese Methoden sich einmal gegen uns kehren.“ Am 5. 1. 1940 notierte Bock: „Hier . . . ist eine Vortragsnotiz des Oberbefehlshabers Ost für den Oberbefehlshaber des Heeres bekanntgeworden, die haarsträubende Schilderungen der Verhältnisse im Osten enthält. Wüste Übergriffe von Polizei- usw. -Organen gegen die Wehrmacht werden erwähnt, ohne daß es anscheinend gelungen ist, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen.“

OKH wegen seiner Initiative schwere Vorwürfe machte⁴⁹, ließ sich die nunmehr erfolgte Aufklärung der Oberbefehlshaber im Westen nicht ungeschehen machen. Seine bisherige Methode, die Dinge nicht über den Kreis der Beteiligten hinausgelangen zu lassen⁵⁰, sondern irgendwie stillschweigend zu erledigen oder zu ignorieren, konnte Brauchitsch nicht mehr weiterverfolgen. Schon verlangten die Oberbefehlshaber der Westfront Aufklärung darüber, ob diese Berichte zuträfen und was seitens des OKH daraufhin erfolgt sei⁵¹. Auch der Chef des Generalstabs des Heeres hielt es für erforderlich, daß der ObdH sich nunmehr dem Polenproblem stellte, weil das bisherige Ausweichen „große Wellen geschlagen“ habe⁵², wie Tippelskirch notierte. Es kam teilweise zu außergewöhnlichen Mißfallensäußerungen. Beispielsweise hat der bisweilen als unpolitischer Nur-Soldat geschilderte⁵³ Chef des Generalstabs der 1. Armee, Generalmajor Mieth, vor eigens zu diesem Zweck zusammengerufenen Offizieren seines Stabes erklärt, die SS habe durch ihr Treiben im Osten die Ehre der Wehrmacht beschmutzt⁵⁴. Diejenigen Informationen, die den Stäben an der Westfront über die Ereignisse und Vorfälle in Polen zuzingen, riefen dort derartige Reaktionen hervor, daß man im OKH sogar eine Vertrauenskrise⁵⁵ drohen sah, durch die auch die Autorität des ObdH beeinträchtigt werden könnte⁵⁶.

Brauchitsch versuchte in dieser Lage zunächst, die Oberbefehlshaber im Westen mit dem Hinweis zu beruhigen, Blaskowitz habe sich inzwischen mit seinem Zivilgouverneur ausgesprochen und erhoffe sich daher eine Abstellung der Übergriffe oder doch wenigstens eine Besserung⁵⁷. Gleichzeitig nahm er Verbindung mit Himmler auf⁵⁸. Am 24. Januar 1940 kam es zu einer Unterredung zwischen dem

⁴⁹ Groscurth, a. a. O., Eintragungen vom 5. 1. 1940 und 8. 1. 1940.

⁵⁰ Nach Hassell, a. a. O., S. 112 (25. 12. 1939) ist der Bericht des Oberbefehlshabers Ost auch außerhalb des Heeres stehenden Kreisen bekanntgeworden.

⁵¹ Vgl. Bock-Tagebuch, a. a. O., S. 40, Eintragung vom 5. 1. 1940: „Ich sage Kluge zu, daß ich versuchen würde zu klären, was an dem Bericht sei und ob etwas darauf erfolgt ist.“

⁵² Dokument 2 (23. 1. 1940).

⁵³ So Vincenz Müller, *Ich fand das wahre Vaterland, Nachgelassene Memoiren*, hrsg. von Klaus Mammach, Berlin 1965, S. 372; eine Charakteristik Mieths auch bei Hermann Böhme, *Der deutsch-französische Waffenstillstand im Zweiten Weltkrieg – Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940*, Stuttgart 1966, S. 149.

⁵⁴ Vgl. Dokument 4. Diese Dokumente sind über den hier angezogenen Tatbestand hinaus noch in zweifacher Hinsicht aufschlußreich. Einmal zeigen sie, daß offensichtlich unter den Zuhörern Mieths ein Informant der Partei gewesen sein muß, zum zweiten hat Heß die Gelegenheit benutzt, den Gedanken eines politischen Partei-Beschwerdeweges in den Streitkräften erneut vorzubringen.

⁵⁵ Vgl. Dokument 2 (23. 1. 1940).

⁵⁶ Vgl. Anm. 47.

⁵⁷ Dokument 2 (23. 1. 1940, Anruf Reinecke); vgl. auch Bock-Tagebuch, a. a. O., S. 42f., Eintragung vom 6. 1. 1940: „Die Ostfrage hat inzwischen scheinbar eine vorläufige Regelung dadurch gefunden, daß der Oberost sich mit seinem Zivilgouverneur über diese Dinge ausgesprochen hat und von dieser Aussprache eine Abstellung der Übergriffe, oder wenigstens eine Besserung erhofft.“

⁵⁸ Dokument 2 (23. und 29. 1. 1940).

ObdH und dem Reichsführer SS, bei der beide Seiten eine Zuspitzung der Entwicklung zu vermeiden strebten⁵⁹. Brauchitsch versuchte vielmehr, im Einvernehmen mit Himmler eine gütliche Regelung auf der Basis zu erreichen, daß man über das Geschehen nicht mehr reden solle, wenn in Zukunft eine Änderung eintrete. Von einem energischen Durchgreifen jedoch, wie Blaskowitz es verlangt und wie Wagner es mit seinem Plan, den Ausnahmezustand zu verkünden, angebahnt hatte, war auf seiten des ObdH keine Rede. Nach Tippelskirchs Aufzeichnungen hat Brauchitsch nicht einmal den Gesichtspunkt der Gefährdung militärischer Interessen ins Treffen geführt. In diesem Stadium der Entwicklung nützte aber eine ausgleichende Taktik dieser Art nichts mehr. Ein Ende Januar vom Generalstabschef nach Polen entsandter Generalstabsoffizier, Major i. G. Kossmann, der objektiv über die dortigen Zustände berichten sollte, kehrte mit erschütternden Nachrichten zurück⁶⁰. Danach sah sich auch Brauchitsch gezwungen, bei einer weiteren, am 2. Februar stattfindenden Besprechung mit Himmler neben anderen Fragen erneut das Polenproblem zur Sprache zu bringen⁶¹. Himmlers Antwort war nicht ungeschickt. Er wies auf die Schwierigkeiten seiner Aufgabe hin, gab auch zu, daß in Polen „Fehler“ vorgekommen seien, betonte aber, er habe bereits scharf durchgegriffen⁶². Außerdem bitte er um Meldung weiterer „Fälle“. Im übrigen habe er die „Absicht, [die] schwere Aufgabe so verständlich wie möglich, mit wenig Blutvergießen durchzuführen. Er [wolle] ein gutes Verhältnis zum Heere.“⁶³ Dann aber ging er seinerseits zum Angriff über und behauptete, auch die Truppen des Heeres gäben Anlaß zur Kritik; es seien Schwarzschlachtungen vorgekommen, und deutsche Offiziere

⁵⁹ Dokument 2 (29. 1. 1940). Dieses Treffen wird nicht zuletzt auch durch einen Besuch Blaskowitz' bei Brauchitsch am 17. 1. 1940 veranlaßt worden sein, bei dem der OB Ost dem ObdH nochmals über die Vorgänge in seinem Befehlsbereich berichtete und zwar „in einer Sprache . . ., die in der deutschen Heeresgeschichte ihresgleichen sucht“. (So Krausnick, Morde, S. 204). Blaskowitz soll nach Aussagen seines damaligen Ic, des späteren Generals Langhaeuser (Mitteilung an den Verfasser), sehr enttäuscht über Brauchitschs Haltung gewesen sein, der ihm erklärt habe, er sähe sich nicht in der Lage, seine Vorlagen Hitler zu unterbreiten. Der Chef des Generalstabes, General Halder, den Langhaeuser bei dieser Gelegenheit aufsuchte, hat seiner Empörung sehr nachdrücklich Luft gemacht, kommt aber Langhaeuser auch keine Hoffnung auf durchgreifende Änderungen der Verhältnisse machen. Immerhin scheint Halder in jenen Tagen erwogen zu haben, einen energischeren Chef des Stabes zur Unterstützung Blaskowitz' zu Oberost zu entsenden (Halder-Tagebuch, S. 158, Eintragung vom 14. 1. 1940: „Hollidt im Osten ablösen? Ersatz? (einen besonders harten Mann.)“).

⁶⁰ Vgl. Halder-Tagebuch, S. 176, Eintragung vom 30. 1. 1940; Groscurth, a. a. O., Eintragung vom 2. 2. 1940: „Interessant noch, daß Major Kossmann einen vernichtenden Bericht über den Osten verfaßt hat. Er sollte die Dinge dort objektiv untersuchen. Man wollte nichts mehr glauben.“ Vgl. auch Dokument 2 (1. 2. 1940).

⁶¹ Dokument 2 (5. 2. 1940); vgl. dazu auch Halder-Tagebuch, S. 185, Eintragung vom 5. 2. 1940.

⁶² Vgl. dazu auch Krausnick, Morde, S. 204f.; es wurde damals durch ein Mitglied des „Hauptamtes SS-Gericht“ eine Untersuchung angestellt, die sich natürlich nur gegen „Übergriffe und Ausschreitungen“ als Begleitumstände der terroristischen Liquidierungspolitik, nicht aber gegen diese selbst richten konnte.

⁶³ So die Wiedergabe im Halder-Tagebuch, S. 185.

hätten mit polnischen Gutsbesitzern gesellschaftliche Kontakte aufgenommen. Selbst das Unangemessene dieser Aufrechnung – Morde gegen Schwarzschlachtungen und gesellschaftlichen Verkehr mit Polen – scheint den ObdH nicht zu einer entsprechenden Entgegnung veranlaßt zu haben. Vielmehr bat er Himmler um nähere Angaben über die besagten Vorfälle. Zu einem energischen Protest von seiten des ObdH kam es auch dieses Mal keineswegs. Empört schrieb daraufhin der Abteilungsleiter z. b. V., Oberstleutnant Groscurth, in sein Tagebuch: „Und Herr von Brauchitsch verhandelt mit Herrn Himmler beim Tee weiter; daß Major Koßmann, ein neutraler, objektiver Abgesandter, vernichtend berichtet hat, daß ferner General Ulex die sofortige Ablösung aller Polizei- und SS-Verbände kategorisch gefordert hat⁶⁴, daß zahllose neue Berichte kommen . . . das alles gilt nichts!“⁶⁵ Brauchitsch aber wollte noch immer durch gütliche Übereinkommen und Absprachen auf höchster Ebene zwischen sich und Himmler die Schwierigkeiten ausräumen, im übrigen jedoch das Heer heraushalten. Er lehnte deshalb auch den Vorschlag des Gauleiters Terboven ab, der ihm über Generaloberst von Bock zugeleitet wurde, Himmler durch Vorträge vor den Führern des Westheeres die Vorgänge in Polen erklären zu lassen⁶⁶. Er antwortete Bock vielmehr, die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen und Armeen würden durch ein persönliches Schreiben von ihm selbst über den Stand der Angelegenheit informiert werden. Eine Einladung Himmlers sei nicht mehr nötig, sie sei sogar „unerwünscht, um [dieses] Thema endlich ruhen zu lassen“⁶⁷. Nichts spiegelt deutlicher die Tendenz des ObdH wider als diese Bemerkung: er wolle endlich von diesen unerquicklichen Dingen verschont bleiben.

Dieser Wunsch ging allerdings nicht in Erfüllung. Das Verhältnis Blaskowitz-Frank⁶⁸ wurde immer gespannter, die Lage in Polen keineswegs besser. Bei einem Besuch im Hauptquartier des Oberbefehlshaber Ost am 15. Februar 1940 in Spala wurde der ObdH nochmals in mehr als deutlicher Weise mit den dortigen Zuständen konfrontiert⁶⁹. Schon am 2. Februar hatte der OB Ost eine Meldung des Befehlshabers im Grenzabschnitt Süd, General Ulex, erhalten, in der es hieß, die gerade in letzter Zeit sich häufenden Gewalttaten „der polizeilichen Kräfte zeigen einen ganz unbegreiflichen Mangel menschlichen und sittlichen Empfindens, so daß man ge-

⁶⁴ Zitiert bei Jacobsen, a. a. O., S. 607: „ . . . daß die gesamten Polizeiverbände einschließlich ihrer sämtlichen höheren Führer . . . mit einem Schlage abgelöst werden und daß intakte, ehrliebende Verbände an ihre Stelle treten.“

⁶⁵ Groscurth, a. a. O., Eintragung vom 2. und 14. 2. 1940.

⁶⁶ Dokument 2 (8. 2. 1940).

⁶⁷ Ebenda.

⁶⁸ Zum Verhältnis Blaskowitz-Frank vgl. Broszat, a. a. O., S. 75 f. Dr. jur. Hans Frank, Generalgouverneur (Okt. 1939–Mai 1945), Reichsleiter, 1933 Bayer. Justizminister, Reichsjustizkommissar und Reichsminister ohne Geschäftsbereich, Präsident der „Akademie für Deutsches Recht“, 1946 in Nürnberg hingerichtet. Vgl. Stanislaw Piotrowski, Hans Franks Tagebuch, Warschau 1963.

⁶⁹ Mitteilung Generalmajor a. D. Langhaeuser an den Verfasser; Halder-Tagebuch, S. 197 f., Eintragung vom 17. 2. 1940.

radezu von Vertierung sprechen kann⁷⁰. Zudem legte Blaskowitz selbst dem ObdH unmißverständlich seine Ansicht über die unhaltbaren Zustände dar, wobei er davon sprach, Polizeioffiziere hätten sich geradezu „in einem Blutausch“ befunden. Infolge dieser Rohheiten schwanke „die Einstellung der Truppe zu SS und Polizei . . . zwischen Abscheu und Haß“⁷¹. In sein Hauptquartier zurückgekehrt, fand Brauchitsch schon wieder neue Meldungen aus dem Osten⁷² vor. Außerdem erreichte ihn ein Brief des alten Feldmarschalls von Mackensen⁷³, der sich zum Sprecher der innerhalb wie außerhalb der Armee herrschenden Empörung über die Untaten in Polen machte. Jetzt mußte der ObdH einsehen, daß er die Dinge nicht mehr mit Stillschweigen übergehen oder hinter den Kulissen beilegen konnte, wollte er nicht seine ohnehin begrenzte Autorität im Heer aufs Spiel setzen und eine Vertrauenskrise mit unabsehbaren Folgen hervorrufen⁷⁴. Statt aber nun doch noch Hitler gegenüber das Problem grundsätzlich aufzurollen oder unter Berufung auf die ihm gemeldete Gefährdung militärischer Interessen im besetzten Gebiet den Ausnahmezustand zu verhängen – hatte er doch als Inhaber der vollziehenden Gewalt am 1. September feierlich erklärt, die deutsche Wehrmacht sehe in der polnischen Bevölkerung nicht ihren Feind, und alle völkerrechtlichen Bestimmungen würden geachtet werden –, wählte er einen ganz anderen Weg. Er griff nämlich jene Anregung des Gauleiters Terboven wieder auf, Himmler zu einem Vortrag vor den höheren Befehlshabern zu bitten. Dabei war Brauchitsch keineswegs durch Druck von politischen Stellen genötigt, dem Reichsführer SS eine Plattform zur Darlegung seiner Auffassung zu gewähren. Vielmehr wollte er jetzt durch einen Vortrag Himmlers, den er selbst noch Anfang Februar abgelehnt hatte, seine Oberbefehlshaber beruhigen, mindestens aber ihre kritische Einstellung gegenüber seinem Verhalten in der polnischen Angelegenheit abbiegen. In diesem Sinn erwiderte denn auch Tippelskirch, der nach Weisung des ObdH mit Himmler verhandelte⁷⁵, auf den Einwand des widerstrebenden Reichsführers, er dünkte nicht daran sich zu „entschuldigen“, daß dies auch gar nicht beabsichtigt sei, der Reichsführer SS solle vielmehr die Befehlshaber „aufklären“. Himmler würdigte nun zwar „die gute

⁷⁰ Zitiert nach Jacobsen, a. a. O., S. 606f.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Dokument 2 (17. 2. 1940); vgl. auch Groscurth, a. a. O., Eintragungen vom 29. 1. 1940 und 2. 2. 1940.

⁷³ Bundesarchiv/Militärarchiv, Nachlaß Mackensen H 08-39/314, Brief Mackensens vom 14. 2. 1940, in dem es heißt: „Das Ansehen und die Ehre derselben [= der Armee] darf nicht von den in Rede stehenden Untaten gedungener Untermenschen und freigelassener Verbrecher befleckt werden.“ Dieser Brief war von Mackensen im Einvernehmen mit Beck, Popitz und vermutlich auch auf deren Veranlassung geschrieben worden, wie aus einer handschriftlichen Notiz Mackensens auf dem Antwortbrief Brauchitschs hervorgeht. Vgl. auch Hassell, a. a. O., S. 114.

⁷⁴ Über die Gefahr einer Vertrauenskrise um die Person des ObdH besprach sich Generaloberst Ritter von Leeb schon am 3. 1. 1940 mit dem Chef des Generalstabes des Heeres bei einer vertraulichen Unterredung (Leeb-Tagebuch, a. a. O., Eintragung vom 3. 1. 1940).

⁷⁵ Dokument 2 (20. 2. 1940).

Absicht“ des ObdH, ließ sich aber jetzt, wo der ObdH gleichsam als Bittsteller zu ihm kam, die Gelegenheit nicht entgehen, seinerseits abzusagen, nicht ohne dabei seine Meinung über einige höhere Generale deutlich auszusprechen. Der tiefe Graben zwischen bedeutenden Repräsentanten des Heeres und der SS-Führung kam darin zum Ausdruck. Daß es dann kurze Zeit später dennoch zu einer Zusage Himmlers kam, war weniger dem Drängen der Heeresführung zuzuschreiben, als vielmehr den wachsenden Kompetenz- und Richtungskämpfen unter Partei- und Verwaltungsstellen⁷⁶, die schließlich dazu führten, daß Göring in Hitlers Namen erklärte, oberstes Ziel müsse bei allen Maßnahmen im Osten die Stärkung des deutschen Kriegspotentials sein⁷⁷. Dementsprechend mußten die in diesem Gebiet rivalisierenden Kräfte sich bis zu einem gewissen Maß arrangieren. Diese Entwicklung hat, wie es scheint, nun Himmler veranlaßt, trotz seiner Absage vom 20. Februar den ObdH erneut um die Möglichkeit zu bitten, vor dem Armee-Oberkommando 7 des der Partei betont positiv gegenüberstehenden Generals der Artillerie Dollmann⁷⁸ einen Vortrag zu halten. Brauchitsch ergriff sofort die Chance, um unter Hinweis auf die notwendige Einheitlichkeit der Unterrichtung seinen Plan, Himmler vor der ganzen höheren Generalität sprechen zu lassen, zu verwirklichen⁷⁹. Angesichts der veränderten Gesamtlage ging Himmler jetzt auf die Wünsche des ObdH ein.

Klaus-Jürgen Müller

Dokument 1

Bundesarchiv/Militärarchiv, Nachlaß Generalfeldmarschall Reichsfreiherr Maximilian von Weichs, Erinnerungen Bd. IV (unveröffentlicht), Sign. H 08-19/8, S. 15

Bei einer außerdienstlichen Zusammenkunft mit dem Generaloberst von Kluge⁸⁰ in Köln erzählte mir dieser in tiefster Empörung Nachrichten, die ihm aus Polen zugegangen waren: Gewaltsame Umsiedlung im Warthegau, Erschießungen von nationalen Polen und Juden, beabsichtigte Bildung eines Judenreservates in Lublin. Kluge war mit Recht der Auffassung, daß eine unfaire Form der Kriegspolitik zu einem üblen Ende führen müsse. Diese durch Parteiorgane durchgeführten Brutalitäten haben zum Rücktritt⁸¹ des als OB Ost eingesetzten Generaloberst Blaskowitz, der dagegen

⁷⁶ Vgl. hierzu Broszat, a. a. O., S. 143 f. Vgl. auch Dokument 2 (15. 2. 1940) sowie die Eintragung vom 29. 2. 1940 in den Tagesnotizen Tippelskirchs, a. a. O.: „29. 2. 40: Besprechung bei Goe[ring] – Mitteilung Reinecke: Zweck der Bespre[chung] Richtlinien durch Goe[ring] über Behandlung Ostfragen. – Anwesend Frank, Himmler, 4 Gaul[eiter], Krosigk, einige Staatssekretäre. Grundricht[linie]: nicht totschiagen, sondern aufbauen, Stärkung deutschen Kriegspotentials.“

⁷⁷ Ebenda.

⁷⁸ Friedrich Dollmann, 1882–1944, General der Artillerie, seit 1940 Generaloberst, Oberbefehlshaber der 7. Armee.

⁷⁹ Vgl. Dokument 5.

⁸⁰ Vgl. oben Anm. 9 und 10 der Einleitung.

⁸¹ Hier irrt der Feldmarschall von Weichs hinsichtlich des zeitlichen Ablaufes der Ereignisse: die Unterredung mit Kluge lag vor der Himmler-Rede vom 15. 3. 1940, Blaskowitz aber wurde erst im Mai 1940 seines Postens als OB Ost enthoben. Vgl. auch die handschriftliche

Einspruch erhoben hatte, geführt. Die Kunde von all diesen Dingen verbreitete sich immer mehr unter der Truppe und drückte ausgesprochen auf die Stimmung⁸². Dies blieb der Obersten Führung wohl nicht unbekannt. Ich weiß nicht, auf wessen Veranlassung⁸³ hielt schließlich Himmler einen Vortrag an die Generale im Hauptquartier der Heeresgruppe Rundstedt zu Koblenz. Er suchte in diesem Vortrag die Nachrichten über Polen zu bagatellisieren, auf übertriebene Gerüchte zurückzuführen. Er habe sehr ernstzunehmende in der Entstehung begriffene polnische Aufstandsbewegungen durch strenge Polizeimaßnahmen bekämpfen müssen. Dabei seien nur wirklich Schuldige, niemals Unschuldige bestraft worden. Am Schlusse betonte er, daß er immer die Befehle des Führers ausführe, daß er aber bei Dingen, die vielleicht unverständlich erscheinen, bereit sei, vor dem Volk und der Welt für den Führer die Verantwortung zu übernehmen, da die Person des Führers nicht mit diesen Dingen in Zusammenhang gebracht werden dürfe⁸⁴. Die Zuhörer waren nicht in der Lage, die Richtigkeit von Himmlers Behauptungen nachzuprüfen⁸⁵. Erst viel später wurde bekannt, welche erschreckenden Ausmaße das Wüten der SS in Polen und später in anderen besetzten Gebieten angenommen hatte⁸⁶. Bei diesem Vortrag wurde Himmler gefragt, wo die Volksdeutschen aus Südtirol angesiedelt werden sollten. Damals war nämlich mit Mussolini ein unbegreifliches Abkommen⁸⁷ getroffen worden, daß die Deutschen, die in den italienischen Teilen Tirols lebten, auf deutsches Gebiet umgesiedelt werden sollen. Himmler erklärte „in Burgund“. Das Land müsse eben zu diesem Zwecke von der Wehrmacht erobert werden. Zum ersten Mal zeigt sich uns hier, welche großenwahn sinnige Eroberungspläne in den Köpfen der Parteigrößen spukten.

Aufzeichnung des Feldmarschalls von Weichs, „Gedanken über den Krieg“, Heft 4, fol. 26 (Bundesarchiv/Militärarchiv, Nachlaß von Weichs, H 08-19/4): „Man hörte davon erstmals, als wir 1939/40 am Rhein lagen. Es kamen Nachrichten über mit brutalen Mitteln durchgeführte Zwangsevakuierungen des sog. Warthegaus . . . Bildung von Judenreservaten . . . und Erschießungen von National-Polen und Juden. Sogar SS-Männer sollen die Waffen weggeworfen und erklärt haben, daß sie solche Schandtaten nicht mit ansehen könnten. Der OB Ost . . . der gegen diese Dinge Einspruch erhob, wurde von dieser Stelle entfernt . . .“

⁸² Vgl. oben Anm. 32 und 33 der Einleitung.

⁸³ Vgl. den in den oben zitierten Aufzeichnungen (Anm. 81) „Gedanken über den Krieg“ enthaltenen, sachlich unzutreffenden Satz: „Himmler mußte damals in Coblenz einen Vortrag halten in dem er die ganze Lage noch zu bagatellisieren suchte.“ (Hervorhebung vom Verfasser).

⁸⁴ In der handschriftlichen Aufzeichnung des Feldmarschalls von Weichs, „Gedanken über den Nationalsozialismus“ (Bundesarchiv/Militärarchiv, Nachlaß von Weichs, H 08-19/4) Heft 1, fol. 51–52 heißt es: „Für sein (= Hitlers) Wissen liegt ein Zeugnis von Himmler vor. Als infolge der in Polen begangenen Grausamkeiten und des im Zusammenhang damit stehenden Abganges von Blaskowitz sich der militärischen Führer eine Unruhe bemächtigt hatte, hielt Himmler in Koblenz einen Vortrag . . . Er betonte dabei, daß er nur die Befehle des Führers ausführe, aber bereit sei, für den Führer vor dem Volk und vor der Welt die Verantwortung zu tragen, da die Person des Führers nicht damit in Zusammenhang gebracht werden dürfe.“

⁸⁵ Immerhin wohnten Persönlichkeiten dem Vortrag bei, die, wie der ObdH, der Chef des Generalstabes des Heeres, der Oberbefehlshaber Ost und dessen Grenzabschnitts-Befehlshaber die Behauptung Himmlers als falsch erkennen mußten.

⁸⁶ Immerhin war aber auch schon damals der Bericht Blaskowitz' an der Westfront bekanntgeworden; vgl. oben in Anm. 10 und 48 die Aufzeichnungen des Feldmarschalls von Bock.

⁸⁷ Es handelt sich um das deutsch-italienische Abkommen vom 2. 10. 1939.

Dokument 2

Militärgeschichtliches Forschungsamt/Dokumentenzentrale Sign. H III 36/1, Generalmajor Kurt von Tippelskirch, Tagesnotizen, 30. 10. 1939 – 10. 5. 1940 (handschriftliche Aufzeichnungen, Auszug)

21. 12. 39 Blaskowitz über Keitel gegengebremst⁸⁸,
Bericht⁸⁹ nicht zum Führer bringen:
ObdH nicht mit Himmler, aber an Keitel gegeben.
Kontakt Br[auchitsch] – F[ührer?] fehlt noch.
22. 12. 39 Danzig, L[em]b[er]g (?)⁹⁰
Bock⁹¹ sehr fassungslos, Zustand unbeschreiblich, Anarchie, Umbringen geht weiter. . .
Vollziehende Gewalt⁹² wieder bei uns, Grund: im Osten drunter und drüber, jeder hat Angst, nicht nur Juden und Polen. Ersatz aus Westfalen pp, fromme Katholiken, Auswirkungen im Volk unübersehbar.
10. 1. 40 . . . Heydrich⁹³ bittet um offene Angabe aller Beschwerden über SD pp in Polen.
Aussprache mit ihm und Admiral⁹⁴.
Nennung Blaskowitz⁹⁵: spielt starken Mann und zieht nach oben pp (Frank)⁹⁶ zurück.
23. 1. 40 Osten, Leute haben Auftrag, welchen Auftrag haben sie, wie erklären sich diese Dinge, für Truppe unerträglich, Vertrauenskrise gegenüber oberster Stelle.
Falls nicht andere Haltung eingenommen wird, kann ObdH keine Garantie übernehmen, daß es nicht zur Entladung kommt.
Erschießungen Bug⁹⁷?
Weiteres Material soll sich Hi[mmler] bei ObdH geben lassen.

⁸⁸ Vgl. Anm. 31 und 37.

⁸⁹ Vgl. Anm. 43 a).

⁹⁰ Unverständliche Abkürzung; „Lemberg“ wenig wahrscheinlich, da diese Stadt in dem von sowjetischen Truppen besetzten Teil Polens lag.

⁹¹ Generalleutnant Max von Bock, 1878–1945, ab 23. 10. 1939 Kommandierender General des stellvtr. GenKdo. XX. AK und Befehlshaber im Wehrkreis XX (Danzig); vgl. auch Halder-Tagebuch, S. 109, Eintragung vom 20. 10. 1939. In einem Bericht des stellvtr. Gen.Kdo. XX. AK vom 26. 1. 1940 „Kurze Übersicht über Entwicklung der innenpolitischen Lage im Bereich des Wehrkreiskdos XX.“ werden die dortigen Zustände geschildert, insbesondere auch die Übergriffe der „als Terror- später als reine SS-Organisation aufgezogen[en]“ Selbstschutzeinheit des SS-Oberführers von Alvensleben (Militärgeschichtliches Forschungsamt/Dokumentenzentrale H 12/24).

⁹² Vgl. Anm. 45.

⁹³ Vgl. Anm. 18.

⁹⁴ Gemeint ist Admiral Wilhelm Canaris, 1887–1945, Chef der Amtsgruppe Auslandsnachrichten/Abwehr im OKW. Vgl. auch Halder-Tagebuch, S. 160, Eintragung vom 18. 1. 1940. Über Canaris vgl. Karl Heinz Abshagen, Canaris, Patriot und Weltbürger, Stuttgart 1959.

⁹⁵ Vgl. Anm. 31 und 37 und Anm. 103 unten.

⁹⁶ Vgl. Anm. 31 und 68.

⁹⁷ Grenzfluß an der deutsch-sowjetischen Demarkationslinie.

Chef Gstb⁹⁸ hält Aufgreifen für erforderlich, Ost.

Ausweichen hat große Wellen geschlagen. Anbieten, falls Hi[mmler] es⁹⁹ haben will.

Reinecke¹⁰⁰:

Ulex¹⁰¹ – Heydrich,

Stellungnahme Ulex verlangen,

Blaskowitz Antwort: alle nicht erledigten Dinge bereinigen mit:

1. unmittelbar¹⁰²

2. ObdH will wissen, wie sich Dinge nach Aussprache gestalten

3. kein unmittelbarer Verkehr.

Anruf Reinecke:

Reichsf[ührer] SS fühle sich außerordentlich glücklich darüber, daß er morgen empfangen werde, hoffe stark, daß es zum Kontakt käme

...

Heydrich hat zunächst versucht, Bericht Blaskowitz von R[einecke] zu erhalten. R[einecke] habe erklärt, er kenne die „Beschwerdeschrift“ nicht. H[eydrich] meinte, sie sei bestimmt da, denn Göring habe einen Abdr[uck]¹⁰³. Schriftlich habe sich Hi[mmler] an Bl[askowitz] gewandt.

Ich habe R[einecke] gesagt, daß ObdH morgen mit Hi[mmler] über den Bericht sprechen und ihn fragen werde, ob er auf Verfolgung der Angelegenheit Wert lege. ObdH habe sie seinerseits nicht aufgegriffen, da Bl[askowitz] mit Fr[ank] die Dinge durchgesprochen habe. Hey[drich] müßte an sich alles ausräumen.

25. 1. 40 Jaenicke¹⁰⁴ Anruf, wegen Hi[mmler] nichts zu veranlassen.

26. 1. 40 Hollidt¹⁰⁵ (Chef Oberost) beruhigt.

⁹⁸ General der Artl. Franz Halder; vgl. Text zu Anm. 52.

⁹⁹ Gemeint ist Material über die Vorgänge in Polen.

¹⁰⁰ Hermann Reinecke, geb. 1888, damals Generalmajor, später General der Infanterie, Amtsgruppenchef im OKW, dann Chef des Allgemeinen Wehrmachtsamtes (AWA), 1944 Chef des NS-Führungsstabes im OKW; Beisitzer des Volksgerichtshofes.

¹⁰¹ Vgl. Anm. 4.

¹⁰² Das heißt wohl, daß Blaskowitz mit Generalgouverneur Frank und den örtlichen Instanzen die Probleme und Streitfälle besprechen soll und nicht unmittelbar ohne den ObdH mit Himmler und Heydrich verhandeln darf, denn Himmler hatte sich brieflich schon direkt an Blaskowitz gewandt. Vgl. auch Broszat, a. a. O., S. 75f.

¹⁰³ Nach Krausnick, Morde, S. 205, Anm. 48 hat der Gestapo-Beamte Huppenkoth nach dem Krieg in einer Prozeßaussage erklärt, damals sei im OKW eine „Zusammenstellung“ des Oberbefehlshabers Ost „von Hand zu Hand“ gegangen und habe unter der Bezeichnung „Gestapo-Greuel“ Aufsehen erregt. Das wird vom damaligen Adjutaten Keitels, General a. D. Hansen bestätigt (Zuschrift an den Verfasser). Nach dem KTB Abt. z. b. V., Eintragung vom 5. 1. 1940 haben einige der von Groscurth Ende Dezember 1939 besuchten höheren Stäbe der Westfront von der ihnen vorgelegten Denkschrift des Oberbefehlshabers Ost auszugsweise Abschriften angefertigt. Blaskowitz hat daraufhin beim OKH indigniert angefragt, wie sein Bericht an der Westfront bekannt werden konnte. Vgl. auch Hassell, a. a. O., S. 112.

¹⁰⁴ Erwin Jaenicke, geb. 1890, damals Generalmajor und Oberquartiermeister beim Oberbefehlshaber Ost, 1943–1944 Generaloberst und Oberbefehlshaber der 17. Armee; vgl. auch Anm. 44.

¹⁰⁵ Karl Adolf Hollidt, geb. 1891, Generalmajor und Chef des Stabes beim Oberbefehlshaber Ost, 1943–1944 Generaloberst und Oberbefehlshaber der 6. Armee; vgl. auch Halder-Tagebuch, S. 158 und 163, Eintragungen vom 14. 1. 1940 und 19. 1. 1940.

29. 1. 40 ... ObdH¹⁰⁶ muß Westen mitteilen, daß Angelegenheit Osten Ausspr[ache] Hi[mmler] – Br[auchitsch] hervorgerufen hat, bisheriges nicht zu verfolgen, [in] Zukunft alles tun, um weiteres zu verhindern.
1. 2. 40 Kossmann¹⁰⁷: Polen¹⁰⁸
5. 2. 40 Br[auchitsch] – Hi[mmler]
... Oberost sehr schwierige Aufgabe, unerhörte Dinge vorgekommen, schon eingegriffen, totgeschossen, SS-Führer degradiert¹⁰⁹, hat um Fälle, die er prüfen kann. Nur neue oder alte?
Aber nur schwerwiegendste, ohne Namensnennung von Zeugen, Fall Schwetz¹¹⁰, Ostrow.
Prag Verhalten mißbilligt¹¹¹.
Auch bei uns Ausstellungen: Verkehr mit Großgrundbesitz, Schlachtungen.
... Blaskowitz nach neuen Fällen fragen¹¹².
8. 2. 40 Anruf Gen[eral] Oberst v. Bock teilt mit, daß ein unterstellter Armeeführer mit Gauleiter¹¹³ über Vorgänge im Osten gesprochen habe. Gauleiter habe es für dringend erforderlich gehalten, daß unter diesen Umständen [Reichsführer] Himmler aufklärend durch Vorträge im Westen wirkt. Gen[eraloberst] v. B[ock] bittet um Weisung für Behandlung [der] Frage. Antwort: Stellungnahme und Orientierung über Vorg[änge] im Osten durch ObdH ist als Schreiben an alle OB der HGr und Armeen unterwegs. Enthält alles Erforderliche. Unter diesen Umständen Vortrag H[immler] nicht mehr nötig, ja unerwünscht, um Thema endlich ruhen zu lassen. ObdH und Chef Gst am 9. 2. unterrichtet.

¹⁰⁶ Diesen Vorschlag trug General von Tippelskirch offensichtlich dem ObdH vor, wie ein am linken Rand befindliches handschriftliches „Br“ (i. e. Brauchitsch) nahelegt, das Tippelskirch – wohl nach erfolgtem Vortrag – durchgestrichen hat.

¹⁰⁷ Karl-Richard Kossmann, geb. 1899, damals Major beim Generalquartiermeister im Generalstab des Heeres, 1942–1944 Chef des Stabes beim Militärbefehlshaber Frankreich, 1945 Generalmajor und Divisionskommandeur.

¹⁰⁸ Vgl. Anm. 60.

¹⁰⁹ Vgl. Anm. 61.

¹¹⁰ Unter dem Kommando eines SS-Sturmbannführers waren auf dem Judenfriedhof von Schwetz Anfang Oktober Juden und Polen, darunter auch Frauen und Kinder, erschossen worden. Dieser Vorfall wurde von Angehörigen der Krankentransport-Abteilung 581 beobachtet und gemeldet. Der Armeearzt der 4. Armee hat diesen Bericht als dienstliche Meldung „An den Obersten Befehlshaber der Wehrmacht und Führer des deutschen Volkes“ weitergegeben. Er gelangte bis zur Wehrmachtsadjutantur (Bundesarchiv/Militärarchiv H 08-104/3, S. 172 ff. und auch Militärgeschichtliches Forschungsamt/Dokumentenzentrale AOK 2/Nr. 85104/9). Vgl. dazu auch Groscurth, a. a. O., Eintragung vom 10. 12. 1939: „Am 20. November wird bekannt, daß Bericht über Erschießung polnischer Frauen dem Führer nicht vorgelegen hat.“ Vgl. auch Keitel, Erinnerungen (vgl. Anm. 40), a. a. O., S. 222, Anm. 167.

¹¹¹ In Prag hatte die deutsche Polizei anlässlich der Unterdrückung nationaltschechischer Kundgebungen ein tschechisches Studentenheim besetzt, in dem sich auch deutsche Wehrmachtangehörige und eine Militärdienststelle befanden, die im Verlauf der Aktion von der Polizei unkorrekt behandelt worden waren. Vgl. dazu Lageberichterstattung des RFSS und Chef der Deutschen Polizei/Chef Sipo und SD III vom 30. 10. 1939, S. 4f. (Institut für Zeitgeschichte, MA-441/1).

¹¹² Vermutlich ein Auftrag des ObdH, da Tippelskirch links am Rand ein „Br“ (i. e. Brauchitsch) eingetragen hat.

¹¹³ Es handelt sich um Gauleiter Terboven; vgl. unten Anm. 118 zu diesem Dokument.

13. 2. 40 Engel . . .¹¹⁴
Forster¹¹⁵ geklagt 1 Stunde, unerhörte Zustände, will nächstens zum Führer gehen, Vorg[änge] im Osten kommen allmählich zum Parteikrach¹¹⁶
17. 2. 40 . . .SS. Was vor Besprechung Oberost-Frank-Krüger¹¹⁷ liegt, Himmler geben. Andere Dinge von Fall zu Fall.
Laufend neue Fälle von Oberost! Nur was nicht bereinigt werden kann!
Vortrag Himmler grundsätzlich zugegeben, aber nicht Sache Terboven¹¹⁸ zentral ObdH¹¹⁹, Form vorbehalten.
20. 2. 40 Himmler Vortrag Anfang nächster Woche, Essen!
So[nnab]en]d. 24. 2. OB der Heeresgr[uppen] u. Armeen aus Westen in B[er]l[i]n 11^o OKH.
Führung mit Hi[mmler] oder Wolff¹²⁰
12^o Vortrag Hi[mmler] bei Zusage, Oberost u. Nord, Süd, Mitte, Danzig, Posen, Ersatzheer¹²¹,
am Schluß Stehfrühstück.
Unterredung mit Reichsführer SS
12.30–13.40 Uhr.
Einladung ObdH überbracht, vor allen OB der HGr und Armeen zu sprechen. Zweck: hohen Offizieren Möglichkeit zu geben, Dinge auch von seiner Seite beleuchtet zu betrachten.
Himmler hat es sich anders gedacht. Bedenken, vor großem Kreis zu erscheinen und sich zu entschuldigen. Mein Einwurf: nicht entschuldigen, sondern aufklären. Gedanke [Himmlers] war, auf 3. Boden nicht selbst einladend oder eingeladen sich in kleinem Kreis auszusprechen und 3–4 Fragen zu klären. Hierzu Terboven¹²², Bock, Reichenau¹²³, Kluge pp. Männer, zu denen er Vertrauen habe, dort seine Gedanken verbreiten.

¹¹⁴ Gerhard Engel, geb. 1906, Major d. G. und Adjutant des Heeres beim Führer und Verbindungsoffizier des Heeres beim Führer und Reichskanzler, 1945 Generalleutnant und Divisionskommandeur.

¹¹⁵ Albert Forster, geb. 1902, seit 1930 Gauleiter von Danzig, August 1939 Staatsoberhaupt der freien Stadt Danzig, später Reichsstatthalter von Danzig-Westpreußen.

¹¹⁶ Vgl. Broszat, a. a. O., S. 118 ff. und 143 f. Es ging bei dem Streit zwischen Gauleiter Forster und SS-Dienststellen vornehmlich um „volkstumpolitische“ Fragen wie „Eindeutschung“, Um- und Aussiedlungen etc.

¹¹⁷ Friedrich-Wilhelm Krüger, 1894–1945, SS-Obergruppenführer, Höherer SS- und Polizeiführer im Gen. Gouv., 1944–1945 Kdr. General des V. SS-Gebirgskorps, General der Waffen-SS und der Polizei.

¹¹⁸ Josef Terboven, 1898–1945, Gauleiter von Essen, Oberpräsident der Rheinprovinz, 1940–1945 Reichskommissar für Norwegen.

¹¹⁹ Vgl. Dokument 3.

¹²⁰ Karl Friedrich Otto Wolff, geb. 1900, SS-Gruppenführer, Adjutant und persönlicher Verbindungsmann Himmlers zu Hitler, Chef des Persönlichen Stabes des Reichsführers SS, 1943 SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS.

¹²¹ Befehlshaber des Ersatzheeres und Chef der Heeresrüstung war General der Artl. Fritz Fromm, 1888–1944, erschossen im Zusammenhang mit dem 20. Juli, seit 1940 Generaloberst.

¹²² Vgl. Anm. 118.

¹²³ Walter von Reichenau, 1884–1942, Generaloberst, seit Juli 1940 Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der 6. Armee, dann der Heeresgruppe Süd.

Mein Einwurf: gerade andere, die skeptischer sind, aufklären.

H[immler] würde gewisse Armeen und HGR überhaupt nicht aufsuchen, z. B. Küchlers¹²⁴ Armee wegen seine Bemerkung: SS-Einheit (bei Kempf¹²⁵) sei Schandfleck der Armee.

Auch zu Leeb¹²⁶ würde er nie fahren, hoffungsloser Fall, sich mit ihm zu verstehen.

Ich kann ihm hierin nicht folgen. Gewiß Unterschied in Weltanschauung, z. B. auf religiösem Gebiet, aber anständig-unanständig, recht-unrecht gäbe es keine Auffassungsunterschiede, hier müsse man sich verstehen und gleicher Ansicht sein.

Auch unausgeglichene, akute Gegensätze hielte ich für unmöglich. Man könne nicht . . .¹²⁷

Er hält Ausgleich mit manchen Persönlichkeiten für ausgeschlossen. Auch Blaskowitz und Ulex möchte er nicht sprechen. Bl. habe „Vorgänge“. Ich habe scharf widersprochen.

Ulex sei unbelehrbarer Vertreter der Bekenntnisfront¹²⁸. Ich habe ihm gesagt, daß er Ulex sehr einseitig beurteile.

Im ganzen starke Vorurteile. Mißtrauen, kein irgendwie gearteter Kontakt. Kurz Fritsche¹²⁹ gestreift.

Vorgänge in Polen. Nicht Härte mißfalle uns, sondern Gefahr der Verrohung. Schien ihn besonders zu kränken, glaubte Chef einer besonders disziplinierten Truppe zu sein.

Abschluß: er wolle sich Vorschlag überlegen, wäre aber nicht glücklich.

24. 2. kaum möglich, da Gründungstag [der] Partei. Führer München?

Bitte ObdH, Ablehnung nicht zu verübeln; er wolle sich weiter bemühen, anerkennen durchaus gute Absicht.

11. 3. 40 Vortrag Himmler.

Grund angeben, andere Seite aber Widerwille.

13. und 14. 3. 40 Koblenz-Himmler Vortrag.

¹²⁴ Georg von Küchler, 1881–1967, General der Artl. und Oberbefehlshaber der 3., dann der 18. Armee, 1942 Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Nord.

¹²⁵ Werner Kempf, geb. 1886, Generalmajor, Kommandeur der „Division Kempf“ im Polenfeldzug (ab 1. 10. 1939: 6. Panzer-Division), später General der PzTr und Oberbefehlshaber der 8. Armee. Im Polenfeldzug kämpften in dem von ihm geführten Panzer-Verband „Ostpreußen“ („Division Kempf“ oder 4. Panzer-Brigade) zwei SS-Regimenter und eine SS-Aufklärungsabteilung. Von Angehörigen dieser SS-Einheiten wurden Juden in einer Kirche zusammengetrieben und ermordet. Der Armeeeoberbefehlshaber General von Küchler hat das ergangene Urteil des Kriegsgerichts als zu milde qualifiziert und nicht bestätigt. Küchler bat sodann das OKH um anderweitigen Einsatz dieser Verbände, da er sie nicht länger in seinen Reihen haben wollte. Vgl. dazu Halder-Tagebuch, S. 67, Eintragung vom 10. 9. 1939.

¹²⁶ Wilhelm Ritter von Leeb, 1876–1956, Generaloberst, ab 1940 Generalfeldmarschall, Oberbefehlshaber der Heeresgruppe C; Leeb stand dem Regime kühl gegenüber; zu jener Zeit gerade wurde seine Post von der Gestapo überwacht, weil seine Ehefrau wegen kritischer Bemerkungen über Hitler und den Krieg denunziert worden war (vgl. Halder-Tagebuch, S. 161, Eintragung vom 18. 1. 1940 sowie Leeb-Tagebuch, a. a. O.).

¹²⁷ Zwei Worte unleserlich.

¹²⁸ Ulex war praktizierendes Mitglied der „Bezeugenden Kirche“.

¹²⁹ Es handelt sich um den Fall eines Hauptmanns Fritsche, der in Berlin Anfang November 1939 geäußert hatte, eine Offensive im Westen finde nicht statt, es gebe sicher einen Militär-

Dokument 3^{129a}

Militärgeschichtliches Forschungsamt/Dokumentenzentrale Sign. H 12/24, Original, Schreibmasch., oben rechts handschriftliche Bemerkung: „O.Qu. IV, z.b.V.“ unterstrichen, darunter handschriftliche Bemerkung „hat Abschrift“ und Paraph von Major Radke. Links handschriftliche Randbemerkung:

„Da diese Fragen Probleme umfassen, deren Verwirklichung erst in der Zukunft möglich ist, ist es erforderlich, den Kreis der hierüber zu orientierenden Persönlichkeiten sehr eng zu halten.“

Vortragsnotiz für

Besprechung Gruppenführer Wolff¹³⁰ – Major d. G. Radke¹³¹ am 2. 3. 40

Betr.: Stellungnahme Ob.d.H. zu Absicht Reichsführer SS, bei Besuch AOK 7¹³² über Vorgänge und Aufgaben im Osten zu sprechen.

Der Ob.d.H. hält nach wie vor an seiner Absicht¹³³ fest, dem Reichsführer SS die Möglichkeit zu geben, über die Aufgaben der deutschen Polizei und SS im Osten, ihre Durchführung und die dort für die Zukunft zu lösenden Probleme zu sprechen.

Er mißt diesen Fragen aber eine derartige Bedeutung bei, daß er im Interesse einer einheitlichen Unterrichtung hierüber im Heere ihre Behandlung in einem mehr offizielleren Kreise, der alsdann auch das gesamte Heer erfaßt, für zweckmäßiger und richtiger hält.

Eine teilweise und örtliche Unterrichtung innerhalb des Heeres anlässlich gelegentlicher Besuche würde weder in ihrer Auswirkung den gewünschten Erfolg haben, sondern vielmehr leicht zu verschiedenartigen Auffassungen und uneinheitlichen Auslegungen führen oder sogar zu unerwünschten gerüchtweisen Erzählungen in anderen Teilen der Truppe Anlaß geben.

Der Ob.d.H. wäre daher auch dankbar, wenn bei einer gesprächsweisen Erörterung der Probleme des Ostens gegenüber einzelnen Persönlichkeiten des Heeres bei gele-

putsch. Auf Befehl Hitlers wurde er sofort entlassen und – ohne Wissen des ObdH – der Gestapo übergeben. Der ObdH erreichte später die Freilassung Fritsches. Vgl. zu diesem Komplex Tippelskirch, Tagesnotizen, Eintragung vom 5. 11. und 10. 11., 15. 11. 1939 sowie KTB Abt. z.b.V., Eintragung vom 9. und 10. 11. 1939.

^{129a} Dieses Dokument ist bereits in dem Buch des Verfassers „Das Heer und Hitler, Armee und nationalsozialistisches Regime 1933–1940“, Stuttgart 1969, S. 672 ff. abgedruckt; es wird hier des Zusammenhangs des behandelten Komplexes wegen nochmals aufgeführt.

¹³⁰ Vgl. Anm. 120 zu Dokument 2.

¹³¹ Major i. G. Radke, Offizier im Generalstab des Heeres, Leiter der Heereswesenabteilung. Nach Halder-Tagebuch, S. 215, Eintragung vom 1. 3. 1940, warnte Admiral Canaris den Generalstabschef, daß Heydrichs SD Radke sehr kritisch gegenüberstehe, weil dieser sich gegen das Vorgehen der Polizei und des SD gewandt habe.

¹³² Armeekorpskommando 7 unter General der Artl. Dollmann (vgl. oben Anm. 78). Das Hauptquartier dieser Armee lag damals bei Freudenstadt.

¹³³ Ursprünglich „Zusage“, dann handschriftlich verbessert.

gentlichen Besuchen der Truppe Zurückhaltung¹⁸⁴ geübt und zum Ausdruck gebracht würde, daß diese Fragen im¹⁸⁵ Einvernehmen mit dem Ob.d.H. zum Gegenstand einer zusammenfassenden, offiziellen Unterrichtung des Heeres gemacht würden.

Der Ob.d.H. hofft, dem Reichsführer SS die Gelegenheit hierzu in absehbarer¹⁸⁶ Zeit – etwa ab 10. 3. – geben zu können, sobald die hierfür in Frage kommenden Persönlichkeiten des Heeres nach Durchführung der ihnen vom Ob.d.H. zur Zeit gestellten, dringenden militärischen Aufgaben zur Verfügung stehen.

Der Ob.d.H. wird sich alsdann über Art und Ort der Durchführung dieser Unterrichtung sowie über den Kreis der hierfür notwendigen Persönlichkeiten mit dem Reichsführer SS in Verbindung setzen.

Vortragsnotiz

Betr.: Stellungnahme Reichsführer SS zur Auffassung Ob.d.H.

Bezug: Vortragsnotiz vom 2. 3. 40.

Am 3. 3. 40 Anruf Gruppenführer Wolff, Stab Reichsführer SS, bei Major Radke.

Er brachte zum Ausdruck, daß Reichsführer SS nach Darlegung der mitgeteilten Gründe Verständnis für die Auffassung des Ob.d.H. habe und dessen Wünsche für die Behandlung des Vortrages über Ostfragen anerkenne.

Der Reichsführer SS würde selbst den Wünschen des Ob. d.H. auch hinsichtlich der für notwendig gehaltenen Zurückhaltung nachkommen. Er wäre jedoch dankbar, wenn ihm die Gelegenheit zum Vortrage noch vor Ostern gegeben würde. Am besten würde die Zeit vom 13.–16. 3., wenn dies aber nicht möglich sein sollte, auch die Woche vor Ostern passen.

Der Reichsführer SS hätte jedoch *eine* dringende Bitte, die der Ob.d.H. ihm doch erfüllen möchte, daß der Vortrag *abends, möglichst im Anschluß an ein gemeinsames Essen, stattfände*¹⁸⁷.

Nicht nur, daß die Mittagszeit ungünstig in Reisepläne einzuarbeiten sei, sondern besonders deshalb, weil die Abendzeit für die Zuhörer stimmungsmäßig wirkungsvoller wäre und auch die Möglichkeit einer kameradschaftlichen Aussprache über diese immerhin schwierigen Probleme günstiger seien, als wenn mittags jeder das Bestreben hätte, sobald als möglich wieder nach Hause zu kommen.

Ebenso wäre ihm für die Durchführung ein Ort im Westen lieber als Berlin. Eine weitere, weniger bedeutsame Bitte, deren Erfüllung er jedoch völlig in das Ermessen des Ob.d.H. stelle, sei folgende:

Er bäte darum, falls etwa der Teilnehmerkreis auch auf einzelne Divisionskommandeure ausgedehnt würde, daß dann auch die entsprechenden Kommandeure der dem Heere unterstellten SS- und Polizeiverbände, wie General Hausser¹⁸⁸,

¹⁸⁴ Davor sind die Worte „eine gewisse“ gestrichen.

¹⁸⁵ Davor sind die Worte „in nächster Zeit“ gestrichen.

¹⁸⁶ Ursprünglich „in allernächster“, dann durchgestrichen und handschriftlich verbessert.

¹⁸⁷ Hervorhebung im Original.

¹⁸⁸ Paul Hausser, damals Kommandeur der SS-Verfügungs-Division, ehemaliger Reichswehr-General, dann Inspekteur der Verfügungstruppe der SS, im Krieg SS-Divisions-Kommandeur, Armeekorps-Befehlshaber und Armee- bzw. Heeresgruppen-Oberbefehlshaber, zuletzt SS-Oberstgruppenführer.

Eyke¹³⁹, Pfeffer-Wildenbruch¹⁴⁰ und vielleicht auch Sepp Dietrich¹⁴¹ aufgefördert würden.

Er möchte bei dieser Gelegenheit diese Herren dem Heer näher bringen und auch ihnen gegenüber die Probleme des Ostens, über die sie im Zusammenhang auch noch nicht informiert seien, in gleicher Weise erörtern.

Er betone aber ausdrücklich, daß er sich über die von Ob.d.H. notwendig gehaltene Beschränkung des Teilnehmerkreises durchaus klar sei, und daher auch dieser Frage eine in jeder Weise untergeordnete Bedeutung beimesse.

Er habe aus diesem Grunde auch bereits den Oberpräsidenten und Gauleiter Terboven davon in Kenntnis gesetzt, daß die von ihm s. Zt. beabsichtigte Einladung nun nicht zur Durchführung käme und ihn um Verständnis dafür gebeten, wenn der Teilnehmerkreis¹⁴² durch den Ob.d.H. bei späterer Durchführung seines Vortrages nur auf militärische Persönlichkeiten beschränkt würde.

...¹⁴³

Dokument 4

Militärgeschichtliches Forschungsamt/Dokumentenzentrale Sign. H 24/12, Schreibmasch.-Abschrift.

Der Stellvertreter
des Führers
der N.S.D.A.P.

München, den 20. Februar 41
Braunes Haus

Sehr geehrter Herr Generalfeldmarschall!

Da neulich die von Ihnen in Ihrem Schreiben vom 10. 8. 40 angeregte Besprechung aus Zeitmangel auf Ihrer Seite noch nicht stattfinden konnte, möchte ich inzwischen folgende Angelegenheit, deren Erledigung dringend ist, Ihnen zur Kenntnis geben:

Im Februar des vergangenen Jahres meldete ich dem Führer, daß der damalige Chef des Stabes der 1. Armee und Generalmajor Mieth¹⁴⁴ in einer Offiziersversamm-

¹³⁹ Theodor Eicke (Name in Dokument 3 falsch geschrieben), SS-Obergruppenführer, gefallen 1943, Inspekteur der Konzentrationslager und Führer der SS-Totenkopf-Verbände, damals Kommandeur der SS-Totenkopf-Division.

¹⁴⁰ Karl von Pfeffer-Wildenbruch, Kommandeur der SS-Polizei-Division, SS-Obergruppenführer und General der Polizei, 1945 Kommandierender General des IX. SS-Armee Korps.

¹⁴¹ Josef (Sepp) Dietrich, damals Kommandeur der SS-Leibstandarte „Adolf Hitler“, SS-Oberstgruppenführer, Oberbefehlshaber der 6. SS-Panzerarmee.

¹⁴² Die nächsten drei Worte sind handschriftlich über die Zeile geschrieben.

¹⁴³ Es folgen Einzelheiten über protokollarische Fragen und der Reiseplan des „Reichsführers SS“. Darunter handschriftlich von Major Radke der Vermerk: „1.) ObdH ist einverstanden. RFSS hierüber in Kenntnis gesetzt u. gebeten, Einzelheiten mit AOK 7 zu vereinbaren, das von hier über Reiseplan und Einverständnis Ob. d. H. unterrichtet ist. 2.) AOK 7, Ia – Chef nicht anwesend – entsprechend unterrichtet.“ Darunter die Paraphe Radkes und (mit Datum 4. 5.) des Oberstleutnants i. G. Siewert, des 1. Generalstabsoffiziers des ObdH.

¹⁴⁴ Friedrich Mieth, geb. 1888, gef. 1944 im Osten als General der Infanterie, im Zweiten Weltkrieg ab 1. 9. 1939 Chef des Stabes der 1. Armee, seit 10. 2. 1940 in der Funktion des

lung unter strengster Schweigepflicht der Teilnehmer gegen die SS gerichtete Ausführungen machte. Unter anderem erklärte er, die SS habe Massenerschießungen in Polen vorgenommen, ohne daß ein ordnungsgemäßes gerichtliches Verfahren vorhergegangen sei. Es sei zu Zwischenfällen zwischen SS und Wehrmacht gekommen. *Die SS habe die Ehre der Wehrmacht beschmutzt.* (!) Die Ansprache schloß mit der Feststellung, die nationalsozialistische Lehre sei in Gefahr: „Meine Herren, es gilt wachsam zu sein!“

Kurze Zeit darauf teilte der Führer mir mit, das Heer habe Generalmajor Mieth zur Disposition gestellt¹⁴⁵.

Nunmehr habe ich erfahren, daß der Führer nicht richtig unterrichtet war. General Mieth wurde Oberquartiermeister II¹⁴⁶, wurde zum Generalleutnant¹⁴⁷ befördert und gehört der Waffenstillstandskommission Wiesbaden¹⁴⁸ als Mitglied an.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen würden, ob Sie nunmehr die Konsequenzen dem Generalleutnant Mieth gegenüber ziehen wollen, die der Führer bereits vor einem Jahr für gezogen ansah, oder ob Sie es für richtig halten, daß Sie und ich dem Führer noch einmal Vortrag in dieser Angelegenheit halten bzw. der primär zuständige Generalfeldmarschall Keitel.

Bei dieser Gelegenheit könnte dann vielleicht anhand der Fälle General Mieth, Feldwebel Weeke¹⁴⁹ und einer Anzahl anderer in meinen Händen befindlicher Fälle die Entscheidung des Führers selbst herbeigeführt werden, ob es wünschenswert und notwendig ist, daß über mich der Weg offen bleibt, Ihnen solche Fälle bzw. dem OKW zur Kenntnis zu bringen.

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
gez. R. Hess

Herrn
Generalfeldmarschall von Brauchitsch
Berlin W 35
Tirpitzufer

*

OQu I im Generalstab des Heeres (vgl. Anm. 145), seit 25. 6. 1940 Vorsitzender der Unterkommission Heer bei der Deutschen Waffenstillstandskommission, ab 10. 12. 1940 Kdr. der 112. Inf. Div., zuletzt Kommandierender General des IV. Armeekorps.

¹⁴⁵ Hitler scheint – wenn die Angabe Heß' stimmt – entweder eine Verwechslung unterlaufen zu sein oder er war falsch informiert worden. Mieth ist niemals vom Heer zur Disposition gestellt worden.

¹⁴⁶ Irrige Angabe: Mieth wurde für den schwer erkrankten Karl-Heinrich von Stülpnagel ab 10. 2. 1940 von Halder mit der Wahrnehmung der Pflichten des OQu I im Generalstab des Heeres beauftragt, nachdem er zunächst als Chef des Stabes der Heeresgruppe C (Leeb) vorgesehen gewesen war, vgl. Halder-Tagebuch, Bd. I, S. 158, 162 und 177 (15. 1. – 19. 1. – 31. 1. 1940); erst am 5. 4. 1940 erscheint im Halder-Tagebuch, Bd. I, S. 246 die Eintragung „Mieth OQu I“.

¹⁴⁷ Mieth wurde am 1. 3. 1940 zum Generalleutnant befördert (Wolf Keilig, *Das deutsche Heer*, Bad Nauheim 1956 ff., Bd. III, S. 211, 221).

¹⁴⁸ Seit 25. 6. 1940; vgl. Böhme, a. a. O., S. 147 und 377.

¹⁴⁹ Nicht zu identifizieren; vgl. auch Halder-Tagebuch, Bd. II, S. 294 (Anm. 147, dort mit falschem Bezug).

Der Chef
des Oberkommandos der Wehrmacht

F.H.Qu., den 28. II. 41
Tirpitzufer 72-76

An den
Stellvertreter des Führers der N.S.D.A.P.
Herrn Reichsminister Hess.
München.
Braunes Haus.

Sehr geehrter Herr Reichsminister!

Von Ihrem Schreiben vom 20. d.Mts. an den Oberbefehlshaber des Heeres, das Sie mir anschließend zugeleitet haben, nahm ich Kenntnis.

Ich darf dazu bemerken, daß der geschilderte Vorfall mir durch Ihr Schreiben überhaupt erst bekanntgeworden ist. Ich wußte bisher nichts von den Ausführungen des Generalleutnants Mieth als Chef der 1. Armee in der Offiziersversammlung im Februar 1940. Ebenso wenig hat der Führer mir von dem Vorfall Kenntnis gegeben und mich überhaupt jemals damit befaßt.

Es trifft zu, daß General Mieth im Juli 1940¹⁵⁰ der mir vom Führer unterstellten Waffenstillstandskommission vom Heer zugewiesen wurde und in dieser Stellung bis Anfang Dez. 40 Verwendung gefunden hat. Nachdem ich ihn im November 40 als entbehrlich erklärt hatte, ist er vom Heer zurückgezogen und seit 10. Dez. 40 Kommandeur einer neu aufgestellten Division¹⁵¹. Damit ist er meiner unmittelbaren Unterstellung schon seit Anfang Dez. 40 wieder entzogen.

Ich nehme an, daß der Oberbefehlshaber des Heeres mich über seine Stellungnahme zu ihrem Schreiben unterrichten wird. Von einer Erörterung der Angelegenheit meinerseits beim Führer möchte ich vorerst absehen.

Heil Hitler
Ihr sehr ergebener
gez. Keitel

*

Der Stellvertreter des Führers
der N.S.D.A.P.

Berlin, den 13. März 1941

Sehr geehrter Herr Generalfeldmarschall!

Ihr Schreiben vom 27. Februar 1941¹⁵² habe ich erhalten.

In der Anlage leite ich Ihnen die mir gewordene Mitteilung über die Vorgänge, die den Generalleutnant Mieth betreffen, zu.

¹⁵⁰ Laut Keilig, a. a. O., Bd. III, S. 211, S. 221 wurde Mieth nicht im Juli, sondern am 25. 6. 1940 als Vorsitzender der Unterkommission zur Deutschen Waffenstillstandskommission versetzt.

¹⁵¹ Mieth wurde Kommandeur der 112. Infanterie-Division.

¹⁵² Brauchitsch hatte offensichtlich von Heß Unterlagen über den „Fall Mieth“ gefordert. Halder notierte unter dem 27. 2. 1941 (Halder-Tagebuch, Bd. I, S. 294): „... Reibungen zwischen dem Stellvertreter des Führers und dem Oberbefehlshaber des Heeres (Fall Mieth, Wecke und andere)!“ und am 10. 3. 1941 (ebenda, S. 307): „... Nachfrage bei General Mieth wegen angeblicher Mißgriffe politischer Art bei einer Besprechung im Dezember 1939.“ Am 5. 4. 1941 trug dann der Chef des Heerespersonalamtes dem Generalstabschef das „Ergebnis der Vernehmung Mieth“ (Halder-Tagebuch, Bd. II, S. 342) vor.

Ihre Bemerkung, daß Sie durch mein Schreiben vom 20. Februar erstmalig Kenntnis über diese Vorgänge erhielten, ist ein weiterer Beweis dafür, daß ohne Offenhalten der Möglichkeit der Benutzung eines inoffiziellen Weges Dinge nicht nach oben gelangen, die dorthin gelangen müßten. Auch hier hat der Dienstweg versagt¹⁵³.

Seit Vorliegen Ihres Befehles vom 15. Januar 1940¹⁵⁴ habe ich es unterlassen, Ihnen bei mir eingehende Mitteilungen über Vorkommnisse im Rahmen des Heeres zur Kenntnis zu bringen. Denn seitdem haben alle diejenigen, welche solche Mitteilungen an mich machten, gegen einen ausdrücklichen Befehl verstoßen. Ich wollte nicht und will auch in Zukunft nicht die Übermittler einer Bestrafung oder auch nur einem Verfahren aussetzen.

Ich habe nur die Möglichkeit, schwerwiegende Fälle dem Führer selbst zu melden und solche von untergeordneter Bedeutung auf sich beruhen zu lassen.

Eine Ausnahme machte lediglich der Fall Weeke¹⁵⁵. Hier hatte der betreffende Kommandeur auf entsprechende Frage Weekes anheimgegeben, den vollen Sachverhalt als Begründung für seine Absetzung von der Offiziers-Anwärter-Liste der HJ-Führung mitzuteilen.

Heil Hitler!
Ihr sehr ergebener
gez. R. Heß.

Anlage

An den
Oberbefehlshaber des Heeres
Herrn Generalfeldmarschall
von Brauchitsch
Berlin W 35

Für die Richtigkeit
der Abschrift
gez. Wagenknecht
Sekretär

Am Freitag oder Sonnabend¹⁵⁶ erging im Hauptquartier (Kreuznach) der Befehl, daß der Chef des Generalstabes die Offiziere am 22. 1. vorm. 11 Uhr zu sprechen wünsche. Als Teilnehmer waren befohlen sämtliche Offiziere des Stabes der 1. Armee¹⁵⁷. Um 11 Uhr waren die Offiziere versammelt und Oberstleutnant von Hülsen¹⁵⁸ rief von einem Blatt die geladenen Stellen des AOK auf und ließ sich melden, welche Offiziere fehlten. U. a. haben teilgenommen:

Generalmajor Laux¹⁵⁹
Oberstleutnant von Hülsen
Leutnant Noack

¹⁵³ Hier zeigt sich das Bestreben von Heß, einen politischen Partei-Beschwerdeweg zu erreichen.

¹⁵⁴ Brauchitsch hatte ein Verbot für Angehörige des Heeres erlassen, sich bei Stellen außerhalb des Heeres über interne Dinge zu beschweren oder Informationen nach außen zu tragen.

¹⁵⁵ Vgl. Anm. 149.

¹⁵⁶ D. h. am 19. bzw. 20. 1. 1940.

¹⁵⁷ Generaloberst von Witzleben war der Oberbefehlshaber dieser Armee.

¹⁵⁸ Heinrich Hermann von Hülsen, zuletzt Generalmajor und Kommandeur der 21. Panzer-Division.

¹⁵⁹ Paul Laux, geb. 1887, 1944 als Oberbefehlshaber der 16. Armee und General der Inf. bei Riga durch Flugzeugabsturz ums Leben gekommen; damals Oberquartiermeister der 1. Armee.

General Mieth erschien und erklärte: Im Osten in Polen ist es nicht ruhig, wie Sie wohl alle wissen. Die SS hat Massenerschießungen vorgenommen, ohne daß ein ordnungsgemäßes gerichtliches Verfahren vorherging. Es ist zu Unruhen gekommen. Zwischen Angehörigen der SS und der Wehrmacht ist es zu Zwischenfällen gekommen. Im Osten ist es anders als hier im Westen. Dort untersteht die SS nicht der Wehrmacht. Die SS hat die Ehre der Wehrmacht beschmutzt.

General Milch habe im Namen von Generalfeldmarschall Goering einen Erlaß herausgegeben, in dem er den Angehörigen der Luftwaffe verböte, mit den Geistlichen zu verkehren. Das verstoße gegen die Anordnungen des Führers, der selber die Einrichtung des Wehrmachtspfarrers¹⁶⁰ veranlaßt habe.

Die nationalsozialistische Lehre sei in Gefahr.

Die Ansprache schloß mit den Worten: Meine Herren, es gilt, wachsam zu sein.

Generalmajor Mieth legte den Teilnehmern strengste Schweigepflicht auf. Er verbot ihnen, außerhalb des Kurhauses (dort befand sich das AOK) auch nur ein Wort über diese Versammlung zu verlieren¹⁶¹.

25. 1. 40

Für die Richtigkeit der Abschrift
gez. Wagenknecht
Sekretär

¹⁶⁰ Zu diesem Komplex vgl. Manfred Messerschmidt, Zur Militärseelsorgepolitik im Zweiten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/69, S. 37–85.

¹⁶¹ Vgl. dazu Halder-Tagebuch, Bd. II, S. 344f., Eintragung vom 4. 4. 1941: „... Fall Mieth: Wortlaut von Zeugen bestritten. Nur Rechtsanwalt Hauptmann Mayberg hält an dem Wortlaut fest...“

Notizen

HISTORIKERTAG 1970

Von 1.–5. April 1970 findet in den Räumen der Universität Köln die 28. Versammlung Deutscher Historiker statt. Zur Information unserer Leser sei im folgenden wieder eine Vorschau auf die zeitgeschichtlich relevanten Veranstaltungen des Kongresses gegeben.

Die Hauptvorträge sind allgemeinen Themen gewidmet. Anlässlich der Eröffnung am Vormittag des 2. 4. spricht Stöckl-Köln über „Die kleinen Völker und die Geschichte“, am 4. 4., 11 Uhr, Löwenthal-Berlin über „Internationale Konstellation und innerstaatlicher Systemwechsel, Bemerkungen zu einer Wechselwirkung“. Den Schlußvortrag am 4. 4., 18.15 Uhr, hält Koselleck-Heidelberg zur Frage „Wozu noch Historie?“.

Von den Vorträgen und Diskussionen der Sektionen seien genannt:

Sektion Theorie der Geschichtswissenschaft, am 2. 4. nachmittags: Leitung Nipperdey-Berlin, Referate: Popper-London, Gründer-Konstanz, Lübke-Düsseldorf.

Sektion Zeitgeschichte, am 3. 4. nachmittags: „Internationale Beziehungen und Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg“, Leitung Schulz-Tübingen, Referate: Fraenkel-Berlin „Der amerikanische Beitrag zur Neugestaltung der zwischenstaatlichen Ordnung“, Roos-Bochum „Ost-Mitteleuropa und die Großmächte während der Friedensverhandlungen“, Schmidt-Münster „Politische und wirtschaftliche Probleme der britischen Friedensstrategie 1918/19“.

Sektion Kommunalgeschichte, am 3. 4. nachmittags: „Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung“, Leitung Oestreich-Marburg, Referate: Unruh-Kiel „Der Kreis im 19. Jahrhundert zwischen Staat und Gesellschaft“, Croon-Krefeld „Das Vordringen der politischen Parteien in die kommunale

Selbstverwaltung in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts“, Hofmann-Berlin „Oberbürgermeister und städtische Expansion“.

Sektion Wirtschafts- und Technikgeschichte, am 3. 4. nachmittags: „Industrielle Produktion, technische Entwicklung und Unternehmertum in Deutschland von etwa 1750 bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts“, Leitung Kellenbenz-Köln, Referate: Dietrich-Berlin: Mittel- und Ost-Deutschland, einschließlich Berlin; Jaeger-München: Bayern, Bayerisch-Schwaben und Franken; Klein-Saarbrücken: Südwest-Deutschland; Pohl-Bonn: Nordwest-Deutschland.

Sektion Neueste Geschichte, am 2. 4. nachmittags: „Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Faktoren im modernen Imperialismus“, Leitung Mommsen-Düsseldorf, Referate: Böhme-Darmstadt: Deutsches Reich; Ziebur-Berlin: Frankreich; Rohe-Münster: Großbritannien; Wehler-Köln: Vereinigte Staaten von Amerika; Schieder-Heidelberg: Italien.

Sektion Geschichte und Kommunikation, am 4. 4. nachmittags, Leitung Treue-Göttingen, Referate: Boelcke-Hohenheim „Der deutsche Auslandsrundfunk im Zweiten Weltkrieg“, Dröge-Münster „Das Gerücht im Zweiten Weltkrieg“, Först-WDR Köln „Die rundfunkgeschichtliche Frühzeit Nordrhein-Westfalens“, Steigner-Deutsche Welle Köln „Auslandsrundfunk – ein Regierungssender?“. Anschließend Podiums-Diskussion über das Referat Dröge, Leitung Lerg-Münster, Teilnehmer: Boelcke-Hohenheim, Boberach-Koblenz, Glotz-München, Jacobsen-Stuttgart, Dröge-Münster.

Anmeldungen sind zu richten an das Tagungs-Büro des Historiker-Tages im Historischen Seminar der Universität zu Köln, 5 Köln-Lindenthal, Weyertal 80.

MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Rudolf Morsey, ordentl. Professor für neuere und neueste Geschichte an der Universität Würzburg; 8706 Höchberg, Am Pfad 15.

Dr. Klaus-Jürgen Müller, Wiss. Direktor der Stabsakademie der Bundeswehr in Hamburg; 2 Hamburg 53, Taubnesselweg 10.

Dr. Ernst Nolte, ordentl. Professor für neuere Geschichte an der Universität Marburg; 555 Marbach über Marburg/Lahn, Am Hasenküppel 33.

Dr. Ger van Roon, Studienrat; Apeldoorn/Niederlande, Kinkelenburg 24.